

„Die Bewegung für Freie Software ist eine Bewegung für Menschenrechte und für soziale Veränderung.“

(Richard Stallman)

„Es gibt keine Kunst, die nicht wiederverwendet.“

(Lawrence Lessig)

FREIE NETZE. FREIES WISSEN.

“ LINZ 2009
KULTURHAUPTSTADT
EUROPAS

FREIE NETZE. FREIES WISSEN.

Freie Netze. Noch nie war es einfacher, Menschen und ihr Wissen in Form von Texten, Bildern oder Tönen zusammenzubringen und zu vernetzen. Freie Netze sind der Versuch, dieses Potential von Internet und PC auszuschöpfen und möglichst alle Menschen daran teilhaben zu lassen.

Freies Wissen. Der Zugang zu digitalen Netzen bedeutet noch nicht den Zugang zu Inhalten. Ein freier Zugang zu Wissen ist aber die Basis für Innovation und Emanzipation. Den neuen Möglichkeiten für freien Zugang zu Wissen stehen neue und alte, soziale und rechtliche Barrieren gegenüber.

Von siebzehn Autorinnen und Autoren werden die verschiedenen Anwendungsbereiche von Freien Netzen und Freiem Wissen dargestellt. In jedem der neun Kapitel kommen in Interviews Menschen wie Lawrence Lessig oder Richard Stallman zu Wort, die mit dem Thema als ExpertInnen, PionierInnen oder unmittelbar Betroffene zu tun hatten oder haben. Am Ende jedes Kapitels finden sich konkrete Projektvorschläge zur Umsetzung auf lokaler Ebene als Beitrag für das Linzer Kulturhauptstadtjahr 2009.

ISBN 3-901761-64-0

«echo

HERAUSGEBER: Dobusch Leonhard / Forsterleitner Christian





Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0 Österreich

Sie dürfen:

- Σ• den Inhalt dieses Buches vervielfältigen, verbreiten und öffentlich aufführen
- Σ• Bearbeitungen anfertigen
- Σ• den Inhalt kommerziell nutzen

Zu den folgenden Bedingungen:



Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/der Autorin bzw. des Rechtsinhabers/der Rechteinhaberin nennen.



Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie diesen Inhalt bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für einen anderen Inhalt verwenden, dann dürfen Sie den neu entstandenen Inhalt nur unter Verwendung identischer Lizenzbedingungen weitergeben.

- Σ• Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieser Inhalt fällt, mitteilen.
- Σ• Jede dieser Bedingungen kann nach schriftlicher Einwilligung des Rechtsinhabers/ der Rechteinhaberin aufgehoben werden.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Das Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrages in allgemeinverständlicher Sprache.
Im Volltext ist die Lizenz unter <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/at/legalcode> im Internet abrufbar.

IMPRESSUM:

2007 Wien Echo media verlag ges.m.b.h.,
ISBN 3-901761-64-0

Herausgeber: Leonhard Dobusch, Christian Forsterleitner

© für die einzelnen Beiträge bei den Autorinnen und Autoren

© für das Gesamtwerk bei den Herausgebern

Das Werk steht elektronisch im Internet zur Verfügung:

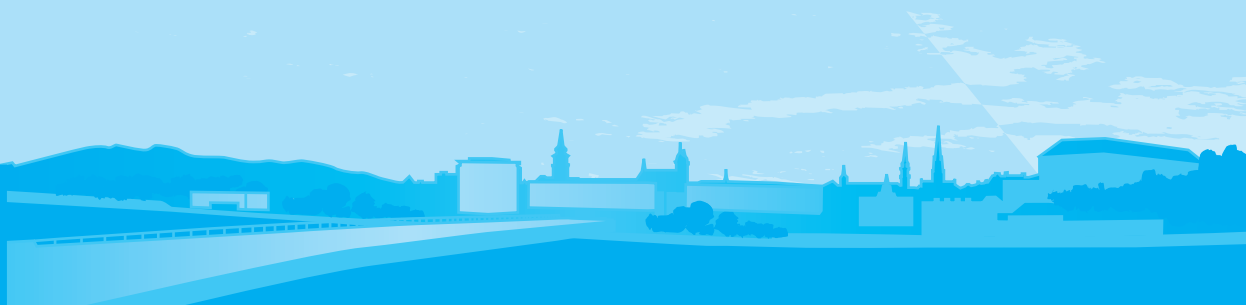
www.freienetze.at

Grafische Gestaltung und Satz: Gerhard Schmadlbauer

Druck: Gutenberg Linz

FREIE NETZE. FREIES WISSEN.

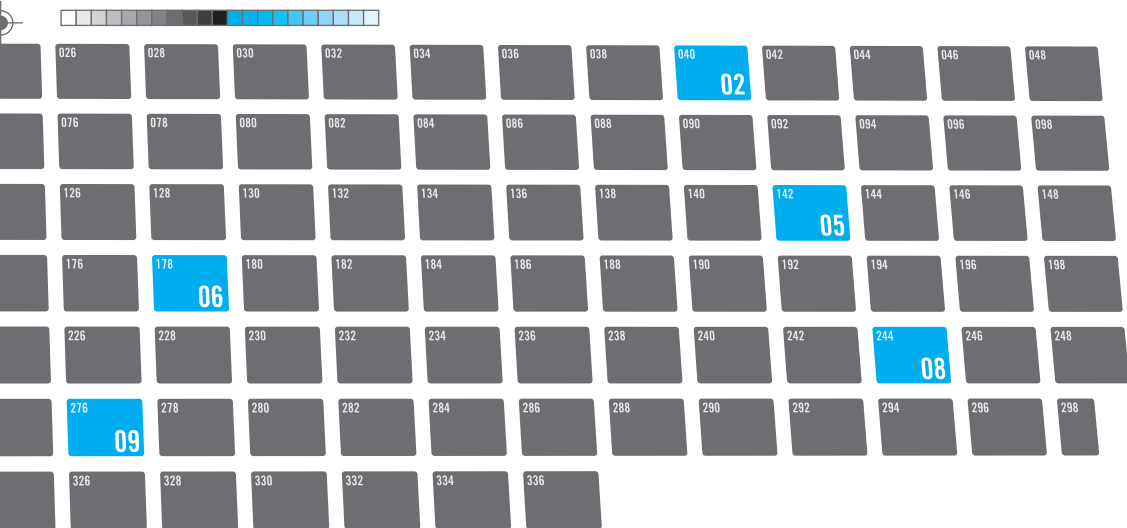
Ein Beitrag zum Kulturhauptstadtjahr Linz 2009



	002	004	006	008	010	012	014	016	018	020	022	024
			00			01						
050	052	054	056	058	060	062	064	066	068	070	072	074
											03	
100	102	104	106	108	110	112	114	116	118	120	122	124
		04										
150	152	154	156	158	160	162	164	166	168	170	172	174
200	202	204	206	208	210	212	214	216	218	220	222	224
				07								
250	252	254	256	258	260	262	264	266	268	270	272	274
300	302	304	306	308	310	312	314	316	318	320	322	324

INHALTSVERZEICHNIS

00 Intro	Seite 006
Vorwort Martin Heller – Intendant der Kulturhauptstadt Linz 2009	Seite 006
Vorwort der Herausgeber	Seite 008
01 Freiheit liegt in der Luft: Freie Funknetze und ihr Beitrag zur Bekämpfung der „Digitalen Spaltung“	Seite 012
– Manu Hiesmair und Leonhard Dobusch	Seite 026
Interview mit Aaron Kaplan (Funkfeuer.at)	Seite 034
Projekte	
02 Kreativität in Fesseln: Wie Urheberrecht Kreativität behindert und doch mit seinen eigenen Waffen geschlagen werden kann	Seite 070
– Markus Eidenberger und Andreas Ortner	Seite 056
Interview mit Lawrence Lessig (Stanford/Creative Commons)	Seite 060
Interview mit Hubert Hummer (Wissensturm)	Seite 066
Projekte	
03 Offene Lehre ist freie Lehre ist gute Lehre: Viele Universitäten publizieren Lehrunterlagen als „Open Courseware“. Schulen und andere Bildungseinrichtungen könnten folgen.	Seite 072
– Rebecca Kampl und Barbara Hofmann	Seite 084
Interview mit Anne Margulies (MIT Open Courseware)	Seite 090
Interview mit Thomas Pfeffer (Universität Klagenfurt)	Seite 098
Projekte	
04 Freie Software für freie Bürger/innen: Kommunale Chancen und Aufgaben bei der Verwendung von Freier und Open Source Software.	Seite 104
– Leonhard Dobusch und Jakob Huber	Seite 122
Interview mit Richard Stallman (Free Software Foundation)	Seite 128
Interview mit Anne Østergaard (GNOME-Projekt)	Seite 136
Projekte	



05 Zurück in die Zukunft des Internets: Blogs und Wikis bringen das Internet näher an seinen Ursprung.

– Laura Kepplinger und Josef Zehetner

Interview mit Christoph Schultheis (BILDblog.de)

Interview mit Kurt Janssen (Wikimedia Deutschland)

Projekte

Seite 142

Seite 160

Seite 164

Seite 172

06 Ars Electronica Activa – Die Kunst digitalen Lebens: Potentiale des erweiterten Ars Electronica Centers für die „Digital Community“

– Miriam Köck und Stefan Augustyn

Interview mit Gerfried Stocker (Ars Electronica Center)

Interview mit Herbert W. Franke (Autor)

Projekte

Seite 178

Seite 190

Seite 198

Seite 202

07 Freiheit der Kunst durch freie Werke? Kunst und Kultur im Zeitalter digitaler Remixes.

– Thomas Gegenhuber und Stefan Bräu

Interview mit Johannes Grenzfurthner (Monochrom)

Interview mit Udo Raaf (Tonspion)

Projekte

Seite 208

Seite 224

Seite 232

Seite 238

08 Digitale Freiheit für Forschung und Forscher/innen: Open Access macht wissenschaftliche Publikationen frei verfügbar. Und Wissenschaft besser.

– Michaela Mader und Bettina Langeder

Interview mit Gerhard Fröhlich (Universität Linz)

Interview mit Melissa Hagemann (Open Society Institute)

Projekte

Seite 244

Seite 260

Seite 266

Seite 272

09 Die Voraussetzungen der Freiheit: Die Bewegung für freies Wissen und ihre Bedeutung für die Stadt.

– Christian Forsterleitner und Stefan Pawel

Interview mit Volker Grassmuck (Humboldt Universität Berlin)

Projekt

Seite 276

Seite 298

Seite 308

Autorinnen und Autoren

Seite 318

Statt eines Glossars: Digitale Freiheit von A bis Z

Seite 320

Anmerkungen

Seite 330



Foto: Heller Enterprises, Credits: Marc Wetti Zürich, September 2003

Martin Heller

Intendant der Kulturhauptstadt Linz 2009

Vorwort

Kulturhauptstadtintendant

» Linz liegt in der Luft

Warum habe ich den Herausgebern dieses Buchs angeboten, ein Vorwort zu schreiben? An meiner Faszination für Medientechnologie kann es nicht liegen – sie hält sich in überschaubaren Grenzen. Also haben die Gründe mit dem Umstand zu tun, dass Linz sich 2009 als Kulturhauptstadt zeigen darf und bewähren muss. Seit über einem Jahr lebe ich mit und teilweise in dieser Stadt. Ich weiß, wie sehr sie darum bemüht ist, den Wohlstand, den sich diese Region hart erkämpfen musste, möglichst vielen zukommen zu lassen. Sozial und dynamisch zugleich will sie sein, die erfolgreiche Arbeiter/innen- und Industriestadt, der Gerechtigkeit und dem Fortschritt verpflichtet, ein „Labor der Zukunft“. Eingelöst wurde dieser Anspruch in den letzten dreißig Jahren in mehrfacher Hinsicht. Nicht nur in Wirtschaft und Politik, sondern auch in Bildung und Kultur. Die visionäre Kraft, welche die Ars Electronica und die damit verbundenen Innovationen Wirklichkeit werden ließ, hat ebenso dazu beigetragen, wie der spielerische Anarchismus eines Teils der freien Szene

oder jene pragmatische Utopie einer „Kultur für alle“, die aus dem Linzer Alltag kaum mehr wegzudenken ist. Indessen: So richtig zusammenfinden wollten diese einzelnen Handlungsfelder und Aktionsprogramme nicht. Auch haben sie teils mehr, teils weniger Patina angesetzt. Das Ganze, das zwingend mehr sein muss als die Summe seiner Teile, wurde nie zu einer wirklich aufregenden, alles beflügelnden kulturellen Schubkraft, an der die Stadt hätte nachhaltig wachsen können.

Zugleich ist das um Modernität bemühte Linz längst in der Postmoderne angelangt. In jener Zeit also, die uns angesichts schwankender Gewissheiten vor die Aufgabe stellt, aus unzähligen Möglichkeiten die richtige Wahl zu treffen und alle Ansprüche immer wieder von neuem zu prüfen, zu modellieren, zu verknüpfen. Um jede Selbstgerechtigkeit ebenso zu vermeiden wie Beliebigkeit, und stattdessen die eigenen Ressourcen profiliert einzubringen in einem härter gewordenen Wettbewerb nicht nur der Städte, sondern auch der Haltungen und Mentalitäten. Dieser Aufgabe hat sich das Kulturhauptstadt-Projekt zu stellen, wenn es seinem Auftrag und seinen eigenen Ambitionen gerecht werden will. Für 2009, und darüber hinaus – denn was hier angestoßen wird, muss weitergehen können. Dafür sind Bündnispartner gesucht. Partner, wie jene jüngere bis junge Generation, die sich mit „*Freie Netze. Freies Wissen*“ zu Wort meldet. Getragen von einer medialen und medienpolitischen Sozialisation, die sie von ihren Müttern und Vätern unterscheidet, und getrieben von der Lust, sich einzumischen. Nicht irgendwo, theoretisch und abstrakt, sondern konkret, auf der lokalen Ebene, in einer Kommune und Stadt, die ein Modell für so vieles sein könnte, das überregional und international in der Luft liegt. Vorausgesetzt, sie erobert sich jenen Mut zum Experiment und zum Risiko zurück, ohne den kein Aufbruch zu haben ist.

Bezeichnenderweise gehören die Themen, die im folgenden unter der Prämisse technologisch und gesellschaftlich relevanter Entwicklungen diskutiert werden, zum Standardrepertoire jeder Auseinandersetzung um ein unfassbarer, mitunter gar fragwürdiger gewordenes Gemeinwohl: demokratisch offene Strukturen als Voraussetzung zu sozialem Lernen und Entscheiden; technologische Kompetenz als Ermöglichung wirksamer Zeitgenossenschaft; Content als ständiger Stachel der Informations- und Mediengesellschaft.

Wer sich heute auf solche Fragen und die damit verbundenen Projektideen einlässt, sucht nach neuen Fundierungen für alte Ideale. In einer weiten Perspektive, die Hoffnungen weckt und Bewegung fordert: von allen Kräften, die in Linz und in Oberösterreich tätig sind, und die sich in eine Allianz der nächsten Schritte einbringen müssen - damit die Stadt ihren eigenen Potenzen gerecht werden kann.



***Leonhard Dobusch***

Herausgeber

***Christian Forsterleitner***

Herausgeber

Vorwort

Herausgeber

” Das Phänomen Freie bzw. Open Source Software hat in den letzten Jahren wichtige gesellschaftliche Veränderungen bewirkt. In den verschiedensten Bereichen bildeten sich soziale Bewegungen für die Nutzung neuer digitaler Produktions- und Verbreitungsmöglichkeiten bzw. der dazugehörigen Freiheiten. Im Bereich Wissen und Bildung sind das beispielsweise Initiativen für freien Zugang zu wissenschaftlichem (Open Access) und didaktischem (Open Courseware) Wissen. Im Bereich von Kunst und Kultur ist das zum Beispiel der Versuch, Werke über Creative Commons-Lizenzen anderen KünstlerInnen zur Weiterverwendung zugänglich zu machen. Quer über alle Bereiche wirken immer mehr Menschen mittels „sozialer Software“ zusammen, erstellen gemeinsam Güter wie die freie Online-Enzyklopädie Wikipedia oder beteiligen sich über Weblogs an zivilgesellschaftlichem Diskurs.

Auf nationaler und supranationaler Ebene ist die Förderung oder Behinderung dieser sozialen Bewegungen schon seit langem Gegenstand von (politischen) Auseinandersetzungen¹. Erstaunlicherweise finden gerade bedeutende lokale Initiativen und Projekte kaum Beachtung und begegnen weitgehend kommunalpolitischer Ignoranz. Das ist deshalb verwunderlich, weil viele dieser Phänomene stark lokal verankert sind. Beispiele dafür sind etwa Weblog-Journalismus oder diverse standortbezogene Verknüpfungen verschiedener Anwendungen (sogenannte „Mashups“) ebenso wie digitale Kulturinitiativen. Nirgendwo sonst gilt der Spruch „Global denken, lokal handeln“ mehr, als wenn es um die Potentiale von und Gefahren für die neuen digitalen Freiheiten geht. Hinzu kommt, dass die Grundvoraussetzung all dieser Phänomene auf dem möglichst freien und gleichberechtigten Zugang zum Internet aufbaut – einer im Wesentlichen kommunalen Herausforderung.

Als Heimatstadt des Prix Ars Electronica, dem weltweit führenden Preis für digitale (Medien-) Kunst, liegt es nahe, in Linz besonderes Engagement im Bereich digitaler Freiheiten zu erwarten. Aber auch wenn beim Prix in der Kategorie „Digital Communities“ sowohl die Wikipedia als auch die Free Software Foundation zu den Preisträgern gehört haben, ist die Stadt Linz im Bereich „Open Sources“ bislang noch weitgehend Entwicklungsgebiet. Da trifft es sich, dass Linz im Jahr 2009 Europäische Kulturhauptstadt sein wird, und dementsprechend zahlreiche Anlässe und Möglichkeiten bestehen, eben diese Entwicklungen voranzutreiben.

Freie Open Source Netze

Dieses Buch versucht, die auf freien Netzen basierenden und in freien Netzen agierenden sozialen Bewegungen rund um „Open Sources“ in ihren zahlreichen Facetten zum (kommunalen) Thema zu machen. Die Darstellung der teilweise sehr abstrakten Themen an Hand eines konkret-kommunalen Beispiels soll sie dabei auch technischen Laien zugänglich machen und dabei helfen, die europäische Kulturhauptstadt Linz zu einem kommunalen „Role Model“ digitaler Freiheiten zu machen.

Der Band gliedert sich in neun thematisch abgeschlossene Kapitel, die sich jeweils einem spezifischen Bereich des Spektrums von „Open Sources“ im weiteren Sinne widmen und für diesen konkret-kommunale Bezugspunkte liefern. Jedes Kapitel umfasst dabei neben

dem Haupttext noch Interviews mit Menschen, die mit dem Thema als ExpertInnen, PionierInnen oder unmittelbar Betroffene zu tun hatten oder haben. Die Bandbreite der Interviewpartner/innen reicht von den Vordenkern freien Wissens Richard Stallman (Free Software Foundation) und Lawrence Lessig (Creative Commons) über die Leiterin des Open Courseware-Programms des Massachusetts Institute of Technology (MIT), Anne Margulies, bis hin zu Linzern, wie dem Geschäftsführer des Ars Electronica Centers, Gerfried Stocker.

Am Ende jedes Kapitels finden sich schließlich Vorschläge für Projekte - insgesamt sind es 24 -, die die zuvor in den Texten und Interviews entwickelten Themen und Ideen auf die konkrete Situation in Linz herunterbrechen. Das Kulturhauptstadtjahr 2009 geht dabei zumindest als End- oder Startpunkt, teilweise aber auch weit drüber hinaus in die Projektplanung ein.

Alle Beiträge wurden von jeweils zwei AutorInnen gemeinsam recherchiert und verfasst, denen vor allem das Interesse an der Thematik gemein ist. Dieses speist sich aber zum Teil aus unterschiedlichen Quellen: Während bei einigen die Arbeit und Erfahrung in digitalen Communities Grund für das Interesse an den Freien Netzen ist, sehen andere vor allem die (kommunal-)politischen Entwicklungspotentiale.

Dem Thema des Buches entsprechend haben sich auch sämtliche AutorInnen bereit erklärt, ihre Beiträge unter der Creative Commons Lizenz „Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0 Österreich“ zur Verfügung zu stellen. Damit ist einerseits das Recht verbunden, sämtliche Texte dieses Bandes gegen Nennung der AutorInnen völlig frei (weiter-)zuverbreiten und zu nutzen. Andererseits dürfen die Inhalte auch weiterverarbeitet und abgeändert werden, solange diese Änderungen nur ebenfalls frei verfügbar sind. Zu diesem Zweck ist das Buch auch online im Volltext unter www.freienetze.at verfügbar. “

*„Freie Netze sind die logische Fortsetzung der Ideen,
auf denen das Internet ursprünglich aufgebaut war.“*

(Armin Medosch, Verfasser des Buches „Freie Netze“)



FREIE NETZE
FREIES WISSEN

An aerial photograph of a city street, likely in Vienna, showing a large classical building with a prominent tower and a monument in the foreground. The sky is filled with soft, white clouds. The overall color palette is dominated by blues and greys, with the white text providing a strong contrast.

FREIHEIT LIEGT IN DER LUFT

Manu Hiesmair und Leonhard Dobusch

Freie Funknetze und ihr Beitrag zur Bekämpfung der „Digitalen Spaltung“

Technologien haben schon immer wesentlich zur Veränderung unserer Gesellschaft beigetragen und sie mitbestimmt. Technologien wie Schrift, Papier und schließlich Buchdruck mit beweglichen Lettern hatten als Meta-Technologien aber besonders großen Einfluss: Egal ob technische oder soziale Innovationen, mit Hilfe dieser Technologien der Wissenssicherung und der Wissensweitergabe fanden sie immer umfassendere und immer schnellere Verbreitung.

Als Meta-Technologien in diesem Sinne schufen der Personal Computer (PC) und das Internet völlig neue Möglichkeiten Wissen zu generieren, Informationen einzuholen und mit anderen Menschen zu kommunizieren. Sie veränderten und verändern unsere Lebens- und Arbeitsweise so tiefgreifend, dass manche ExpertInnen mit der Entwicklung des PCs und des Internets die dritte industrielle Revolution eingeläutet sehen, und viele dabei Wissen als eigentlichen Rohstoff dieser (post)industriellen Entwicklungsstufe zu erkennen glauben. Im 21. Jahrhundert ist die Fähigkeit, Informationen zu suchen, zu finden, zu verarbeiten und sich darüber auszutauschen immer essenzieller dafür, Teil einer immer komplexer werdenden Gesellschaft zu sein. Das Internet ist dabei das Medium, das viele dieser Dinge schnell und einfach möglich macht.

„Ich bin drin!“ Mit diesen Worten warb denn auch vor einigen Jahren ein amerikanischer Onlinedienst für den schnellen und unkomplizierten Einstieg ins World Wide Web. Diese drei Wörter mutierten zum modernen „Sesam öffne dich“ einer virtuellen Schatzkammer, die all jenen, die Zugang dazu haben, unzählige Möglichkeiten eröffnet, ihre Lebensbedingungen positiv zu beeinflussen: E-Government erlaubt es den BürgerInnen via Internet mit Behörden zu kommunizieren² und zahlreiche größere und kleinere Amtswege online zu absolvieren. Online-Jobbörsen bieten die Möglichkeit österreichweit Jobs zu suchen und Bewerber/innen sich selbst in Online-Jobprofilen Unternehmen vorzustellen. Diskussionsforen, Chats und Internettelefonie sind moderne Möglichkeiten miteinander in Kontakt zu treten, die persönliche Begegnungen zwar obsolet machen, immer öfter aber Vorbedingung für sie werden. Die Kombination aus Multimedia-Maschine PC mit dem Internet ermöglicht Einzelnen ein weltweit verstreutes Publikum anzusprechen und etablierten Medien eigene Sichtweisen und Meinungen entgegenzustellen oder sich an Diskussionen und der kollektiven Erstellung digitaler Güter zu beteiligen. All dies funktioniert jedoch nur, wenn man einen Internetzugang zur Verfügung hat. „Ich bin drin!“ gilt somit immer mehr in doppelter

Hinsicht: Nur wer im Internet „drin“ ist, hat auch soziale Teilhabe an einer modernen Gesellschaft.

Die Zahl jener, die in den Genuss all dieser Möglichkeiten kommen, steigt stetig: Nutzen im Jahr 1996 nur knapp 14% der ÖsterreicherInnen über 14 Jahren das Internet, hat sich diese Zahl 2006 mittlerweile auf 67% vervielfacht.³ Das Problem, dass nicht alle Zugang zum Internet haben und dessen Chancen nutzen können, scheint sich auf den ersten Blick also im Zeitverlauf selbst zu lösen. Beim zweiten Hinsehen zeigen viele Nutzungsstudien, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen seit Einführung des Internets konstant unterrepräsentiert sind oder das Internet aufgrund mangelnder Fähigkeiten nicht ausreichend nutzen können. Und dass auch scheinbares „Aufholen“ in den meisten Fällen bestenfalls den weiterhin bestehenden Abstand wahrt.

Digitale Spaltungen als gesellschaftliches Problem

Online zu sein als eine zentrale Dimension des sozialen Ein- bzw. Ausschlusses von Menschen ist ein relativ junges Phänomen und deshalb in seinen auch längerfristigen Folgen nur schwer abzuschätzen. Konkreter lassen sich hingegen die strukturellen Barrieren identifizieren und untersuchen, die bestimmte Bevölkerungsgruppen bei der Internetnutzung behindern. Als Synonym für soziale Chancenungleichheit und strukturelle Benachteiligungen im Zusammenhang mit dem Internet wird häufig der Begriff „Digital Divide/Digitale Spaltung“ verwendet. Digitale Spaltung bezieht sich hierbei auf die Gräben innerhalb unserer Gesellschaft zwischen den Menschen mit und ohne Internet. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, dass unter Digital Divide gleich mehrere verschiedene Fälle von ungleichem Zugang zu neuen digitalen Medien zusammengefasst werden. So geht ein großer Teil der digitalen Kluft auf diverse soziale Unterschiede in der Gesellschaft zurück, nämlich dass bestimmte Bevölkerungsgruppen schlechteren Zugang zu bestimmten gesellschaftlich relevanten Ressourcen und Partizipationsmöglichkeiten haben als andere.

Der Begriff der Digitalen Spaltung tauchte im Jahr 1995 auf, als eine großangelegte staatliche Internetnutzungsstudie in den USA zum ersten Mal Daten über Internetzugang und –nutzung mit soziodemografischen Daten verknüpfte. Hier wurde erstmals erforscht, ob und in welchem Ausmaß bestimmte Bevölkerungsgruppen bei der Internetnutzung unterrepräsentiert sind.⁴ Das bloße Aufsummieren wie viele Personen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe online sind bzw. nicht online sind und der Vergleich mit anderen Bevölkerungsgruppen stellt eine einfache und doch verlässliche Art der Messung dar und

ist aufgrund mangelnder Verfügbarkeit detaillierterer Daten oftmals die einzige Möglichkeit, Aussagen über die Digital Divide zu treffen.

Seit 1995 führten Forscher/innen international unzählige Studien durch, die immer wieder folgende Bevölkerungsgruppen identifizierten, die ein besonders hohes Risiko haben, von der Digital Divide betroffen zu sein: In Industrienationen sind dies vor allem Frauen, ethnische Minderheiten, Menschen mit geringem Einkommen, Personen mit geringer Schulbildung, weiters jene, die im ländlichen Raum leben bzw. älter als 50 Jahre sind. Diese Personengruppen haben eines gemeinsam: Bereits im „realen“ Leben sind sie zum Beispiel durch geringes Einkommen, schlechte Wohninfrastruktur oder mangelnde Sprachkenntnisse Risikogruppen was soziale Ausgrenzung betrifft. Die „reale“ Ungleichheit determiniert regelmäßig die „digitale“, denn sozial ungleich verteilte Chancen bestimmen, ob jemand Zugang zum Internet hat oder nicht. Keinen Zugang zum Internet zu haben bedeutet wieder im Vergleich zu all jenen, die Zugang haben, weniger Handlungs- und Gestaltungsraum zu haben. Während bestehende soziale Ungleichheit heute die digitale Ungleichheit determiniert, verstärkt diese wiederum die soziale Ungleichheit von Morgen.

Digital gespaltenes Österreich

Die Erforschung der Digitalen Spaltung steckt in Österreich im Vergleich mit anderen Ländern noch in den Kinderschuhen. Bisher wurden kaum aussagekräftige Daten erhoben und öffentlich zugänglich gemacht. Eine Ausnahme hierzu ist die seit 1997 vom Meinungsforschungsinstitut Integral im Auftrag des ORF quartalsmäßig durchgeführte repräsentative Studie über die Internetnutzung in Österreich. Der „Austrian Internet Monitor (AIM)“ liefert so regelmäßige Momentaufnahmen in Sachen Digital Divide in Österreich. Alter, Bildung und Geschlecht der InternetnutzerInnen sind in den meisten Studien zentrale Dimensionen zur Analyse digitaler Ungleichheit. Der Austrian Internet Monitor liefert zunächst einmal Daten, die zeigen, in wie weit bestimmte Bevölkerungsgruppen bei der Internetnutzung unterrepräsentiert sind. Dies erfolgt mit der Gegenüberstellung des NutzerInnenanteils mit dem Bevölkerungsanteil. Für die sozio-demografischen Merkmale Alter, Bildung und Geschlecht liefert der Austrian Internet Monitor folgende Zahlen⁵:

- Frauen machen 51% der österreichischen Bevölkerung über 14 Jahren aus, hingegen nur 45% der Internetnutzer/innen der selbigen Alterskategorie. Diese Unterrepräsentanz nimmt bei den IntensivnutzerInnen, die mindestens einmal pro Woche einsteigen, weiter zu. Bei ihnen sinkt der Frauenanteil auf 42%.

- Auch die Alterskluft bei den NutzerInnen bleibt weiterhin ein großes Problem in Österreich: So sind etwa Personen über 60 Jahre, insgesamt 24% der Österreicher/innen über 14 Jahren, mit 7% der Internetnutzer/innen, die online am meisten unterrepräsentierte Gruppe. Interessant ist aber, dass ihr Anteil bei den Intensivnutzer/innen mit 7% konstant bleibt. Dies zeigt, dass es kaum ältere Personen gibt, die ab und zu mal im Internet surfen, sondern in dieser Altersgruppe nur diejenigen online gehen, die das Internet dann auch beständig nutzen.
- Was die Schulbildung betrifft, zeigt sich, dass Pflichtschulabgänger/innen (Bevölkerungsanteil 26% der über 14jährigen) mit 19% der InternetnutzerInnen klar unterrepräsentiert sind. MaturantInnen und UniversitätsabsolventInnen sind mit 34% der NutzerInnen bei nur 24% Bevölkerungsanteil weiterhin überrepräsentiert.

Werden Momentaufnahmen verglichen, zeigt sich die Dynamik digitaler Spaltung im Zeitverlauf. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als würden bestimmte Bevölkerungsgruppen bei der Internetnutzung aufholen. Auf den zweiten Blick jedoch dauert der Prozess oft weit länger als dies die Statistiken aussagen und er geschieht nicht von alleine. Am Beispiel der Internetnutzung von Frauen und Männern zeigt sich, dass auch bei Statistiken zur digitalen Spaltung die richtige Interpretation der Zahlen keineswegs eine triviale Angelegenheit ist.

Die Daten des Austrian Internet Monitor⁶ zeigen, dass im Jahr 1997 nur 8% der Frauen das Internet nutzten, während im Jahr 2006 bereits 56% der Frauen das Internet nutzen. Zu den gleichen Zeitpunkten waren 16% bzw. 69% der österreichischen Männer Internetnutzer. Die Zahl der Internetnutzerinnen hat sich im letzten Jahrzehnt versiebenfacht, während die Gruppe der Nutzer nur um etwa das 4,3fache angewachsen ist. Diese Zahlen scheinen zu beweisen, dass der massivere Zuwachs bei den Frauen darauf hindeutet, dass die digitale Spaltung zwischen den Geschlechtern eindeutig abnimmt. Die massiven Zuwächse bei Frauen kommen aber nur dadurch zustande, weil ihr Nutzerinnenanteil 1997 mit 8% noch sehr gering war. Je geringer die Zahl, desto einfacher ist natürlich ihre Vervielfachung.

Werden die Zahlen anders interpretiert, zeigt sich ganz schnell, dass sich die digitale Kluft zwischen Österreicherinnen und Österreichern in den letzten 10 Jahren nicht verändert hat. Die Männer lagen nämlich 1997 genauso vor den Frauen (8% Frauen und 16% Männer nutzten das Internet) wie sie dies im Jahr 2006 tun (56% Frauen, 69% Männer). Diese Zahlen sprechen also gegen das Verschwinden der digitalen Spaltung im Zeitablauf

und jedes Jahr, in dem darauf gewartet wird, dass diese Schließung quasi von selbst geschieht, ist ein verlorenes.

Denn mit jedem Jahr, in dem das Internet als Informations- und Kommunikationsmedium immer zentraler wird, kommen diejenigen, die offline sind, immer mehr ins Hintertreffen gegenüber all jenen, die die Möglichkeiten des Internets bereits nutzen. Die Gruppe derjenigen, die keinen Zugang zum Internet haben, mag kleiner werden - dafür wächst die Chancenungleichheit dieser Menschen mit jedem Jahr an. Hinzu kommen Lerneffekte im Zuge der Internetnutzung: Die Potentiale und Möglichkeiten dieser vielfältigsten aller digitalen Kommunikationstechnologien erschließen sich erst mit besserem Verständnis und nach längerem Gebrauch. Wenn die Internet-Nachzügler/innen endlich ihre ersten Schritte im World Wide Web unternehmen, sind die Vorreiter/innen ihnen schon wieder Lichtjahre voraus. Genauso wenig, wie sich soziale Probleme im Zeitablauf lösen, lösen sie sich von selbst. Eine Wahrheit, die für das Problem der digitalen Spaltung ganz besonders gilt.

Digitale Ungleichheit als politische Herausforderung

Manche Bevölkerungsgruppen schaffen den Sprung über den Digitalen Graben einfacher als andere – vielleicht auch deshalb, weil sie aufgrund ihrer Möglichkeiten nur einen Hopsen tun müssen. Für andere Bevölkerungsgruppen ist die andere Seite des Grabens noch nicht mal in Sichtweite. Als Barrieren, die die Überquerung des Digitalen Grabens erschweren, identifiziert der österreichische Soziologe Aichholzer vor allen Dingen fehlende sozio-kulturelle Rahmenbedingungen, finanzieller Ressourcenmangel und ungenügender technischer Zugang zum Internet (vgl. Tabelle 1).

Verschiedene Ursachen für digitale Ungleichheiten erfordern klarerweise auch verschiedene Lösungen. So vielfältig mögliche Lösungsansätze sind, haben die meisten von ihnen jedoch eines gemeinsam: Sie alle nehmen die Politik bei der Bekämpfung der digitalen Spaltung in die Verantwortung. Denn strukturelle Barrieren, wie zum Beispiel geringes Einkommen, hohe Telekommunikationskosten oder keine Breitbandverbindung zum Internet, zu reduzieren, ist die Grundvoraussetzung, um sozio-kulturelle Barrieren – die oft noch viel stärker und nachhaltiger wirken – überhaupt wirksam verringern zu können. Ob die Politik Anstrengungen dahingehend unternimmt, hängt nicht zuletzt davon ab, in wieweit sie verstanden hat, dass die Bekämpfung von digitaler Chancenungleichheit auf jeden Fall ein immer wichtigerer Aspekt von sozialer Gerechtigkeit im Allgemeinen ist.

Die lokale Umsetzbarkeit vieler Projekte fordert hierbei vor allen Dingen die Kommunalpolitik, die Maßnahmen gegen die digitale Spaltung vor Ort setzen kann. Die Stadt Linz versuchte in den letzten Jahren zumindest durch punktuell kommunalpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung (auch: spezifischer Ausprägungen) der digitalen Ungleichheit zu setzen. So existiert an der Linzer Volkshochschule neben speziellen Interneteinstiegskursen für SeniorInnen ein Internetkurs für Anfängerinnen von Frauen für Frauen. All jene, die sich PC und Internetverbindungskosten nicht leisten können, erhalten in Bibliotheken und Volkshäusern kostenfreien Zugang zum Netz. Mittlerweile gibt es nicht nur dort, sondern auch an unzähligen anderen „Hotspots“ in Linz die Möglichkeit, per Funknetz ins Internet einzusteigen. Wer allerdings nicht in unmittelbarer Nähe eines Hotspots wohnt oder mit einem Laptop dorthin pilgern kann, schaut weiterhin beim Gratis-Internet durch die Finger.

Hinzu kommen Nutzungseinschränkungen durch bloß temporär und/oder örtlich eingeschränkte Internet-Zugänge: Internetterminals und Hotspots in Bibliotheken sind sicherlich ein brauchbares Angebot für Online-Recherchen, für andere Bereiche der Internetnutzung wie e-Commerce, Filesharing und (regelmäßige) e-Government-Lösungen sind sie aber unpraktisch bis ungeeignet. Der volle Nutzen eines Internetzugangs erschließt sich eben erst über die gesamte Bandbreite der diversesten Anwendungsmöglichkeiten.

Tabelle: Dimension digitaler Ungleichheit⁷

	Barrieren zur Überwindung der Digitalen Kluft	Mögliche Gegenmaßnahmen
Sozio-kulturell	Potentiale des Internets sind nicht bewusst, keine Motivation ins Internet einzusteigen, wenig PC-Kenntnisse	Bildung & Förderung der Medienkompetenz, Unterstützung und Beratung
Wirtschaftlich	Kosten für PC und Internetzugang	Billigere Internettarife/gratis Internetzugang, öffentliche Internetzugänge
Technisch	Schlechte Internetinfrastruktur (langsamer Netzwerkanschluss) und PC-Ausstattung	Breitbandinternet, billige PC-Hard- und Software, öffentliche Internetzugänge

Gerade auch zivilgesellschaftliche und kreative Beteiligung im World Wide Web erschließt sich in der Regel erst dann, wenn mit dem Gang ins Internet selbst kein oder ein äußerst geringer Aufwand verbunden ist.

In diesem Sinne ist die technische Infrastruktur für einen Internetzugang die absolute Grundvoraussetzung für sämtliche weiteren Schritte ins und im Netz. Eine technische Anschlussmöglichkeit aller Haushalte an das Breitbandinternet ist dabei besonders im ländlichen Raum alles andere als selbstverständlich – im städtischen Bereich ist es kein Thema mehr. Im Gegenteil, in Linz gibt es mit drei Breitbandtechnologien – über Telefonkabel, über Fernsehkabel und über Stromleitungen – sogar nicht nur konkurrierende Anbieter/innen, sondern sogar konkurrierende Technologien für leistungsfähige Internetanschlüsse. In den Ballungsräumen lenkt die vorhandene technische Infrastruktur deshalb den Blick umso mehr auf wirtschaftliche und sozio-kulturelle Faktoren digitaler Ungleichheiten: Viele Familien können und/oder wollen sich keinen Internetanschluss leisten, zum Beispiel weil fehlende Online-Erfahrungen gerade bei Menschen, die sich in finanziell prekären Situationen befinden, dazu führen, dass sie andere Ausgaben priorisieren (müssen).

Einige kreative Ansätze zur Adressierung dieses Problems existieren bereits und meistens laufen sie auf verschiedene Formen von freien Netzen im Sinne einer öffentlichen Internet-Grundversorgung hinaus. Bevor erste kommunale Projekte ins Leben gerufen wurden, nahmen einige NetzpionierInnen die gratis Grundversorgung ihrer Nachbarschaft mit Internet selbst in die Hand. Ihre Vision sind freie Netze für freie BürgerInnen.

Pionier freier Netze: Freifunk

London hatte es als erstes, Wien und Graz mittlerweile auch und in Deutschland hat es schon fast jede Großstadt: Die Rede ist von freien Funknetzwerken, auch BürgerInnennetze genannt. Sie basieren darauf, dass private Internetnutzer/innen oder Vereine ihre WLAN-Knoten miteinander verbinden und kostenlos anderen NutzerInnen zur Verfügung stellen. Durch diesen selbstorganisierten Zusammenschluss zahlreicher WLAN-Knoten entsteht bei genügend TeilnehmerInnen ein freies Netz, das ganze Stadtteile erfasst und den Teilnehmer/innen mobilen Internetzugang ermöglicht. Diese drahtlose Vernetzung funktioniert dabei in Eigenverwaltung ohne von einem Internetprovider abhängig zu sein.

Der in Graz geborene und in London tätige Medienkünstler und Autor Armin Medosch hat in seinem Buch „Freie Netze“⁸ die Entstehung des ersten dieser Netze in London

beschrieben und dabei die politischen Überlegungen hinter den Projekten betont: Unabhängig von staatlicher Kontrolle und Zensur sollen in den freien Netzen Inhalte getauscht und verfügbare Internet-Bandbreite optimal genutzt werden. Auf diese Weise soll eine Art Netzwerk-Allmende („Network Commons“) entstehen, die frei nutzbar ist und durch den digitalen Charakter der getauschten Daten – jede Kopie ist genauso gut wie das Original und quasi kostenlos erstell- und verbreitbar – auch keine Abnutzungserscheinungen zu befürchten hat. Im Gegenteil, je mehr Leute sich an der Netzwerk-Allmende mit ihrem WLAN-Knoten und durch Bereitstellung von Inhalten beteiligen, desto besser, stabiler und leistungsfähiger wird das Netzwerk.

Vielfach geht es den freien BürgerInnenetzen weniger um günstigen oder mobilen Zugang zum Internet als vielmehr um den Aufbau von lokal-digitalen Communities, die im Rahmen des Funknetzes Daten austauschen. So arbeiten beispielsweise verschiedene Vereine wie Wavelan und c-base in Berlin an einem über mehrere Stadtteile erstreckten Kultur-Netz. Aber egal ob lokale Communities oder sogar überregionale Freifunk-Netzwerke das Ziel sind, immer versuchen die Initiativen die ohnehin weit verbreiteten, privaten WLAN-Knoten zu einem gemeinsamen Netzwerk zu verbinden. Als Träger und Unterstützer für Neueinsteiger/innen haben sich mit Freifunk.net in Deutschland und Funkfeuer.at in Österreich Vereine gebildet, die auf ihren Homepages und in wöchentlichen Treffen Unterstützung beim Einstieg ins gemeinsame Netz anbieten.

Diese technische Unterstützung ist für Internet-Laien auch bitter notwendig, wie das – verglichen mit der explosionsartigen Verbreitung privater WLAN-Infrastruktur – eher langsame Wachstum der freien Netzwerke zeigt: Obwohl immer mehr Menschen über WLAN-Module und –Basisstationen verfügen, beteiligen sich nur sehr wenige an den freien Funknetzwerken. Abgesehen von der geringen Bekanntheit der Freifunk-Initiativen sind es wohl technische Einstiegshürden wie notwendige Außenantennen und technisch-rechtliches Kauderwelsch (Community-Netzwerke erfordern sogenannte „Pico-Peering-Agreements“ für die wechselseitige Datenweiterleitung), die abschreckend wirken. Zumindest für jene Bevölkerungsteile, die aus sozio-kulturellen oder finanziellen Gründen über keinen Zugang zum Internet verfügen, ist die Teilnahme an freien Funknetzen noch einmal um einiges schwieriger. Ironischerweise sind es damit gerade die absoluten Online-PionierInnen und technisch versiertere Bastler/innen, die für sich über geteilte Netze besonders günstigen Internetzugang herstellen können, wie diverse Fallbeispiele beweisen. So zeigen die deutschen Freifunker, wie mit Hilfe eines alten Computers, einer selbst gebastelten Antenne und etwas Kabel ein Haus mit 35 BewohnerInnen für weniger als 4 Euro pro Person und Monat

Was ist „WLAN“ oder „Wireless LAN“?

WLAN bezeichnet kabellose, lokale Netzwerke zwischen Computern zum Austausch von Daten aller Art. Die Daten werden dabei per Funk in einem freien Frequenzband des Spektrums entweder direkt zwischen zwei Computern mit WLAN-Modulen („WLAN-Knoten“) gesendet oder der Computer stellt so Kontakt mit dem Internet her und kann darüber mit anderen Rechnern kommunizieren.

Die Reichweite ist auf einige 100 Meter begrenzt (in Gebäuden noch weniger), bietet dafür aber sehr hohe Bandbreiten, d.h. es lassen sich relativ große Datenmengen in kurzer Zeit übertragen. Da nahezu sämtliche modernen PCs und Laptops mit WLAN-Modulen ausgestattet sind und mittlerweile auch zahlreiche Mobiltelefone über WLAN-Technik verfügen, stellen immer mehr Menschen den Kontakt zum Internet drahtlos her. Im Unterschied zu Mobilfunktechnologien wie UMTS ist die Nutzung der WLAN-Technologie selbst kostenlos und erfordert keine zusätzlichen Gebühren oder Anmeldungen. Der Zugang zum Internet selbst muss aber – abseits von öffentlichen oder privaten freien WLAN-Netzwerken – wie sonst auch bezahlt werden.

bei hoher Bandbreite ins Internet gebracht und gleichzeitig mit Computern in drei benachbarten Wohngemeinschaften per Funk verbunden werden kann.⁹

Öffentliche Gehversuche: Stadtnetze

Im Gegensatz zu den privaten und selbstorganisierten freien Funknetzen, setzen öffentliche Projekte im Kampf gegen die Digitale Spaltung zwar ebenfalls immer häufiger auf WLAN-Funktechnologie, schöpfen deren Potential allerdings in den allerwenigsten Fällen aus. Selbst beim relativ großen Projekt „Hotspot Linz“, mit mehr als 100 WLAN-Accesspoints für drahtlos-kostenlosen Internetzugang in Bibliotheken, Volkshäusern, Jugendzentren und anderen öffentlichen Gebäuden, sind die einzelnen Sendestationen Funk-Oasen in der kommunalen Funkwüste. Denn untereinander sind die WLAN-Stationen nicht vernetzt, obwohl das technisch immer einfacher möglich wird. Das Zauberwort in diesem Zusammenhang heißt „Vermaschung“ („Mesh-WLAN“) der zahlreichen, im Stadtgebiet verteilten WLAN-Knoten.¹⁰

Einige größere Städte in den USA beschlossen denn auch, nicht nur mit vereinzelt WLAN-Knoten zu kleckern, sondern mit flächendeckender WLAN-Versorgung zu klotzen. In Philadelphia wurde gemeinsam mit dem kommerziellen Internetprovider Earthlink ein stadtweites WLAN-Netz mit dem dezidierten Ziel etabliert, die digitale Kluft zu verringern. Auch wenn der Internetzugang (abgesehen von wenigen öffentlichen Hotspots) nicht völlig

kostenlos zugänglich ist, musste sich Earthlink zu einem moderaten Grundpreis von 9,95 US-Dollar pro Monat sowie zur Spende von 10.000 Computern an Bedürftige sowie zur jährlichen Zahlung von fünf Prozent der Einnahmen für Computerschulungskurse verpflichten.¹¹

Philadelphias Fokus auf begleitende soziale Maßnahmen zusätzlich zur technischen WLAN-Infrastruktur ist dabei keineswegs „Luxus“ sondern Notwendigkeit, sollen von freien oder kostengünstigen Netzen nicht nur jene Bevölkerungsschichten profitieren, die sich PC und Internetzugang ohnehin schon leisten können. Craig Settles, Experte für kommunale WLAN-Netze, behauptet sogar, dass „typischerweise diejenigen, die öffentliches WLAN am wenigsten benötigen, es am meisten nutzen“ würden.¹²

Internet, powered by Google?

Die Kooperation mit Firmen beim Aufbau kommunaler Funknetze für möglichst einfachen und umfassenden Internetzugang ist dabei nicht ohne Tücken, wie das Beispiel des freien Funknetzes in San Francisco beweist, das als „Spionagenetz“ in die Schlagzeilen geriet.¹³ San Francisco ging für den Aufbau eines stadtweiten WLAN-Netzes, das zumindest bis zu einer Datenübertragungsrate von (relativ geringen) 300 KBit/Sekunde allen BürgerInnen der Stadt kostenlos zur Verfügung stehen wird, eine Kooperation mit dem Suchmaschinen-Riesen Google ein. Google wiederum will das Service über standortbezogene Anzeigen refinanzieren. Je nachdem, bei welchem WLAN-Knoten sich die Benutzer/innen einwählen, sollen Anzeigen von Restaurants und Geschäften im nächsten örtlichen Umkreis eingeblendet werden.

Während sich Nutzer/innen, die gegen Aufpreis das Netz mit höherer Bandbreite nutzen wollen, schon alleine aus Abrechnungsgründen identifizieren müssen, rief die Forderung Googles Kritik hervor, dass sich auch die Benutzer/innen des kostenlosen Angebots persönlich einloggen sollen. So müssen Benutzer des Gratis-Zugangs über einen Account bei Google verfügen, der Daten über die benutzten Einwahlknoten sowie das individuelle Surfverhalten für mindestens 180 Tage speichert. Die mit diesen Daten möglichen NutzerInnenprofile lassen Datenschützer/innen denn auch vor totaler Erfassung und „Big Brother“ Google warnen.

Gleichzeitig sehen sich zumindest in den USA kommunale WLAN-Netze mit Attacken der dortigen Telekommunikationslobby konfrontiert, die durch öffentliche Netze eine

Gefahr für den Wettbewerb entstehen sehen. Befürworter/innen der freien Netze drehen das Argument freilich um und sehen im Falle einer kommunalen Internet-Grundsicherung nur den Wettbewerb auf die Ebene des Hochgeschwindigkeits-Internets verlagert und kritisieren ihrerseits höchstens die zu starke Einbindung von Firmen sowie warnen vor proprietären Monopolen. Neue Bewegung in die Debatte um neue Monopole brachte dabei in jüngster Zeit die WLAN-Nachfolgetechnologie „WiMax“.

Zukunftsmusik: WiMax

Die vom Prozessorhersteller Intel heftig geförderte Funktechnologie der nächsten Generation ermöglicht höhere Datenübertragungsraten als WLAN bei gleichzeitig um ein vielfaches größerer Reichweite. Intel spricht deshalb sogar von Wimax als der „wichtigsten Erfindung seit dem Internet selbst.“¹⁴ Mit mehreren Kilometern Reichweite schließt der Wimax-Übertragungsstandard zumindest technologisch die Lücke zwischen WLAN und Mobilfunkstandards wie UMTS. Auch größere Städte ließen sich mit nur wenigen Basisstationen flächendeckend mit einem Internetzugang versorgen. Die Kosten einer Basisstation liegen derzeit allerdings noch deutlich über denen eines oder mehrerer WLAN-Hotspots.

Während die neue Technologie besonders im ländlichen Raum Gebiete für Breitband-Internet erschließen soll, die bislang nur mit sehr großem Aufwand per Kabel ins Internet gebracht werden konnten, ist sie in Ballungsräumen eine weitere Möglichkeit für eine Internet-Grundversorgung sämtlicher Bürgerinnen und Bürger. Abgesehen von den bislang noch fehlenden WiMax-Endgeräten ist auch die Frage, ob WiMax-Geräte dauerhaft freie Frequenzbänder nutzen dürfen oder auf bestimmte, kostenpflichtige Lizenzbänder beschränkt werden. Die Versteigerung der wichtigsten WiMax-geeigneten Frequenzbänder fand in Österreich bereits im Jahr 2004 statt.¹⁵ Die großen Reichweiten lassen sich voraussichtlich nur in diesen Frequenzbereichen erzielen, da dort größere Sendestärken zulässig sind.

Freie Netze als Möglichkeitsraum

Egal in welcher Form WiMax-Netzwerke letztendlich zum Einsatz kommen werden, in städtischen Ballungsräumen stellen sie ohnehin nur eine Erweiterung der bereits vorhandenen technologischen Vielfalt zur Vernetzung der Bürger/innen untereinander und mit dem Internet dar. Und wie die Beispiele kommunaler Netzwerke in Philadelphia, San Francisco oder New Orleans zeigen, ist die technologische Grundversorgung nur ein erster Schritt

zur Verringerung der „Digital Divide“. Ein erster Schritt, der vor allem deshalb so wichtig ist, weil er die viel schwieriger zu überwindenden sozio-kulturellen Ursachen für digitale Ungleichheiten sichtbar macht und ins Zentrum der (auch: politischen) Aufmerksamkeit rückt.

Abgesehen von der sozialpolitischen Agenda – Teilhabe für alle an der digitalen Internet-Öffentlichkeit und -Gesellschaft – erkennen viele Verfechter/innen von kommunalen freien Netzen auch den ermöglichenden Charakter dieser Netzwerke. Denn ähnlich wie PCs als Universalmaschinen für die verschiedensten Zwecke – als Kommunikations- genauso wie als Gestaltungsmittel, als Konsumations- wie als Distributionswerkzeug – eingesetzt werden können, wirken auch digitale Netze als Katalysator für auf ihnen aufbauende Projekte in Form von sozialen Gemeinschaften, zivilgesellschaftlichen Engagements und künstlerisch-intellektuellem Austausch und Diskurs. Voraussetzung dafür ist aber die die Freiheit des Zugangs und die Neutralität der Technologie gegenüber den im Netz transportierten und verfügbaren Daten.

Aufbau und Betrieb von freien Netzen ist aber auch deshalb immer eine kommunal- (politisch)e Aufgabe, weil mit ihnen eine kontinuierliche Rückbindung der prinzipiell globalen „Digital Community“ im World Wide Web an lokale Einrichtungen, Gruppen und Sozialstrukturen verbunden ist. Viele der in diesem Band im folgenden angesprochenen Themen und Projekte können ihr Potential erst dann zur Gänze entfalten, wenn mit einer kommunalen Netzwerkinfrastruktur die Basis geschaffen ist. Als Beispiel sei hierfür die Verknüpfung realer Gebäude und Orte einer Stadt mit den entsprechenden Informationsseiten der freien Online-Enzyklopädie Wikipedia mittels an den Objekten angebrachten Strichcodes genannt¹⁶: Ihren vollen Nutzen entfaltet diese „Verlinkung“ der realen Welt mit im Internet frei verfügbaren Inhalten erst dann, wenn sie auch einfach und kostenlos über ein freies Netz vor Ort erreichbar sind.

Gerade weil die Nutzung der Infrastruktur eines Freien Netzes nicht im Voraus geplant werden muss, ja nicht einmal soll, sondern der Bevölkerung in Form einer Netzwerk-Allmende zur kollektiv-produktiven Verwertung überantwortet wird, ist die Schaffung dieses kommunalen Möglichkeitsraumes auch kommunale Aufgabe. Für Linz im speziellen ist sie die konsequente Fortsetzung eines mit dem Hotspot-Projekt¹⁷ längst eingeschlagenen Weges.

„Warum sollten schwingende elektromagnetische Wellen etwas kosten außer Strom?“



Foto: Manu Hiesmair

Interview: Aaron Kaplan

Aaron Kaplan ist einer der Mitbegründer und der Pressesprecher des österreichischen Vereins „Funkfeuer.at“. Wie ihr deutsches Pendant „Freifunk.net“ versucht die Initiative durch Vernetzung von privaten WLAN-Knoten freie Netzwerke zum Austausch von Daten und für den Zugang zum Internet zu schaffen. In Österreich gibt es Funkfeuer-Netze in Wien, Graz, Bad Ischl und dem Weinviertel.

Wie bist du dazu gekommen, dich für Freifunknetze zu engagieren?

Aaron Kaplan: Ich bin Informatiker und habe viel im Bereich Telekommunikationssysteme gearbeitet, das legte quasi den Grundstein für mein Interesse. Im Jahr 2003 haben wir ein bisschen mit WLAN Access Points herumgespielt und dann auch beim Verein „Quintessenz“ im Wiener Museumsquartier einen Access Point hingestellt, der quasi „anonym“ öffentlich nutzbar war. Das bedeutet, der Zugangsknoten zum Internet hat nichts von den Netzaktivitäten der User/innen mitdokumentiert.

Wie seid ihr damals auf die Idee gekommen, dieses Projekt zu machen?

Aaron Kaplan: Als Gegenentwurf zur Überwachungsverordnung, die damals neu gekommen ist und nach der jeder Internet-Provider „mitloggen“, d.h. die Nutzer/innendaten mitdokumentieren muss. Das haben wir dann auch alles juristisch durchexerziert mit dem Ergebnis, dass wir als nichtgewerbliches Unternehmen gar nicht mitloggen dürfen. Auf jeden Fall war es eine nette Aktion, hat gut funktioniert und ist auch medial sehr gut angekommen. Nach dem Projekt mit dem anonymen Access Point, haben wir uns gedacht, das kann nicht alles sein. Mein Kollege Markus und ich haben dann weiter an Ideen gearbeitet

und dann in Wien Funkfeuer aufgebaut.

Funkfeuer ist ja ein freies Netzwerk. Was kann man sich darunter vorstellen?

Aaron Kaplan: Im Grunde funktioniert das Netz auf technischer Ebene wie Open Source Software: Wenn jemand einen besseren Vorschlag zur Vernetzung der einzelnen Knoten hat, wird er umgesetzt. Derzeit verwenden wir Standard-WLAN-Technologie und verwenden nur eine zusätzliche Software,¹⁸ um die einzelnen Knoten zu einem gemeinsamen Mesh-Netzwerk zu verbinden.

Es gibt ja auch einen Verein „Funkfeuer“, der quasi als Dachorganisation des freien Netzwerks gegründet wurde. Warum gründet eine Initiative mit dem Ziel freier Netze einen Verein?

Aaron Kaplan: Ursprünglich wollten wir gar keinen Verein gründen, sondern nur ein anarchistischer Zusammenschluss von Knoten sein, die sich halt zufällig sehen und einfach Daten austauschen. Aber wir haben dann doch einen Verein gegründet, weil es Vorteile bringt, wie zum Beispiel eine zentrale Anlaufstelle für Interessierte. Der Verein kümmert sich prinzipiell um die Erforschung alternativer Datenübertragungswege und die Weiterentwicklung von Mesh-Routing Systemen.

Eine wesentliche Aufgabe des Vereins ist es ja auch, Neulinge bei ihrem Einstieg ins Freifunknetz zu unterstützen. Wie funktioniert das, wenn ich bei Funkfeuer mitmachen möchte?

Aaron Kaplan: Die InteressentInnen kommen am Montag zu unserem wöchentlichen Treffen, dort helfen wir ihnen dann mit den ganzen technischen Details. Man braucht an Hardware im Prinzip nur einen handelsüblichen Router, auf den Linux und das Internetprotokoll gespielt werden. Diese Box montiert man dann zu Hause so hoch wie möglich ans Dach und verlegt Kabel in die Wohnung oder bekommt das Signal per Funk herein. Danach funktioniert der Internetzugang genauso wie ein normaler Zugang.

Auch in der Qualität der Verbindung?

Aaron Kaplan: Wir sagen den Leuten immer, wenn sie ein störungsfreies und immer verfügbares Netz haben wollen, dann sollen sie zu einem Provider gehen. Dort zahlen sie eben für diesen Service. Bei uns ist das ganze experimenteller.

Auf der Homepage Funkfeuer.at führt die Frage nach dem „Warum?“ zu einem sehr langen Text. Kann die Frage nach den Intentionen eines solchen Projekts auch in ein bis zwei Sätzen erläutert werden?

Aaron Kaplan: Es gibt mehrere Aspekte, die ein Projekt wie Funkfeuer interessant und wichtig machen. Zunächst ist der technische Aspekt der Weiterentwicklung des Mesh-Routing (Der dezentralen Vernetzung von WLAN-Knoten, Anm.) sehr interessant. Das andere ist unser politischer Anspruch. Mir fällt da eben kein besseres Wort als genossenschaftlich ein. Wir kaufen uns Hardware teilweise gemeinsam und investieren unsere Zeit da hinein, ein Netz aufzubauen, das uns gehört und nicht einer großen Firma. Dadurch können wir auch, zumindest innerhalb unseres Netzes, der Überwachung und dem Zugriff auf Daten Einhalt gebieten.

Ein dritter wichtiger Aspekt geht hier noch ab: Auf der Funkfeuer Homepage werden freie Netzwerke vor allem als soziale Initiativen dargestellt.

Aaron Kaplan: Wir haben uns am Anfang immer wieder die Frage gestellt "Wollen wir ein Internet-Provider werden?" Und die Frage wurde immer von der Mehrheit der Kerngruppe verneint. Deshalb sind wir auch kein Internetdienstleister und keine Firma. Das würde auch den Forderungen, ein freies - im Sinn von "Freiheit" - Netz zu haben, widersprechen. In diesem Sinne sind wir eben eine soziale Initiative.

Die ProponentInnen freier Funknetze erheben auch den Anspruch, etwas gegen die Digital Divide zu unternehmen. Bei welchen Personengruppen besteht hier der meiste Handlungsbedarf?

Aaron Kaplan: Ich glaube in Österreich existiert eine ganz große Kluft zwischen den Generationen und ein Problem, dass viele ländliche Gemeinden nur per Modem Internetzugang haben. Aber auch wenn das supermühsam ist, ist das zumindest schon mal ein Anschluss.

Finden sich die Personengruppen, die von der Digital Divide betroffen sind, bei den Nutzer/innen des Funkfeuer Netzes?

Aaron Kaplan: Wir haben eine heterogene NutzerInnenstruktur. Wieviele von den Personen, die an unserem Netzwerk teilnehmen, keine Arbeit haben, wissen wir auch nicht genau. Es sind aber wahrscheinlich nicht mehr als 10 Prozent. Für sie ist es eine günstige Möglichkeit, an der Welt teilzuhaben. Bei ihnen erfüllen wir unseren Anspruch, zur Bekämpfung der Digital Divide beizutragen, voll und ganz. Der Rest unserer Nutzer/innen sind entweder „Techies“, d.h. zum Beispiel Informatiker/innen, die einfach an der technischen Neuheit unseres Netzes interessiert sind oder diejenigen, die mitmachen, weil sie die politische Seite interessiert.

Ist es dann auch ein Ziel eures Vereins, gezielt Personen der ersten NutzerInnen-gruppe anzusprechen?

Aaron Kaplan: Wir wollten bisher gezielt mit Flyern Werbung machen, aber das wurde nicht besonders konsequent betrieben. Ansonsten haben wir durch gute Berichte in der Presse an Bekanntheit gewonnen. Außerdem erreichen wir durch Mundpropaganda sehr viele Leute. Und schon alleine durch die Möglichkeit, gratis Internet zu beziehen, sind die dann auch interessiert. Aber wir sind halt experimentell und nicht wie große Internetanbieter/innen auf KundInnenfang. Wenn Leute kommen wollen, dann kommen sie – oder auch nicht.

In wieweit sind Leute, die nicht gerade technisch versiert sind, abgeschreckt bei Funkfeuer mitzumachen. Es ist nicht wie bei einem Provider wo ein/e Techniker/in sich um den Anschluss kümmert, sondern die Leute müssen da ja schon eine gewisse Eigeninitiative an den Tag legen.

Aaron Kaplan: Natürlich ist gerade für „Nicht-Technies“ ein gewisses Abschreckungspotential da. Das haben wir auch im Verein lange diskutiert, wie wir das verbessern können. Mir wäre es sogar lieber gewesen, wenn wir die technische Entwicklung soweit vorantreiben, dass wir ein Package zum Einstieg ins Funkfeuer-Netzwerk mit

allem drum und dran zum Verkauf anbieten würden und die Leute montieren es sich nur mehr auf ihr Dach. Aber damit wären wir dann wieder ein Anbieter, dann hätten wir gleich eine Firma aufmachen können. Dagegen hat sich aber die Mehrheit der Leute entschieden. Wir möchten eben auch ein soziales Netzwerk sein, das gemeinsam mit den Leuten dann am Aufbau des Netzes arbeitet.

Nicht nur politisch und technisch Interessierte partizipieren an eurem Netzwerk. Die dritte große Gruppe ist die, die einfach nur daran interessiert ist, möglichst billig ins Internet zu kommen – auch wenn FreiFunk das nicht als eigentliches Ziel ihres Engagements sieht. In wieweit haben auch diese Personen Interesse, an einer sozialen Gemeinschaft teilzuhaben?

Aaron Kaplan: Eine Schiene, über die wir Personen in unser soziales Netzwerk integrieren wollen, sind Workshops und Vorträge. Wer da partizipiert, macht mit, wer nicht will, der macht halt nicht mit. Dazu kann man niemanden zwingen. Aber so zehn Prozent derjenigen, die eigentlich nur wegen des Gratis-Internetzugangs gekommen sind, partizipieren dann auch weiterhin an der Gemeinschaft.

Gibt es Bedrohungen für das weitere Bestehen und Wachstum freier Netze wie Funkfeuer?

Aaron Kaplan: Bisher war unsere Existenz ein paar Mal gefährdet, doch die Bedrohung konnte immer wieder abgewendet werden. Beispielsweise stellte unser Hauptsponsor zu der Zeit als Funkfeuer noch keine eigene Datenleitung hatte, seine Leitung zur Verfügung. Als dann der Hauptsponsor von einem ausländischen Unternehmen gekauft wurde, haben wir ziemlich um unser Netz gebangt. Aber unser Projekt wurde weiter unterstützt.

Wäre eine Internetgrundversorgung für alle Österreicher/innen eine Zukunftsvision im Sinne des Vereins Funkfeuer?

Aaron Kaplan: Hinter der Struktur von Funkfeuer steht grundsätzlich ein anderes Konzept. A la longue sollte es aber beim Internet so sein wie bei der Wasserversorgung: Man dreht den Hahn auf und es kommt Wasser raus. Vielleicht zahlt man ein bisschen Steuern dafür, weil es ja auch pro Person gar nicht so viel kostet. Das schwierigste dabei ist halt, die Leitungen zu verlegen. Denn das kostet. Da stehen Initiativen wie Funkfeuer halt in ihren Möglichkeiten an.

Wenn du schon von Steuerfinanzierung und Infrastrukturleistungen redest, dann ist aber wohl auch klar, wer dies machen sollte.

Aaron Kaplan: Grundsätzlich schon. Wenn der Staat diese Grundversorgung baut und finanziert, hat er auch die Kontrolle darüber. Das ist nicht etwas, das du immer haben willst. Gerade was beispielsweise die Überwachung im Internet betrifft, schafft ein öffentliches Netz ganz neue Möglichkeiten für den Staat, auf die Daten zuzugreifen.

Im Gegensatz dazu gibt es im Funkfeuer Netz ja keine Überwachung.

Aaron Kaplan: Wir als Verein dürfen gar nicht mitloggen, das bedeutet, dass grundsätzlich innerhalb unseres freien Funknetzes es keine Aufzeichnungen über die Internetaktivitäten unserer Nutzer/innen geführt wird. Durch die IP-Adressen sind aber alle Nutzer/innen identifizierbar. Wenn also jemand etwas wirklich Illegales macht und die Staatsanwaltschaft mit einem Brief vor unserer Tür steht, dann bekommen sie die Daten von uns. Bei allem anderen sagen wir grundsätzlich einmal nein.

Abschließend erscheint es noch interessant, einen Blick auf Linz zu werfen. Was könnte hier auf kommunaler Ebene getan werden, um freie Funknetze zu unterstützen?

Aaron Kaplan: Ein paar gesponserte Initialknoten, die einen Ring bilden, würde hier einen guten Ausgangspunkt für ein freies Funknetz bieten. Das muss so beschaffen sein, dass sich dann die Leute da einfach dran hängen können. Sie sehen das dann beispielsweise auf ihren Notebooks, dass sie das Signal von, sagen wir mal „Freies Netz Linz“ hereinbekommen und dann ins Internet gehen und sich dann dranhängen.

So etwas Ähnliches gibt es ja bereits in Linz: Nämlich die öffentlichen Hotspots. Was ist da deiner Meinung nach der größte Unterschied zu eurem freien Netz?

Aaron Kaplan: Zunächst sind Hotspots nur punktuelle Zugänge, die nicht miteinander vermascht sind, so wie unser Funknetz. Bei all diesen Hotspotinitiativen gibt es außerdem immer eine Zentrale, die die Organisation des Netzzugangs übernimmt. Bei uns ist es so vorgesehen, dass wer immer Internetzugang anbieten kann oder will, dies auch anbieten kann. Wir haben ein Netz, das niemanden und doch allen gehört und gleichzeitig aber jedem/jeder Einzelnen, da ja jeder einzelne Knoten einer Privatperson gehört. Freifunk hat da eher einen genossenschaftlichen Ansatz, der im Wesentlichen auf Selbstorganisation aufbaut.

Diese Selbstorganisation geht ja im wesentlichen immer von Privatpersonen oder Vereinen aus. Wie würde dann ein freies Funknetz funktionieren, das beispielsweise von der Stadt Linz initiiert werden würde?

Aaron Kaplan: Ich glaube, wenn es wirklich ein kommunales Projekt wird, ein freies Funknetz aufzubauen, dann existiert schon ein gewisser Druck, es rasch aufzubauen. Das haben wir jetzt bei Funkfeuer nicht. Wenn sich die Stadt Linz wirklich dazu entscheidet, dies bis 2009 zu schaffen, dann ist es am sinnvollsten, den Initialaufbau einer Firma zu übergeben. Da kommt dann im Endeffekt so etwas heraus, wie ein Hotspotmodell, aber nur vermascht und dadurch für mehr Leute zugänglich. Das ist aber dann ein ganz anderer Ansatz als ein freies Netz: Da geht es wirklich nur um die Grundversorgung - ohne soziale und politische Ansprüche.

In Linz sind ja grundsätzlich auch gute Voraussetzungen dafür, dass ein selbstorganisiertes freies Netz startet. Im Bereich der Neuen Medien gibt es ja das Ars Electronica Center (AEC) und an der Kepler Uni gibt es die Möglichkeit, Informatik zu studieren. Da müssen sicher doch auch ein paar Interessierte draußen herumlaufen, die da den Aufbau eines neuen Funkfeuer Standorts forcieren könnten. Warum gibt es noch keinen Funkfeuer Standort in Linz?

Aaron Kaplan: Die Initialzündung fehlt hier wohl noch: Es braucht immer nur eine Person, die dann sagt, ich mach das jetzt und dann wird es auch funktionieren.

Welche Aktivitäten plant Funkfeuer in nächster Zeit in Österreich?

Aaron Kaplan: Es ist viel zu tun und unsere „To do“-Liste ist lang. Zunächst haben wir eine Initiative geplant, um in Gesamtösterreich - da vor allem am Land - weitere Funkfeuer Standorte zu gründen und interessierte Gemeinden durch unser Know-How zu unterstützen. Es gibt noch die Überlegung eine internationale Leitung nach Bratislava zu bauen. Ausgangspunkt soll ein hoher Punkt in Wien sein, von wo aus das Funksignal über mehrere Repeater bis nach Bratislava weitergeleitet wird, um dort an das slowakische Freenet anzuschließen.

PROJEKT: Freies Netz für alle Linzer/innen

Mit den mehr als 120 Hotspots für kostenlosen Internet-Zugang in Bibliotheken, Volkshäusern, Jugendzentren und an vielen weiteren öffentlichen Orten hat die Stadt Linz bereits einen ersten Schritt in Richtung einer freien, stadtweiten Internetgrundversorgung für alle Linzerinnen und Linzer getan. Viele neue Nutzungsarten des Internets wie Online-Tagebücher („Blogs“), Wikis oder andere Formen sozialer Software gewinnen ihre Bedeutung gerade daraus, dass sie sich nahtlos in den alltäglichen Tagesablauf integrieren (lassen) – und sind deshalb nur ungenügend mittels örtlich begrenzten, öffentlichen Hotspots nutzbar. Auch etabliert sich das Internet immer mehr als Raum für (auch: lokalen) Diskurs und Debatten, die allerdings im Unterschied zu herkömmlichen Massenmedien quasi von unten („bottom-up“) durch die Nutzer/innen selbst (mit-)bestimmt werden. Ein Zugang zum Internet ist für Teilnahme und Teilhabe an diesem Diskurs *conditio sine qua non*.

Wie die Beispiele größerer Städte wie San Francisco, das bereits eine Internet-Grundversorgung auf seinem Stadtgebiet bietet, zeigen, ist es mit modernen Funktechnologien ohne weiteres möglich, einen kostenlosen Internetzugang für das ganze Stadtgebiet umzusetzen. Und zwar mit einer Bandbreite, die für die meisten üblichen Internetanwendungen ausreichend ist. Auch wenn die Erfahrungen in anderen Städten Hoffnungen enttäuschen, mit einer kostenlosen Internetgrundversorgung die digitale Spaltung der Gesellschaft bereits überwunden zu haben, ist sie dennoch ein wichtiger Schritt, um weitergehende Maßnahmen überhaupt erst sinnvoll ergreifen zu können.

Welche Technologie genau zum Einsatz kommt bzw. ob man auf einen Technologie-Mix setzen könnte, soll am besten im Einvernehmen mit einem/einer Technologie-Partner/in bei der Umsetzung gemeinsam ausgearbeitet werden. Wichtig ist nur, dass die kostenlose Basisbandbreite nicht zu niedrig bemessen ist (d.h. unter 1 MBit/Sekunde) und dass bei allfälligen (insbesondere bei standortbezogenen) Werberefinanzierungsmodellen datenschutzrechtliche Mindeststandards gewahrt bleiben.

Selbstverständlich müssen gleichzeitig mit dem Aufbau des städtischen Funknetzes auch Maßnahmen einhergehen, die eine möglichst breite Nutzung des Angebots möglich machen, insbesondere in Bezug auf fehlende Hardware und notwendige Schulungsmaßnahmen.

PROJEKTSKIZZE:

Freies Netz für alle Linzer/innen



Projektziele

- Reduzierung der digitalen Kluft in Linz
- Schaffung einer Linzer „Netzwerk-Allmende“

Projektbestandteile

Aufbau eines stadtweiten, kostenlosen Netzwerkes für drahtlosen Zugang zum Internet

Projektzielgruppen

- Alle Linzerinnen und Linzer
- Linz-Besucher/innen, TouristInnen

Projekträger

Stadt Linz (evtl. gemeinsam mit einem/einer Partner/in)

Dialoggruppen

- Stadt Linz
- Volkshochschule Linz (für Kurse und Schulungen)
- TechnologiepartnerInnen

Zeitraum

Start zu Jahresbeginn 2009

Finanzierungsbedarf

Kosten für den Aufbau des Netzes sowie die laufende Wartung der Basisstationen (abhängig vom verfolgten technologischen Ansatz)



PROJEKT: Laptops für Linz

Neben den Kosten für einen Internetzugang werden von Menschen, die keine oder wenig Erfahrung mit neuen Medien im Allgemeinen und dem Internet im speziellen haben, auch Investitionen in die notwendige (Computer-)Hardware gescheut. Dies führt dazu, dass von öffentlichen Hotspots oder gar stadtweiten, freien Netzen vor allem jene Menschen profitieren, die ohnehin die (finanziellen) Mittel für privaten und mobilen Internetzugang hätten.

Hinzu kommt, dass Computer als Geräte und das Internet mit seinen diversesten Anwendungen Erfahrungsgüter sind: Die Menschen lernen erst mit der Zeit und während des (alltäglichen) Gebrauchs, welche (bislang ungenutzten) Potentiale ihnen die neuen Technologien eröffnen können. Das ist auch einer der Hauptgründe, warum es in Österreich keine Schule – egal welcher Schulstufe – mehr gibt, die es sich leisten kann, auf EDV-Räume und –Ausstattung zu verzichten.

Und dennoch können die nur temporär und für bestimmte Anwendungen zugänglichen Schulcomputer die individuelle Auseinandersetzung und Erforschung der Technologie in der alltäglichen Nutzung nicht völlig kompensieren. Vergleichbar dem „One Laptop per Child“-Projekt für Entwicklungsländer sollten in Zukunft Linzer Volksschüler/innen mit Beginn der 4. Klasse einen Laptop als quasi digitales Schulbuch erhalten. Abgesehen von softwarepolitischen Überlegungen sollte er mit Freier Software ausgestattet sein, um die Kosten gering zu halten, die Virengefahr einzudämmen sowie die Weitergabe und Verwendung der Software auch auf anderen privaten PCs zu ermöglichen. Hier bieten sich Distributionen wie Edubuntu mit Schwerpunkt auf pädagogisch wertvollen Programmen an.

Begleitend müssten gemeinsam mit den Pädagogischen Hochschulen in Linz Weiterbildungsangebote für Linzer Lehrkräfte der Volksschulen sowie der Hauptschulen und gymnasialen Unterstufen geschaffen werden, um die Potentiale der digitalen Vollausrüstung der Linzer Schüler/innen auch sinnvoll innerhalb und außerhalb des Unterrichts zu nutzen.

Auch abseits von Schulen müsste es möglich sein, ausgewählte öffentliche Hotspots (z.B. in Bibliotheken) mit einer gewissen Zahl an Leihgeräten auszustatten, die gegen Pfand an Interessierte ausgehändigt werden.

PROJEKTSKIZZE:

Laptops für Linz



Projektziele

- Abbau der digitalen Kluft
- Förderung des technologischen Verständnisses breiter Bevölkerungsteile

Projektbestandteile

- Ausgabe eines Laptops mit Freier Software an sämtliche Linzer Volksschüler/innen mit Beginn der 4. Klasse
- Einrichtung von Laptop-Verleihstellen an ausgewählten öffentlichen Hotspots

Projektzielgruppen

Linzer Schüler/innen

Projektträger

Stadt Linz

Dialoggruppen

- Linzer Volksschulen
- Pädagogische Hochschulen
- Stadt Linz

Zeitraum

Erstmalige Ausgabe von Laptops an die Schüler/innen der 4. Klasse Volksschule mit Herbst 2008.

Finanzierungsbedarf

Jährliche Kosten für die Finanzierung der Hardware, keine Kosten für die Software bei Verwendung freier Angebote.



PROJEKT: 2009 – „Jahr der Freien Netze“

Erfolgreiche Kooperation zeichnet sich dadurch aus, dass durch das Zusammenwirken vieler Akteurinnen und Akteure mehr entsteht, als durch das bloße Zusammenzählen der jeweiligen Ressourcen. Blumiger ausgedrückt geht es um Nicht-Nullsummenspiele, um ein Ganzes, das Mehr ist als die Summe der einzelnen Teile. Oft ist es aber so, dass zwar alle von kooperativem Handeln profitieren würden, aber sich nicht genug finden, einen Anfang zu machen oder das wechselseitige Vertrauen fehlt. In der Wissenschaft spricht man in diesem Zusammenhang von „Gefangenendilemma“-Situationen.

Die in zahlreichen Häusern und Wohnungen vorhandenen Knoten für drahtlosen Internetzugang mittels Wirelss LAN bzw. deren beständig wachsende Anzahl sind nun genau so eine Situation, wo alle von Kooperation durch Vernetzung der einzelnen Knoten profitieren würden – höhere Bandbreite, lokale Netzwerke, mobile Verfügbarkeit – es aber bislang dennoch nicht dazu gekommen ist. Das Kulturhauptstadtjahr 2009 könnte nun Anlass sein und Anstoß dafür geben, den Stein der Kooperation ins Rollen zu bringen: Indem das Jahr 2009 zumindest in Linz zum „Jahr der freien Netze“ gemacht wird.

Als Vorbild könnte hierfür ein anderes Linzer Kulturprojekt in seiner Urfassung dienen: Die Klangwolke. Während die Klangwolke heute nur noch über dem Linzer Donaupark schwebt, wurden in den ersten Jahren alle Linzerinnen und Linzer dazu eingeladen, ihre Fenster zu öffnen, das Radio auf die Fensterbank zu stellen und mit der Radiübertragung des Konzerts die „Klangwolke“ wirklich im ganzen Stadtgebiet hör- und erfahrbar zu machen.

2009 könnte die Stadt Linz ihre Bürger/innen nun dazu einladen, ihre drahtlosen WLAN-Netze zu öffnen und mit anderen drahtlosen Netzen zu einem stadtweit freien WLAN-Mesh-Netzwerk zu verbinden. In einem ersten Schritt sollte natürlich die Stadt selbst vorangehen und die über 100 öffentlichen Hotspots untereinander vernetzen und es anderen Menschen ermöglichen, sich in dieses öffentliche Hotspot-Netz mit den jeweils eigenen WLAN-Knoten einzuklinken. Im Jahr der freien Netze 2009 sollten technisch weniger versierte Linzer/innen dann über eine zentrale Service-Stelle bei der Teilnahme am dann

PROJEKTSKIZZE:

Open Courseware für Universitäten

Projektziele

- Im Kulturhauptstadtjahr ein Zeichen für Freie Netze unter Einbindung weiterer Teile der Stadtbevölkerung setzen
- Förderung des technologischen Verständnisses breiter Bevölkerungsteile

Projektbestandteile

- Festlegung der technischen Spielregeln für das Freie Netzwerk
- Vernetzung der bestehenden öffentlichen Hotspots
- Werbekampagne für das „Jahr der Freien Netze“
- Technische Unterstützung über eine zentrale Service-Stelle
- evtl. Angebote speziell für Teilnehmer/innen am Freien Netz über einen öffentlichen Public Space Server

Projektzielgruppen

- Alle Linzer/innen als potentielle Nutzer/innen
- Linzer/innen mit WLAN-Infrastruktur als potentielle Teilnehmer/innen am freien Netz

Projektträger

Stadt Linz

Dialoggruppen

- Linzer Bevölkerung
- Stadt Linz
- Technische Unterstützung

Zeitraum

Vorbereitungen ab 2008, Beginn der öffentlichen Bewerbung ab Mitte 2008, Schwerpunkt im „Jahr der freien Netze“ 2009

Finanzierungsbedarf

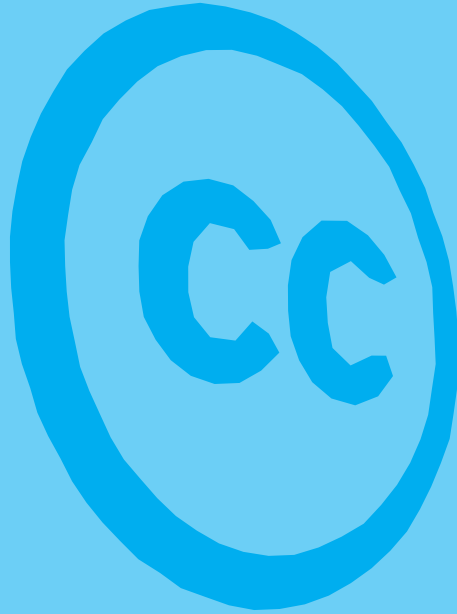
Kosten für die Bewerbung sowie die Einrichtung eines zentralen technischen Servicedienstes zur Beratung/Unterstützung



“Überregulierung erstickt Kreativität. Es unterdrückt Innovation. Es gibt Dinosauriern ein Veto über die Zukunft. Es verschwendet die außerordentlichen Möglichkeiten für demokratische Kreativität, die digitale Technologien beinhalten”

(Lawrence Lessig, Gründer von Creative Commons)





KREATIVITÄT IN FESSELN

Markus Eidenberger und Andreas Ortner

Wie Urheberrecht Kreativität behindert und doch mit seinen eigenen Waffen geschlagen werden kann.

Stellen Sie sich vor, Ihnen ist im Jahr 1986 eine unglaublich spannende, witzige oder aufrührende Geschichte eingefallen. Stellen Sie sich vor, Sie haben sich tatsächlich durchgerungen und sie als Buch niedergeschrieben. Aber leider konnten Sie keine/n Verleger/in begeistern, das finanzielle Risiko einer Veröffentlichung einzugehen – und selbst fehlte Ihnen das Geld dazu. Nun, Sie werden vielleicht alle Verwandten und Bekannten zu Weihnachten mit einer selbst gebastelten Variante Ihres Buchs beglückt haben – aber dem Rest der Welt wird Ihre spannende, witzige und aufrührende Geschichte vorenthalten.

Nehmen wir an, Sie wollten im Jahr 1985 das Aufwachsen Ihrer Kinder nicht einfach fotografieren, sondern filmen und gemeinsam mit Musik aus dieser Zeit und mit Fernseh-Mitschnitten unvergesslicher Ereignisse zu einer Art Dokumentation zusammenschneiden. Selbst wenn Sie so wohlhabend waren, sich die notwendige Ausrüstung und die teuren Stunden in einem professionellen Schnitt-Studio zu leisten, selbst wenn Sie die Zeit und Muße hatten, sich das Film-Schneiden beibringen zu lassen – das Ergebnis Ihrer Bemühungen wird nur eine überschaubare Anzahl von Menschen je zu Gesicht bekommen haben.

Und wenn Sie 1987 mit Ihrer Hard-Rock-Trash-Metal-Garagenband an der unglaublichen Fantasielosigkeit der großen Plattenfirmen gescheitert sind, so hatten Sie vielleicht das Glück, dass Mama Ihnen einmal einen Studiotag geschenkt hat. Aber wahrscheinlich sind ein paar selbst aufgenommene Audiokassetten von mieser Qualität das einzige Überbleibsel einer schönen Zeit. (Die nicht mehr ganz jungen Leser/innen mögen sich außerdem kurz an die „berauschende“ Qualität überspielter Kassetten erinnern...)

Die neue Freiheit: Publizieren leicht gemacht!

Dieser kleine Ausflug in die unseligen Achtziger soll aber kein Nostalgie-Trip sein – im Gegenteil. Denn stellen Sie sich vor, all das passiert hier, jetzt und heute. Das Buch wird Ihnen vielleicht auch heute niemand verlegen. Aber heute können Sie erstens ohne Tipp-Ex korrigieren. Und zweitens – was viel wichtiger ist – können Sie das Buch auf Ihrer Webseite im Internet veröffentlichen, in verschiedenen Foren und Blogs gezielt dafür Werbung machen und damit theoretisch ganz ohne Verleger ein Millionenpublikum erreichen. Und vielleicht ist ja unter den so gewonnenen Leser/innen eine weniger bornierte Verleger/in dabei und schickt Ihnen ein E-Mail bezüglich einer Fortsetzung.

Heute würden Sie wahrscheinlich keinen Hard-Rock-Trash-Metal mehr spielen, sondern Hip-Hop oder Techno, und Sie würden statt Instrumenten teilweise so genannte Samples verwenden, also kurze Ausschnitte aus anderen Songs. Aber es wäre erstens mit einem handelsüblichen PC und ein paar leistbaren Zusatzgeräten machbar. Und zweitens könnten Sie sich auch in diesem Fall über Veröffentlichungen im Internet an den großen Verlagen vorbei eine hoffentlich wachsende Fangemeinde erarbeiten.

Und schließlich hat die moderne Technologie das Gestalten von Filmen zu einem leistbaren Hobby gemacht, denn auch das ist mit einer digitalen Videokamera, einem PC und der passenden Software machbar. Natürlich brauchen Sie auch keine langwierige Ausbildung oder Berufserfahrung mehr, um das Zeug sinnvoll schneiden zu können. Außerdem ist das Produkt Ihrer Bemühungen nicht mehr notwendiger Weise einem kleinen Kreis von Eingeweihten vorbehalten: Rauf auf die Homepage, und schon kann die Welt mitsehen!

Ja, dürfen Sie das denn?

So weit so gut, aber die Sache hat einen Haken: das aktuell gültige Urheberrecht. Denn sowohl das „Sampeln“ von Versatzstücken von Musik, die jemand anders komponiert und gespielt hat, als auch das Verwenden von Film- oder Fernsehausschnitten oder von Songs, auch das Einbauen von Textpassagen anderer, wenn es über ein einfaches Zitat hinausgeht, ja vielleicht sogar das Verwenden einer Romanfigur, die schon jemand anders genau so „gezeichnet“ hat wie sie, fallen möglicherweise unter das Copyright. Das heißt, wenn Sie ihre so gewonnenen Produkte auch „veröffentlichen“ – und das tun Sie auf Ihrer Homepage selbst dann, wenn Ihre Zugriffszahlen mehr als bescheiden sind – begehen Sie damit eine illegale Handlung und machen sich strafbar. Dabei handelt es sich auch nicht gerade nur um ein Organmandat. Das österreichische Gesetz beispielsweise sieht einen Mindeststreitwert von 36.000 Euro bei Urheberrechtsangelegenheiten vor, und dieser bestimmt auch die Höhe der Gerichts- und Anwaltskosten!

Dass es so etwas wie ein Urheberrecht gibt, ist natürlich nicht neu und auch nicht unbegründet. Schließlich sind die meisten kreativen Werke wie Text, Musik oder Film relativ einfach kopierbar und daher so genannte „nicht rivalisierende Immaterialgüter“. Was kompliziert klingen mag, heißt einfach, dass Musikstücke oder Texte nicht verbraucht werden, wenn Sie sie anhören oder lesen – im Gegensatz zur Würstsemmel, wenn Sie sie essen. Daher braucht jemand, der vom Produzieren und Verkaufen von Musik oder Text

leben will, einen besonderen Schutz davor, dass nur der erste Kunde bezahlt und dann alle anderen von ihm kopieren. (Ökonominen sprechen dabei vom „Trittbrettfahrerproblem“.)

Wozu Urheberrecht?

Man kann diesen Schutz auf zwei Arten begründen: Einerseits aus der Perspektive des Privateigentums als höchstem Gut, nämlich dass Ihnen einfach gehören sollte, was Sie produzieren, egal ob man es angreifen kann oder nicht, und dass Sie es auch verkaufen, verschenken oder vererben können sollen. Andererseits aber auch aus der Sicht der gesamten Gesellschaft, für die es ja wichtig ist, dass Menschen kreativ tätig sind und Musik oder Texte produzieren. Dann muss die Gesellschaft, so das Argument, aber auch einen Anreiz schaffen, das zu tun. Und die Ökonomie meint mit „Anreiz“ meist „Geld“. Österreich (und die meisten europäischen Staaten) folgt diesen beiden Argumenten sehr weitgehend und hat traditionell ein recht restriktives Urheberrecht: Ein Schutz bis 70 Jahre nach dem Tod der Urheberin ist das Prinzip, und das automatisch, also ohne dass ein bestimmter Hinweis auf dem Werk oder eine Registrierung notwendig wären.

Beide Argumente, das „Eigentums-“ und das „Anreiz-“Argument, haben etwas für sich. Aber beide erweisen sich auf den zweiten Blick als unvollständig, vor allem hinsichtlich des Ausmaßes des Urheberrechtes. Was den „Anreiz“ angeht: Dass Geld nicht das einzige Motiv für Kreativität ist, ist wohl auch klar. Dennoch soll es sicherlich so sein, dass „Kulturschaffender“ ein Beruf ist, von dem man leben kann. Andererseits sind die allermeisten Werke, die unter Urheberrechtsschutz fallen, heute nicht mehr kommerziell verwertbar: Bücher werden irgendwann nicht mehr neu aufgelegt, Platten oder CDs sind irgendwann vergriffen, selbst die meisten Hollywood-Filme schlummern irgendwann einmal in den Archiven. Man schätzt, dass nur etwa 4% aller geschützten kreativen Werke derzeit kommerziell verwertet werden. Dennoch gilt das Urheberrecht auch für die restlichen 96%.¹⁹

Das ideologische Argument sieht erst einmal ebenso bestechend aus in einer Gesellschaftsordnung, für die der Schutz von Eigentum ein wesentlicher Grundbaustein ist. Aber wie auch zum Beispiel beim Eigentum an Grund und Boden ein höheres gesellschaftliches Interesse (etwa der Bau einer Straße) vorgeht, gibt es auch bei kreativen Werken eine zweite Wahrheit. In der gesamten Geschichte der Menschheit war Kultur nicht etwas, was überwiegend in Privateigentum war, weil es immer so etwas wie ein gemeinsames kulturelles Erbe, eine gemeinsame kulturelle Basis, einen so genannten „Public Domain“ gegeben hat. Im deutschsprachigen Raum wird dafür heute wieder gelegentlich der mittelalterliche

Begriff der „Allmende“ verwendet: Ein Bereich, der niemandem und daher allen gehört und von dem alle profitieren können. Aus diesem Grund ist das Urheberrecht zeitlich begrenzt, wenn auch in einem für die Urheber/innen sehr großzügigen Ausmaß. Denn neue Kultur baut notwendigerweise immer auf dem auf, was bisher war, was unser gemeinsames kulturelles Erbe ist. Manchmal weniger offensichtlich, manchmal offensichtlicher, wie bei Neubearbeitungen älterer Inhalte, etwa Verfilmungen, oder bei Parodien, oder bei Dokumentationen, oder beim schon beschriebenen „Sampling“. Die Grenze ist fließend, was aber leider heißt, dass auch die Grenze zum Urheberrechtsverstoß fließend ist, wenn das verwendete „Rohmaterial“ noch nicht Teil des „Public Domain“ ist.

Wo das Problem liegt...

Dabei ist Urheberrecht nichts Neues, und trotzdem entwickelte es sich mehr und mehr zum Problem. Der Auslöser des „Problems“ ist eine revolutionäre Technologie zur weltweiten Vernetzung namens „Internet“. Eine Technologie, die die Welt schon verändert hat und weiter verändern wird. Eine Technologie, die unserer Gesellschaft und ihrer Kultur schier unglaubliche Möglichkeiten eröffnen kann. Nicht nur bezüglich des Zugangs zur Kultur und bezüglich ihrer Verbreitung, sondern vor allem auch bezüglich einer breiten Beteiligung am Schaffen von Kultur. Nie war Kultur so konsumorientiert, so professionalisiert und industriell, so passiv wie im 20. Jahrhundert. Das Internet würde die Möglichkeit eröffnen, aus dieser reinen Konsum-Kultur wieder in eine stärker interaktive Kultur zu finden. Das Internet würde die Möglichkeit eröffnen, unser gemeinsames kulturelles Erbe in einem bislang undenkbar Ausmaß zu sichern, zugänglich und für neue Kreativität nutzbar zu machen. Doch das „Copyright“ stellt sich zunehmend diesem Fortschritt in den Weg.

Auch tagtägliche Urheberrechtsverletzungen sind nichts Neues. Hand aufs Herz: Haben Sie wirklich noch nie etwas aus einem Buch kopiert, anstatt es zu kaufen? Haben Sie wirklich noch nie eine CD oder eine Platte auf Kasette überspielt, oder eine Videokassette oder DVD „raubkopiert“? Die meisten Menschen sind also schon einmal zu „RechtsbrecherInnen“ gegen das Urheberrecht geworden, was die Medienindustrie auch bisher schon nicht gefreut hat. Solange Sie aber dabei den privaten Bereich nicht verlassen haben (zum Beispiel durch das Handeln mit Raubkopien), hatten Sie in der Vergangenheit nicht viel zu befürchten. Mit dem Internet haben sich nun zweifelsohne die Möglichkeiten zum „Raubkopieren“ vergrößert. Vor allem die so genannten „Filesharing“-Plattformen wie Napster ermöglichten das Kopieren von Musik oder Filmen von Menschen, die tausende Kilometer entfernt wohnten und die man noch nie getroffen hatte. Andererseits ermöglichen

neue Technologien der Medienindustrie auch das Aufspüren von Copyright-Verletzungen in noch nie gekanntem Ausmaß. Und so begann die vorwiegend US-amerikanische Medienindustrie mit einem „Krieg gegen die Piraterie“.

Die „Kriege“ der Medienindustrie

Wie schon in der Vergangenheit beschränkte sie sich dabei nicht darauf, Verstöße gegen ihre bestehenden Rechte zu verfolgen. Ziel war auch die Verschärfung des im Vergleich zu Europa noch etwas liberaleren amerikanischen Copyrights, und tatsächlich konnte die Industrie zuletzt 1998 eine Verlängerung ausnahmslos aller bestehenden Copyrights um zwanzig Jahre erreichen. Ziel war aber andererseits die Technologie selbst, und auch das hatte Vorbilder. Schon als Sony den ersten Videorekorder entwickelte, verlangte die Medienindustrie ein Verbot, da diese Geräte in erster Linie zur Verletzung von Copyrights verwendet werden könnten. Jahrzehnte zuvor hatte es eine ernsthafte Diskussion gegeben, ob es erlaubt sein sollte, dass jede und jeder mit den durch die Kodak-Technologie ermöglichten Massen-Kameras Gebäude fotografieren darf, ohne den ErrichterInnen dafür Tantiemen zu bezahlen. Auch Entwicklungen wie Radio und Kabelfernsehen waren von der Medienindustrie bekämpft worden, und immer hatte sich in der Vergangenheit ein vernünftiger Weg durchgesetzt: Videorekorder und Kodak-Kameras wurden nicht verboten, Radio und Kabelfernsehen mussten lediglich staatlich festgesetzte Tantiemen bezahlen und mussten nicht mit jedem/jeder Künstler/in oder jeder Fernsehstation einzeln verhandeln.

Doch die Zeiten scheinen sich geändert zu haben: Die Filesharing-Portale wurden weitgehend in die Knie gezwungen, und mittlerweile ist das Umgehen von technischem Kopierschutz selbst dann illegal, wenn dieser weit über das Copyright hinausgeht. Das heißt: Wenn Ihnen im Internet jemand ein elektronisches Buch oder ein Musikstück anbietet und es so programmiert, dass Sie es nur an ungeraden Tagen zwischen Mitternacht und zwei Uhr früh lesen oder hören dürfen, so dürfen Sie diesen Unsinn selbst dann nicht legal umgehen, wenn Sie technisch dazu in der Lage sind.

Die Medienindustrie ist immer mehr auf einige wenige Konzerne konzentriert. Mehr als 80% des amerikanischen Musikmarktes sind in der Hand von vier Unternehmen: Universal, Sony BMG, Warner und EMI.²⁰ Der Trend geht zusätzlich in Richtung Konzentration verschiedener Medien, also Musik, Film, Fernsehen, klassisches Verlagswesen und Internet. Die ohnehin schon konzentrierte Industrie hat in den USA außerdem mächtige Lobbying-Gesellschaften gegründet, wie die Motion Picture Association of

America (MPAA), die Recording Industry Association of America (RIAA) oder die Association of American Publishers (AAP). Vom „Urheber/innen“-Schutz kann ja angesichts dieser Phalanx aus VerwerterInnen gar nicht mehr die Rede sein. Die Macht dieser Industrie scheint mittlerweile so weit zu reichen, dass beim noch teilweise nachvollziehbaren Kampf um den Schutz der eigenen Geschäftsinteressen (siehe das „ideologische“ Argument und das „Anreiz“-Argument von weiter oben) doch recht weit über das Ziel hinausgeschossen wird.

Urheberrecht: Unsicherheit ist das Problem!

Dabei wären die Rechte an den 4% der kreativen Werke, die heute (noch) kommerziell nutzbar sind, gar nicht das Problem. Obwohl das Internet viele technische Hürden zur Nutzung unseres gemeinsamen kulturellen Erbes beseitigt hat, macht es die Konstruktion des heutigen Urheberrechts allen Kreativen zunehmend schwerer, darauf aufzubauen, und das gilt uneingeschränkt auch für die restlichen 96%. Zumindest wenn Sie als Kulturschaffende/r keine rechtlichen Probleme riskieren wollen. Da gibt es zwar einerseits in jedem Urheberrecht ein gewisses Ausmaß an erlaubter Verwendung von geschütztem Material. So können wir in diesem Buch zum Beispiel andere zitieren, ohne sie um Erlaubnis zu fragen, und können dennoch nicht von ihnen geklagt werden. Diese Ausnahme heißt bei uns „Schrankenbestimmungen des Urheberrechts“, im angloamerikanischen Sprachraum etwas eleganter als „Fair Use“ bezeichnet. Wo aber ist die Grenze – bei einer Seite, bei drei, bei siebzehn? Wie sehr muss ein Musik-Sample verändert sein, um vom/von der Schöpfer/in des Originals nicht mehr geklagt zu werden? Dürfen Sie ein Buch schreiben, das Abenteuer eines Raumschiffs beschreibt und dessen Hauptfiguren Kirk, Spock und Scotty heißen? Oft werden Sie sich in Graubereichen bewegen, und das Gesetz wird Ihnen selten eine klare Antwort geben, und auch Ihr Anwalt wird Ihnen zwar eine Rechnung schicken, er wird aber im Vorhinein nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit sagen können, wie eine Richterin im konkreten Fall entscheiden würde. Das Risiko, verklagt zu werden und zu verlieren, tragen Sie, denn die Medienindustrie zahlt so etwas aus der Portokasse.

Apropos Urheberin eines Filmes: Wer ist das eigentlich? Die Regisseurin? Der Produzent? Die Schauspielerinnen, die in der verwendeten Szene zu sehen sind? Der Drehbuchautor? Oder alle? Was ist, wenn eine Autorin mehrere Erben hinterlässt, die Rechte an einem bestimmten Buch aber in keinem Testament erwähnt wurden, weil niemand davon ausgegangen ist, dass so ein alter Schinken noch etwas wert sein könnte? Sie werden ein Detektivbüro engagieren müssen! Wenn das alles nur dazu dienen würde, legitime

kommerzielle Interessen zu schützen, man könnte wohl darüber diskutieren. Doch all das schützt auch kommerziell nicht mehr verwertbare Werke. Sie können sich als Kreative/r darauf einlassen, es zu riskieren: Wenn es nichts mehr wert ist, wird es schon kein Problem sein. Aber das Risiko tragen Sie. Denken Sie daran: Mindeststreitwert ist 36.000 Euro, wenn Sie doch jemand verklagt. Und wehe, Sie sind mit Ihrem „Derivat“ kommerziell erfolgreich: Dann wird sich sicher jemand daran erinnern, über ein Urheberrecht zu verfügen!

Die Wiederauferstehung der Bibliothek von Alexandria

Das Internet eröffnet faszinierende Perspektiven, unser kulturelles Erbe zu sichern, zugänglich und nutzbar zu machen. Eine der faszinierendsten Ansätze ist das vom Programmierer und Unternehmer Brewster Kahle ins Leben gerufene Internet Archive. Kahle war es ein Dorn im Auge, dass zwar zahlreiche Kopien der meisten Ausgaben der meisten Zeitungen weltweit Jahrzehnte zurück verfügbar sind, es aber nur eine einzige Kopie des Internet geben soll, nämlich die aktuelle. Kahle begann daher 1996, so genannte „Roboter“-Programme auszuschicken, die sich durch das Netz arbeiteten und die aufgefundenen Seiten speicherten. Heute verfügt das Archiv über mehr als 55 Milliarden gespeicherte Webseiten aus den letzten zehn Jahren, die über die so genannte „Wayback Machine“ aufrufbar sind. Sicher: Die Roboter besuchen jede Seite in relativ unregelmäßigen und vor allem eher zufälligen Abständen, sodass schon erhebliche Lücken entstehen. Aber das entscheidende am Internet Archive ist nicht so sehr die derzeitige Umsetzung. Das entscheidende ist die Vision: Die legendäre Bibliothek von Alexandria, eines der Weltwunder der Antike, soll wieder möglich werden.²¹

Diese Bibliothek enthielt in der hellenistischen Zeit die größte Sammlung von Schriften der antiken Welt und galt als Zentrum des gesamten Wissens der Menschheit zu dieser Zeit. Das Internet Archive nimmt bewusst Bezug darauf – eine Sicherungskopie des eigentlich in Kalifornien angesiedelten Archivs befindet sich in der 2002 eröffneten Neuen Bibliothek von Alexandria. Es ist heute grundsätzlich technisch machbar, praktisch alle Bücher, Tondokumente, Filme und Bilder, die derzeit verfügbar sind, digital zu archivieren. Das Internet Archive soll hier einen Anfang machen. Die gespeicherten Webseiten machen einen Datenumfang von einer Million Gigabyte aus, und jedes Monat kommen 20.000 Gigabyte dazu. Zusätzlich finden sich im Archiv 30.000 Texte, 91.000 Musik-Dateien, 39.000 Filme und 38.000 Live-Konzert-Mitschnitte, allesamt solche, bei denen das Copyright abgelaufen ist oder die aus anderen Gründen frei zugänglich und verwendbar sind.

Das Internet Archive ist das bekannteste, aber bei weitem nicht das einzige Projekt in dieser Richtung. So digitalisiert etwa die BBC ihr Archiv und plant, es zumindest britischen FernsehgebührenzahlerInnen frei zugänglich zu machen. Mehrere europäische Nationalbibliotheken, darunter auch die österreichische, haben gemeinsam mit einem Plan zur Digitalisierung ihrer Bestände begonnen. Auch kommunale öffentliche Bibliotheken wie die Linzer Stadtbibliotheken, die nicht gewinnorientiert sind, können bei der Sicherung unseres kulturellen Erbes eine zentrale Rolle spielen.

Andere Projekte haben sich damit beschäftigt, verlorenes Material wieder aufzufinden. Videobänder waren etwa früher teuer – teuer genug um selbst in den Archiven von Fernsehanstalten mehrmals verwendet zu werden. Mit jeder Überspielung ging dabei natürlich das verloren, was vorher auf dem Band drauf war. Die BBC konnte mit dem Projekt „Treasure Hunt“ zahlreiche verloren geglaubte Sendungen über private Aufnahmen zurückerlangen. Das Paradoxe dabei: Eigentlich handelte es sich um Raubkopien, die das Copyright der BBC verletzen. Als der Internet-Blog „Corante Copyfight“ darüber berichtete, meldete sich in einem Kommentar die Tochter eines puertoricanischen Musikers zu Wort, die viele Werke ihres Vaters nur durch Sammler wiederentdecken und bewahren konnte – ebenfalls Raubkopien, die eigentlich ihr ererbtes Copyright verletzen.²²

In Büchern googeln

In eine etwas andere Richtung geht eine neue Anwendung der Suchmaschine Google namens „Google Buchsuche“ (die mittlerweile als Beta-Version zur Verfügung steht). Dabei soll es möglich sein, in den vollen Texten von Büchern nach Stichwörtern zu suchen. Das Suchergebnis ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Buch, bei urheberrechtlich geschützten Werken nur ein paar Sätze rund um das Suchergebnis. Verlage können Bücher an Google melden, die suchbar gemacht werden sollen. Um aber rasch eine möglichst große Zahl an suchbaren Büchern zu erhalten, hat Google begonnen, die Bestände mehrerer großer Universitätsbibliotheken zu scannen. Prompt haben die Association of American Publishers und die Authors Guild of America geklagt: Das verletze ihr Copyright, denn das Speichern der Bücher auf Googles Servern sei eine unerlaubte Kopie. Google argumentiert, die öffentlich zugänglichen Suchergebnisse seien nur Zitate, also „Fair Use“. Außerdem fördere man dadurch ja eher die Interessen der Urheber/innen, weil das Erscheinen eines Buches in einem Suchergebnis ja zweifelsohne Werbung dafür sei. Urteil gibt es noch keines.

Das Speichern von Inhalten im Internet Archive und ähnlichen Datenbanken ist wie jede andere Archivierung auch wohl „Fair Use“ und rechtlich gedeckt. Doch beim Verwenden dort gefundener „Schätze“ für neue Kreationen sollten Sie auch besser vorsichtig sein. Und so bewegen sich viele ähnliche Projekte im Graubereich. Sie verhindern bis zu einem gewissen Grad das Verlorengelassen nicht mehr kommerziell genutzter Inhalte, was wichtig genug ist. Denn wie der Verleger Tim O'Reilly – eigentlich ein Vertreter der Medienindustrie – meint: „In Vergessenheit zu geraten, ist eine viel größere Gefahr für einen Autor als Copyright-Verletzungen oder sogar Raubkopiererei.“²³ Sie ermöglichen aber immer noch nicht, dass solche Inhalte auch aktiv „weiterleben“ dürfen, dass sie als Grundlage für neu Geschaffenes dienen können, dass sie Teil eines großen und reichhaltigen „Public Domain“, einer modernen „Allmende“ sind.

Ein neuer „Public Domain“

Die Schaffung eines größeren und reichhaltigeren „Public Domain“ hat sich einer der weltweit profiliertesten Experten für Rechtsfragen rund um das Internet auf die Fahnen geheftet: Lawrence Lessig, Jurist und Professor an der Stanford Universität. Im Jahr 2003 versuchte er vor dem Obersten Gerichtshof der USA in einen Fall namens „Eldred gegen Ashcroft“ die Aufhebung der pauschalen Verlängerung aller Copyrights aus dem Jahr 1998 zu Fall zu bringen. Obwohl er scheiterte, erregte der Fall große Aufmerksamkeit für das auch in diesem Buchkapitel zentrale Problem.²⁴

Lessig legt Wert darauf, nicht grundsätzlich gegen Urheberrechte zu sein und die kommerzielle Verwertung von Werken sehr wohl schützenswert zu finden. Aber die Balance sei verloren gegangen, und sein Anliegen sind die 96% aller Werke, die ihr „kommerzielles Leben“ schon hinter sich haben. Daher schlug er nach der Niederlage vor dem Obersten Gerichtshof zwei sehr simple Gesetzesänderungen vor: Das Copyright solle vorerst auf fünfzig Jahre beschränkt sein. Danach solle es möglich sein, es auf die in den USA heute üblichen 75 Jahre zu verlängern, und zwar durch Registrierung und Bezahlung einer äußerst geringen Gebühr von einem Dollar. Natürlich ist ein solches Registrierungssystem auch mit Kosten verbunden. Doch, so Lessig, weniger als die Kosten, die notwendig seien, um Copyrights zu klären, deren Inhaber/innen unbekannt sind. Immerhin könnte ein solches Registrierungssystem die schon angesprochene Unsicherheit beseitigen. Die Medienindustrie, allen voran die Motion Picture Association of America (MPAA), lehnte den Vorschlag ab und erreichte damit, dass der Vorschlag nie im Kongress eingebracht wurde. Obwohl der Vorschlag von den von der MPAA vertretenen Konzernen nicht mehr verlangt hätte, als

nach 50 Jahren Copyright einen Dollar zu bezahlen und ihr Recht zu registrieren. Was für Lessig nur einen Schluss zuließ: „Ihr Ziel ist nicht einfach zu schützen, was ihnen gehört. Ihr Ziel ist, dass es nichts mehr gibt, was nicht ihnen gehört.“²⁵

Nicht auf bessere Zeiten warten, starten!

Wer nicht die Geduld aufbringt, auf politische Veränderungen in diesem Feld zu warten, muss eben selbst für eine größere „Allmende“ sorgen. Das dachte sich Lessig wohl 2001, als er die Initiative „Creative Commons“ ins Leben rief. Diese Non-Profit-Organisation bietet auf ihrer Webseite verschiedene so genannte „Open Content Lizenzen“ an.²⁶ Solche Lizenzen sind aufgrund der Konstruktion des Urheberrechts notwendig, um Inhalte „frei zu lassen“. Denn ein Copyright erhält eine Urheber/in automatisch, ohne dass sie es verlangen oder auf dem Werk angeben muss. Wer also ein Werk der Öffentlichkeit frei zur Verfügung stellen möchte, muss das ausdrücklich erklären. Nur juristisch auch haltbare „Lizenzen“ geben dabei einem/einer zukünftigen Nutzer/in die Rechtssicherheit, die er/sie für eine Verwendung für eigene kreative Werke braucht.

Dabei machen sich alle Open Content Lizenzen das Copyright zu Nutze, schlagen es sozusagen mit den eigenen Waffen: Denn Teil des Urheberrechts ist es, dass Sie selbst bestimmen können, unter welchen Bedingungen andere Ihre Kreationen nutzen dürfen. Eine „Lizenz“ ist also einfach ein juristischer Text, den Sie Ihrem Werk beifügen und in dem Sie als Urheberin oder Urheber festlegen, was andere mit Ihrem Werk unter welchen Bedingungen tun dürfen oder nicht tun dürfen. So können Sie zum Beispiel bestimmen, dass Bearbeitungen Ihres Werkes nur dann erlaubt sind, wenn diese auch wieder der Öffentlichkeit frei zugänglich gemacht werden. Dieses Prinzip trägt den klingenden Namen „Copyleft“ oder auch „Share Alike“ und wurde so wie die ersten Open Content Lizenzen überhaupt ursprünglich für Freie Software entwickelt. Verzichtet man auf das Copyleft-Prinzip, so entsteht bei einer Bearbeitung ein neues Urheberrecht und das so entstandene Werk könnte auch voll geschützt werden. Sinn des „Share Alike“ ist es also, die Entstehung einer großen Zahl an freien Inhalten zu propagieren, und zwar „frei“ im Sinn von „Freiheit“, nicht im Sinn von „Freibier“, wie der große Guru der Freien Software-Bewegung, Richard Stallman, immer wieder betont. („Free as in ‚free speech‘, not as in ‚free beer‘.“²⁷)

Für das Projekt GNU/Linux der Free Software Foundation (FSF), das die Schaffung einer umfangreichen Welt Freier Software verfolgt, entstanden zwei heute bedeutsame Lizenzen, die dem Copyleft-Prinzip folgen: Die GNU General Public Licence (GPL) für

Software und die GNU Free Documentation Licence (GFDL), ursprünglich für begleitende Dokumente wie Handbücher gedacht.²⁸ Die GFDL ist vor allem deswegen heute von größter Bedeutung, weil die gesamten Inhalte der Wikipedia mit ihr lizenziert sind. Diese freie Enzyklopädie, die von den Benutzer/innen selbst geschaffen wurde (und nach wie vor wächst und überarbeitet wird), umfasst mittlerweile mehr als vier Millionen Artikel in mehr als 100 Sprachen.

Maßgeschneiderte Lizenz in drei Schritten

Ziel von Creative Commons ist es vor allem, die Auswahl einer passenden Lizenz für die eigenen Werke so einfach wie möglich zu machen. Daher gibt es die Lizenzen auch – im Gegensatz zur GFDL – in verschiedenen Sprachen und sogar an verschiedene nationale Rechtslagen angepasst. Der/die Nutzer/in kann zwischen unterschiedlich restriktiven Varianten wählen: Er/sie kann die Nutzung für kommerzielle Zwecke verbieten. Der/die Nutzer/in kann anderen verbieten, sein/ihr Werk zu bearbeiten und damit die Nutzung auf originalgetreue Wiedergabe beschränken. Er/sie kann andere verpflichten, Bearbeitungen wieder unter derselben Lizenz öffentlich zugänglich zu machen, also das Copyleft-Prinzip durchsetzen. Natürlich können diese Bedingungen auch miteinander kombiniert werden. Und immer dabei ist die Verpflichtung zur Namensnennung.

Übersicht: Creative Commons



Namensnennung: markiert durch das Kürzel „by“ und dem Text „BY:“ in einem Kreis



Keine kommerzielle Nutzung: „no commercial use“, markiert durch das Kürzel „nc“ und einem durchgestrichenen Euro- oder Dollar-Symbol in einem Kreis



Keine Bearbeitungen: „no derivatives“, markiert durch das Kürzel „nd“ und einem Gleich-Zeichen in einem Kreis



Copyleft: „share alike“, markiert durch das Kürzel „sa“ und einem umgekehrten Copyright-Zeichen mit einer Pfeilspitze

Darüber hinaus bietet Creative Commons immer mehr Speziallizenzen an: So können Sie Bearbeitungen nur in Entwicklungsländern frei zulassen, eine spezielle Lizenz für das

Samplen von Musik auswählen oder besonders den Einbau in „collective works“ wie die Wikipedia ermöglichen. Die Auswahl der konkreten Lizenz erfolgt über ein einfaches Formular mit den relevanten Fragen – nach ein paar Klicks kommt schon das dreiteilige Ergebnis: Erstens der eigentliche juristisch ausformulierte Lizenztext, der zum Beispiel in einen Text eingefügt oder auf einer Webseite verlinkt werden kann. Zweitens eine Kurzversion für Laien, die den juristischen Text sozusagen in eine allgemein verständliche Sprache übersetzt. Drittens eine maschinenlesbare Form der Lizenz, so genannte „Metadaten“ – die Einfügung dieses Teils in die Webseite oder in die Datei sorgt dann dafür, dass spezielle Suchmaschinen für freie Inhalte fündig werden können. So können Sie beispielsweise über search.yahoo.com/cc gezielt nach Inhalten suchen, die über Creative Commons lizenziert wurden. Auch über google.com sind frei verwendbare Inhalte suchbar: Klicken Sie auf „Erweiterte Suche“ und wählen Sie unter „Nutzungsrechte“ die Lizenzart aus, für die Sie Inhalte suchen möchten.

Viele Gründe, ein Werk „frei zu lassen“

Alle freien Lizenzen gehen davon aus, dass es hunderttausende Kreativschaffende gibt, die kein Problem damit haben, einige der mit ihrem Urheberrecht verbundenen Rechte aufzugeben (unter dem Motto „some rights reserved“) und ihre Werke „frei zu lassen“. Solange sie daran denken und solange es nicht furchtbar kompliziert ist. Manche wollen damit einfach ein Zeichen für mehr kulturelle Freiheit und gegen die restriktiven Copyright-Regeln setzen. Manche legen auf kommerzielle Verwertung keinen Wert, weil sie nur aus Spaß Kreatives erschaffen. Manche wollen ihre Werke möglichst weit verbreiten, um vielleicht Bekanntheit zu erlangen und „entdeckt“ zu werden. Manche veröffentlichen sogar sowohl unter einer freien Lizenz im Internet als auch unter herkömmlichem Copyright in gedruckter Form und nutzen die im Internet erzielbare Publicity, um die Verkaufszahlen ihrer gedruckten Variante zu erhöhen. In Zeiten, in denen der Buchhandel die Präsentationsflächen für Nicht-Bestseller immer mehr reduziert, eine clevere Marketing-Variante. Das gelang beispielsweise dem Science Fiction Autor Cory Doctorow. Sein Erstlingswerk „Down And Out In The Magic Kingdom“ wurde sowohl gedruckt als auch mit Creative Commons Lizenz im Internet veröffentlicht. Das gedruckte Buch verkaufte sich über 10.000 Mal, der Durchschnitt für Erstlingswerke in diesem Genre liegt bei 3.000 bis 5.000.²⁹ Offensichtlich gab es mehr Menschen, die sich durch die Internet-Variante zum Kauf bewegen ließen, als solche, die aufgrund der Gratisvariante nicht kauften.

Das Beispiel zeigt: Free Content Lizenzen sind nicht geschäftsfeindlich, ganz im Gegenteil: Kreative Ideen, wie auch mit freien Inhalten Geld verdient werden kann, sind gefragt. Es gibt etwa Abodienste, bei denen Menschen dafür zahlen, dass freie Inhalte geordnet und gezielt zusammengestellt werden. Dasselbe ist für CDs oder DVDs mit Sammlungen freier Inhalte denkbar, ebenso für gedruckte Sammelbände. Außerdem haben die allermeisten AutorInnen auch bisher schon nicht nur (oder sogar nicht hauptsächlich) von Bücher- (oder CD-)Verkäufen gelebt, sondern von Auftritten, Auftragswerken oder öffentlichen Förderungen. Übrigens wieder ein Bereich, in dem die kommunale Politik viel bewegen kann, auch wenn sie das Urheberrecht selbst nicht beeinflussen kann. Denn als wesentliche Veranstalterin, Auftraggeberin und Förderin kann die Kommune gezielt die Produktion frei lizenzierter Inhalte unterstützen, ja, auch verlangen!

Einen ersten Test unter „echten“ Bedingungen haben die Creative Commons Lizenzen spätestens Anfang 2006 bestanden: Adam Curry, ein Podcasting-Pionier, hatte Familienfotos unter einer Creative Commons Lizenz im Internet veröffentlicht, und zwar die Share-Alike-Variante mit Ausschluss kommerzieller Nutzung. Als das holländische Boulevardmagazin „Weekend“ einen Bericht über Currys fünfzehnjährige Tochter mit genau diesen Fotos garnierte, erkannte ein Amsterdamer Gericht auf eine Lizenzverletzung: Die Nutzung war klar kommerziell, und das Magazin musste pro Foto 1.000 Euro Strafe an Curry zahlen. Die Strafe war wohl eher gering, aber die grundsätzliche juristische Haltbarkeit der Creative Commons Lizenzen ist damit bewiesen.

Kritik an Creative Commons

Natürlich gibt es auch Kritik an den Creative Commons. PuristInnen bemängeln, dass die zahlreichen Varianten eigentlich keine einheitliche gemeinsame Freiheit garantieren außer der Kostenlosigkeit – womit wir aber näher beim Freibier als bei der freien Meinungsäußerung sind. Die Einschränkung „keine kommerzielle Nutzung“, auf den ersten Blick sehr plausibel, macht auf den zweiten Blick besondere Probleme: Denn der Verbot jeder Nutzung, die „hauptsächlich auf einen geschäftlichen Vorteil oder eine vertraglich geschuldete geldwerte Vergütung abzielt“, verhindert etwa die Nutzung auf Webseiten, die zur Selbstfinanzierung Werbefbanner verkaufen oder Abo-Systeme verwenden. Die Wikipedia weigert sich daher, solche Inhalte einzubauen, da zahlreiche kleine private Seiten mit geringfügiger Werbefinanzierung Wikipedia-Inhalte spiegeln und das dann nicht mehr tun könnten. Kritiker/innen meinen, dass eine richtige kommerzielle Ausbeutung eines kostenlos zur Verfügung gestellten Inhalts sowieso ausgeschlossen sei und jedenfalls

eine Share-Alike-Lizenz ausreiche, um das zu verhindern. Die Creative Commons Webseite weist jedenfalls nicht auf diese Überlegungen hin, und so wird es wohl oft so sein, dass Kreativschaffende die ja recht gut klingende „nc“-Lizenz wählen, ohne sich all dessen bewusst zu sein.

Ein weiteres „technisches“ Problem: Share-Alike-Lizenzen erreichen ihr Ziel dadurch, dass sie verlangen, dass Ableitungen unter „derselben“ Lizenz weiter veröffentlicht werden. Das heißt aber, dass auch ein Umstieg von einer Share-Alike-Lizenz auf eine andere unmöglich ist, ebenso eine Kombination von Inhalten unter verschiedenen Share-Alike-Lizenzen. Zum Beispiel kann ein mit Creative-Commons lizenziertes Musikstück nicht mit einem unter der GFDL lizenzierten Text kombiniert werden. Eine Lösung dieses Problems ist aber in Sicht: Lawrence Lessig hat vorgeschlagen, dem „Software Freedom Law Center“ die Gleichwertigkeit von Lizenzen festlegen zu lassen und dies in die Lizenzen einzubauen.

Goldene Nica 2004 an Creative Commons

Andere Kritik ist schwerer nachzuvollziehen: Dass Creative Commons im Vergleich zu einer generellen Lockerung des Copyrights nur eine „zweitbeste“ Lösung ist, werden nicht einmal dessen Gründerinnen und Gründer zurückweisen. Ob es deshalb gleich eine echte politische Lösung verhindern kann, ist wohl mehr als fraglich. Jedenfalls dürften die Jurorinnen und Juroren des Linzer Prix Ars Electronica anderer Meinung gewesen sein, denn sie vergaben 2004 die goldene Nica in der Kategorie „Net Vision“ an das Creative Commons Projekt. Ein Grund mehr, den Neubau des Linzer Wissensturmes und das Kulturhauptstadtjahr 2009 auch dafür zu nutzen, die Schaffung einer neuen „Allmende“, die Vergrößerung des Pools an frei und öffentlich zugänglichen Werken zu fördern.

„Vorbildwirkung beginnt auf der lokalen Ebene“



Foto: <http://www.wizards-of-aa.org/press/pressebilder.html>

Interview: Lawrence Lessig

Lawrence Lessig ist einer der weltweit profiliertesten Experten zum Thema „Recht und Internet“. Er ist Professor an der Stanford Law School, zuvor lehrte er an der Harvard Law School und an der Universität von Chicago. Er ist Autor zahlreicher Bücher, darunter „Code und andere Gesetze des Cyberspace“ (2000) sowie „Freie Kultur“ (2004). Lessig ist Gründungsmitglied und Vorsitzender der Initiative „Creative Commons“, für die er und die anderen Gründer/innen bereits mehrere Preise erhielten, darunter im Jahr 2004 die Goldene Nica des Linzer Prix Ars Electronica in der Kategorie „Net Vision“. Lessig setzt sich vehement gegen zu restriktive Urheberrechtsbestimmungen für immaterielle Güter ein.

Warum haben Sie und die anderen Gründer/innen Creative Commons ins Leben gerufen?

Lawrence Lessig: Wir haben uns von Eric Eldred³⁰ inspirieren lassen und wollten juristische Methoden finden, um einige der Hindernisse zu beseitigen, die das Gesetz kreativen Prozessen in den Weg legt. Einige Probleme können nur durch Gesetzesänderungen gelöst werden. Aber andere, glauben wir, können privat gelöst werden.

Wie viele Publikationen sind bisher unter einer Creative Commons-Lizenz veröffentlicht worden?

Lawrence Lessig: Wir führen kein eigenes Register. Stattdessen verfolgen wir „Backlinks“ („Rück-Verlinkungen“, *Anm.*) auf unsere Lizenzen. Die wachsende Zahl dieser Backlinks ist ein Indikator dafür, wie weit unsere Lizenzen verbreitet sind: Im Dezember 2003 waren es etwa eine Million, im Dezember 2004 4,5 Millionen, im Dezember 2005 44 Millionen und im Juni 2006 schon 137 Millionen!

Es gab ja schon vor Creative Commons offene Lizenzen. Was also war neu daran?

Lawrence Lessig: Unsere waren die ersten, die drei Lizenzierungsstrategien zusammenführten: Als erste Ebene eine in allgemein

verständlicher Sprache gehaltene Zusammenfassung der Freiheiten, die mit einer Lizenz verbunden sind. Auf einer zweiten Ebene ist die eigentliche Lizenz, und auf einer dritten Ebene Meta-Daten, die man in den Inhalt einbauen kann, um die gewährten Freiheiten auch maschinenlesbar zu machen.³¹ Anders gesagt: Wir glauben, dass unsere Lizenzierungs-Strategie die erste ist, die speziell für das Internet konstruiert wurde.

Kritikerinnen und Kritiker merken oft an, dass es keine allen Creative Commons-Lizenzen gemeinsame Freiheit gibt, außer der, dass die so lizenzierten Inhalte gratis zur Verfügung stehen. Dadurch komme das eher der Freiheit im Sinn von „Freibier“ nahe als der Freiheit im Sinn von „freie Rede“. Was antworten Sie ihnen?

Lawrence Lessig: Es stimmt, dass es keine einzelne Freiheit gibt, die in allen unserer Lizenzen gewährt wird - obwohl es in unseren sechs Kern-Lizenzen auch einen Kern von gemeinsamen Freiheiten gibt. Und es stimmt, dass einige diese Tatsache kritisieren. Aber was in ihrer Kritik fehlt, ist ein überzeugendes Argument, dass „Freiheit“ für alle Formen von Kreativität dasselbe bedeuten soll. Unser Prinzip ist, dass Communities selbst definieren, welche Freiheiten für sie wichtig sind. Sie bestimmen ihre Prinzipien selbst, auf der Basis guter Argumente. Wir

stellen das Werkzeug dafür zur Verfügung.

Was ist dabei mit der Variante „keine kommerzielle Nutzung“: Ist es nicht möglich, dass kleine Webseiten, die sich mit Anzeigen oder Abonnement-Gebühren finanzieren, von der Nutzung eines bestimmten Werks ausgeschlossen sind, obwohl die Urheberin das gar nicht ausschließen wollte – einfach weil sie nicht weiß, dass die Lizenz eine solche Nutzung verbietet, und der Titel der Lizenz so gut klingt?

Lawrence Lessig: Ich glaube nicht, dass die Einschränkung „keine kommerzielle Nutzung“ jede Werbung auf einer Seite verbietet, aber Sie haben Recht, dass wir mehr tun müssen, um die Bedeutung von „keine kommerzielle Nutzung“ klarer zu machen. Wir haben damit begonnen, einen Entwurf für „Non Commercial“-Richtlinien zu diskutieren. Wir werden mehr in diese Richtung unternehmen, sobald wir wissen, wie die Leute diesen Begriff auslegen.

In Ihrem Buch „Freie Kultur“ zeigen Sie, dass der derzeitige „Krieg“ der Medienindustrie gegen eine neue Technologie nicht der erste ist: Sie haben den Videorekorder bekämpft, das Radio, das Kabelfernsehen. Sie waren aber noch nie so erfolgreich. Was ist heute anders?

Lawrence Lessig: Der Unterschied ist einfach, dass der „Feind“ in diesem Krieg normale Bürgerinnen und Bürger sind, und nicht andere Unternehmen.

Wäre es nicht notwendiger, den Trend Richtung immer mehr Konzentration in der Medienindustrie zu bekämpfen, sozusagen als „Wurzel“ des Problems, anstatt beim Urheberrecht anzusetzen, das „Ergebnis“ dieser Macht ist?

Lawrence Lessig: Ich denke diese beiden Dinge sind miteinander verwoben, müssen aber jedes für sich angegangen werden. Ich würde nicht sagen, dass das eine Problem das andere verursacht, aber eines ergänzt natürlich das andere. Die Konzentration ist teilweise genau deswegen gefährlich, weil das Urheberrecht so stark ist.

Am 5. Oktober 2004 schrieb Newsweek: „Sogar die RIAA³² kann in der Theorie nichts Schlechtes an Creative Commons finden.“ Gibt es da eine Gefahr bei Creative Commons, dass es als Ausrede dient, das Urheberrecht eben nicht zu verändern, weil es zeigt, dass ja alle leicht auf ihre Rechte verzichten können, wenn sie das wollen?

Lawrence Lessig: Das ist eine Gefahr, aber die größeren Gefahren liegen in den Einstellungen, die diese Debatte davor dominiert

haben. Wir glauben, dass der Lizenzen-Mix von Creative Commons dazu beiträgt, dass viele Menschen verstehen, dass Urheberrecht ein komplexes Thema ist, und dass sie sich gegen den vereinfachenden Extremismus wehren, der diese Debatte oft beherrscht.

Ist mit Creative Commons auch eine politische Forderung verbunden?

Lawrence Lessig: Die einzige Forderung, die wir stellen, ist, dass Autoren oder Schöpfer die Freiheit haben sollen, selbst zu bestimmen, welche Freiheiten mit ihren kreativen Werken verbunden sein sollen, und dass nur so viel Kontrolle ausgeübt wird wie notwendig.

Sie betonen immer, dass Sie absolut nicht gegen den Markt sind, und Sie akzeptieren damit die Prämisse, dass die Aussicht auf Profit ein starker Anreiz für Kreativität ist. Können Sie sich langfristig auch ein anderes, ein öffentlicheres System vorstellen?

Lawrence Lessig: Ich hoffe nicht. Ich glaube, der wirkliche Vorzug des privaten Systems ist, dass es – im Prinzip – eine demokratische Form von Kreativität fördert. Das ist die bahnbrechende Erkenntnis in Neal Netanels Arbeiten über das Urheberrecht.

Was könnte eine Kommune wie Linz zur Förderung einer „freien Kultur“ tun, da sie ja keine Gesetze ändern kann?

Lawrence Lessig: Das wichtigste ist die Vorbildfunktion. Jede öffentliche Institution kann den wichtigen Schritt machen, für die eigene Arbeit Freiheiten zu gewähren und das auch sichtbar zu machen. Und sie kann die Künstler, die sie unterstützt, dazu animieren, dasselbe zu tun. Wir brauchen eine ausgleichende Kraft, um den Rahmen für diese Debatte zu schaffen, und dazu brauchen wir Vorbilder. Vorbildwirkung aber beginnt auf der lokalen Ebene. Linz ist genau die richtige Ebene dafür!

Jeder Freie Zugang zu Wissen und Kultur belebt das kreative Potential“



Foto: Magistrat Linz

Interview: Hubert Hummer

Der ausgebildete Lehrer und studierte Soziologe Hubert Hummer ist Direktor der Linzer Volkshochschule und wird als solcher ab September 2007 die Leitung des Linzer „Wissensturms“ – der gemeinsamen neuen Heimstätte von Hauptbibliothek, Volkshochschule und Linzer Medienwerkstatt – übernehmen.

Die Universität Linz bietet Rechtswissenschaften bereits als Multimedia-Studium an. Wann kommt der erste Volkshochschulkurs als Live-Stream ins Internet?

Hubert Hummer: Im Wissensturm wird ein Konzept der Integration von Volkshochschule, Stadtbibliothek und Medienwerkstatt verfolgt. Die Ressourcen der Medienwerkstatt sollen dabei durch den Aufbau eines Bildungskanals für Lernzwecke genutzt werden, um beispielsweise Vorträge, Diskussionen und Kurse via Fernsehen und/oder Internet einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wir streben einen eigenen Fernsehkanal für das Linzer Kabelnetz an. Die materiellen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen müssen aber erst geklärt werden. Ein Bildungskanal bindet nicht nur Hardware, er verursacht auch direkte Kosten und muss organisatorisch betreut werden. Im Zusammenhang mit dem Urheberrecht muss auch die Frage der Honorierung der Vortragenden geklärt werden, vor allem dann, wenn der Vortrag nicht nur live übertragen sondern auch über das Internet „on demand“ bereitgestellt wird. Trotz dieser ungelösten Fragen verfolgen wir das Konzept weiter, weil mit einem vergleichsweise geringen Aufwand ein erheblicher Zusatznutzen generiert werden könnte. Darüber hinaus erfolgt die Nutzung des Internets beim geplanten Ausbau einer schon im Betrieb befindlichen Lernplattform, vorerst ausschließlich im Bereich der Berufs-

reifeprüfung. Je nach Möglichkeit ist an eine Verbreiterung des Einsatzes gedacht und Elemente des e-Learnings sollen in weitere dafür geeignete Kursbereiche integriert werden.

Welche Perspektiven sehen Sie für die Stadtbibliothek als digitale Bibliothek mit Webportal, zu dem jeder Mensch von zu Hause aus Zugang erlangen kann? Wäre für Sie auch eine Kooperation mit anderen Online-Bibliotheken denkbar?

Hubert Hummer: Die Stadtbibliothek Linz nimmt voraussichtlich im Februar 2007 ein neues und zeitgemäßes Bibliotheksverwaltungsprogramm in Betrieb. Zentrum des künftigen barrierefreien Webauftritts wird der neue Web-OPAC, der Online Public Access Catalogue, sein. Ab diesem Zeitpunkt wird es möglich, unabhängig von Ort und Zeit in den Beständen zu recherchieren, Vorbestellungen und Verlängerungen vorzunehmen und mit den BibliotheksmitarbeiterInnen elektronisch zu kommunizieren. In den Web-OPAC können auch alle Arten von elektronischen Ressourcen eingebunden werden, beispielsweise Datenbanken, Onlinezeitschriften, Hyperlinks auf Volltexte, Buchbesprechungen, Bilddokumente, Audiofiles usw. Die Benutzer/innen können sich via Internet sogenannte SDIs - Selective Dissemination of Information - erstellen, also Interessensprofile definieren, zu denen sie regelmäßig über einen Push-Dienst von den diesbezüg-

lichen Neuerwerbungen der Bibliothek informiert werden.

Wie wird das virtuelle Angebot abgesehen von diesen individuellen Interessensprofilen geordnet?

Hubert Hummer: Das gesamte virtuelle Angebot wird analog den Medien sogenannten Sachbereichen – zum Beispiel Gesellschaft & Politik - zugeordnet, in denen gemeinsam recherchiert werden kann. Zur Entwicklung der digitalen Bibliothek wird es auch erforderlich sein, in zunehmendem Ausmaß elektronische Bücher, elektronische Journale - elektronische Volltextversionen von Zeitschriften und Zeitungen -, interaktive Nachschlagewerke und Wörterbücher, Hörbücher zum befristeten Download, Linksammlungen zu bestimmten Themen und Zugänge zu Datenbanken zur Verfügung zu stellen. Eine Kooperation mit anderen Online-Bibliotheken ist wie Divibib (<http://www.divibib.com>) oder mit der Deutschen Internetbibliothek (<http://www.internetbibliothek.de>)

Printout-Service bedeutet, dass Nutzer/innen die von der Bibliothek zur Verfügung gestellten digitalen Inhalte binnen Minuten in Buchform vergegenständlichen und ausleihen können. Halten Sie dieses Service für ein mögliches Zusatzangebot für die Stadtbibliothek?

Hubert Hummer: Print-on-demand Angebote werden bereits über das Internet angeboten und vertrieben, die Vermittlerfunktion der Bibliothek erscheint daher vor allem in jenen Bereichen sinnvoll, in denen die Bibliothek entweder Mehrwertdienste oder günstigere Tarife an ihre Benutzer/innen weitergeben kann. Sinnvoll ist auch die Verbreitung von Inhalten, an denen die Bibliothek oder die Volkshochschule selbst die Rechte hat, wie zum Beispiel die hauseigenen Kursunterlagen. Dokumente in Buchform im Sinne eines Bindedienstes für ausgedruckte Dokumente wird die Stadtbibliothek aus Ressourcengründen aber vorerst nicht anbieten. Durch die noch ungeklärte rechtliche Situation sind Dokumentenlieferdienste von Bibliotheken übrigens gefährdet. So bekämpft das schon seit Jahren erfolgreiche SUBITO (<http://www.subito-doc.de/>) ein Gesetz, das die elektronische Weitergabe von Dokumenten aus dem Bibliotheksbestand verbieten soll. Tritt das Gesetz in Kraft, ist ein weiterer Konkurrent der kommerziellen Angebote ausgeschaltet.

Sehen Sie im österreichischen Urheberrechtsgesetz aufgrund der langen Schutzfristen (bis 70 Jahre nach Tod des Urhebers) ein Hindernis für die Produktion neuer Werke und neuen Wissens?

Hubert Hummer: Einerseits sichert der Schutz der Werke den UrheberInnen eine

gerechtfertigte Existenzgrundlage, und das ist gut so. KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen oder Verlagen steht es außerdem frei, Inhalte frei verfügbar zu machen. Andererseits stellt sich die Frage, ob 70 Jahre nicht zu lange sind und Erben wirklich profitieren sollten. Es stellt sich auch die Frage, ob die Verbreitung des Internets nicht ein Grund wäre, das derzeit gültige Urheberrecht zu überdenken. Ein hoher Prozentsatz geschützter Werke bringt vermutlich keinen kommerziellen Nutzen mehr und auch die Rolle der Medienindustrie ist kritisch zu hinterfragen. Unabhängig von der Dauer der Schutzfrist gibt es sicherlich Bestände, deren Digitalisierung sinnvoll wäre. Für kleine Einrichtungen wie die Stadtbibliothek Linz sind derartige Vorhaben aber nur in Kooperation mit anderen Einrichtungen denkbar. Kleine Einzelprojekte sind vor allem gefährdet durch mangelndes technisches Know-how der Mitarbeiter/innen, zu teure Hardware-Anforderungen und vor allem durch eine mangelnde Kontinuität bei der ständigen Migration in aktuelle Datenformate, der Qualitätssicherung und der Erschließung der Daten. Kooperationen auf internationalem Niveau haben sich hier bewährt. So bemüht sich in Österreich die Österreichische Nationalbibliothek um die Digitalisierung und hat auch den Auftrag der Webarchivierung übernommen. Sie ist dabei Mitglied von europaweiten und internationalen Projekten.

Glauben Sie, dass besserer Zugang zu urheberrechtsfreiem Wissen das kreative Potential der Bevölkerung in Linz forcieren würde?

Hubert Hummer: Vorweg, jeder freie Zugang zu Wissen und Kultur belebt das kreative Potential. Das Internet bietet bereits eine Menge mittels Copyleft freigegebenes Wissen. Ohne Kenntnis einschlägiger Untersuchungen kann aber angenommen werden, dass das kreative Potential nicht linear mit diesem Zugang steigt. Das hängt mit den Prozessen von Kreativität und ihrer Sichtbarmachung zusammen, der Diskurs spielt nach wie vor eine entscheidende Rolle. Technische Hilfsmittel eröffnen viele Möglichkeiten, ersetzen aber nicht die gesellschaftliche, menschliche und politische Dimension, die ebenfalls Voraussetzung für die Schaffung neuer kreativer Werke ist. Wie auch immer, der bessere Zugang zu urheberrechtsfreiem Wissen ist jedenfalls eine wichtige Aufgabe einer öffentlichen Bibliothek, die Open Access inklusive Hardware und Beratung zur Verfügung stellt.

Aber welche Rolle können Bibliotheken in diesem Spannungsfeld zwischen urheberrechtlichem Schutz auf der einen und dem Auftrag möglichst freien Zugang sicherzustellen auf der anderen Seite spielen?

Hubert Hummer: Bei der Verwendung von urheberrechtlich geschützten Werken stellt sich die relevante gesellschaftspolitische Frage, ob zwischengeschaltete, öffentliche Institutionen oder die Endnutzer/innen die diesbezüglichen Kosten tragen sollen. An verschiedenen Universitätsbibliotheken weltweit wurde beispielsweise durch die Preisspirale bei unverzichtbaren Schlüsseljournalen - nicht zugunsten der AutorInnen sondern der Verlage und ihrer Dividenden - bei gleichzeitig sinkenden Budgets der Bestand soweit reduziert, dass konkurrenzfähige Forschung nicht mehr möglich ist. Durch die zunehmende Problematisierung der Begrifflichkeiten, zum Beispiel „Original“, „Urheber“ oder „Plagiat“, und andererseits durch die Entwicklungen im Bereich „Sozialer Software“, die geringere technische Kenntnisse und weniger finanzielle Mittel erfordert, könnte den Bibliotheken schon bald eine neue Rolle in der Förderung von Wissensproduktion zuteil werden.

In der Stadt Linz steht einem offenen Zugang auf Daten der Stadtbibliothek und der Volkshochschule die enge Einbindung in das Informationstechnologie-Konzept der Stadtverwaltung entgegen. So sehr diese Anbindung eine hohe Ausfallsicherheit und hohe Qualität der Hard- und Software garantiert, so sehr wirken das für die sensiblen Daten der Stadtverwaltung notwendige Sicherheitskonzept und die Corporate-Design-Vorgaben einengend. Vor allem aber erfordern Digital-

isierungsprojekte Personal mit entsprechendem Fachwissen und Investitionen.

Welche Chancen sehen Sie hier speziell für den neuen Wissensturm, die kulturelle Landschaft in Linz zu beleben?

Hubert Hummer: Im Leitbild der Volkshochschule-Stadtbibliothek ist die kulturelle Bildung und die kulturelle Förderung aller Linzerinnen und Linzer festgeschrieben, seit Jahrzehnten wird diese Aufgabe auch in vielfältiger Art und Weise wahrgenommen. Im Wissensturm, der unserer Einschätzung nach mittlerweile eine hohe Bekanntheit und Akzeptanz in der Bevölkerung besitzt, wird diese Tätigkeit unter völlig neuen und europaweit herzeigbaren qualitativen Rahmenbedingungen stattfinden. Kursbereiche, die üblicherweise im Keller untergebracht sind, werden in freundlichen, sonnendurchfluteten Räumen mit toller Aussicht auf Linz stattfinden. Bei vielen Führungen konnten wir feststellen, dass das schon jetzt begeisterte Reaktionen auslöst. Die größte Herausforderung besteht sicherlich darin, die durch das Gebäude geweckten großen Erwartungen im Betrieb auch einzulösen. Damit ist die gesamte „Software“ und ihre Finanzierung angesprochen. Enttäuschte Erwartungen wären gerade im Hinblick auf das Kulturhauptstadtjahr 2009 kontraproduktiv. Denn Kultur und Bildung sind siamesische Zwillinge und in diesem Sinne werden wir jene Bereiche weiter

ausbauen, die den Zugang zu Kunst und Kultur aufmachen und damit auch zum Besuch der diversen kulturellen Einrichtungen von Linz, mit denen es schon jetzt eine gute Zusammenarbeit gibt, anregen. Die Kooperation mit anderen Einrichtungen und Institutionen, aber auch mit Einzelpersonen „aus der Szene“ wird immer wichtiger und im Wissensturm neue Ausdrucksformen finden können.

Welche Rolle werden die Volkshochschule und die Stadtbibliothek im Kulturhauptstadtjahr Linz 2009 einnehmen?

Hubert Hummer: Das lässt sich derzeit nicht seriös beantworten. Die Programmierung liegt bekanntlich bei der Intendanz. Natürlich hat es schon Gespräche gegeben, Ergebnisse gibt es aber noch nicht. Wir könnten uns vorstellen, dass der Wissensturm in mehrfacher Hinsicht eine Rolle spielt. Der Wissensturm als „Willkommensturm“ etwa, immerhin ist er sowohl für Bahnreisende als auch für Leute, die mit dem Auto kommen, ein markantes und symbolträchtiges Gebäude. Durch die hohe öffentliche Aufmerksamkeit und die moderne Infrastruktur könnte sich der Wissensturm auch dazu eignen, quasi als „Gastraum“ für diverse Präsentationen und Veranstaltungen, auch wenn sie nicht von uns getragen werden, zu dienen.

Gibt es auch schon konkrete Projekte, die angedacht werden?

Hubert Hummer: Es gibt eine Reihe von Projektideen, die vorerst als „Überschriften“ an die Intendanz weitergeleitet wurden. Eine Idee nennt sich „Turmblicke“: Besucher/-innen von Linz werfen vom Wissensturm unter der Devise „Kultur“, von der Franz-Josefs-Warte unter der Devise „Natur“ und von einem geeigneten VOEST-Gebäude unter der Devise „Industrie“ einen Blick auf Linz. Verbunden etwa mit einer Werksrundfahrt durch die VOEST könnte das ein sehr attraktives - wenn auch etwas wetterabhängiges - Programm ergeben. Ein weiteres Projekt sieht die Gestaltung einer überdimensionalen Lesecouch vor, die periodisch auf verschiedenen Plätzen in Linz aufgestellt wird, die Bedeutung des Lesens unterstreicht und auf die Stadtbibliothek aufmerksam machen, aber auch zum Surfen im Internet über Hotspots anregen soll. Aufblasbare und begehbare „Wissenstürme“ könnten die Bibliotheks- und VHS-Standorte in den Zweigstellen kennzeichnen und als dezentrale Infotheken wirken. Das sind nur einige Beispiele. Durch die Projekte sollen nachhaltige Strukturen geschaffen und Anliegen von Linz 09 gefördert werden. So möchten wir dazu beitragen, dass die Besucher/-innen von Linz begeistert wieder nach Hause fahren.

PROJEKT: Webothek im Wissensturm

Web- oder E-Bibliotheken stellen gewöhnlich durch Suchfunktionen und Reservierungsmöglichkeiten einen ersten, digitalen Zugang zu einer realen Bibliothek her. Die Werke können jedoch meist nicht vom/von der Betrachter/in gelesen, gehört oder gesehen werden. Mit der stark steigenden Verfügbarkeit freier Inhalte im Internet ist für Bibliotheken eine neue Herausforderung verbunden: Neben dem Zugang zum „realen“ Bücherbestand vor Ort wird es in Zukunft zur Aufgabe von Bibliotheken gehören, den digitalen Bücherbestand in den unendlichen Weiten des Internets auch für den Online-Laien zugänglich zu machen: d.h. die Bibliothek um eine Webothek zu erweitern.

Ein erster Schritt dafür ist die Erfassung und Strukturierung urheberrechtsfreier literarischer, musikalischer und visueller Werke und bei Bedarf deren Zwischenspeicherung auf lokalen Servern. Dieser virtuelle Bestand an freien Inhalten soll nach bibliothekarischen Kriterien ausgewählt und aufbereitet werden und damit die inhaltliche Grundlage der Webothek bilden. Im Zentrum steht dabei weniger die lokale Speicherung freier Inhalte, sondern die Zusammenführung und Pflege ohnehin verfügbarer freier Inhalte im Netz. Als laufende Aufgabe der Bibliothek - ganz im Sinne eines eigenen Beitrags zur globalen Wissensallmende – sollten aber die bereits digital verfügbaren Werke durch Digitalisierung freier Werke des eigenen Bestands angereichert und damit einem breiteren Publikum zur Verfügung gestellt werden.

Um die Webothek möglichst attraktiv zu gestalten, muss sie umfangreiche Möglichkeiten zur Personalisierung individueller Nutzer/innen-Accounts bieten. Auf Basis der so im Zeitverlauf erfassten Interessen kann die Webothek dann Vorschläge zum Lesen, Hören und Sehen liefern, ähnlich wie das im kommerziellen Bereich beim Internet-Kaufhaus Amazon längst üblich ist. Außerdem können Nutzer/innen eigene Leselisten erstellen und Freunden weiterempfehlen.

Neben dieser rein technischen Service-Leistung liegt der bibliothekarische Schwerpunkt sicher auf der Erstellung von Angeboten für verschiedenste Interessengebiete, die die unglaubliche Vielfalt freier Inhalte auf ein konsumierbares Maß reduzieren. Dies kann beispielsweise über virtuelle Büchertische erfolgen, die dann wiederum mit Angeboten aus dem realen Bücher- und Medienbestand der Bibliothek einfach ergänzt werden könnten. Das Angebot, freie Inhalte auch „offline“, also real verfügbar zu machen wäre dann die logische Folge und ist Thema des zweiten vorgeschlagenen Projekts in diesem Kapitel.

PROJEKTSKIZZE:

Interaktive Webothek in Linz einrichten

Projektziele

- Vorteile von urheberrechtsfreien Werken für Bevölkerung aufzeigen, diesbezügliches Problembewusstsein wecken
- Zugang zu kreativen Werken erleichtern, neue Möglichkeiten für Bildung und Freizeit schaffen

Projektbestandteile

- Digitalisieren des Gesamtbestands an urheberrechtsfreien Werken der Stadtbibliothek und möglicher Partner/innen
- Erstellung eines Webportals zur Realisierung einer echten Online-Bibliothek mit Zusatzfunktionen für die Benutzer/innen

Projektzielgruppen

- bisherige Benutzer/innen der Stadtbibliothek
- Menschen mit eingeschränkter Mobilität
- Schulen und andere Weiterbildungseinrichtungen
- kulturinteressierte Menschen

Projektträger

Stadtbibliothek Linz gemeinsam mit einer lokal ansässigen Programmierfirma

Dialoggruppen

- Politik, Stadtbevölkerung, andere Bibliotheken, Online-Archive mit freien Inhalten

Zeitraum

Digitalisierung und Aufbau einer eigenen Datenbank bis Ende 2007. Online-Start der Webothek 2008.

Finanzierungsbedarf

Zusätzlicher Personalbedarf bei Stadtbibliothek für Digitalisierung von Werken soll durch Personalumschichtungen im Bereich der Stadt Linz ermöglicht werden. Erstellung und Wartung der Web-Plattform erfordert Anschubfinanzierung. Erforderliche Bandbreite und Webspace werden dauerhaft Zusatzkosten verursachen.



PROJEKT: Printout-Service in Bibliotheken

Was kann eine digitale Bibliothek („Webothek“) für die Mehrheit jener Menschen leisten, die Bücher nicht am Bildschirm sondern auf Papier lesen wollen? Auch die ambitioniertesten E-Book-Projekte erreichen nicht die haptischen Qualitäten herkömmlicher Bücher, ganz abgesehen auch von praktischen Überlegungen (Anstreichen, auf der Couch lesen etc.). Deshalb müssen diese Stärken einer herkömmlichen Bibliothek mit der breiten Auswahl eines digitalen Online-Archivs verknüpft werden. Eine mögliche Lösung bietet ein Printout-Service bzw. Bücher auf Bestellung („books-on-demand“).

Die Idee ist simpel: Die Bibliothek bleibt in ihren Grundzügen unverändert. Hinzu kommt ein zusätzliches Archiv bestehend aus einem Onlinedienst, der auf alle freien Inhalte Zugriff hat, die im Internet vorhanden und zugänglich sind. Bibliotheksbesucher/innen können sich darin selbst auf die Suche begeben oder sich von den qualifizierten Vorschlägen auf virtuellen Büchertischen inspirieren lassen. Für Leute ohne Internetzugang stehen in der Bibliothek selbst genügend Online-Terminals zur Verfügung. Wenn ein Werk im Internet ausgewählt wurde, dann kann dieses binnen Minuten verkörperlicht – also ausgedruckt und gebunden werden. Dieses neu geschaffene Buch gehört ab sofort zum Bestand der Bibliothek und kann unverzüglich entlehnt werden.

Um das Urheberrecht nicht zu verletzen, ist der obige Prozess nur bei freien Inhalten zulässig. Ansonsten würde es sich um unerlaubte Vervielfältigung handeln. Die Bibliothek muss daher ihr Angebot auf die online zugänglichen urheberrechtsfreien oder unter einer Share-Alike-Lizenz veröffentlichten Inhalte beschränken. Ein Vorteil des Printout-Services ist, dass in jeder Bibliothek, die es umsetzt, sämtliche freien Bücher und Werke vorhanden sind. Das bedeutet eine enorme Erweiterung des Bibliothekssortiments ohne die räumlichen Kapazitäten entsprechend erweitern zu müssen. Auch wenn ein Buch verborgt ist, kann unverzüglich ein Neues angefertigt werden. Die Kosten der Selbstherstellung sind in der Regel geringer als der Ankauf.

Für Schulen und die öffentliche Hand wären durch das Printout-Service Kostenersparungen möglich. Teure Musiknoten müssten für Musikschulen und Musikunterricht nicht mehr angekauft werden, sondern könnten einfach selbst vervielfältigt werden – soweit das rechtlich zulässig ist. Die Digitalisierung inzwischen längst urheberrechtsfreier Notenbestände könnte – in Absprache mit lokalen Musikschulen – zu einer weiteren Aufgabe öffentlicher Bibliotheken werden. Allgemein könnte qualitativ hochwertiger Lesestoff in Selbstverviel-

fältigung kostengünstig zur Verfügung gestellt werden, weil bei nahezu sämtlichen Klassikern Schutzrechte längst abgelaufen sind.

PROJEKTSKIZZE:

Printout-Service in Bibliotheken

Projektziele

- Förderung des Lesens
- Attraktivierung und Modernisierung von Bibliotheken
- Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung von freien Inhalten

Projektbestandteile

- Erstellung einer Online-Suchmaske, die freie Inhalte im Internet zugänglich macht und gegebenenfalls für das Print-Out-Service aufbereitet.
- Ausstattung sämtlicher am Projekt teilnehmender Bibliotheken mit Online-Terminals der notwendigen Book-on-Demand Infrastruktur sowie die Schulung des Personals

Projektzielgruppen

Linzer Stadtbevölkerung, Schüler/innen und Musikschüler/innen

Projektträger

Linzer Stadtbibliothek, evtl. in Kooperation mit der Johannes Kepler Universität

Dialoggruppen

Politik, Stadtbibliothek, Johannes Kepler Universität (JKU), Schulen und Musikschulen, andere Bibliotheken, freie Online-Archive

Zeitraum

Erstellung des Programms dauert ein Studienjahr (bis Ende 2007); Adaption der Stadtbibliothek im Wissensturm erfolgt unmittelbar bei Bezug (geplante Eröffnung 14/09/2007), Schulungen erfolgen unmittelbar vor Eröffnung.

Finanzierungsbedarf

Online-Suchmaske soll von JKU kostengünstig in Zusammenarbeit mit Studierenden entwickelt werden. Zusatzausrüstung für Stadtbibliothek und Schulungen für Mitarbeiter/innen verursachen Kosten.



PROJEKT: Linzer Open-Content-Grid für freie Werke

Dem kreativen Potential der oberösterreichischen Landeshauptstadt eine Bühne zu bieten – das ist eine wesentliche Motivation für einen eigenen Open-Content-Grid in Linz. Menschen jeden Alters sollen motiviert werden, sich selbst kreativ zu betätigen, um neue freie Werke zu schaffen. Nicht nur für Literatur, sondern auch für Foto, Film, Programme und Musik soll der Open-Content-Grid Raum bieten. Für die Benutzer/innen muss der Zugang kostenfrei sein. Es soll nur eine absolute Grundregel gelten: Alles wird unter einer Share-Alike-Lizenz veröffentlicht.

Warum sollten Menschen an einer solchen Plattform teilnehmen? Sie tun es bereits. Tausende laden ihre Fotos auf flickr.com, um sie von Freunden und Fremden betrachten zu lassen. Musiker präsentieren ihre Werke auf myspace.com und auch HobbyliteratInnen freuen sich, wenn sie jemanden finden, dem sie ihre Gedichte vorlesen können. Der Open-Content-Grid bietet zusätzlich eine qualifizierte Öffentlichkeit mit gleichzeitig regionalem Linz-Schwerpunkt. Das fördert das Entstehen einer regionalen Kreativgemeinschaft, die sich mit den verschiedensten Themen befassen kann. Vom selbst gemachten Hip-Hop-Beat bis zum optimalen Rezept einer Pizza und darüber hinaus reichen die Möglichkeiten der kreativen Tätigkeiten.

Warum die Stadt Linz dieses Projekt unterstützen sollte? Weil dieser Open-Content-Grid die kreativen Aktivitäten in der Stadt vervielfachen könnte. Das schlummernde Potential vieler Hobbykünstler/innen könnte geweckt werden und in Linz eine neue aktive Kreativszene bilden. Damit das Projekt erfolgreich starten und dauerhaft funktionieren kann, ist permanente Unterstützung nötig. Am Anfang sollen lokale Größen aus Literatur und Musik als Geburtshelfer/innen gewonnen werden, um dem Projekt die notwendige Öffentlichkeit zu geben. Auch Wettbewerbe und Schulprojekte sollen über das Open-Content-Grid laufen. Diplomarbeiten und Dissertationen sollen darauf veröffentlicht werden. Eine Anknüpfung an die beiden anderen Projekte dieses Kapitels – die Webothek und der Print-Out-Service – bieten sich an.

Wenn das Projekt gelingt, wird ein Fundus von jungen freien Werken und Ideen geschaffen, die aufgrund der Share-Alike-Lizenz immer weiter wachsen dürfen. Auf diese Art könnten kreative Schöpfungen wie Romanfiguren und FilmheldInnen immer wieder neue Abenteuer erleben, beliebte Computerprogramme von jeder/jedem permanent weiterentwickelt und Songs ohne Bedenken neu interpretiert und remixed werden.

PROJEKTSKIZZE:

Linzer Open-Content-Grid für neue Werke

Projektziele

- Schaffung neuer freier Werke
- Förderung der kreativen Aktivität der Linzer Bevölkerung, Linz soll zu einem internationalen Zentrum für freie Kultur werden

Projektbestandteile

- Erstellung eines Open-Content-Grids, also einer Web-Plattform, die den BenutzerInnen die Möglichkeit bietet, Informationen hochzuladen und dort zu präsentieren
- Aktives Hosting dieses Grids durch Online-Events, Wettbewerbe und Ausbau der Möglichkeiten für Benutzer/innen

Projektzielgruppen

- Linzer Bevölkerung
- junge kulturell aktive Menschen

Projektträger

Volkshochschule Linz gemeinsam mit lokal ansässiger Programmierfirma

Dialoggruppen

- Politik, Stadt und Bildungsministerium, Schulen
- Johannes-Kepler-Universität Linz, Linzer Stadtbevölkerung, Linzer Kunstszene, lokale Künstler/innen, regionale Medien

Zeitraum

Technische Fertigstellung des Grids Anfang 2008, Umfassender Beta-Test mit Personenkreis mit kulturellem Hintergrund (bis 1000 Personen), Mitte 2008 Freigabe für die Öffentlichkeit, ab Herbst 2008 erste Schul- und Unikooperationen

Finanzierungsbedarf

Zusätzlicher Informationstechnologie-Personalbedarf bei Volkshochschule für Wartung und Hosting des Grids. Erstellung und Weiterentwicklung der Web-Plattform erfordert wegen Fremdvergabe Zusatzfinanzierung. Erforderliche Bandbreite und Webspace werden dauerhaft Zusatzkosten verursachen. Kosten für Öffentlichkeitsarbeit zu Beginn



Zwei kleine Jungen tauschten Spielzeuge und beide gingen mit jeweils einem Spielzeug nach Hause.

Zwei weise Männer tauschten Ideen und beide gingen mit jeweils zwei Ideen nach Hause.

(Afrikanisches Sprichwort)





OFFENE LEHRE IST FREIE LEHRE IST GUTE LEHRE

Rebecca Kampl und Barbara Hofmann

Viele Universitäten publizieren Lehrunterlagen als „Open Courseware“. Schulen und andere Bildungseinrichtungen könnten folgen.

Die akademische Welt war geschockt. Mehr als hundert Universitäten, verstreut über die ganze Welt schließen sich zusammen, um ihre Lehrinhalte und Kursunterlagen im Internet frei und kostenlos zugänglich zu machen. Namhafte Bildungseinrichtungen wie die Tsinghua Universität in China, verschiedenste Écoles Nationales Supérieures in Frankreich oder die Universidad Barcelona in Spanien digitalisieren ihre Kursunterlagen, ihre Lehrmethoden und stellen sie der Internet-Öffentlichkeit zur Verfügung. Diese freie Veröffentlichung von Unterrichtsmaterialien über das Internet nennt sich „Open Courseware“. „Open Courseware ist die freie und offene digitale Veröffentlichung von qualitativ hochwertigen Ausbildungsmaterialien in Kursform“, definiert Anne Margulies, Projektleiterin für Open Courseware am Massachusetts Institut for Technology. Die Lehrmaterialien können genutzt, verändert und weiterverbreitet werden. „Wissen wächst durch Teilung, und die Mit-Teilung von Wissen ist eine wichtige Bildungsaufgabe. Informationen und Wissen können mit anderen geteilt werden, ohne dass sie dabei weniger werden, erst recht mithilfe digitaler Medien“, formuliert wiederum Volker Grassmuck, Forscher an der Berliner Humboldt Universität, in seinem Buch „Freie Software“ den Gedanken hinter der Veröffentlichung von Lehrmaterial in Form von Open Courseware.

Pionier auf dem Gebiet der Open Courseware ist das Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge/USA. In einem für viele überraschenden Schritt hat sich die weltbekannte Eliteuniversität im Frühjahr 2001 dazu entschlossen, ihre Kursunterlagen frei im Internet abrufbar zu machen. Mittlerweile umfasst die zentrale Open Courseware Webseite³³ über 1500 Kurse, Seminare und Lehrveranstaltungen von MIT ProfessorInnen der verschiedensten Fachgebiete. Mit ihrer Open Courseware Initiative schuf das MIT eine Plattform, die Wissen, das bis vor wenigen Jahren nur für Universitätsinterne bestimmt war, kostenlos für alle zugänglich macht. Angesichts des weltweiten Trends, Universitäten immer mehr vor der Öffentlichkeit abzukoppeln anstatt sie zu öffnen ein keineswegs selbstverständlicher Schritt.

Ein klassisches Überraschungsmoment

Das Projekt Open Courseware (OCW) am MIT startete als zweijähriges Pilotprojekt im Jahr 2001 mit den Inhalten von 500 Kursen. Menschen von überall auf der Welt begannen in kürzester Zeit, sich für die frei zugänglichen Lehrmaterialien zu interessieren und sie

“downzuladen”. Heute ist das MIT-OCW ein eigenes - nicht kommerziell ausgerichtetes - Unternehmen mit 17 fest angestellten MitarbeiterInnen, die Homepage verzeichnet mehr als eine Million Zugriffe pro Monat. Das MIT selbst lässt sich OCW auch einiges kosten - konkret 1 Million Dollar im Jahr. Der größere Teil, nämlich 11 Millionen Dollar für die Unternehmensgründung, kamen dabei nicht von der Universität selbst, sondern von zwei großen privaten Stiftungen. Insgesamt wird 2007 in das Projekt eine Summe von 100 Millionen Dollar investiert.

Das MIT verfolgt ambitionierte Ziele. Bis 2007 sollen nicht nur die Hauptunterrichtsmaterialien von 2000 angebotenen Bakkalaureats- und Magisterkursen online verfügbar sein, sondern auch Zusatzmaterial wie Video-Vorlesungen, Mitschriften von Studierenden, Tests und Kurszusammenfassungen. Ausgewählt werden die Materialien von den MitarbeiterInnen an den einzelnen Fakultäten. Aufgabe der Open Courseware-MitarbeiterInnen ist es dann, die Unterlagen zu sammeln und gemeinsam mit wissenschaftlichen MitarbeiterInnen zu überarbeiten. Die ProfessorInnen wirken auf ehrenamtlicher Basis mit, indem sie ihr Lehrmaterial freiwillig zur Verfügung stellen.

Die Entscheidung, die Lehrmaterialien aber wirklich kostenlos und für alle frei zugänglich anzubieten, war zu Beginn des Projektes aber keineswegs vorhanden. Charles M. Vest, ehemaliger Präsident des MIT, sprach von einem „klassischen Überraschungsmoment“ im Zuge der Überlegungen, wie eine Universität das Internet zur Verbesserung der Lehre nützen könne. Anfangs ging es dem MIT darum, mit Online-Kursen Geld zu verdienen. Das wollte aber partout nicht gelingen: Die Lehrinhalte waren nicht den Bedürfnissen der Außenwelt gerecht aufbereitet und die erwünschte Nachfrage blieb aus. Eine 1999 für das MIT durchgeführte Studie hat zudem ergeben, dass der beste Weg zur Verbesserung der Lehre am MIT, die Öffnung des Zugangs zu Informationen, darstellt. “Erst später kam der Vorschlag, aus OCW ein soziales Projekt zu machen und es professionell aufzuziehen”, erzählt Anne Margulies, Open Courseware Projektleiterin am MIT. “Es bringt nichts, mit engen, geschlossenen Systemen zu arbeiten.” Für Vest ist “Öffnung das, was die Kreativität von SoftwareentwicklerInnen auslöst. Dasselbe kann im Bereich der Lehre passieren.“ Die Beispiele aus der Praxis bestätigen das: Immer mehr Lehrende wollen ihr Wissen teilen und ihre Lehrmaterialien der Öffentlichkeit zugänglich machen. Sie sind bereit, sich und ihr Lehrmaterial dem öffentlichen Diskurs zu stellen, indem sie diese kritisieren, ergänzen und schließlich verbessern lassen. Das Internet als Antriebskraft für Wissensverbreitung und Wissenserweiterung hat Anklang gefunden.

Allmählich folgen immer mehr Bildungseinrichtungen dem MIT-Vorbild. Mehr als 100 von ihnen haben sich im Open Courseware Consortium³⁴ zusammengeschlossen, um die Verbreitung und Etablierung von Open Courseware zu fördern. In China gibt es daneben unter dem Namen CORE einen eigenen Zusammenschluss von mehreren Universitäten aus über 14 Ländern, die an der Entwicklung von Open Courseware-Projekten arbeiten. Das seit 2003 bestehende CORE steht für „China Open Resources for Education“ und ist eine der größten Open Courseware Initiativen weltweit. Im CORE Logo finden sich zwei gepunktete DNA-Stränge: Als Symbol für den Kern des Lebens und für Teilen, Interaktion und Entwicklung.

Klagenfurt: Österreichischer Vorreiter in Kinderschuhen

Als einzige österreichische Universität im internationalen Open Courseware Consortium vertreten ist die Alpen Adria Universität in Klagenfurt. Im Zuge des Ausbaus von e-Learning wird hier seit 2005 an der Entwicklung von Open Courseware gearbeitet. Derzeit steckt das Projekt aber noch in den Kinderschuhen und läuft eher schleppend an. Der Idee und Umsetzung vorwiegend angenommen hat sich der Nachwuchsforscher Thomas Pfeffer. Er arbeitet an der Integration des Open Courseware-Angebots in das vorhandene e-Learning Angebot namens „Moodle“. Ziel ist aber eine breite und öffentlich zugängliche Open Courseware Homepage, die das Lehrmaterial von verschiedenen Kursen vereint.

In Klagenfurt zeigt sich die Verwirklichung von Open Courseware aber mit viel mehr Schwierigkeiten verbunden als beispielsweise am MIT, wo weit mehr Geld investiert wird. An der Alpen Adria Universität ist Sparkurs angesagt, das Vorhaben Open Courseware läuft auf absolutem Minimalniveau. Finanziell unterstützt wird das Projekt "Offene Alpen-Adria Universität" mit geringen und befristeten Fördermitteln des Bildungsministeriums. Für den Leiter Pfeffer ist aber vor allem eine längerfristige Finanzierung notwendig, um das Projekt nachhaltig zu gewährleisten. Die öffentliche Hand sollte gerade aus diesen Überlegungen auf Open Courseware und andere Formen freier digitaler Bildungsangebote („Open Educational Resources“) setzen. „Es ist notwendig, nicht nur projektförmig, sondern längerfristig zu investieren, da ansonsten das Geld in Einzelprojekten versickert,“ ist Pfeffer überzeugt. „Dafür fehlt aber sowohl das Verständnis, als auch das Geld.“

Im Unterschied zum MIT, wo mehr als 75 Prozent aller ProfessorInnen zum Open Courseware-Projekt beitragen, fällt es in Klagenfurt auch viel schwerer, Universitätsangehörige zur Mitarbeit zu motivieren. Das Erzählen des Konzepts reicht meist nicht aus. Beliebte

Argumente gegen die freie Bereitstellung von Lehrmaterialien sind beispielsweise „Warum soll ich mit anderen teilen? Was habe ich selbst davon? Es ist ein zu großer Mehraufwand.“ Das langfristige Bekenntnis der Universitätsleitung ist deshalb laut Pfeffer notwendig, damit das institutionelle Interesse am Projekt sichtbar wird und Beiträge der Lehrenden anerkannt werden.

Kursunterlagen, kein Kurs

Auch wenn es keine „offizielle“ und weltweit einheitliche Definition von Open Courseware gibt, sind inzwischen wesentliche Kriterien unumstritten. Als Open Courseware gilt demnach nur Lehrmaterial, das auch tatsächlich in der Lehre eingesetzt wird. Darunter können neben Kursbeschreibungen auch Skripten, Zeitpläne, Prüfungsfragen und Aufgabenstellungen fallen. Die Unterlagen schließen demnach pädagogische Konzepte und Methoden der Lehrenden ebenso ein, wie Literaturangaben, Texte, Videomitschnitte und Stoffzusammenfassungen. Wert auf die Qualität der Lehrmaterialien wird insofern gelegt, als dass es sich um Lehrmaterialien handelt, die auch tatsächlich im Unterricht verwendet wurden beziehungsweise werden und redaktionell bearbeitet werden. Thomas Pfeffer von der Universität Klagenfurt betont außerdem noch die Notwendigkeit einer institutionellen Publikationsstrategie sowie der einheitlichen redaktionellen Bearbeitung der Inhalte.

Dabei umfasst Open Courseware ausschließlich das Publizieren von Lehrmaterialien, bietet also nicht die Möglichkeit, in irgendeiner Form Kurse zu absolvieren, Prüfungen abzulegen und Zertifikate zu erhalten. Jan Newmarch, außerordentlicher Professor der Lehranstalt für Netzwerktechnik an der Monash Universität in Australien, betont, dass diese Kursunterlagen die Kurse an Bildungsinstitutionen selbst auf keinen Fall ersetzen können. Die Interaktion zwischen Lehrenden und Lernenden sowie der Lernenden untereinander ist nur im gemeinsamen Kurs möglich. Der markanteste Unterschied aber ist das individuelle Feedback für eigene Leistungen und dem damit verbundenen Beweis für das Absolvieren von Kursen - sei es durch Noten, Abschlüsse oder Zertifikate. Kursunterlagen kann man lediglich persönlich nutzen, im Falle von Open Courseware aber dafür frei und kostenlos.

Absicherung der Freiheit: Lizenzen

Diese Freiheit stellt sich aber nicht automatisch auf Dauer ein. In herkömmlichen Lehrbüchern nimmt der Absatz über den urheberrechtlichen Schutz in der Regel nur wenige

Zeilen ein. Meist verbietet er jede wie auch immer geartete Vervielfältigung auch nur von Teilen ohne Zustimmung der Rechteinhaber/innen. Open Courseware geht da einen anderen rechtlichen Weg, macht sich dafür aber ebenfalls das Urheberrecht zu Nutze. „Open Content Lizenzen“ sollen sicherstellen, dass alle Inhalte von allen Menschen dauerhaft verwendet, ausgedruckt, verändert und beliebig an Bekannte auf der ganzen Welt weitergegeben werden dürfen – ohne Registrierung und völlig kostenlos.

Der Begriff Open Content steht für offene oder freie Inhalte verschiedenster Art und wurde 1998 von David Wiley erstmals mit speziellen urheberrechtlichen Lizenzen zusammengebracht. Diese Lizenzen sollen genauso, wie „normales“ Urheberrecht geistiges Eigentum an Informationsgütern schützt, die offene Verfügbarkeit einmal freigegebener Inhalte dauerhaft sicherstellen. So können unter anderem digitale Bilder, Dokumentationen, Unterrichtsmaterialien und Videos unter freie Lizenzen gestellt werden. Der/die Autor/in behält mit dieser Lizenz das geistige Eigentum am Werk, erlaubt aber auch gleichzeitig die freie Wiederverwertung des Inhaltes. Texte dürfen also verändert und erweitert werden, solange bei der Widerveröffentlichung auf die Veränderungen hingewiesen wird. Eine Sammlung freier Lizenzen mit verschiedenen abgestuften Freiheitsgraden für die verschiedensten Länder und Rechtssysteme liefert die vom Stanford-Professor Lawrence Lessig ins Leben gerufene Creative Commons-Initiative (siehe insbesondere Kapitel 2 in diesem Band).

Auch das weltweit größte Open Courseware-Programm des MIT verwendet für die Veröffentlichung der Lehrmaterialien eine einfache Creative Commons-Lizenz, die es erlaubt, die Inhalte frei zugänglich zu machen, ohne dass der/die Urheber/in Rechte verliert. Das Copyright bleibt dabei stets bei dem/der Autor/in. Die Materialien dürfen beliebig für nicht kommerzielle Zwecke weiterverbreitet werden, solange ein Hinweis auf die UrheberInnenschaft des MIT und des/der einzelnen Professor/in angegeben ist. Und wer das verwendete Material ergänzt oder verändert, muss dieses ebenso kostenlos zur Verfügung stellen, sofern er es weiterverbreitet. Insbesondere dieses „Wie du mir, so ich dir“-Prinzip entwickelt sich dabei zum Ausgangspunkt einer produktiven Wissensspirale, die Beiträge von immer mehr Menschen motiviert und integriert.

Konsequenzen der Wissensfreiheit

Dabei heißt es oft, zu viele Köche und Köchinnen verderben den Brei. Für Richard Stallman, selbst Mitarbeiter am MIT und Gründer der „Free Software“-Bewegung, ist viel mehr das Gegenteil der Fall. Denn gern vergleicht er Computerprogramme mit Kochrezepten.

Geht es nach ihm, werden diese erst dann zu guten Kochrezepten, wenn sie frei zugänglich sind, also wenn viele Leute die Freiheit besitzen, sie auszuprobieren, zu ergänzen, zu verändern, zu erweitern und somit zu verbessern. Während Stallman das Kochrezept als Metapher für Software verwendet, gilt das Bild für Wissen unmittelbar: Kochrezepte sind nichts anderes als kodifiziertes Wissen. Sind sie frei im Internet verfügbar, ließe sich nicht ohne Ironie auch von „Open Cookware“ sprechen. Ziel ist aber nicht nur die Digitalisierung und Zusammenführung bereits vorhandenen Wissens. Immer mitgedacht ist bei Projekten wie Open Courseware deren innovatives Potential.

Neues entsteht durch die Anwendung von Bekanntem mit Bekanntem. Je mehr Wissen offen zugänglich ist, desto mehr Menschen können sich damit befassen und die Richtigkeit überprüfen. So gelingt es schneller, gehaltvollere Ergebnisse zu entwickeln. Die Verbreitung und Verfügbarkeit von Wissen ist für die wissenschaftliche, kulturelle und künstlerische Entwicklung fundamental. Open Courseware ist mit freiem und gleichem Zugang zu Wissen ein (zentraler) Spezialfall einer breiteren Bewegung für freien und allgemeinen Zugang zu Wissen jeder Art: „Access to Knowledge“ (A2K).

Denn die mit dem Internet verbundenen Möglichkeiten zur einfachen, kostengünstigen und barrierefreien Verbreitung von Wissen werden nicht automatisch auch ausgeschöpft. Gesetzliche Einschränkungen, wie der Verlängerung des urheberrechtlichen Schutzes von künstlerischen Werken und hohe Strafen für sogenannte „Raubkopierer/innen“ waren die Reaktionen auf die schnelle und leichte Verbreitung von Wissen, Musik und Filmen, die das Internet bot. Die A2K-Bewegung entstand dagegen seit Ende der 90er Jahre als Gegenstück zu Initiativen von Rechteinhabern, die der Verbreitung von Wissen immer engere Grenzen auferlegen wollen. Ziel ist die Erhaltung der gerade erst durch die digitale Revolution von Internet und PC gewonnenen Freiheiten. Digitale Inhalte, ihrer Natur nach immaterielle Güter, sollen frei sein und Einschränkungen von Verbreitung, Austausch und Vermehrung von gesellschaftlichem Wissen verhindert werden.

Wissensgesellschaft

Ganz in diesem Sinne verstehen eben auch Universitäten wie das MIT ihre Open Courseware-Angebote als einen Beitrag am Weg in die Wissensgesellschaft. Führte die Entwicklung des Buchdrucks zur ersten explosiven Ausweitung von Umfang und Zugang zu Wissen, so birgt die Digitalisierung von Wissen ein ähnliches Potential in sich. Digitale Kommunikationstechnologien führen zu einem mehr an Wissen, das leichter, schneller

und billiger erstellt und verbreitet werden kann. Diese neuen Kommunikationstechnologien sind es, die die praktischen und wirtschaftlichen Bedingungen für die Verbreitung von wissenschaftlichem Wissen und von kulturellem Erbe grundlegend verändern werden. Diese Veränderung passiert laut Bernd Lutterbeck, Professor für Informatik und Gesellschaft an der Technischen Universität Berlin, ungeplant, aber dennoch gerichtet und strukturiert. Er erkennt dabei drei verschiedene Trends, die in den Zeiten des Umbruchs und der immer schnelleren und weltweiten Entwicklung neue Ordnungen entstehen lassen und bisherige gesellschaftliche Institutionen verändern. Der technologische Trend lässt den Computer als neues Medium in den Hintergrund treten und in den Alltag einkehren. Der gesellschaftliche Trend führt dazu, dass gesellschaftliche Hierarchien abgebaut werden. Die Innovationen kommen nämlich von den BenutzerInnen selbst und haben schon allein dadurch demokratisierendes Potential. Eric von Hippel, Professor am MIT, beschreibt diesen Zusammenhang bereits in Buchform als „Democratizing Innovation“. Aus dem eigenen Bedarf heraus entwickeln Anwender/innen Projekte, die sie anderen AnwenderInnen zur Verfügung stellen. Der dritte Trend ist ein ökonomischer, der darauf beruht, dass sich Kooperation für alle Beteiligten lohnt, und zwar insbesondere wieder dort, wo Kooperation in Form digital-kostenloser Reproduktion und Freigabe von Wissen geringe Aufwände mit sich bringen.

Bessere Lehre durch Kooperation

Hinter Freier Software, dem Vorbild sämtlicher Projekte kollektiv erstellt und freier Inhalte, stehen Menschen, die gemeinsam an Problemen arbeiten, die ihre Ideen austauschen, voneinander lernen und gemeinsam etwas Größeres schaffen als die Summe der einzelnen Teile. Bei Open Courseware betreffen die Vorteile der Kooperation die Lehre. Durch die Veröffentlichung stellen sich die Lehrenden mit ihren Konzepten und Ideen der Öffentlichkeit und ermöglichen so gemeinsames Kritisieren und Weiterentwickeln. Je mehr Menschen Lehrmaterialien zugänglich sind, desto mehr Menschen können und werden sich mit ihnen befassen. Anstatt das Rad immer wieder neu zu erfinden, lassen sich Inhalte wie Konzepte im kritischen Austausch weiterentwickeln und so insgesamt verbessern. Im Idealfall sinkt der Aufwand für die Vorbereitung trotz steigender Qualität. Denn wie Untersuchungen aus dem Bereich der Softwareentwicklung zeigen, zwingt die Veröffentlichung des Quellcodes die Programmierer/innen zu sauberem und strukturiertem Arbeiten. Für öffentlich zugängliche Lehrunterlagen gilt die gleiche Dynamik.

In den Kinderschuhen stecken dabei noch Ansätze nicht nur zu Publikation und Austausch sondern zu kollaborativer Erstellung von Lehrunterlagen und -konzepten. Mit der steigenden Verbreitung und Akzeptanz von Wiki-Software zur gemeinschaftlichen Produktion von Texten ist dieser Bereich auch in Bewegung geraten. Mit „Wikiversity“ wurde ein entsprechendes Projekt von den Verantwortlichen der freien Online-Enzyklopädie „Wikipedia“ bereits ins Leben gerufen (siehe Kasten).

Wikis für Open Courseware der nächsten Generation

Lehrmaterialien frei zugänglich zu machen ist auch das Ziel eines neuen Schwesternprojekts von der Online Enzyklopädie Wikipedia. Im August 2006 stellte Wikipedia-Gründer Jimmy Wales das Projekt mit dem Namen „Wikiversity“ bei der alljährlich stattfindenden Wikipedia-Konferenz in Harvard vor. Es handelt sich dabei um eine auf dem Wiki-Prinzip aufgebaute Plattform speziell für Lehrmaterialien. Gesammelt werden Lehrinhalte jeglicher Art, die von den BenutzerInnen gelesen, verwendet, sowie ohne große Vorkenntnisse verändert werden können. Eine vorläufige Webseite gibt es schon, seit September 06 ist sie online. Die Gründer/innen sprechen von einer virtuellen Universität, in der Wissen und Lehre gemeinsam erarbeitet werden kann. Das Wikipedia Prinzip macht es dabei den BenutzerInnen überall auf der Welt möglich, in sehr kurzer Zeit mit minimalem Aufwand durch Informationen rund um die Lehre zu navigieren.

Sehr wenig bekannt sind Open Courseware-Ansätze in nicht-universitären Bildungseinrichtungen. Weder im schulischen Bereich noch in Erwachsenenbildungseinrichtungen wie Volkshochschulen gibt es Initiativen für ein institutionalisiertes Angebot an freien Lehr- und Unterrichtsmaterialien. Wenn Unterlagen frei im Netz verfügbar sind, dann meistens auf Eigeninitiative der jeweiligen Lehrenden. Dabei gibt es keinen Grund, den freien Austausch von (Weiter-) Bildungsunterlagen und pädagogischen Konzepten auf den höheren Bildungsbereich zu beschränken, im Gegenteil: Bildung als zentrale Währung der Wissensökonomie kann von freier digitaler Verfügbarkeit nur profitieren. André Gorz, französischer Philosoph drückt dies in seinem Buch „Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie“ so aus: "Wissen ist keine ordinäre Ware, sein Wert ist unbestimmbar, es lässt sich, insofern es digitalisierbar ist, endlos und kostenlos vermehren, seine Verbreitung steigert seine Fruchtbarkeit, seine Privatisierung reduziert sie und widerspricht seinem Wesen". Wissen mehrt sich demnach, wenn es geteilt wird. Durch die Digitalisierung dieses Wissens kann es endlos und nahezu kostenlos vermehrt werden. Der Inhalt wird gehaltvoller, ein Abschotten des Wissens schadet. Wissen baut Hürden zwischen Kulturen und in Hierarchien ab. Damit einher geht eine Emanzipation des/r Einzelnen. Eine Parallele zu den Denkansätzen der Aufklärung könnte gezogen werden. Forderten Philosophen wie Kant und Lessing die Menschen auf, sich aus ihrer „selbstverschuldeten Unmündigkeit“ zu

befreien, sind Wissenschaftler/innen gefordert, ihr Wissen den Menschen frei zugänglich zu machen. Eng verbunden mit Open Courseware sind dementsprechend Versuche mit dem Namen „Open Access“, sämtliches wissenschaftliches Wissen frei zugänglich zu machen (vgl. Kapitel 8 in diesem Band). In beiden Fällen, Open Courseware und Open Access gilt es aber, auf lokaler Ebene den Anfang zu machen, auf dass sich viele weitere anschließen und folgen. Oder zumindest ein wenig an den Pool freien Wissens zurückzugeben, aus dem man sich selbst jederzeit bedienen und als Inspirationsquelle nutzen kann.

Linz: Closed vs. Open Courseware

So profitieren auch in Linz eine Vielzahl von Bildungsinstitutionen vom freien Angebot an Lehrmaterialien, jedoch in der Regel ohne eigene Anstrengungen im Bereich digitaler Lehrunterlagen. Grund dafür ist aber keineswegs mangelndes technisches Verständnis oder fehlende digitale Angebote. Im Gegenteil: Die Johannes Kepler Universität Linz war Pionierin bei Multimedia-Studien über das Internet. Es gibt seit längerem die Möglichkeit, JUS völlig unabhängig von Zeit und Ort zu studieren. Gerade für Berufstätige, die fernab von einer Universität leben und arbeiten, ein großer Vorteil. Gleichzeitig sind nicht nur das Studium selbst dank Studiengebühren und hoher Multimedia-Pauschale sondern auch die notwendigen digitalen Unterlagen für die Studierenden mit hohen Kosten verbunden. Obwohl die digitalen Lernunterlagen mit öffentlichen Geldern finanziert und von Universitätsangehörigen erstellt wurden sowie ihre Verbreitung im Internet mit äußerst geringen Kosten verbunden wäre, sind Interessierte inner- und außerhalb der Universität von ihnen ausgeschlossen.

Neben vollständigen Online-Studiengängen fördert die Universität Linz universitätseigene Projekte zum Thema „Neue Medien in der Lehre“, allerdings ohne sie in größere Kontexte rund um Open Courseware/Content einzubetten. So steckt hinter der Bezeichnung CSCL ein Projekt mit dem Namen „Computerunterstütztes kollaboratives Lernen mit Wiki, Chat und Forum.“ Kollaborative Lernstrategien sollen dabei erprobt und evaluiert werden. Auch Projekte wie der Online-Methodenbaukasten³⁵, harren noch einer umfassenderen institutionellen Unterstützung und Einbettung. Auf die Frage, was passieren muss, dass es Open Courseware in Linz gibt, antwortet Professor Bernard Batinic denn auch: „Die Online-Umsetzung der Materialien ist ein nicht zu vernachlässigendes Problem und verursacht sicherlich auch einige Kosten. Grundsätzlich müsste sich aber eine Initiative bilden, die Open Courseware in Linz unterstützt.“ Diese Initiative hat sich einstweilen noch nicht gefunden.

Ähnlich das Bild abseits der Universität: Aufgeschlossenheit für neue Medien und Technologien trifft auf wenige bis gar keine institutionellen Strategien für vernetzte Angebote und den Austausch freier Inhalte. Stefan Giegler, als Direktor der Linzer Übungshauptschule in die LehrerInnenausbildung der Pädagogischen Akademie des Bundes eingebunden: „Neue Medien werde von der jüngeren Lehrgeneration sehr gut aufgenommen und genützt. Es besteht auch ein Interesse daran, dies auszubauen.“ Gerade für die Aneignung von Wissen sieht er in Open Courseware Vorteile, warnt aber auch: „Wissen ist nicht gleich Bildung. Gibt es das Angebot, so werden es Menschen aber auch nützen, der Bildungsgrad wird steigen.“

„Offene Systeme sind die Zukunft“



Foto: MIT Open Courseware

Interview: Anne Margulies

Als Leiterin des Open Courseware-Programms am Massachusetts Institute of Technology (MIT) ist Anne Margulies verantwortlich für das größte Angebot an freien Lehrinhalten im Internet. Die Pionierleistung des MIT hat inzwischen an zahlreichen Universitäten innerhalb und außerhalb der USA Nachahmer/innen gefunden.

Wie lautet Ihre Definition von Open Courseware? Was ist zentral, wo sind die Grenzen?

Anne Margulies: Open Courseware ist die freie und offene digitale Veröffentlichung von qualitativ hochwertigen Ausbildungsmaterialien in Kursform. Mit Hilfe des Internets hat MIT Open Courseware (OCW) Lehrmaterialien seiner Professorinnen und Professoren Lehrenden und Studierenden auf der ganzen Welt – insbesondere auch in den Entwicklungsländern – zugänglich gemacht. Sie alle können nun diese Unterlagen entweder für die Entwicklung eigener Kurse nutzen oder für die individuelle Aus- und Weiterbildung. Insofern hat MIT OCW keine Grenzen, ist wirklich global. Die OCW Website <http://ocw.mit.edu> wurde seit ihrem Start am 30. September 2002 von Personen aus 215 Ländern besucht und Materialien wurden inzwischen in mindestens zehn Sprachen übersetzt.

Was sind die politischen und philosophischen Überlegungen hinter Open Courseware? Gibt es dabei auch ökonomische Überlegungen?

Anne Margulies: Bei MIT Open Courseware geht es um Ideale und Werte. Die Lehrenden am MIT glauben fest und leidenschaftlich an das Ziel offener Verbreitung von Wissen und Informationen zum großen

Vorteil für die gesamte Menschheit. Es war 1999, als der frühere Hochschulleiter Robert A. Brown um eine strategische Ausrichtung des MIT im Bereich eLearning bat. Das Ergebnis – die Idee von Open Courseware – stimmte mit dem fundamentalen Ziel des MIT überein, nämlich bei der Förderung neuer Erkenntnisse und der Ausbildung von Studierenden in der Wissenschaft an der Spitze zu stehen. Open Courseware ist ein neues Modell zur Verbreitung von Wissen und Zusammenarbeit unter Studierenden und Forschern auf der ganzen Welt und leistet einen Beitrag zur gemeinsamen Wissensallmende. Die Kursunterlagen des MIT Open Coursewareprogramms können von jedem überall auf der Welt verwendet, kopiert, verbreitet, übersetzt und modifiziert werden. Die einzige Bedingung ist die nicht-kommerzielle Verwendung und das Zitieren der Originalautoren bei einer allfälligen Wiederveröffentlichung. Außerdem müssen veränderte Versionen im gleichen Maße zugänglich gemacht werden wie die Ursprungsmaterialien.

Würden Sie zustimmen, dass Open Courseware Teil einer größeren Bewegung hin zu freiem Wissen, Freier Software und freier Kultur und in diesem Sinne eine Art neue soziale Bewegung ist?

Anne Margulies: Diejenigen, die das MIT OCW-Projekt entwickelt haben, waren

überzeugt, dass Open Source Software und offene Systeme die Zukunft sind. Letztlich glauben wir, dass der Trend zu offenem Wissen Menschen aus den verschiedensten Bereichen zusammenbringen und das gegenseitige Verständnis verbessern wird.

Wir organisieren auch eine "Open Courseware-Bewegung" rund um das Open Courseware Consortium. Dort versuchen mehr als 100 höhere Bildungseinrichtungen einen breiten und tiefgehenden Stock an offenem Bildungsangebot auf Basis von Gegenseitigkeit zu etablieren. Das Ziel ist die Ausbildung zu verbessern und die Menschen auf der ganzen Welt selbst zu ermächtigen. Neben dem MIT nehmen zum Beispiel auch die Johns Hopkins Universität, die Tufts Universität, die Utah State Universität und mehr als 50 andere Einrichtungen in China, Frankreich, Japan, Indien, Spanien und Vietnam teil.

Gibt es einen Unterschied zwischen eLearning und Open Courseware? Wenn ja, welchen?

Anne Margulies: MIT Open Courseware unterscheidet sich von anderen webbasierten Bildungsangeboten dadurch, dass es frei ist, durch die Breite und Tiefe des Angebots und weil es ein institutioneller Ansatz der Online-Veröffentlichung von Kursen ist. Dabei ist es keine Initiative für Fernlehre,

weil keine Interaktion zwischen den Lehrkräften und den Studierenden stattfindet. Fernlehre ist außerdem meistens beschränkt auf Zahlungskräftige und -willige. Gleichzeitig soll Open Courseware herkömmliche Lehr- und Kursangebote nicht ersetzen. Es soll vielmehr Inhalte anbieten, die Bildung fördern. Viele Lehrkräfte nutzen das Internet ohnehin sehr stark, um Kursunterlagen für ihre Studierenden zugänglich zu machen. Aber diese Homepages sind oft nur für die Studierenden der jeweiligen Institution aufbereitet und zugänglich. Mit 1.400 online verfügbaren Kursen ist MIT OCW ein einmaliges Angebot von bislang nie dagewesenem Umfang an frei verfügbaren Unterlagen.

Wer sind die Hauptzielgruppen des OCW-Angebots?

Anne Margulies: Lehrkräfte, Studierende und Autodidakten. Die Lehrkräfte nutzen die Unterlagen für das Design ihrer eigenen Kurse, Studierende und Autodidakten auf der ganzen Welt verwenden sie zur Aus- und Weiterbildung oder als Ergänzung. Seit dem offiziellen Start 2003 versuchen wir regelmäßig so genau wie möglich herauszufinden, wer unser Angebot wie und warum nutzt und ob die Initiative einen Unterschied macht. Die Auswertungen haben ergeben, dass die Materialien im Allgemeinen als sehr hilfreich empfunden werden.

Gibt es irgendeine Form der Interaktion zwischen den Lehrkräften und den Online-Studierenden?

Anne Margulies: MIT OCW ist ein riesiges Online-Projekt, aber kein Online-Studium. Es liefert Unterlagen von MIT-Kursen aber ist kein Ersatz für diese. Die Interaktion im Klassenzimmer vor Ort ist ein fundamentaler Eckpunkt des Lernprozesses am MIT, genauso wie die Zusammenarbeit der Studierenden am Campus. Ein direkter Kontakt mit den Autoren der freien Kursunterlagen ist daher nicht vorgesehen. Nachfragen zu speziellen Unterlagen werden aber weitergeleitet, auf Grund der enormen Menge an Anfragen werden in der Regel aber nicht alle E-Mails beantwortet.

Bitte vervollständigen Sie den folgenden Satz. Aus meiner Sicht ist das Ziel von Open Courseware....

Anne Margulies: ...die Förderung von Bildung auf der ganzen Welt durch das offene Teilen von Ausbildungsunterlagen und der damit verbundenen Anregung, andere mögen dasselbe tun.

Wie ist ein derartiges, kostenloses Angebot überhaupt leistbar?

Anne Margulies: Bis jetzt haben die William and Flora Hewlett Foundation, die Andrew

W. Mellon Foundation, und das MIT selbst den größten Teil der finanziellen Aufwände getragen. Neue Unterstützer und Partner sind in jüngerer Zeit dazugestoßen, unter anderem die Ab Initio. Aber vor allem existiert das OCW-Angebot dank der Großzügigkeit der MIT-Lehrkräfte, die sich entschlossen haben, ihre pädagogischen und inhaltlichen Inhalte zur Verfügung zu stellen

Im Falle des MIT: Wie passen hohe Studiengebühren und Open Courseware zusammen?

Anne Margulies: Es gibt keinen finanziellen Zusammenhang zwischen einem gebührenabhängigen MIT-Studium und der OCW-Initiative.

Wie haben sie den Lehrkörper überzeugen können, ihre Unterlagen kostenlos zur Verfügung zu stellen?

Anne Margulies: Obwohl die Teilnahme freiwillig ist, haben mit 7. Juni 2006 mehr als 75 Prozent des Lehrkörpers zu dem OCW-Projekt beigetragen. Wir leisten professionelle Unterstützung bei der Aufbereitung der Unterlagen und versuchen, die Teilnahme so einfach wie möglich zu gestalten. Die individuellen Gründe für die Teilnahme sind vielfältig. Sie reichen von besserer Sichtbarkeit der eigenen Forschung und Lehre über den Nutzen des Austauschs mit Kol-

legen bis hin zum Ausbau beruflicher Netzwerke. Open Courseware ist in diesem Sinne ein echtes Beispiel für institutionelle und persönliche Philanthropie.

Wie stellen Sie die dauerhafte und gleiche Qualität eines derart großen Angebots an Materialien sicher?

Anne Margulies: Wir haben klassische Qualitätssicherungsprozesse mit strengen Standards. Für die Kurserstellung selbst gibt es eine Reihe von formalen und technischen Regeln, die befolgt werden müssen, bevor ein Text online geht.

Was waren die größten Hürden bei der Einführung des Open Courseware-Projekts?

Anne Margulies: Die größte Herausforderung war die Gestaltung der Web-Oberfläche, die strukturiert, kostengünstig und einfach zu durchsuchen, aber trotzdem flexibel genug für die Anpassung an die diversesten Unterrichtsstile am MIT ist. Wir haben Kurse, die als Vorlesung, Seminar oder Projekt organisiert sind und die alle verschiedenen Anforderungen an die Webseite stellen. Aber wir wollten ein einheitliches Design und eine einheitliche Suchfunktion. Wir mussten also die Balance finden zwischen der Einzigartigkeit der Kurse und einer einheitlichen Struktur des Webangebots.

Was kann eine Stadt wie Linz mit ca. 200.000 Einwohner/innen tun, um Open Courseware zu unterstützen?

Anne Margulies: Ich glaube es ist wichtig, die zahlreichen positiven Folgen von OCW für Bildungseinrichtungen, Forschungsinstitutionen und die einzelnen Professoren und Studierenden herauszustreichen. Zu diesen Vorteilen zählt beispielsweise der Stolz der Mitglieder von Institutionen, die „das Richtige“ tun. Es erhöht die Sichtbarkeit der eigenen Arbeit und dient den Zielen von Bildungseinrichtungen. Es fördert Innovation. Es beschleunigt die Anwendung webbasierter Lehrmethoden. Es fördert die Zusammenarbeit der Lehrkräfte untereinander. Für die Lehrkräfte selbst ist OCW ein weiterer Weg, einen Beitrag für ihre Forschungsdisziplin zu leisten und gleichzeitig ein relativ unaufwendiger Weg zur Publikation der eigenen Arbeit. Außerdem werden dadurch automatisch die eigenen Lehrunterlagen archiviert und verfügbar gehalten. Schließlich unterstützt OCW die Studierenden bei ihrer Studienplanung,

Bislang ist Open Courseware vor allem eine universitäre Angelegenheit. Ist das Konzept auch für Schulen, Kindergärten und Erwachsenenbildungseinrichtungen anwendbar?

Anne Margulies: Wir glauben, dass Open Courseware auf allen Ebenen von Bildung und Ausbildung sehr viel beitragen kann.

*Was ist Ihre Vision von Open Courseware?
Was sind Gefahren, was sind Chancen?*

Anne Margulies: Die ersten Vertreter der OCW-Bewegung bauen gerade neue elektronische Publikationsmodelle für Ausbildungsunterlagen auf. Wir erwarten, dass mit technologischen Weiterentwicklungen eine breite Auswahl an Einrichtungen aus verschiedenen Disziplinen auf dem Feld höherer Bildung ihre Kurse publizieren und Best Practices offen austauschen wird.

Sie hatten bereits verantwortungsvolle Positionen im Bereich Informationstechnologie an der Harvard Universität inne. Warum sind Sie zum MIT gewechselt, um Leiterin der OC Initiative zu werden?

Anne Margulies: Mich hat die Gelegenheit gereizt, an etwas mitzuarbeiten, das das Potential hat, sehr positive Auswirkungen auf das Leben der Menschen auf der ganzen Welt zu haben.

Als Beraterin: Welchen Rat würden Sie einer kleinen europäischen Universität geben, die selbst Open Courseware anbieten will? Bitte nennen Sie uns ihre drei wichtigsten Punkte.

Anne Margulies: Erstens gibt es mit der Universität Klagenfurt bereits eine Universität, die Mitglied im OCW Consortium ist und vielleicht als Vorbild dienen könnte.

Zweitens glauben wir am MIT, dass die Vorteile und Chancen von OCW die Kosten und Bedenken bei weitem überragen und wir haben bewiesen, dass die Probleme handhabbar sind. Wir haben sogar ein „How To Create an Open Course Ware“-Paket auf unserer Homepage platziert.³⁶ Wir hoffen, dass unsere Erfahrungen den Lernprozess von nachfolgenden Einrichtungen verkürzen.

Drittens erfordert Open Courseware den Einsatz der Professorinnen und Professoren für die Lehre und die Weitergabe von Wissen. Die Mithilfe zumindest einer Kerngruppe des Lehrkörpers ist ein zentraler Faktor bei der Etablierung eines Open Courseware-Programms.

„Die Veröffentlichung von Lehrmaterialien muss selbstverständlich werden!“



Interview: Thomas Pfeffer

Der Soziologe Thomas Pfeffer forscht an der Alpen Adria Universität Klagenfurt und ist dort verantwortlich für die Publikation von Lehrmaterialien als frei und kostenlos zugängliche „Open Courseware“. Die Universität Klagenfurt ist in diesem Zusammenhang als erste österreichische Universität Mitglied des internationalen OpenCourseWare-Consortiums.

Was bedeutet für Sie „Open Courseware“? Was fällt auf keinen Fall darunter?

Thomas Pfeffer: Nach meinem Verständnis ist Open Courseware (OCW) die Publikation von Lehrmaterialien in einem bestimmten Format, dem „Kurs“. Es stellt damit eine Festlegung auf ein bestimmtes Format, eine bestimmte Größenordnung dar, ähnlich der Festlegung auf das Format „Buch“ oder „Artikel“. Inhaltlich enthält ein OCW-Kurs die Unterlagen (z.B. Skripten, Präsentationsfolien) einer ganzen Lehrveranstaltung, sowie Kontextinformationen (z.B. Zeitplan und Termine, Zielsetzungen, Prüfungskriterien). Im Fall des OCW-Pioniers Massachusetts Institute of Technology, dem MIT, handelt es sich bei OCW Kursen um „post-teaching publications“. Das sind Unterlagen, die im Unterricht verwendet und nachträglich veröffentlicht wurden.

Woran ist „gute“ Open Courseware zu erkennen?

Thomas Pfeffer: Erstens liefert gute Open Courseware tatsächlich verwendete Materialien für ganze Kurse und nicht nur einzelne Skripten in einer halbwegs standardisierten Darstellungsform. Zweitens sind diese Unterlagen völlig frei – also ohne Registrierung – zugänglich und kostenlos nutzbar. Drittens muss sich die Bildungseinrichtung als Herausgeber oder Verleger verstehen und ent-

sprechende Unterstützung anbieten. Dabei handelt es sich aber ausschließlich um Lehrmaterialien, die noch keinen Ersatz für die Lehre an sich bieten. Weder kann ein Zeugnis über den Kurs erlangt werden, noch besteht Interaktion mit den Vortragenden. Aus diesen Kriterien folgt außerdem, dass unverbundene Materialien, einzelne Bruchstücke oder Skripten, Materialien ohne direkten Zusammenhang mit Lehrveranstaltungen, kostenpflichtige Materialien oder „private“ Lehrhomepages ohne institutionelle Strategie nicht Open Courseware sind.

Kann oder soll OCW Bücher ersetzen?

Thomas Pfeffer: Ich glaube, in einem ersten Schritt ist es einfach eine neue, zusätzliche Publikationsform, die den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und dem Internet angemessen ist. Vielleicht angemessener, als herkömmliche Bücher. Ich glaube nicht, dass OCW generell Bücher oder andere Quellen ersetzen kann.

Die Alpen-Adria-Universität Klagenfurt ist die erste Universität in Österreich, die dem OCW Beispiel des MIT folgt. Was war ausschlaggebend OCW einzuführen?

Thomas Pfeffer: Die Idee gibt es seit einhalb Jahren und seit Mitte 2005 arbeite ich an der Umsetzung. Im Rahmen meiner Forschung über die Virtualisierung von

Universitäten bin ich auf das Konzept von OCW gestoßen. Aus mehreren Gründen bin ich von dessen Sinnhaftigkeit für die Universität Klagenfurt und für österreichische Universitäten insgesamt überzeugt.

Erstens muss im Zuge der Einführung von eLearning (Lehrangeboten über das Internet, Anm.) ohnedies elektronisches Lehrmaterial produziert werden. Es innerhalb der einzelnen Lehrveranstaltung zu „verstecken“ wäre Verschwendung. Erst die Veröffentlichung schafft die Möglichkeit für zusätzliche Nutzung.

Zweitens sind wir in Klagenfurt noch relativ am Anfang mit der Einführung von eLearning. OCW bietet ein Modell dafür, wie Materialien strukturiert und bereitgestellt werden können, und soll so die breite Einführung von eLearning erleichtern.

Drittens basierte wissenschaftliche Kommunikation immer schon auf freiem Wissensaustausch. Akademisches Wissen setzt sich durch Publikation aller seiner Teile (Theorie, Methode, Ergebnis) öffentlicher Kritik aus und ermöglicht dadurch Wissenstransfer, Qualitätsverbesserung, aber auch Prestigeerwinne.

Viertens muss es der Universität Klagenfurt ein Anliegen sein, ihren Angehörigen nicht nur Zugang zu den Produkten der zuneh-

mend virtuellen Wissensgesellschaft zu verschaffen, sondern sie muss auch die Produktionsmittel bereitstellen. Volle Teilnahme an der virtuellen Wissensgesellschaft erschöpft sich nicht in der passiven Rezeption, sondern wird nur durch aktive Beiträge möglich.

Ist das MIT das große Vorbild?

Thomas Pfeffer: Ja, definitiv. Nur muss in Klagenfurt das OCW Modell auf lokale Gegebenheiten heruntergebrochen und es müssen übertriebene Kosten vermieden werden. Denn im Gegensatz zum MIT fehlen uns gewisse organisatorische Voraussetzungen und vergleichbare ökonomische Ressourcen.

Sie erwähnten institutionelle Publikationsstrategien. Gibt es in Klagenfurt, wie beispielsweise am MIT, eine „Redaktion“ zum Publizieren der Lehrmaterialien?

Thomas Pfeffer: Das MIT hat ein großes Redaktionsteam und eine eigene technische Infrastruktur geschaffen. In Klagenfurt mussten wir eine low-cost Strategie entwickeln. Statt einer separaten technischen Infrastruktur verwenden wir unser Lehrmanagementsystem „Moodle“. Das Redaktionsteam ist noch sehr klein – es besteht derzeit nur aus meiner Person.

In der Bildungslandschaft in Österreich sieht es zurzeit trist aus. Geld fehlt an allen Ecken und Enden. Was brachte Sie dazu jetzt diese Initiative zu starten?

Thomas Pfeffer: Im letzten Jahr hat das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in einem Wettbewerb Fördergelder für institutionelle eLearning Strategien vergeben. Die Universität Klagenfurt war mit dem Projekt „Offene Alpen-Adria Universität“ erfolgreich, die Konzeption von OCW Klagenfurt konnte zum Teil daraus finanziert werden. Diese Anschubfinanzierung war sehr wichtig.

Welchen Zeitplan verfolgen Sie mit dem Projekt?

Thomas Pfeffer: Viel Zeit ist in die Entwicklung einer lokalen Umsetzungsstrategie, etwa für Entscheidungen über die technische Lösung, geflossen, die jetzt im Wesentlichen steht. Wir haben uns dazu entschlossen, die ebenfalls im vergangenen Jahr implementierte Lernplattform Moodle auch zur Publikation von OCW Kursen zu nutzen. Links zu den OCW Kursen werden auf einer separaten Homepage zusammengefasst, die auch ein Handbuch zur Materialproduktion enthalten soll. Im Herbst 2006 waren so bereits die ersten 10 Kurse vorhanden. Zusätzlich wurde eine institutionelle Kooperation der Universität Klagenfurt mit dem internatio-

nen OpenCourseWare Consortium erarbeitet. Wie es dann weitergeht, wird Gegenstand von Verhandlungen sein. Das bisherige Projekt war nur mit der Anschubfinanzierung des Ministeriums möglich. Da den österreichischen Universitäten finanziell extrem enge Grenzen gesetzt sind, bleibt kaum Spielraum für Investitionen.

Was sollten Hintergedanken der Förderung von OCW von seiten der öffentlichen Hand sein?

Thomas Pfeffer: Aus Sicht der öffentlichen Hand würde ich dazu raten, die systematische Veröffentlichung elektronischer Lehrmaterialien zu forcieren, um die Nachhaltigkeit öffentlicher Investitionen im Bereich eLearning zu fördern. OCW ist dafür eines von mehreren möglichen Konzepten.

Sehen Sie dann überhaupt eine Chance im aktuellen, finanziellen Rahmen OCW zu verwirklichen?

Thomas Pfeffer: Kommt darauf an, in welchen Zeiträumen man denkt und wie strategisch. Für einzelne Institutionen erhöht der sichtbare Einsatz von neuen Informationstechnologien und das Bereitstellen von Wissensprodukten ihre Legitimation und Attraktivität. Für nationale Systeme würde OCW Innovationsvorteile bedeuten. Gewinne aus Innovationen sind freilich nicht

einfach zuzuordnen und nicht sehr schnell zu lukrieren. Mein Argument lautet hier immer: „Erkläre mir den Gewinn oder die Einsparung durch Email!“

Wie können Angehörige der Universität motiviert werden, ihre Lehrmaterialien zu veröffentlichen?

Thomas Pfeffer: Eines ist klar, das Erklären des Konzepts allein reicht nicht. Derzeit bin ich dabei, Beispielfälle zu schaffen, indem ich Kurse online stelle. Daneben ist aber auch das klare Bekenntnis und die Unterstützung der Universitätsleitung notwendig, um das institutionelle Interesse sichtbar zu machen. Man kann nur dann viele Lehrende motivieren, wenn die offizielle Anerkennung dieser Leistung erwartbar ist.

Kommen wir auf die Publikationsformen zurück, die Sie zu Beginn erwähnten. Was genau meinten Sie damit?

Thomas Pfeffer: Informations- und Kommunikationstechnologien sind vergleichsweise jung. Bisher haben sich noch keine adäquaten Publikationsformen oder literarische Formen entwickelt. Nehmen wir als Beispiel den Buchdruck. Auch hier hat es eine Zeit gedauert, bis sich Bücher, wissenschaftliche Journale und Zeitschriftenartikel als literarische Formen (z.B. gegenüber einzelnen Zetteln oder ungeschlossenen Text-

konvoluten) durchgesetzt haben. Solche Formen sind wichtig, um Texte auf breiter Basis austauschen und archivieren zu können, aber auch als Orientierung für Autoren und Leser. In OCW sehe ich eine solche Publikationsform, die ein relativ standardisiertes Format besitzt und die sich allmählich verbreitet.

Wie könnte Ihrer Meinung nach eine Stadt wie Linz Open Courseware fördern?

Thomas Pfeffer: Indem sie den Aufbau von Redaktionsstrukturen und Publikationsplattformen fördert. Ich selbst bin Universitätsangehöriger, weshalb ich es auch nahelegend fände, die Universität Linz zu fördern und zu fordern: Publiziert doch, was ihr lehrt, damit das die Menschen auch sehen und eventuell davon profitieren. Oder, wenn man über OCW hinausgeht, können auch Forschungsförderungen an die elektronische Publikation der Forschungsergebnisse gebunden werden.

Werden bisher Förderungszusagen an die elektronische Publikation von Forschungsergebnissen gebunden?

Thomas Pfeffer: In Österreich nicht, aber andere Länder wie England oder auch die USA beginnen darauf Wert zu legen. Förderinstitutionen realisieren, dass sie zweimal zahlen: Einmal für die Produktion von

Wissen und ein zweites Mal - über Literaturbudgets - dafür, dass es von der gleichen Forschungscommunity gelesen wird. Ich sehe es als wichtig an, diese Förderungen an „freie“ elektronische Publikation zu binden.

An wen richtet sich OCW vor allem? Wer ist die Hauptzielgruppe?

Thomas Pfeffer: Ich glaube OCW richtet sich vor allem an Lehrende, da über Institutionsgrenzen hinweg ein Vergleich mit Fachkolleginnen und -kollegen möglich wird. Bisher war die Lehre ein sehr einsames Geschäft, da alles in geschlossenen „Klassenzimmern“ stattgefunden hat. Die eigene Sichtbarkeit als auch die Kritisierbarkeit wird damit erhöht und man muss nicht jeweils das Rad neu erfinden.

Da braucht es wohl eine ziemliche Kehrtwende im Lehrverständnis. Inwiefern muss sich das Lehrverständnis ändern?

Thomas Pfeffer: Klarerweise löst das erst einmal Unsicherheit in der Lehre aus, obwohl es in der Forschung tagtäglich so gehandhabt wird. Ich glaube, erst jetzt wird es langsam möglich, Lehre als etwas zu verstehen, das nicht nur von (der Summe) der einzelnen Lehrenden ausgeht, sondern dass neben dem Klassenzimmer auch andere Quellen und Lernumgebungen existieren.

Lernmaterialien haben erstmals das Potential, sich zu akademischen Publikationsformen zu entwickeln.

Was ist Ihrer Meinung nach eines der wichtigsten Vorteile von OCW beziehungsweise einer der Hauptgründe OCW einzuführen?

Thomas Pfeffer: Wenn man davon ausgeht, dass es eine zentrale Aufgabe von Universitäten ist, Alphabetisierung auf akademischem Niveau zu betreiben – d.h. den Umgang mit wissenschaftlichen Texten und die Fähigkeit zum wissenschaftlichen Schreiben zu vermitteln –, dann ist heutzutage Alphabetisierung auch im Umgang mit neuen Medien gefragt. Universitäten müssen sich im Umgang mit ihnen üben, denn das ist eine neue Kulturtechnik. Dazu gehört ein Üben sowohl der kritischen Rezeption, als auch der anspruchsvollen Produktion. OCW ist ein kleiner Schritt in diese Richtung.

Ist ein Ja oder Nein zu OCW eine politische Frage?

Thomas Pfeffer: Die allgemeinere Frage, wie mit akademischen Wissensressourcen umgegangen werden soll, ist eine eminent politische Frage. Es kann nicht sein, dass akademische Wissensproduktion öffentlich gefördert wird, aber private Verlage an den Copyrights für genau diese Produkte hor-

ende Summen verdienen. Für die Öffentlichkeit ist es günstiger, die durch sie geförderten Forschungsergebnisse frei zugänglich zu machen, und notfalls die Publikation selbst punktuell zu subventionieren. Wobei ich dazusagen muss, dass ich nicht dagegen bin, dass private Dienstleister für Serviceleistungen bezahlt werden, zum Beispiel wenn sie die öffentliche Bereitstellung effizient managen. Ich bin nur dagegen, dass sie über die Copyrights Eigentumsrechte an akademischen Wissensressourcen erhalten.

Was sind Ihre Visionen bezogen auf OCW und die Zukunft?

Thomas Pfeffer: Ich träume davon, dass es bald technisch möglich wird, zu jeder Lehrveranstaltung eine begrenzt zugängliche Innen- und eine frei zugängliche Außenseite zu schaffen. Das heißt, die Veröffentlichung von Lehrmaterialien sollte ein möglichst selbstverständlicher Vorgang werden, der schon in den Lehrprozess eingebunden ist. Derzeitige Lernplattformen setzen leider noch zu sehr auf das Konzept des abgeschlossenen Klassenzimmers. Im größeren Kontext hoffe ich, dass mehr Universitäten auf OCW aufspringen und es sich als verbreiteter Standard durchsetzt. Die öffentliche Hand könnte Veröffentlichung von Lehrmaterialien beispielsweise zu einem Teil ihrer Leistungskriterien bei den anstehenden Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Uni-

versitäten machen. Je mehr kostenfrei publiziert wird, desto besser für das gesamte Wissenschafts- und Bildungssystem.

PROJEKT: Open Courseware an Linzer Grundschulen

An Volks- und Hauptschulen werden jedes Jahr aufs neue grundlegendes Wissen und soziale Fähigkeiten vermittelt. Auch abseits reformpädagogischer Ansätze kommen dabei viele verschiedene Zugänge und Methoden zum Einsatz. Ein aneinander Weiterentwickeln und voneinander Lernen anhand konkreter Konzepte findet zwischen den Pädagoginnen und Pädagogen aber nicht oder nur in engem Rahmen statt. Open Courseware an Linzer Grundschulen könnte helfen, die Vielfalt der Methoden an verschiedenen Schulstandorten zu vernetzen. Lehrende könnten sich von Lehrkonzepten und Vermittlungsarten an anderen Grundschulen inspirieren lassen, auf erprobtes KollegInnenwissen zurückgreifen oder die eigenen Ideen öffentlicher Kritik zugänglich machen.

Jede der 40 Volks-, 19 Haupt-, 4 Sonderschulen sowie der 2 polytechnischen Schulen in Linz verfügt inzwischen längst über eine eigene Homepage. Die technischen (Mindest-) Voraussetzungen für institutionelle Publikation von Lehrunterlagen auch im Grundschulbereich sind also bereits vorhanden. Die völlig selbstständige Publikation von Lehrunterlagen durch die Schulen würde aber die Chancen von Open Courseware nicht völlig ausschöpfen: Die Ressourcen einzelner Schulen sind verglichen mit Universitäten einfach zu gering. Um die Sichtbarkeit zu verbessern, den Vergleich der jeweiligen Online-Angebote zu erleichtern und die einzelnen Schulen und Lehrenden zu entlasten, drängt sich eine überschulische, zentrale Koordination auf. Für den gesamten Grundschulbereich ist eine Person als Koordinatorin vom Magistrat abgestellt. Sie stellt an den einzelnen Schulen das Konzept vor, hilft beim Aufbau des eigenen Angebots und führt die Unterlagen der einzelnen Schulen zusammen. An den Schulen selbst bildet je ein/e Open Courseware-Referent/in die Schnittstelle zwischen der zentralen Koordination und den Lehrenden an der Schule. Auftakt für den Start des Online-Angebots und in der Folge jährliches Vernetzungstreffen bildet eine zweitägige Konferenz zu Open Courseware an Linzer Grundschulen. Kernstück der Konferenz sind einerseits Vorträge von ExpertInnen und Workshops zu Themen wie zum Beispiel „Wie veröffentliche ich gute Open Courseware?“ oder „Was soll ich veröffentlichen?“

Ein nächster Schritt könnte die Integration weiterer Linzer Open Courseware-Angebote (zum Beispiel der Johannes Kepler Universität oder diverser Erwachsenenbildungseinrichtungen) in den ohnehin notwendigen Web-Auftritt darstellen – ein Open Courseware-Portal für Linz.

PROJEKTSKIZZE:

Open Courseware an den Linzer Grundschulen



Projektziele

Online-Archiv von frei und öffentlich zugänglichen Unterrichtsunterlagen, Lehrmethoden und -konzepte von Lehrerinnen und Lehrern an Linzer Grundschulen

Projektbestandteile

- Web-Auftritt
- Zentrale Koordinationsstelle
- Unterstützung und Anreize für Beiträge der Lehrer/innen

Projektzielgruppen

Lehrer/innen der (nicht nur) Linzer Grundschulen

Projekträger

Stadt Linz in Zusammenarbeit mit den Schulen

Dialoggruppen


- DirektorInnen
- Bildungsreferent d. Stadt Linz
- Lehrer/innen und ihre Verbände

Zeitraum

Vorbereitung ab 2007, Testphase 2008, offizieller Start 2009

Finanzierungsbedarf

Aufbau und Betrieb der zentralen Koordinationsstelle



PROJEKT: Digitale Volkshochschule Linz

Sämtliche ProponentInnen von Open Courseware-Initiativen nennen regelmäßig zwei Hauptzielgruppen für ihr Engagement: Lehrende, die für ihre Unterlagen ein breites Publikum, Kritik und Anregungen finden sollen, und Autodidakten. Gerade an letztere, nämlich an selbstständiger (Weiter-)Bildung abseits und nach üblichen (Aus-)Bildungswegen interessierte, Gruppe richten sich auch die Angebote von Erwachsenenbildungseinrichtungen wie die Volkshochschulen, das Berufsförderungs- und das Wirtschaftsförderungsinstitut.

Sie alle bieten Kurse zur beruflichen und persönlichen Weiterentwicklung in den verschiedensten Themenbereichen an. Die Lehrunterlagen dieser Kurse schrittweise digital zu erfassen und online zugänglich zu machen, wäre nicht nur eine sinnvolle Ergänzung des ohnehin öffentlichen Bildungsauftrags dieser Einrichtungen, es wäre auch ein Schritt in Richtung Qualitätsförderung und -sicherung.

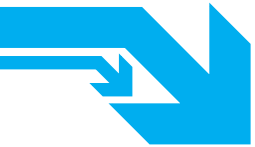
Genauso, wie Programmierer/innen von Freier Software weniger schlampig programmieren und einen „schöneren“, das heißt besser gegliederten und kommentierten, Quellcode schreiben, wirkt die freie Veröffentlichung der eigenen Lehrunterlagen automatisch qualitätssteigernd – vom Vorteil auf das inhaltliche und didaktische Know-how von KollegInnen zurückzugreifen ganz zu schweigen.

Als Anreiz für das zur Verfügungstellen der Materialien bietet sich eine Pauschalgebühr pro Kurs an – die Kursleiter/innen sind in der Regel ja nur nebenberuflich für die Weiterbildungseinrichtungen tätig. Zusätzlich zur Sammlung der Unterlagen bedarf es einer zentralen Stelle zur Kontrolle und Umsetzung einer institutionellen Publikationsstrategie im Rahmen des Internetauftritts der Volkshochschule bzw. im Rahmen einer Open Courseware Plattform Linz. Nach einer Pilotphase könnte dann die schrittweise Einbeziehung weiterer Erwachsenenbildungseinrichtungen angedacht werden.

Eine Teilnahme der verantwortlichen Personen an einer jährlich stattfindenden Open Courseware-Konferenz zur Vernetzung sämtlicher Linzer Open Courseware-Angebote ist natürlich ebenso sinnvoll wie wünschenswert.

PROJEKTSKIZZE:

OCW für Erwachsenenbildung



Projektziele

Langfristig alle Kurse der Volkshochschule (VHS), des Berufsförderungsinstituts und des Wirtschaftsförderungsinstituts online als Open Courseware frei zugänglich zu machen.

Projektbestandteile

Aufbau einer Open Courseware-Struktur an der Linzer VHS

Projektzielgruppen

- Kursleiter/innen
- Menschen mit Interesse an Aus- und Weiterbildung

Projektträger

Magistrat Linz bzw. VHS Linz

Dialoggruppen

- Volkshochschule
- Öffentliche oder sozialpartnerschaftliche Weiterbildungseinrichtungen
- Bildungsreferent der Stadt Linz

Zeitraum

Vorlaufzeit bis zum Start zu Jahresbeginn 2009 ca. 1 Jahr, danach Dauerbetrieb bzw. laufende Erweiterung

Finanzierungsbedarf

- Pauschalgebühren für Aufbereitung und zur Verfügung stellen der Kursunterlagen
- Personalkosten für Betreuung des Open Coursewareangebots
- Aufbau und Betrieb des Online-Auftritts



PROJEKT: Öffnung der Lehre an der Johannes Kepler Universität

Ein Engagement der Linzer Johannes Kepler Universität im Bereich frei im Internet verfügbarer Kursunterlagen wäre nicht einmal mehr in Österreich eine Pionierleistung – die Klagenfurter Alpen Adria Universität ist als Mitglied im internationalen Open Courseware Consortium hier längst zwei Schritte voraus. Ein Vorsprung, der aber dank der bereits bestehenden Erfahrungen und Einrichtungen in verwandten Bereichen wie e-Learning und Multimedia-Studien leicht aufgeholt werden könnte – das offizielle und finanzielle Bekenntnis zu Open Courseware vorausgesetzt.

Im Rahmen des Instituts bzw. der Abteilung „e-Learning – Lehren und Lernen mit Neuen Medien“ könnte das OCW Projekt an der Johannes Kepler Universität entstehen. Neben einer über das Klagenfurter (Minimal-)Vorbild hinausgehenden personellen und infrastrukturellen Ausstattung könnte ein vom Hochschulfond dotierter Open Courseware-Wettbewerb den Startschuss für die Erfassung von Lehrunterlagen bilden.

Ein nächster Schritt könnte die schrittweise Erfassung und Eingliederung bereits vorhandener, digitaler Lehrangebote in ein Open Courseware-Angebot der Universität sein. An erster Stelle wäre hier das qualitativ äußerst hochwertige und umfassende Angebot des Multimedia-Studiums Jus zu nennen, das aber bislang nur gegen erhebliche Zuzahlung auch Präsenzstudierenden zur Verfügung steht. Zumindest bei der Planung und Umsetzung weiterer Auflagen sowie der Ausdehnung des Konzepts auf andere Studienrichtungen und –angebote, sollte die Vergabe öffentlicher Fördermittel an die freie Publikation als Open Courseware geknüpft werden.

Schließlich sollte die Publikation von Lehrunterlagen als Open Courseware als einer Publikation vergleichbare Leistung bei der (Weiter-)Beschäftigung von DozentInnen Berücksichtigung finden, um auch hier Anreize zu möglichst umfassender Beteiligung zu liefern.

PROJEKTSKIZZE:

OCW für Universitäten



Projektziele

- Langfristig alle Kurse der Universität online stellen
- Mittelfristig (nächsten 2 Jahre) solle jedes Institut einen Kurs online stellen

Projektbestandteile

Aufbau eines umfassenden Open Courseware-Angebots an der Johannes Kepler Universität Linz

Projektzielgruppen

- Lehrende und Studierende an der Universität Linz
- Sonstige Lehrende, Studierende und Interessierte

Projekträger

Johannes Kepler Universität Linz


Dialoggruppen

- Rektorat
- Stadt, Land und Bund
- Hochschulfond

Zeitraum

Vorlaufzeit bis zum Start zu Jahresbeginn 2009 ca. 1 Jahr, danach Dauerbetrieb bzw. laufende Erweiterung

Finanzierungsbedarf

- Personalkosten für Betreuung des Open Coursewareangebots
 - Aufbau und Betrieb des Online-Auftritts
- 

„Software ist wie Sex - sie ist besser, wenn sie frei ist.“

(Linus Torvalds, Gründer des freien Betriebssystems Linux)



FREIE NETZE
FREIES WISSEN

FREIE SOFTWARE FÜR FREIE BÜRGER/INNEN

Leonhard Dobusch und Jakob Huber

Kommunale Chancen und Aufgaben bei der Verwendung Freier und Open Source Software

Ubuntu ist ein Wort der afrikanischen Sprache Zulu und steht dort für „Menschlichkeit“ und „Gemeinsinn“, aber auch für den Glauben an ein „universelles Band des Teilens, das alles Menschliche verbindet“. In Europa wurde dieses Wort aber erst in den letzten Jahren bekannt als Name einer populären Version des Computerbetriebssystems Linux. Von seinem größten Konkurrenten Windows unterscheidet sich Ubuntu weniger in seiner BenutzerInnenführung oder in seinen Funktionen, sondern durch zwei andere Eigenschaften: Es ist kostenlos erhältlich. Und jede/r, der/die möchte, darf es verändern, erweitern und an Freunde und Bekannte weitergeben. Diese Unterschiede zu Windows machen auch deutlich, warum der südafrikanische Ubuntu-Gründer Marc Shuttleworth diesen speziellen Namen für die Software ausgewählt hat: Er unterstreicht, dass Ubuntu nur durch die gemeinschaftliche Zusammenarbeit vieler Menschen möglich ist, die zwar über die ganze Welt verstreut, aber durch das Internet miteinander verbunden sind.

Die Ubuntu-Community ist dabei nur eine von unzähligen weltweit, die sich der gemeinschaftlichen Erstellung von Freier bzw. Open Source Software verschrieben haben.³⁷ Nahezu jedes kommerzielle Computerprogramm hat mittlerweile freie Open-Source-Pendants, die nicht nur kostenlos erhältlich sondern teilweise sogar funktional überlegen sind. Der freie Internet-Browser Firefox löst auf immer mehr PCs Microsofts Internet Explorer ab. Statt Briefe in Word und Tabellen in Excel zu erstellen, nutzen immer mehr Menschen die Programme Writer oder Calc des freien Programms OpenOffice (in Tabelle 1 findet sich eine Auflistung der wichtigsten Softwareprogramme).

Dieses Phänomen, nämlich dass Menschen Ergebnisse ihrer Arbeit frei und für jede/n zugänglich machen, hat (nicht nur) ÖkonomInnen verblüfft und ratlos gemacht: Warum beteiligen sich so viele Menschen an der Entwicklung von Freier Software? Wieso funktioniert dieses Entwicklungsmodell? Ist Open Source Software vielleicht sogar eine Gefahr für die Wirtschaft, eine Art Cyber-Kommunismus im Internet? Darf und kann mit Freier Software Geld verdient werden?

Mit Fragen und Vorwürfen dieser Art schlägt sich der Pionier der Open-Source-Bewegung, Richard Stallman, seit der Gründung der Free Software Foundation (FSF) regelmäßig herum (siehe auch Interview). Zumindest auf die Frage nach den Gründen für Einzelne, sich an der gemeinschaftlichen Erzeugung von Freier Software zu beteiligen, hat er eine

ausführliche Antwort parat: Die Gründe reichen vom reinen Spaß am Programmieren über Nächstenliebe und Dankbarkeit bis hin zu politischem Idealismus oder doch auch Geld.³⁸ Letzteres steht für Stallman keineswegs im Widerspruch zum Freiheitsideal. Wenn jemand mit frei zugänglicher Software Geld verdienen kann, dann soll er oder sie das auch dürfen, solange damit nicht die gemeinschaftlichen Rechte und die gemeinsame Weiterentwicklung eingeschränkt werden.

Verbreitete Software und ihre kostenlosen Pendanten mit freiem Quellcode

Closed Source Software	Free/Libre/Open Source Software
Microsoft Windows, Apple MacOS	GNU/Linux (z.B. Ubuntu, Suse, RedHat...)
MS Internet Explorer, Opera, Safari	Mozilla Firefox, Konquerer, Seamonkey
MS Outlook (Express), Lotus Notes	Mozilla Thunderbird,
MS Office (Word/Excel/Powerpoint/Access)	OpenOffice.org (Writer/Calc/Impress/Base)
Adobe Photoshop	GIMP
Adobe Illustrator, Quark Xpress	Scribus, Inkscape
MS Media Player	VLC Media Player
eDonkey, KaZaA, Bittorrent	eMule, Gnutella, Azeurus
GIF-Format, MP3-Format	PNG-Format, OGG-Format

Als wesentlichste Voraussetzung dafür gilt der Zugang zum Quelltext („Source Code“) eines Computerprogramms. Dieser enthält die für Menschen lesbaren Anweisungen an den Computer und gibt Auskunft darüber, wie Computersoftware funktioniert. Zu Beginn des Computerzeitalters bestand jede Software nur aus solchen Quellcodes und war damit „Open Source“.

Eine kurze Geschichte Freier Software

So beginnt auch der Präsident der Free Software Foundation Europe, Georg Greve, Vorträge zum Thema Freie Software meist mit folgendem Satz: „Am Anfang war alle Software frei.“ Zeitlich lag dieser Anfang in den 1960er Jahren. Computer gab es nur an wenigen Forschungsinstituten, wie zum Beispiel den „Labs“ des Massachusetts Institute of Technology (MIT), und an den Räume füllenden Maschinen arbeiteten große Teams. Für die ForscherInnen war es selbstverständlich, jede Idee, jeden Verbesserungsvorschlag, jede Programmzeile mit KollegInnen zu teilen und gegenseitig zu überprüfen („Peer

Review“). Software war kein eigenes Produkt, sondern wurde eher als „Zugabe“ zur Hardware verstanden - praktisch jedes Computer-Programm war damals „Open Source“.

In dieser Zeit etablierte sich auch die „Hacker-Kultur“, wobei die Bezeichnung „Hacker“ damals keinen negativen sondern eher einen anerkennenden Beigeschmack hatte. Dem 2001 in Bielefeld verstorbenen Computer-Aktivisten der ersten Stunde Wau Holland wird dabei folgende Erklärung zugeschrieben: „Wenn man die Kaffeemaschine benutzt, weil der Herd nicht geht, um Wasser heiß zu machen, das dazu verwendet wird, die Fertigmischung für Kartoffelbrei zuzubereiten, dann ist man ein Hacker.“ Auch das damals leistungsfähigste Betriebssystem Unix war maßgeblich von den Hackern einiger amerikanischer Universitäten entwickelt worden. Der US-Telekommunikationskonzern AT&T besaß zwar die Rechte daran, dessen kartellrechtliche Probleme ermöglichten es aber den EntwicklerInnen, auch Kopien des für Menschen lesbaren Unix-Quellcodes weiterzugeben. Die folgenden Jahre waren von großen Fortschritten bei der Leistungsfähigkeit, Stabilität, Portabilität auf verschiedene Systeme und vor allem die Fähigkeit sich an Netzwerke anzuschließen, geprägt.

Als aber mit dem Aufkommen der PCs ein immer größerer Markt für Software entstand, begannen Softwarefirmen ihre Programme unter Lizenz zu stellen und nur mehr den für Menschen unlesbaren Maschinen-Code („Binaries“), bestehend aus Einsern und Nullen, weiterzugeben. Auch AT&T startete 1983 den ausschließlichen Vertrieb seiner Unix-Version als proprietäre Software. Eine an der Universität Berkley entwickelte, freie Unix-Version namens BSD³⁹ sollte gleichzeitig durch Klagen vom wachsenden Markt verdrängt werden. Freie Software schien als Fußnote der Softwaregeschichte zu enden, die immer mehr von Herstellern proprietärer Software wie Apple oder Microsoft geschrieben wurde.

Manche Hacker wollten sich aber nicht mit der Situation abfinden, dass andere mit den Ergebnissen ihrer Arbeit Profite einfuhren und sie selbst nicht einmal mehr Zugriff auf den Quellcode hatten. Mehr noch, sie wollten auch verhindern, dass sich eine Geschichte wie die rund um Unix noch einmal wiederholen könnte. Einer dieser Hacker war Richard Stallman vom MIT. Er begann noch im selben Jahr mit dem GNU-Projekt (GNU steht als rekursives Akronym für „GNU's Not Unix“) zur Entwicklung eines freien Unix-Klons, der der Community frei zur Verfügung stehen sollte. Um das Projekt dauerhaft zu schützen, entwickelte Stallman das Copyleft-Prinzip, das Urheberrechte gerade dafür einsetzt, die freie Verwendbarkeit des Werkes zu garantieren. Zwei Jahre später gründete er als Trägerin des GNU-Projekts und zur Förderung Freier Software die Free Software Foundation. Gemeinsam mit dem Rechtsprofessor Eben Moglen fasste Stallman schließlich 1989

verschiedene Copyleft-Lizenzen unter der „GNU Public License“ (GPL) zusammen. Damit waren alle wichtigen Grundsteine Freier Software gelegt, zum endgültigen Durchbruch fehlte aber noch etwas: das Internet.

Bevor es im Internet einfach und schnell möglich war, immer wieder immer neue Versionen des Quellcodes einer breiten und über die ganze Welt verstreuten EntwicklerInnen-gemeinde zukommen zu lassen, mussten die PionierInnen Freier Software Disketten mit dem Quellcode per Post verschicken. Entsprechend langsam verlief die Weiterentwicklung in der Zeit vor dem Internet. Dass der Aufstieg des heute größten und bekanntesten Stücks Freier Software, Linux, mit dem des Internets zusammenfällt, ist somit auch alles andere als ein Zufall.

Weil er gerne Unix-Software auf (relativ) billiger PC-Hardware verwenden wollte, bastelte der finnische Student Linus Torvalds an einem eigenen Betriebssystemkern namens „Freax“ und stellt erste Ergebnisse auf einem Internet-Server zur Verfügung. Da dem Verantwortlichen des Servers der Name Freax nicht gefiel änderte er den Namen des Verzeichnisses auf „Linux“ – Linus' Unix. Zusammen mit Software aus dem GNU-Projekt, dem genau so ein Kern noch gefehlt hatte, gab es damit plötzlich ein völlig freies Betriebssystem und jede Menge Software für PCs. Nach einem Seminar bei Stallman in Helsinki stellte Torvalds auch Linux unter die GPL-Lizenz des GNU-Projekts und veröffentlichte 1994 schließlich Linux in der Version 1.0. Zum offiziellen Logo von Linux wurde ein Pinguin auserkoren, dessen Name Tux für „Torvald's Unix“ steht und gleichzeitig ein Wortspiel mit der englischen Bezeichnung für Frack („Tuxedo“ oder einfach „Tux“) ist.

Free vs. Open Source Software

Während in den 1990er Jahren gemeinsam mit dem Internet die Community von NutzerInnen und EntwicklerInnen Freier Software exponentiell wuchs, wurde ihr im Schatten von Microsofts Aufstieg zum profitabelsten Konzern der Welt zumindest in der Geschäftswelt nur geringe Aufmerksamkeit zu teil. Die doppelte Bedeutung von „free“ als „frei“ und „gratis“ im Englischen hatte daran sicher ihren Anteil.

Nach der Niederlage im „Browserkrieg“ gegen Microsoft und der Übernahme durch AOL gab Netscape 1998 den Quellcode des vormaligen Marktführers unter den Internet-Browsern, „Netscape Communicator“, unter dem Projektnamen „Mozilla“ frei.⁴⁰ Eine Gruppe von HackerInnen wollte diese Situation für eine Verankerung Freier Software im

Businessbereich nutzen. Einer von ihnen, Eric Raymond, formuliert es rückblickend so: „Wir begriffen, dass Netscapes Ankündigung ein kostbares Zeitfenster geöffnet hatte, in dem es uns endlich gelingen könnte, die Unternehmenswelt dazu zu bringen, sich anzuhören, was wir ihr über die Überlegenheit eines offenen Entwicklungsmodells beizubringen hatten. Wir erkannten, dass es an der Zeit war, die Konfrontationshaltung abzulegen, die in der Vergangenheit mit der ‚Freien Software‘ in Verbindung gebracht wurde, und die Idee ausschließlich mit den pragmatischen, wirtschaftlichen Argumenten zu verkaufen, die auch Netscape dazu motiviert hatte.“

Noch im selben Jahr folgte das Gründungstreffen der Open Source Initiative. Der Vorschlag anstatt von „Freier“ nur noch von „Open Source Software“ zu sprechen, geht auf Christine Peterson⁴¹, einer der (bislang) wenigen führenden Frauen in der Open-Source Bewegung, zurück. Die Gründungsversammlung sah damit ein Problem gelöst: Die Zweideutigkeit von „frei“ (free) im Sinne von Freibier und/oder Freiheit. Außerdem war damit eine Abgrenzung zu dem als (zu) „ideologisch“ betrachteten Ansatz der Free Software Foundation (FSF) verbunden. Diese sahen aber wiederum die Freiheit als Kern ihrer Identität an und befürchteten mittelfristig eine Schwächung Freier Software. Die Diskussionen über die Werte und Ziele Freier Software spaltete die Community und bis heute bestehen ein Free-Software- und ein Open-Source-Lager.

Wer dabei an die Spaltungen sozialer Bewegungen in den 1960er Jahren denkt, hat nur teilweise Recht. Zwar stimmen beide Seiten darüber überein, dass sie unterschiedliche Prinzipien haben. „Open-Source ist eine Entwicklungs-Methode, Free-Software ist eine soziale Bewegung. (...) Für die Open-Source Bewegung ist nicht-Freie Software eine suboptimale Lösung. Für die Free-Software Bewegung ist sie ein soziales Problem und Free-Software die Lösung,“⁴² lautet der gängige Vergleich, den die Free-Software-Foundation verwendet. Dabei ist man sich „in den praktischen Ableitungen und Handlungsempfehlungen mehr oder weniger einig.“ Diese Einschätzung spiegelt sich auch im „Alltag“ der Entwicklung Freier Software wieder, wo die Unterschiede keine große Rolle spielen und auch die wenigsten sich genau einem Lager zuordnen würden.

Ein Grund dafür ist, dass nach der Open-Source-Definition der Open Source Initiative (OSI) Freie Software immer auch Open Source Software ist. Die drei Grundpfeiler dieser Definition sind nämlich weniger streng als die Definition Freier Software der Free Software Foundation: Erstens müssen die Quelltexte vorliegen, zweitens muss das Programm beliebig kopiert, verbreitet und genutzt werden dürfen und drittens muss das Programm verändert

verbreitet werden dürfen. Ohne Copyleft fehlt den Open-Source-Lizenzen aber die Auflage, veränderte Programme der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Ironischerweise ist in jüngster Zeit verstärkt auch die Vieldeutigkeit von „Open Source“ ein Problem: Quellcode, der einsehbar ist, aber nicht verändert werden darf, ist zwar „quelloffen“ aber eben nicht „Open Source“ im Sinne der Definition. Ein Open-Source-Gütesiegel konnte sich wohl auch deshalb nie durchsetzen, da selbst überwiegend proprietäre Software in den Regalen als „Open Source“ verkauft wurde. Der Autor der Open Source Definitions und OSI-Mitgründer, Bruce Perens wechselte nach einem Jahr dennoch zufrieden die Lager. Die OSI habe ihre Aufgabe, der Nicht-HackerInnen-Welt die Freie Software nahe zu bringen, erfüllt: „Und jetzt ist es Zeit für die zweite Phase: Jetzt, wo alle Welt zusieht, ist es für uns an der Zeit, Sie über Freie Software aufzuklären. Beachten Sie, ich sagte Freie Software und nicht etwa Open Source“.

Überblick: Mehr oder weniger Freie Software

Open Source Software

Open Source Initiative (OSI, opensource.org) veröffentlicht Kriterien als Grundlage für ein „Open-Source“ Gütesiegel. Quelltexte müssen offen, veränderbar und verbreitbar sein. OSI präsentiert sich bewusst unpolitisch. Bekannteste Lizenz: Mozilla Public License.

Free Software (Freie Software)

Bezeichnet Software, die in der Regel dem Copyleft unterliegt (dadurch automatisch auch Open Source, aber nicht umgekehrt). Free Software Foundation fördert nicht nur Verbreitung, sondern auch Aufklärung. Bekannteste Lizenz: GNU-General Public License (GPL)

Freeware

Kostenlose Programme, deren Quellcode nicht unbedingt frei zugänglich ist.

Public Domain

Software, an der alle Urheberrechte abgegeben worden sind. Damit auch nicht z.B. durch Copyleft „geschützt“.

Viele Augen sehen mehr

So umstritten die „richtige“ Lizenz und die „richtige“ Bezeichnung unter ProgrammiererInnen Freier Software ist, so überzeugt sind sie in der Regel von den Vorzügen ihres Entwicklungsmodells. Auch wenn sich freie und proprietäre Software auf den ersten Blick nur durch die Softwarelizenz unterscheiden, sind die Konsequenzen dieses Unterschieds für ihre Herstellung („Softwareentwicklung“) enorm. Während proprietäre Software ähnlich her-

kömmlicher Industrieprodukte in Firmen unter größter Geheimhaltung des Quellcodes gefertigt, getestet und schließlich ausgeliefert wird, dreht sich dieser Prozess bei Freier Software quasi um und ähnelt am Ende mehr und mehr wissenschaftlichen Methoden. Aber der Reihe nach.

Am Anfang eines Freien Softwareprojekts steht meist jemand, der ein Problem hat und seine (rudimentäre) Lösung anderen zugänglich macht. Die Veröffentlichung steht somit am Anfang und nicht am Ende des Softwareprojekts. Leute mit ähnlichen oder gleichen Problemen müssen in der Folge nicht mehr bei Null beginnen und das sprichwörtliche Rad neu erfinden, sondern können auf der bestehenden Vorarbeit aufbauen. Indem andere die Software unter anderen Bedingungen (andere Hardware, anderer Betriebssystemversion etc.) anwenden, treten oftmals Fehler zu Tage, die dem/der ursprünglichen Entwickler/in verborgen geblieben wären. Solche „Bugs“ genannten Softwarefehler können nun im Internet einfach zurückgemeldet oder – dank des offen liegenden Quellcodes – gleich selbst korrigiert werden. Zumindest potentiell ist damit die Dauer und Vielfalt der Fehlertests bei Freier Software jener bei proprietärer Software weit überlegen. In seinem richtungsweisenden Aufsatz „Die Kathedrale und der Basar“⁴³ prägte Eric Raymond entsprechend den Satz „Given enough eyes, all bugs are shallow“ – wenn nur genug Entwickler/innen hinsehen, wird jeder Fehler gefunden.

Aber nicht nur Bugs, auch die vorgeschlagene Lösung selbst steht nach ihrer Veröffentlichung in der Kritik der jeweiligen Community. Ist sie voller Fehler - also völlig „verbugt“ – kann es durchaus sein, dass jemand einen anderen Vorschlag zur Bewältigung des gleichen Problems liefert. Wer hilfreiches Feedback auf „seinen“ Code bekommen möchte, ist außerdem angehalten, sauber und übersichtlich zu programmieren. Alles Umstände, die dazu beitragen, die Qualität des Quellcodes und damit des Computerprogramms zu heben. Und alles Umstände, die dem Ideal wissenschaftlicher Forschung relativ nahe kommen. Auch dort sollen Ergebnisse so bald als möglich veröffentlicht und der Kritik zugänglich gemacht werden. Auch dort sollen gegenseitige Anregungen und Kritik die Ergebnisse besser, robuster machen. Gerade dort ist man sich der Bedeutung des Satzes „Standing on the shoulders of Giants“⁴⁴ bewusst, nämlich dass Fortschritte und Weiterentwicklung auf der Vorarbeit zahlreicher anderer davor aufbauen. So braucht es nicht mehr zu verwundern, dass Open Source Programmierer/innen genauso wie Forscher/innen Communities bilden: In beiden Gruppen stehen die Mitglieder zwar im Wettbewerb zueinander, erreichen aber nur durch Kooperation ihr gemeinsames Ziel.

Gleichzeitig ist die Entwicklung Freier Software noch einen Tick demokratischer als der Wissenschaftsbetrieb: Wer sich dem „Mainstream“ nicht anschließen und ein Softwareprojekt lieber in eine andere Richtung weiterentwickeln möchte, der kann das auch tun. Voraussetzung dafür ist nur, genügend Mitstreiter/innen zu finden, um das Projekt am Leben zu halten. In der Geschichte des bereits erwähnten, freien Betriebssystems BSD-Unix gab es gleich mehrere derartiger, „Fork“ genannter Spaltungen der Community: Während NetBSD die Unterstützung vielfältigster Hardwareplattformen ins Zentrum rückte, konzentrierten sich die OpenBSD-Entwickler/innen vor allem auf Sicherheitsaspekte und ihre KollegInnen von FreeBSD auf größtmögliche Freiheit des Quellcodes. Die Projekte befruchten und ergänzen sich dabei – dank des offenen Quellcodes – gegenseitig.

Sämtliche Vorzüge des kollektiven Entwicklungsmodells Freier Software sind in den Grundregeln Freier Softwarelizenzen bereits angelegt: Indem sie zur Offenlegung von Weiterentwicklungen an Freier Software verpflichten, ermöglichen sie erst eine umfassende Qualitätskontrolle in der Community und liefern gleichzeitig den Anreiz, den eigenen Code auch offenzulegen.

Was nichts kostet, ist nichts wert?

Viele der Eigentümlichkeiten Freier Softwareentwicklung münden unmittelbar in Vorteile auf Seiten der Anwenderinnen und Anwender. Der Wegfall der Lizenzkosten ist dabei – vor allem bei größeren Unternehmen oder Verwaltungen - noch der geringste Vorzug. Viel wichtiger ist beispielsweise der Sicherheitsaspekt: Jeder Programmierfehler ist eine potentielle Sicherheitslücke. Selbst wenn Freie Software nicht besser programmiert ist als proprietäre,⁴⁵ so werden durch den offenen Quellcode Fehler in der Regel schneller gefunden und korrigiert. Dieses Konzept der Sicherheit durch Transparenz steht diametral dem proprietären Ansatz der Sicherheit durch Unübersichtlichkeit („security through obscurity“) entgegen und wird von öffentlichen Stadtverwaltungen wie Wien oder München als ein Grund für den verstärkten Einsatz von Freier Software angeführt.

Direkt mit dem Zugang zum Quellcode ist eine größere Flexibilität Freier Software verbunden, „was nicht passt, wird passend gemacht“ könnte das Motto lauten. Dabei wird aber gleichzeitig deutlich, dass Freie Software selten kostenlos ist. Für die Anpassung von Software an individuelle Bedürfnisse wollen natürlich Programmierer/innen beschäftigt und bezahlt werden. Im Gegensatz zu herkömmlicher Software gibt es dann aber zahlreiche Anbieter/innen derartiger Dienstleistungen und man ist nicht auf den/die Hersteller/Herstellerin angewiesen.

HerstellerInnenunabhängigkeit spielt nicht nur bei der Anpassung an individuelle Bedürfnisse eine große Rolle. Die Möglichkeit Lizenzgebühren, zu sparen und gleichzeitig die jeweils lokale Softwareindustrie zu fördern, hat Freie Software vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern populär gemacht. Der forcierte Einsatz von Linux in Schulen und öffentlicher Verwaltung in Brasilien nach dem Wahlsieg des linken Präsidentschaftskandidaten Luiz Inácio Lula da Silva entsprang derartigen Überlegungen. Dieser musste sich aber am Weltsozialforum 2005 im brasilianischen Porto Alegre dennoch die Kritik gefallen lassen, dass Brasilien immer noch mehr Geld für Softwarelizenzen als für den Kampf gegen den Hunger ausbebe.⁴⁶

Wie fundamental die (auch: mittelbaren) Auswirkungen eines Umstiegs auf Open Source Software sein können, durfte die Stadt München nach ihrer Entscheidung zum Wechsel von Windows NT auf Linux am Behördendesktop im Jahr 2003 erfahren: Auf einmal konnte (und musste) die Vergabe der Softwareumgebung wieder formal ausgeschrieben werden und es fand ein Wettbewerb diverser Anbieter/innen statt. Gleichzeitig war man so sehr an die Dominanz eines Herstellers gewohnt, dass hunderte größere und kleinere Fachanwendungen erst mühsam plattformunabhängig gemacht werden mussten. Dieser Aufwand wurde aber in dem Wissen in Kauf genommen, sich nicht neuerlich in die Sackgasse einer Abhängigkeit von einem Hersteller zu begeben: Durch die Wahl der völlig freien Linux-Distribution Debian ist sichergestellt, dass die Stadtverwaltung auch in Zukunft aus einer Reihe von AnbieterInnen und DienstleisterInnen wählen wird können.

Geld verdienen mit „Gratis“-Software

Der Vorteil, bei der Verwendung Freier Software aus einer Vielfalt an AnbieterInnen auswählen zu können, ist auch ein Hinweis auf zahlreiche Varianten mit vermeintlich kostenlosen Programmen Geld zu verdienen. Das ist wenig überraschend, da auch Hersteller/innen proprietärer Software oft mit Service- und Dienstleistungsverträgen viel mehr als mit den Softwarelizenzen selbst verdienen. In großen Organisationen wie Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen ist die Betreuung der Software ohnehin eine laufende Aufgabe.

Spätestens aber seit auch die „Big Player“ der High-Tech-Industrie, wie IBM, Intel oder der Großrechnerhersteller Sun Microsystems, verstärkt auf Freie Software setzen, zweifeln nur noch die wenigsten an deren wirtschaftlichem Potential. Sun leistet sich seit kurzem sogar einen offiziellen Open-Source-Evangelisten („Chief Open Source Officer“) namens

Verschiedene Geschäftsmodelle mit Freier Software

a) Duale Lizenz	Neben der Freien Software mit entsprechender Lizenz wird weiterhin ein proprietäres Produkt unter proprietärer Lizenz gepflegt. Verbesserungen am freien Produkt werden laufend in das proprietäre integriert, das zusätzlich um spezifische Fähigkeiten erweitert wird. (z.B.: Rechtschreibprüfung in Suns OpenOffice-Klon StarOffice)
b) Abonnement	Kombination von betreuter Freier Software mit einem Supportangebot: Der/die Abonnent/in erhält laufend und automatisch immer die neuesten Updates. (z.B. RedHat oder Novell-Suse Linux)
c) Betreuung/Hosting	Die Software wird von dem/der Anbieter/in betrieben, angeboten wird das Service (z.B. kommerzielle Wikis/Datenbanken auf Basis freier Wiki/Datenbank-Software)
d) Beratung/Consulting	Beschränkung auf Beratung beim Einsatz Freier Softwareprodukte
e) Embedded-Bereich	Einsatz von Freier Software gemeinsam mit einem verkaufbaren Produkt, insbesondere Hardware. Die Palette reicht dabei von der Waschmaschine über den Handheld (PDA) bis hin zur Playstation III von Sony.
f) „Stewardship“	Entwicklung und Kontrolle von (offenen) Standards, finanziert von den NutznießerInnen dieser Standards.

Simon Phipps. Zu Besuch in Deutschland bei einer Konferenz mit dem Titel „Open Source meets Business“ lieferte der auch gleich eine ganze Liste mit Möglichkeiten, wie sich mit Freier Software auch (gut) bezahlte Arbeitsplätze schaffen lassen. In Tabelle 2 finden sich Phipps Aufzählung von Open Source Software-Geschäftsmodellen, die von dualen Lizenzen über Betreuung und Beratung bis hin zur „versteckten“ Nutzung Freier Software in Hardware-Produkten reicht.

Aber auch wenn es vor allem ums Geld verdienen geht, bleiben immer noch gar nicht so kleine Unterschiede zwischen freier und proprietärer Software bestehen. Die größte Ironie ist dabei, dass die unmittelbar auf Kooperation angewiesene Freie Software zu stärkerem Wettbewerb in allen Bereichen der Wertschöpfungskette von Software führt. Denn das Programmieren des Quellcodes ist nur eine von mehreren geldwerten Leistungen rund um Software.

Freie Betriebssysteme wie Linux sind dafür ein gutes Beispiel: Prinzipiell sind alle Bestandteile auch der umfangreichsten Version frei und kostenlos im Internet als Download erhältlich. Die meisten haben aber nicht den Überblick oder die Zeit, um sich selbst ihre Wunschsoftware zusammenzusuchen. Firmen wie RedHat oder Novell-Suse nehmen sich

nun dieser Arbeit an, bündeln die Softwareteile aus verschiedensten Quellen und stellen sie zu praktischen Komplettpaketen zusammen und verkaufen diese dann zum Beispiel gemeinsam mit Handbüchern. An der Freiheit der Software ändert sich dadurch natürlich nichts.

Wertschöpfende Tätigkeiten rund um Software

Bei **proprietärer Software** muss in der Regel ein großer bzw. der größte Teil der Wertschöpfungskette von einem Hersteller bezogen werden.

Bei **Open Source Software** können im Unterschied zu proprietärer Software sämtliche wertschöpfenden Bereiche von verschiedenen Herstellern bezogen werden. Gleichzeitig sind in sämtlichen Bereichen die Markteintrittsbarrieren relativ gering, da kein hoher Kapitalaufwand notwendig ist.

Wertschöpfungsbereiche im Softwarebusiness

- Sourcecode/Quelltext
- Ausführbare Software/Binaries
- Dokumentation
- Fehlerbehebung
- Schulung/Ausbildung
- Garantie
- Haftung (z.B. wegen Patentverletzungen)
- Support (z.B. regelmäßige Sicherheitsupdates)

Wer Lust hat, kann jede einzelne Komponente rund um Freie Software, vom Quelltext über die Handbücher bis hin zu regelmäßigen Updates von verschiedenen Firmen beziehen und manche Aufgaben davon selbst übernehmen. Letzteres ist eine Strategie, die die Wiener Stadtverwaltung rund um ihr „Wienux“-Projekt gewählt hat: „Wienux“ ist eine an die spezifischen Wiener Bedürfnisse angepasste Version von Linux und wurde fast zur Gänze in der hauseigenen Magistratsabteilung (MA) 14 entwickelt. Dass es auch komplett anders geht, beweisen die Münchner Kollegen, die für die Entwicklung des Behördendesktop „Linux“ nach breiter Ausschreibung zwei mittelständische Firmen der Region beauftragten.

In beiden Fällen, sowohl dem der Wiener als auch dem der Münchner Stadtverwaltung, gilt aber, dass der verstärkte Einsatz Freier Software eine diskrete Form lokaler Wirtschaftsförderung sein kann.

Hürden am Weg zur Freien Software-Welt

Trotz der Initiativen in München oder Wien ist der Einsatz Freier Software im großen Stil immer noch alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Neben Wissensdefiziten und Vorurteilen gegenüber dem früheren „Hacker/innen“-Betriebssystem Linux gibt es dafür eine Reihe von Gründen. Zentral ist sicherlich, dass Softwaremärkte Netzwerkmärkte sind. Je mehr Menschen ein Programm verwenden, desto besser in der Regel auch für den/die individuelle/n Anwender/in. Einfacherer Dateiaustausch, größere Auswahl an Zusatzprogrammen und mehr ausgebildete Fachkräfte sprechen meist für das Produkt mit dem größten Marktanteil. Neue (Open Source) Software hat außerdem mit dem Problem zu kämpfen, dass potentielle Benutzer/innen ihr bereits erworbenes Know-how bei einem Wechsel nicht zur Gänze auf die Alternative übertragen können.

Diese strukturellen Schwierigkeiten sind aber noch längst nicht alles, das einer freieren Softwarelandschaft entgegensteht. Die größte Gefahr droht von juristischer Seite: Wie jede Freiheit ist auch die von Software auf rechtlichen Schutz angewiesen. Das bislang für Software zuständige Urheberrecht leistete hier in Form des Copyleft auch gute Dienste. Doch Bestrebungen und Lobbying vor allem finanzstarker Konzerne zur Patentierbarkeit von Quellcode könnten der Dynamik Freier Software schnell ein Ende bereiten. Das Nachprogrammieren bestimmter Funktionen wäre dann nämlich nur noch gegen Lizenzgebühren möglich. Die nahtlose Integration patentierter Algorithmen wie des populären Musikformats MP3 und des Bildformats GIF in Freie Software ist schon heute aus genau diesem Grund unmöglich. „Europa muss vor Softwarepatenten bewahrt werden,“ fordert daher auch der Freie-Software-Pionier Richard Stallman bereits seit Jahren.⁴⁷

Eine ähnliche Bedrohung sind geschlossene, proprietäre Standards und Formate, die aber nicht nur Freie Software sondern auch Institutionen wie das Internet bedrohen. Ein wesentlicher Grund für den Erfolg des Internets sind seine völlig offenen und freien Kommunikationsstandards,⁴⁸ die es den verschiedensten Computern mit den unterschiedlichsten Betriebssystemen ermöglichen, miteinander zu kommunizieren. In gleichem Maße ist die proprietäre Natur des DOC-Formats von Microsofts Word eine Hürde für alle (Open Source) KonkurrentInnen, die mühsam versuchen müssen, solche Dateien zu importieren.

Denn logischerweise räumen etablierte Platzhirsche wie Microsoft oder Adobe ihre komfortable Position nicht freiwillig. So finanziert Microsoft eine Unmenge an Studien,

um die Unwirtschaftlichkeit von Freier Software zu „beweisen“ und bedient sich einer als „FUD – Fear, Uncertainty and Doubt“ bekannten Taktik gezielter Desinformation und Verunsicherung. Beliebtes Instrument dabei ist sogenannte VaporWare, vom IT-Journalisten Joachim Berger wie folgt erklärt:⁴⁹ „Dieses Kunstwort aus den englischen Begriffen für Dunst und Ware bezeichnet die Ankündigung von Produkten lange vor ihrer eigentlichen Verfügbarkeit und nicht selten mit falschen oder verschleiern den Angaben über den wirklichen Erscheinungstermin. Mit einer solchen Ansage können einflussreiche Unternehmen innovativere Konkurrenten aushebeln. Warum sollte ein Käufer sich für das Produkt eines unbedeutenden Herstellers entscheiden, wenn der Marktprimus und Betriebssystemhersteller 'in Kürze' ein womöglich besseres Gegenstück auf den Markt bringt?“ Die große Bedeutung eines strategischen und frühzeitigen Schürens von Erwartungen in diesem Sinne hat Microsoft unter anderem bei der Markteinführung des über Jahre mit verschiedenen Namen angekündigten und schließlich als „Windows 95“ veröffentlichten Betriebssystems oder des ewig überfälligen Internet Explorer 7 demonstriert.

Von destruktivem zu kooperativem Wettbewerb

Die verstärkte Nutzung Freier Software in München und Wien war auch begleitet von großem medialem Trommelwirbel, der nur am Rande mit technischen Details der Umstellungen zu erklären ist. Vielmehr wurde die politische Bedeutung des Einsatzes von Freier Software zum Thema gemacht. Während die einen in der Entscheidung für GNU/Linux einen ideologisch motivierten Akt linker Stadtverwaltungen sahen, ging anderen das Engagement der beiden Städte für Freie Software noch lange nicht weit genug. Letzteres war sicherlich auch Folge der städtischen Kommunikationspolitik sowohl in München als auch in Wien: In beiden Fällen bemühten sich die Politiker/innen jede politische und ideologische Komponente ihrer Entscheidung weit von sich zu weisen und betonten ihre rein technisch-wirtschaftlichen Beweggründe.

Abgesehen von den Untiefen vergaberechtlicher Regelungen stellt sich natürlich die Frage, ob die Förderung Freier Software eine öffentliche Aufgabe ist oder sein sollte. Geht es hier nur um verschiedene Technologien, oder gar nur um verschiedene Produkte? Oder ist die Verwendung Freier Software auch eine politische Frage, spricht man doch von Software als „öffentlichem Gut“? Für die Free Software Foundation und ihren Präsidenten Richard Stallman ist die Antwort hier klar: Freie Software ist ein Menschenrecht, das politisch gesichert werden muss. Je wichtiger Software für das Leben in modernen Internet-Gesellschaften wird, desto wichtiger ist auch der freie und gleiche Zugang zum Quelltext.

Diesen politischen Willen vorausgesetzt, bleibt die Frage, welche Möglichkeiten die öffentliche Hand zur Förderung Freier Software hat. Eine zentrale Rolle spielt hier, welche Software in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen eingesetzt wird. So ist es nicht Großzügigkeit oder Nächstenliebe sondern purer Geschäftssinn, dass Microsoft seine Software an Schulen und Universitäten extrem billig oder sogar zum Nulltarif lizenziert. Die Herstellung der dafür notwendigen Kopien kostet nichts, der Return on Investment in Form späterer, auf Microsoft konditionierter Anwenderinnen und Anwender ist enorm. Denn auch Unternehmen legen sich natürlich jene Programme zu, mit denen ihre Mitarbeiter/innen schon in der Schule gelernt haben, umzugehen.

So hat in Österreich das Bildungsministerium 2003 stolz einen Generalnutzungsvertrag mit Microsoft präsentiert. Die rund 50.000 PCs im Besitz der Bundesschulen mitsamt den dazugehörigen Servern und die Privat-PCs der LehrerInnen werden mit der kompletten Microsoft-Produktpalette (Windows XP, Office, Encarta, etc.) ausgestattet. Microsoft erhält dafür vom Bildungsministerium jährlich mindestens 2,5 Millionen Euro und jahrgangswise SchulabsolventInnen, die in der Regel nur Microsoft Produkte kennen gelernt haben. Die Schule hat aber nicht die Möglichkeit, alle SchülerInnen mit der Software für den Heimcomputer auszustatten. Wenn Linux oder Open Source Software zum Einsatz kommt, dann nur auf Initiative einzelner Lehrer/innen. Das gilt für alle mittleren und höheren Schulen, die Situation an den Pflichtschulen unterscheidet sich davon kaum. Auch eine Auftragsstudie des Wirtschaftsministeriums kommt zu dem Schluss, dass Open Source ExpertInnen in der Regel einen akademischen IT-Hintergrund oder die Kenntnisse zu einem großen Teil autodidaktisch erworben haben. Die ExpertInnen für proprietäre Produkte stammen hingegen meist von einer Fachhochschule oder HTL.

Wie es anders gehen könnte, zeigt das Beispiel Schleswig-Holstein, wo das Landesbildungsamt mit kmLinux eine für den Bildungsbereich adaptierte Linux-Distribution entwickelte. Die erste Auflage in der Höhe von 5000 CDs war binnen Wochen vergriffen. Schulen in Schleswig-Holstein werden kostenlos ausgestattet. Viele der Anwendungen, die im Laufe des Projekts entwickelt und gesammelt wurden, sind dabei web-basiert und somit völlig plattformunabhängig – sie funktionieren sowohl mit Linux als auch mit Windows. Einige deutsche (vorwiegend technische) Schulen nutzen den Einsatz von Open Source Software auch zur Lösung der schulischen IT-Probleme: Schüler/innen arbeiten direkt an der Software und verbessern zum Beispiel die hauseigene Verwaltungs-Software und werden dafür prämiert. Auch die eingangs erwähnte Linux-Distribution Ubuntu hat mit Edubuntu auch einen eigenen Ableger speziell für Ausbildungszwecke gegründet.

Bei all diesen Initiativen fällt auf, dass sie sich nicht in die Dichotomie Privat vs. Staat zwängen lassen. Wenn die öffentliche Hand auf Freie Software setzt und damit zu Software als öffentlichem Gut beiträgt, hat das dennoch nichts mit „Verstaatlichung“ zu tun. Im Gegenteil, gerade Freie Software ist auf individuelle Initiative und Beiträge angewiesen. Gleichzeitig kann niemand vom Gebrauch ausgeschlossen werden – bei Freier Software handelt es sich per Definition um ein Gemeingut. Verschiedene Freie Softwareprogramme stehen in starkem Wettbewerb um die beste Lösung. Die schaffen aber wiederum diejenigen, die die meisten Entwickler/innen und Anwender/innen zur Kooperation bewegen können. Der Wettbewerb bei der Entwicklung Freier Software ist in diesem Sinne ein kooperativer und produktiver. An (und in) der öffentlichen Hand liegt es, diesen kooperativen Wettbewerb zu ermöglichen und zu fördern.

Freie Software: Die Situation in Linz

Die Möglichkeiten der Einflussnahme auf den Bildungsbereich sind für eine Kommune wie Linz natürlich nicht besonders groß. Das bedeutet aber noch lange nicht, dass Städten nicht auch eine Verantwortung im Bereich Freier Software zukommt.

„Bis jetzt lautete die Strategie: Wenn es am Markt einen Standard gibt, dann entscheiden wir uns ausschließlich für diesen“, erklärt Gerald Kempinger, Leiter der IT-Abteilung der Stadt Linz. „Wir haben in Linz ein unglaubliches Portfolio an Produkten mit sehr vielen Schnittstellen und spezialisierten Anwendungen. Diese Komplexität erfordert Homogenität.“ Kempinger betreut mit seinem rund 80-köpfigen Team derzeit die EDV-Infrastruktur von Magistrat, Allgemeinem Krankenhaus und SeniorInnenzentren. Aber auch die Pflichtschulen werden im Auftrag des Schulerhalters ausgestattet. Alle „seiner“ Rechner laufen unter Microsofts „Windows XP“ als Betriebssystem und Microsoft Office als Hauptanwendung, lediglich einige wenige Server laufen unter Linux.

„Manchmal würde ich mir eine grüne Wiese wünschen“, sinniert Kempinger, der im April 2006 von IBM zur Stadt Linz wechselte, „aber die gibt es nie. Also machen wir es „step by step.“ Deswegen kann er sich den Einsatz von offener Software auch schon vor dem nächsten Generationswechsel vorstellen. „Warum nicht den Leuten Open Office auf Windows Systemen anbieten?“

Wenn auch Wien und München andere Voraussetzungen vorgefunden hätten als Linz, steht er dem flächendeckenden Einsatz von Open Source Software in der Verwaltung

grundsätzlich offen gegenüber. „Ob eine bestimmte Art von Software wie etwa Open Source Software „gepusht“ wird oder nicht, ist nicht unsere Entscheidung – das liegt an der Politik“, meint Kempinger, der Wert darauf legt „kein Glaubenskrieger“ zu sein. Bei der Wahl der Software geht es ihm vor allem um Wirtschaftlichkeit und Funktionalität, aber auch der Wettbewerb unter den Anbietern und die Offenheit der Standards rücken immer mehr ins Interesse. „Die Abhängigkeit von einem Anbieter kann nicht das Ziel sein, das ist dauerhaft nicht gut“. In den verschiedenen Produktabhängigkeiten – Programme erfordern andere Programme vom/von der gleichen Anbieter/in – sieht Kempinger auch die größten Hürden für den verstärkten Einsatz Freier Software.

Trotz des zurückhaltenden Einsatzes Freier Software in Linz gibt es dennoch einen Grund, warum viele in der Open Source Community etwas Positives mit Linz verbinden: Beim Prix Ars Electronica 2005 – den „Oscars“ elektronischer Kunst - nahm Richard Stallman für die Free Software Foundation einen Preis in der Kategorie Digital Communities entgegen. Ob Linz selbst bald Teil dieser preisgekrönten, digitalen „Free Software Community“ sein wird, ist eine politisch noch unentschiedene Frage.

„Die Bewegung für freie Software ist eine Bewegung für Menschenrechte und für soziale Veränderung.“



Foto: Bild vom Cover, Buch „Free as in Freedom: Richard Stallman's Crusade for Free Software“ von Sam Williams, published on March 1, 2002 unter the GFDL

Interview: Richard M. Stallman

Der Pionier Freier Software Richard Stallman startete in den 80er Jahren am Massachusetts Institute of Technology (MIT) das GNU-Projekt (GNU steht für “GNU is Not Unix” und ist ein wesentlicher Bestandteil jeder Linux-Distribution), entwarf mit der GPL (General Public License) die wichtigste Copyleft-Lizenz für Freie Software und gründete 1985 die Free Software Foundation, deren Präsident er heute noch ist.

So kurz wie möglich: Was ist die politische und philosophische Basis von Freier Software?

Richard Stallman: Freie Software bedeutet die Freiheit der Nutzer zu respektieren. Es gibt vier grundsätzliche Freiheiten, die Freie Software definieren:

Freiheit 0: Die Freiheit, die Software so zu verwenden, wie man will.

Freiheit 1: Die Freiheit, den Quelltext zu lesen und das Programm so zu verändern, wie man will.

Freiheit 2: Die Freiheit, anderen Kopien des Programms zu geben. Das entspricht der Freiheit, deinem Nächsten zu helfen.

Freiheit 3: Die Freiheit, modifizierte Versionen zu vertreiben. Das ist die Freiheit, deiner Gemeinschaft zu helfen.

Das sind Menschenrechte, die jede/r Softwarenutzer/in haben sollte. Es ist falsch irgendjemandem diese Rechte zu verwehren. Proprietäre Software – also nicht-Freie Software – verschafft den Entwicklern eine Machtposition über die Nutzer und führt unter ihnen zu Uneinigkeit und Hilflosigkeit. Das ist falsch, es ist ein soziales Problem. Unser Ziel ist, dieses Problem zu lösen.

Glauben Sie, man kann von einer „Bewegung für Freie Software“ sprechen? Würden Sie zustimmen, dass es sich dabei um eine soziale Bewegung handelt?

Richard Stallman: Definitiv. Die Bewegung für Freie Software ist eine Bewegung für Menschenrechte und für soziale Veränderung. Und als solche habe ich sie von Beginn an gesehen.

Wie definieren Sie die Beziehung von Freier Software zu ähnlichen Bereichen wie „Freiem Wissen“ oder „Freier Kultur“? Was sind die Ähnlichkeiten? Was sind die Unterschiede?

Richard Stallman: In den 90er Jahren kam ich zum Schluss, dass alle geschriebenen Werke, die einen praktischen Zweck für die Gesellschaft erfüllen, in gleichem Sinne frei sein sollten. Werke für praktische Zwecke inkludiert Software, Kochrezepte, Lehrbücher und Nachschlagewerke. Wenn man Texte für praktische Aufgaben in seinem Leben verwendet, muss man die Kontrolle darüber haben.

Dieses Argument gilt jedoch nicht für Kunstwerke oder Meinungsäußerungen. Ich glaube nicht, dass diese auch frei sein müssen. Ich glaube aber sehr wohl, dass jede/r das Recht haben muss, exakte Kopien dieser Werke für nichtkommerzielle Zwecke weiterzugeben.

Was kann eine Stadt wie Linz mit ca. 200.000 EinwohnerInnen Ihrer Meinung nach tun, um sowohl das Konzept bzw.

Idee von als auch Freie Software an sich zu unterstützen?

Richard Stallman: Sie kann in der Stadtverwaltung zu Freier Software wechseln. Aber viel wichtiger ist es, in den Schulen Freie Software zu verwenden und zu unterrichten. Ich weiß aber nicht genau, wie groß der Einfluss der Stadtverwaltung auf die Schulen in Österreich ist.

Wie können Städte und Stadtverwaltungen im Allgemeinen zum Universum Freier Software beitragen?

Richard Stallman: Gleiche Antwort wie vorhin. Außerdem können größere Städte die Entwicklung von speziellen Programmen finanzieren, die sie für ihre Verwaltungsarbeit brauchen.

Wie würden Sie die Rolle der Universitäten in der Entwicklung von mehr und besserer Freier Software einschätzen?

Richard Stallman: Alle Schulen sollten ihren SchülerInnen und Studierenden helfen, als Mitglieder einer freien Gesellschaft zu leben und das bedeutet auch die Verwendung Freier Software. Das gilt wiederum für Universitäten genauso wie es für Grundschulen gilt.

Im Jahr 2005 bekam die Free Software Foundation einen Anerkennungspreis bei der Prix Ars Electronica in Linz. Ist mit Freier Software eine spezielle „Kunst“ oder „Kultur“ verbunden?

Richard Stallman: Ich glaube, Software ist eine Handwerkskunst, verglichen mit den schönen Künsten. In diesem Sinne also ja. Kultur wiederum sind alle Muster von Handlungen und Gedanken, die zwischen Menschen ausgetauscht werden. Software ist somit Kultur, egal ob sie frei ist oder nicht.

Was sind die Gefahren für den weiteren Erfolg und die weitere Verbreitung Freier Software? Was sind die Herausforderungen?

Richard Stallman: Das größte Hindernis sind Gesetze in vielen Ländern, die Freie Software verbieten. In Frankreich wurde kürzlich ein Gesetz verabschiedet, das den Besitz einer Kopie von DeCSS (*ein freies Programm zur Entfernung des DVD-Kopierschutzes, Anm.*) zu einem Verbrechen macht. Gleichzeitig will die Weltorganisation für geistiges Eigentum (*World Intellectual Property Organisation – WIPO, Anm.*) bei der Überarbeitung des “Broadcast-Treaty” die Verwendung Freier Software für softwareunterstütztes Radio quasi unmöglich machen und die Europäische Union will Radioubertragungen im Internet ebenfalls reglementieren.

Warum verabschieden scheinbar demokratische Regierungen solche Gesetze? -Weil die Demokratie von Mega-Konzernen untergraben wird.

Sie betonen immer den Unterschied zwischen Freier Software und Open Source Software. Warum?

Richard Stallman: Die Bewegung für Freie Software basiert auf den ethischen Grundsätzen der Freiheit und der Gemeinschaft. Als GNU/Linux und andere Freie Software in den 90er Jahren voll entwickelt waren, stellten sie sich als machtvoll und verlässlich heraus und Millionen von Menschen begannen sie zu verwenden. Aber viele von denen teilten nicht unsere Werte, viele hatten sogar nie von ihnen gehört.

Der Begriff "Open Source" wurde 1998 kreiert mit dem Zweck, von Freier Software zu sprechen, ohne unsere Ideale zu erwähnen. Die Open-Source-Kampagne zitiert praktische Werte, wie die Qualität und Robustheit, aber sie verschweigt ethische Werte wie Freiheit. Deshalb gibt es in unserer Gemeinschaft jetzt zwei Lager, das Freie-Software-Lager und das Open-Source-Lager.

Im Bereich der praktischen Aktivitäten machen beide Lager ähnliche Arbeit; Menschen mit verschiedenen Ansichten arbeiten zusammen. Das Open-Source-Lager hat

weichere Kriterien als wir, weshalb manche Open-Source-Lizenzen nicht kompatibel mit Lizenzen Freier Software sind. Da diese aber nicht sehr weit verbreitet sind, sind praktisch alle Open Source Programme auch Freie Software.

Falls wir uns nur mit der Entwicklung Freier Software beschäftigen würden, wäre es vielleicht von Bedeutung, welche der beiden Philosophien die Leute vertreten. Aber wenn wir eine Gesellschaft mit nachhaltiger Freiheit schaffen wollen, dann müssen wir vor allem den Wert der Freiheit betonen und auch andere lehren, ihn zu schätzen.

Was sind die Hauptgründe für die explosionsartige Verbreitung Freier Software, ihr unglaubliches Wachstum in den letzten Jahren?

Richard Stallman: Ich kann nur raten, aber vielleicht liegt es daran, dass wir jetzt bequeme graphische Benutzeroberflächen haben, sodass Freie Software genauso einfach zu lernen ist wie proprietäre Software.

Wie würden Sie eine/n Nutzer/in, der/die mit seinem/ihrem Computer einfach nur arbeiten will und sich überhaupt nicht für technische Details interessiert, von einem Wechsel hin zu Freier Software überzeugen?

Richard Stallman: Ich verwende meine Energien nicht darauf, die Leute von einem Wechsel zu Freier Software zu überzeugen. Viele andere Leute tun das, sodass ich mich mit etwas Wichtigerem beschäftigen kann. Ich versuche, die Ideale der Freiheit und der Gemeinschaft den Millionen von Menschen näher zu bringen, die bereits Freie Software verwenden oder darüber nachdenken, sie zu verwenden, aus welchem Grund auch immer.

Zum Abschluss, bitte nennen Sie uns noch Ihre persönlichen Lieblingssoftwareprojekte der letzten Jahre.

Richard Stallman: Ich versuche nicht bei den aktuellsten Programmen von Freier Software auf dem Laufenden zu bleiben, da ich die meiste Zeit nur Texte schreibe, Mails, Programme und Artikel. Diese Arbeit erledige ich mit GNU Emacs. Man könnte also sagen, GNU Emacs ist mein liebstes Stück Freie Software.

Wenn ich an Freie Softwarepakete denke, dann denke ich nicht hinsichtlich meiner eigenen Softwarebedürfnisse. Ich denke daran, was die Community braucht, um der Freiheit zum Triumph zu verhelfen. Gnash, GNU Classpath und GNOME sind in diesem Sinne einige der wichtigsten Freien Programme.

„Das Kooperationsmodell von Freier Software ist in den meisten Gesellschaftsbereichen anwendbar.“



Interview: Anne Østergaard

Anne Østergaard ist Juristin mit Schwerpunkt Urheber- und Patentrecht und Vorstandsmitglied der „GNOME Foundation“, dem Verein zur Förderung dieses Projekts. Außerdem engagiert sie sich stark für eine stärkere Beteiligung von Frauen im gesamten Prozess Freier Softwareentwicklung.

Frau Østergaard, geht es nach Ihren Schätzungen und FLOSSPOLIS,⁵⁰ ist gerade die Open Source Bewegung sehr männlich dominiert - nur 1,5% der Community sind Frauen, im Vergleich zu 28% bei herkömmlich-proprietärer Software. Warum dieser große Unterschied?

Anne Østergaard: Das spiegelt die Gesellschaft der meisten Länder wider. Nur wenige Frauen wählen Informatik oder ähnliche Studienrichtungen. Das ist eine Schande, weil wir die weibliche Perspektive brauchen. Wenn es uns nicht gelingt, das Interesse der noch sehr jungen Mädchen zu wecken, wird sich an der Situation nichts ändern. Es gibt aber erste Schritte in die richtige Richtung. So werden zum Beispiel in Extremadura in Spanien oder in Brasilien Mädchen ermutigt, den Umgang mit Computern zu erlernen. Ich hoffe, dass sich dieser Trend ausbreitet und fortsetzt und, dass diese Mädchen später für fortgeschrittenere Informatik bereit sind. Diesen Sommer hat das GNOME Women's Summer Outreach Programm 2006 mit der Unterstützung von Google sechs Projekte für junge Frauen gesponsort.⁵¹

Sie wurden in das „Board of Directors“, also den Vorstand der GNOME Foundation gewählt. Welche Hindernisse mussten Sie dabei überwinden?

Anne Østergaard: Vor allem meine Schüchternheit – für die Präsentation meiner Kandidatur musste ich mein ganzes Selbstvertrauen zusammenraffen. Im ersten Jahr meiner Kandidatur war ich dann auch nur einen Platz von einem Vorstandssitz entfernt und zuversichtlich, dass es beim nächsten Mal mit einer besseren Wahlkampagne klappen könnte.

Ich bin seit der GNOME Entwickler/innen und User/innen Konferenz (GUADEC) 2001 in Kopenhagen Teil der Community und habe seither alle Konferenzen besucht. Einige Jahre lang habe ich selbst im GUADEC-Planungsteam gearbeitet. Damals habe ich erstmals rechtliche Sachfragen in einzelne Workshops eingebracht. Die Software-Patent-Richtlinie der EU und die Überarbeitung der GNU General Public License (GPLv3) sind nur zwei Beispiele. Offene Standards und Dateiformate sind auch sehr wichtig für Programmierer/innen, um einen fairen Wettbewerb zu gleichen Bedingungen sicherzustellen.

Was sind Ihre persönlichen Beweggründe, an Freier Software mitzuarbeiten?

Anne Østergaard: Als Juristin mit internationaler Erfahrung kann ich einiges zur Community beitragen. In diesen spannenden Zeiten, wo Gesetze und Vorschriften grenzüberschreitend und in einer globalen

Gesellschaft anwendbar sein müssen, haben wir große Herausforderungen vor uns. Ich bin überzeugt und fasziniert, dass das Entwicklungs- und Kooperationsmodell von Freier Software in den meisten anderen Gesellschaftsbereichen anwendbar ist. Besonders das Teilen von Wissen mit anderen rund um den Globus ist der richtige Weg um eine freie und nachhaltige Informationsgesellschaft aufzubauen. Das ist auch eine gute Möglichkeit, aktive demokratische Debatten zu starten und voranzutreiben.

Der Freie Software-Pionier Richard Stallman betont regelmäßig die Unterschiede zwischen Freier und Open Source Software. Wie stehen Sie zu dieser Unterscheidung? Wo würden Sie sich verorten?

Anne Østergaard: Ich persönlich bin eine große Bewunderin der Ideen und Ethik hinter der Freien Software Bewegung. Richard Stallman hat einen enormen Einfluss darauf, wie Freiheit für Individuen, Software und andere Werte in unserem Leben geteilt, erhalten und erkämpft werden. Es ist die Ethik hinter der Free Software Foundation und Bewegung, die wir unseren Kindern mitgeben sollten, damit sie in einer besseren Welt leben können. Die Ideen hinter der GNU General Public License, die für Freie Software geschrieben wurde, verbreiten sich sehr schnell auf verschiedenste kreative und künstlerische Arbeiten. Zumin-

dest einer oder eine profitiert immer, wenn andere teilen. Es ist möglich, auf verschiedenste Weise zur Community beizutragen. Die Free Software Gemeinschaft muntert zu Beiträgen jeder Art auf, sogar sehr kleine Beiträge summieren sich. Das hat positive Auswirkungen für Entwickler/innen und Nutzer/innen.

Warum engagieren Sie sich persönlich so stark für Freie Software, auch abseits des „bloßen“ Mitarbeitens?

Anne Østergaard: Ich fühle mich nur wohl, wenn ich Freie Software verwende. Der Grund, warum ich mich in der Freien Software Bewegung engagiere, ist, dass die Entwicklung Freier oder Open Source Software nicht ohne Anstrengungen und Aufklärung weitergeht. Es gibt sehr starke finanzielle Interessen, die andere Ziele haben. Meine Überzeugungen verbieten es mir, nur zuzusehen und nichts zu tun, obwohl ich die Konsequenzen vorhersehen kann. Freiheit ist nicht etwas, dass du gewinnst und dann als „gewährt“ betrachten kannst. Der Kampf für Freiheit und Demokratie für alle ist ein andauernder und globaler Prozess. Wir müssen den Leuten diese Werte vermitteln, damit sie diese verstehen und danach leben können.

GNOME ist eines der erfolgreichsten und umfangreichsten Kapitel der Geschichte

Freier Software, vor allem, weil dessen BenutzerInnenfreundlichkeit wesentlich zur breiteren Akzeptanz von Linux beigetragen hat. Wie würden sie technischen Laien ihre Community beschreiben?

Anne Østergaard: GNOME ist wegen der Leute, die daran arbeiten, ein Erfolg. Die GNOME Community hat viele Mitwirkende zur Freien Software gebracht. Der dezentrale Charakter – die meiste Arbeit geschieht via E-Mail und Chat – ist sehr populär geworden. Das Internet beseitigt die physische Distanz zwischen Menschen. Wir dürfen aber nicht die „face to face“ Treffen vergessen, das ist es, was Konferenzen wie die GUADEC so beliebt macht.

Im Alltag der Entwicklung Freier Software: Was macht Ihnen dabei am meisten das Leben schwer? Und was motiviert Sie, trotzdem weiterzumachen?

Anne Østergaard: Es wird mit jedem Tag einfacher, Freie Software zu verwenden. Mein Traum ist es, dass Freie Software zur ersten Wahl für Millionen von Menschen wird: Freiheit, Zugang, BenutzerInnenfreundlichkeit, Verlässlichkeit und Langlebigkeit. Mich motiviert, dass ich die ganze Zeit so viel dazulerne und Freundschaften mit Menschen, die die selben Ideale und Ziele verfolgen, auf der ganzen Welt schliessen kann. Unser Ideal ist, dass alle Menschen

Zugang zu Wissen haben. Es ist mir auch sehr wichtig, dass jede/r mitarbeiten und teilnehmen kann. Die Kontrolle über die eigene Software zu haben, ist der Schlüssel zum Einfluss auf Software.

Sie sehen die Aufgabenteilung zwischen Frauen und Männern innerhalb der Community als ein Teil des Problems. Unterscheidet sich die Open Source Community von anderen Bereichen?

Anne Østergaard: Ich denke, unsere Community sollte alle Beiträge willkommen heißen. Auch Männer wollen für Übersetzungsarbeit Anerkennung. Auch Frauen wollen programmieren und in neue Projekte eingebunden werden. Ich glaube nicht, dass Frauen weniger Fantasie und innovative Fähigkeiten besitzen als Männer. Ich habe aber herausgefunden, dass wir Frauen uns an die männliche Kultur anpassen und entsprechend verhalten müssen, damit wir gehört werden und ein Teil des Spiels sind.

Viele machen auch den Umgangston auf Mailinglisten und in Foren für den geringen Frauenanteil verantwortlich. Stimmen Sie dem zu?

Anne Østergaard: Der Umgangston kann schon sehr provokant und rau sein, es kommt auch zu „flame wars“, also sehr unsachlichen und teilweise beleidigenden Dis-

kussionen. Das kann viele Leute abschrecken und vertreiben. Wir brauchen einen Verhaltenskodex oder ethische Richtlinien, auf die wir verweisen können, wenn jemand meint, er/sie habe das Recht auf einen schlechten Tag in einer Mailing-Liste. Meiner Meinung nach solltest du einen schlechten Tag nicht mit allen teilen, sondern offline lassen. Man muss sich schon genau Gedanken darüber machen, was wir schreiben, weil es einfach schwierig ist, bei schriftlicher Kommunikation Launen wie Humor oder Ironie zu interpretieren.

Bedeutet weniger Frauen im Entwicklungsprozess schlechtere Software?

Anne Østergaard: Wenn wir zur Kenntnis nehmen, dass Frauen und Männer verschieden sind, dann werden wir die Ideen der Frauen und ihren Blickwinkel auf die Welt vermissen. Wir wählen eine bestimmte informationstechnologische Lösung, weil wir sie brauchen, und ich denke nicht, dass nur Männer das Recht haben sollten, die Entscheidungen für alle, also Männer und Frauen, zu treffen. Wir sollten die Agenda gemeinsam festlegen.

Was schlagen Sie vor, um mehr Frauen in die Entwicklungsarbeit einzubeziehen?

Anne Østergaard: Wir müssen bei den Kindern sehr früh beginnen. Die Erfahrung

gen mit dem Extremadura Projekt in Südwest-Spanien zeigen uns: Wenn kleine Mädchen mit dem gleichen Computer-Wissen ausgestattet werden, bleiben 80% am Thema interessiert und werden vielleicht eines Tages selbst Programme an ihre Bedürfnisse anpassen. Sie teilen Inhalte mit ihren Freundinnen und Freunden und lernen frei und unabhängig zu sein. Das zeigt, dass wir als Gesellschaft an den traditionellen Geschlechterrollen arbeiten müssen. Wir müssen die stereotypen Rollenerwartungen, die uns auferlegt wurden und uns von Geburt an beeinflussen und formen, ändern. Wenn das Design von Computern, Handys, etc. vernünftiger wäre, würden sie sowohl mehr Frauen und Mädchen als auch mehr Burschen ansprechen. Ein gutes Beispiel ist das „100-Dollar-Laptop-Projekt“⁵², ich wette Sie wollen auch einen haben!

Kommen wir nun zur Anwender/innen-Seite. Sie fordern vor allem im Bildungs- und Gesundheitsbereich den stärkeren Einsatz von Open Source Software. Warum ist für Sie gerade die Öffentliche Hand so wichtig und welche Maßnahmen fordern Sie im Allgemeinen?

Anne Østergaard: Die Antwort ist einfach: Wegen all der lang- und kurzfristigen Vorteile, die mit dem Einblick in und der Kontrolle über die eigene Software verbunden sind, egal ob Regierung, privates Unterneh-

men, Organisation oder Privatperson. Regierungssoftware wird in der Regel mit Steuergehdern bezahlt - auch aus ökonomischen Gründen sollten die Steuerzahler/innen nicht für dieselben Programme wieder und wieder bezahlen.

Der Einsatz Freier Software ist notwendig, um das Versprechen des Staates, der die Daten der BürgerInnen besitzt und verarbeitet, mit drei Prinzipien einzuhalten. Erstens ist das Sicherheit: Niemand sollte diejenigen, die das Recht besitzen auf die Daten zuzugreifen, daran hindern können. Zweitens braucht es Ausdauer: Wie lange die Daten verwendbar sind, muss durch die Regierung festgelegt werden. Drittens ist Transparenz notwendig: Handlungen, die im Auftrag eines Gesetzes getätigt werden, müssen für die BürgerInnen nachprüfbar sein.

Was sind Ihrer Meinung nach die größten Hürden und Bedrohungen für das weitere Wachstum und die weitere Verbreitung Freier Software?

Anne Østergaard: Vor allem, dass Regierungen zu lange brauchen, um zu entscheiden, dass ausschließlich offene Standards und Dateiformate für den staatlichen Einsatz akzeptabel sind. Ich glaube aber, dass gerade eine Ära der raschen Veränderungen beginnt. Wir haben Fallbeispiele aus vielen Ländern der Welt. Nicht zuletzt ist Europa der größte

Entwickler von Freier und Offener Software, wenn wir die ganzen kleinen und mittleren Softwareunternehmen zusammenzählen.

Welche Möglichkeiten haben Kommunen wie Linz, Freie Software zu fördern?

Anne Østergaard: Ohne die spezielle Situation von Linz zu kennen, bin ich sicher, dass mit der Verwendung Freier Software schnellere Entwicklungsfortschritte, mehr Unabhängigkeit, besserer Einsatz öffentlicher Mittel und mehr lokale Jobs verbunden wären. Es gibt sehr erfolgreiche Beispiele in Schwäbisch-Hall (Deutschland), Bergen (Norwegen) oder Extremadura (Spanien).

Das österreichische Bildungsministerium hat einen Generalvertrag mit Microsoft für alle Bundesschulen abgeschlossen. Damit kommen Schulen an sehr günstige Lizenzen für alle Microsoft Programme. Abseits des Kosten-Arguments, warum sollte sich eine Schule für Open Source Software entscheiden? Welche erfolgreichen Beispiele fallen Ihnen ein?

Anne Østergaard: Es ist wichtig, dass Schüler/innen nicht nur als Software KonsumentInnen, sondern auch als ProduzentInnen gesehen werden. Ohne die Freiheiten Freier Software ist es nicht möglich, herauszufinden, wie guter Quellcode aussieht. Wenn du nicht sehen kannst, wie etwas

programmiert wurde, wirst du keine Programme selbst produzieren oder reproduzieren können. Abgesehen davon beinhaltet Freie Software ein eingebautes Modell, um Wissen mit anderen zu teilen und Zusammenarbeit zu fördern, das darauf wartet, in allen anderen Lebensbereichen eingesetzt zu werden. Das früh zu lernen, davon profitieren unsere Kinder und wir selbst.

Wie die Schulen ist auch die öffentliche Verwaltung sehr zögerlich, wenn es um Freie Software geht. Unter welchen Bedingungen macht ein Wechsel von proprietärer zu Freier Software für eine Verwaltung Sinn? Welche Risiken sind damit verbunden?

Anne Østergaard: Das ist ein langer Prozess. Zunächst muss eine vollständige Studie über die Bedürfnisse durchgeführt werden, danach ein Umstellungs-Plan. Das kann allmählich und schrittweise erfolgen. Ein natürlicher Startpunkt wäre die Server-Seite. Die Benutzer/innen würden davon nichts mitbekommen. Es gibt eine Reihe von „Migrations-Leitfäden“ die zu Rate gezogen werden können.

Sie haben auch mit der Kommission der EU und der dänischen Regierung zusammengearbeitet; welchen Beitrag leisten diese Institutionen zur Verbreitung von Freier Software?

Anne Østergaard: Ich habe mit der EU-Kommission vor allem am IDABC Projekt⁵³ gearbeitet – Zweck des Programms ist es, Verwaltungen, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern europaweite, elektronische Behördendienste zur Verfügung zu stellen. Es gibt ein Netzwerk zwischen allen EU-Mitgliedsstaaten, in dem Nachrichten, Initiativen, Fortschritte und Best-Practice Beispiele ausgetauscht werden. Ich kann allen Interessierten empfehlen, den Newsletter zu lesen. Die Vorsicht der Staaten resultiert vor allem daher, weil viele Regierungen zuschauen mussten, wie große informations- und kommunikationstechnologische Investitionen gescheitert sind. Es besteht immer ein großes finanzielles Risiko, und Regierungen wollen nicht erklären müssen, dass Geld verschwendet wurde und das Problem noch ungelöst ist.

Wie würden sie Österreich im Vergleich zu anderen Ländern beurteilen?

Anne Østergaard: Ich denke, Österreich hat großes Potential, einer der Spitzenreiter in Sachen Freier Software zu werden. Eine gut gebildete Bevölkerung und eine starke Verbreitung des Internets sind eine ausgezeichnete Startvoraussetzung. Es gibt viel zu gewinnen, finanziell aber auch zum Beispiel durch ein Programm wie Skolelinux⁵⁴ an allen Schulen, nicht nur in Österreich. Skolelinux hatte sehr viel Erfolg in einigen

Ländern in relativ kurzer Zeit. Die Schüler/-innen können die Programme mit nach Hause nehmen, sie können die Programme und das neu gewonnene Wissen mit ihren Eltern, Großeltern und FreundInnen teilen. Viele Schulen in ganz Europa haben das schon zu ihrem Vorteil genutzt.

PROJEKT: Freie Software für alle

Dass Freie Software noch lange nicht gratis sein muss, ist die Binsenweisheit der Open Source Community. Auch wenn sich das Problem gleichen Zugangs zu aktueller Software für alle mit Freier Software leichter lösen lässt, ist es noch nicht völlig gelöst. Was nützt beispielsweise freie Verfügbarkeit im Internet, wenn der Breitband-Internetzugang für den Download mehrerer Gigabyte an Daten unerschwinglich ist? Wie erschließen sich einem Laien die Chancen und Vorteile Freier Software, wenn er oder sie am Beginn von der riesigen Vielfalt mehr verwirrt als beeindruckt wird?

Das Projekt „Freie Software für alle“ soll an beiden Punkten ansetzen. Zur Verringerung der finanziellen Hürden bei der Verwendung Freier Software eignen sich „Freedom Toaster“⁵⁵ an Bibliotheken und anderen öffentlichen Orten. Ausgestattet mit einem CD- oder DVD-Rohling können an diesen Geräten, die aus einem Computer mit robustem DVD-Brenner bestehen („Toaster“ ist ja die englische Bezeichnung für CD- und/oder DVD-Brenner), sehr einfach CDs und DVDs mit Freier Software erstellt werden. Die dafür notwendigen Server mit Freier Software auch an die bestehenden, öffentlichen Hotspots (www.hotspotlinz.at) für drahtlosen und kostenlosen Internetzugang anzubinden, sollte in der Folge sehr einfach möglich sein. Größte Herausforderung ist denn auch weniger die Bereitstellung der Infrastruktur als vielmehr die übersichtliche Darstellung und kontinuierliche Wartung des Downloadangebots.

Als Ergänzung und gleichzeitige Vermarktung dieses Angebots drängt sich die Erstellung einer „Linz09-Software-DVD“ mit einem Linux-Live-System auf. Derartige Systeme ermöglichen das einfache und ungefährliche Testen Freier Software ohne Installation auch auf Windows-Computern. Die Stadt Wien unterstützt ein derartiges Projekt mit dem Namen „Jux“ (jux.netbridge.at), das sich speziell an Kinder und Jugendliche wendet. In entsprechender Auflage hergestellt, wäre eine derartige DVD „Linz09“ eine nützliche Aufmerksamkeit für Besucherinnen und Besucher während des Kulturhauptstadtjahres.

PROJEKTSKIZZE:

Freie Software für alle

Projektziele

Schaffen von Anreizen für und Erleichterung von Verwendung Freier Software durch Linzerinnen und Linzer.

Projektbestandteile

- Einrichtung/Anmietung und Wartung eines zentralen Servers der Freie und Open Source Software für die gängigsten Anwendungsgebiete in aktueller Version bereit hält und Verlinkung dieses Angebots mit den Startseiten aller öffentlichen Hotspots.
- Einrichtung und Wartung von „Freedom Toastern“, d.h. PCs mit CD/DVD-Brenner und einfachem Interface zur Erstellung von Datenträgern mit Freier Software, mit Zugriff auf diesen Server in sämtlichen Bibliotheken und ausgewählten Volkshäusern zur Erstellung von CDs/DVDs mit Freier Software für Menschen ohne (High-Speed-) Internetzugang.
- Distribution einer eigenen Linz09-Software-DVD mit einem Linux-Live-System in großer Auflage zur freien Distribution während des Kulturhauptstadtjahres.

Projektzielgruppen

- Völlige Neulinge im Umgang mit Freier Software jeden Alters, denen ein Ausprobieren so leicht wie möglich gemacht werden soll
- Sozial schwache Softwarenutzer/innen, die nicht über Breitbandinternet und/oder mobile Computer für öffentliche Hotspots verfügen.

Projektträger

Stadt Linz

Dialoggruppen

- Bibliotheken und Volkshäuser (für die Aufstellung der „Freedom Toaster“)
- Distributionsstellen für Linz09-DVDs
- ggf. API der Stadt Linz

Zeitraum

Vorlaufzeit bis zum Start zu Jahresbeginn 2009 ca. 1 Jahr; danach Dauerbetrieb bzw. laufende Erweiterung

Finanzierungsbedarf

Neben den Anschaffungskosten für „Freedom Toaster“ und DVDs fallen laufend Kosten für den Betrieb des Freie Software Servers an.



PROJEKT: Freie Software für Linz

Alle Stadtverwaltungen, die wie Wien oder München in jüngster Zeit verstärkt auf Freie Software setzen wollten, standen beim Wechsel von Windows vor großen Problemen. Und zwar steckten diese weniger in Fragen wie Funktionalität oder Umschulungsaufwand als vielmehr in versteckten Details. Unzählige kleine und kleinste Fachanwendungen arbeiten beispielsweise ausschließlich mit Microsoft Word zusammen. Verzweifelt berichten AdministratorInnen sogar von Web-Anwendungen, die eigentlich mit jedem beliebigen Internet-Browser funktionieren müssten, die aber nur mit Microsofts Internet Explorer kompatibel sind.

Regelmäßig berichten IT-Verantwortliche, dass die Einführung von PCs genauso wie die Verwendung von Windows „passiert“ sei. Was beim Aufkommen völlig neuer Technologien noch entschuldbar sein mag, gilt sicher nicht im Wiederholungsfall. Der Ausweg aus der (teuren) Abhängigkeit von einem Hersteller erfordert denn auch einen langen Atem und strategische Planung. „Plattformunabhängigkeit“ lautet in diesem Zusammenhang das Gebot der Stunde. Offene Schnittstellen, Standards und Dateiformate, Web-Anwendungen für alle neuen Dienste und Leistungen sowie Ausschreibungen, die Anbieter Freier Software nicht benachteiligen, sind der Weg zur Erfüllung dieses Gebots.

Für Linz bedeutet das die eingehende und transparente Beschäftigung mit der Softwareverwendung, sowohl in der städtischen Verwaltung als auch in anderen Bereichen wie der Linz AG oder dem städtischen Allgemeinen Krankenhaus. So gibt es gerade im Gesundheitsbereich inzwischen zahlreiche Open-Source-Lösungen, die längerfristige HerstellerInnenunabhängigkeit möglich machen. All das fordert aber zuerst ein deutliches politisches Bekenntnis zum übergeordneten Ziel der Plattformunabhängigkeit, was im Zweifel Entscheidungen gegen kurzfristige Kostenvorteile mit langfristiger Abhängigkeit und damit für die Freiheit von Software und AnwenderInnen bedeutet.

PROJEKTSKIZZE:

Freie Software für Linz

Projektziele

- Plattformunabhängigkeit im Softwarebereich der städtischen Verwaltung und Betriebe
- Förderung Freier Software: Im Zweifel für die Freiheit

Projektbestandteile

- Erstellung einer Studie über die EDV-Situation in der Stadt Linz und den Linzer Betrieben mit dem Ziel, eine Roadmap zur Erreichung des Ziels „Plattformunabhängigkeit“ zu erstellen
- Verfassung einer mittel- und langfristigen IT-Strategie für die Stadt Linz unter Einbeziehung der Betriebe im Unternehmensnetzwerk Linz mit verbindlichen Kriterien für künftige Ausschreibungen und Beschaffungsvorgängen.

Projektzielgruppen

- Die politischen und administrativen IT-Verantwortlichen in der Linzer Verwaltung und den städtischen Betrieben
- Mittelbar die Kooperationspartnerinnen und –partner sowie die städtischen IT-Bezugsquellen

Projektträger

Amt für Informationstechnologie der Stadt Linz, evtl. Fremdvergabe der Studie

Dialoggruppen

- Amt für Informationstechnologie
- Politik
- IT-Verantwortliche in den Linzer Betrieben

Zeitraum

Erstellung der Studie sowie der Roadmap bis 2009, danach Beginn der operativen Umsetzung und Ausdehnung auf städtische Betriebe

Finanzierungsbedarf

Kein übermäßiger Finanzierungsbedarf, allenfalls Anschubfinanzierung zur Erstellung der Studie



PROJEKT: Freie Software für Linzer Schulen

Auf den ersten Blick mag es noch sinnvoll erscheinen, an Schulen die „gängigste“ Software einzusetzen und zu unterrichten. Auf den zweiten Blick überwiegen jedoch die Nachteile der gegenwärtigen Microsoft-Monokultur: Schüler/innen erlernen nicht den Umgang mit einer Technologie, sondern nur mit einem Produkt. Die günstige Ausstattung der Schulen mit Microsoft-Software ist vor diesem Hintergrund auch alles andere als selbstlos oder soziales Engagement – ganze Generationen von Schüler/innen werden so zu künftigen Microsoft-KundInnen herangezogen. Außerdem ist es bei proprietärer Software nicht möglich, den Schüler/innen diese einfach auch für den Einsatz zu Hause mitzugeben: In der Regel müssen die Eltern dafür (tief) in die Tasche greifen.

In Anlehnung an erfolgreiche Open-Source-Projekte im Bildungsbereich wie die Linux-Distribution des Schleswig-Holsteiner Bildungsamts (kmLinux) oder Edubuntu soll eine DVD für Linzer Schulen zusammengestellt werden. Sie enthält nicht nur ein freies schülerInnenfreundliches Betriebssystem, sondern auch eine Vielzahl an pädagogischen Programmen. Die Auswahl ist gigantisch: Von Vokabeltrainern über Erkundungssoftware zum Periodensystem bis hin zur Geometrie wird jedes Fachgebiet abgedeckt. Selbst eine Programmiersprache für Kinder wurde entwickelt. Auch für Lehrer/innen ist etwas dabei, z.B. Programme zur Zusammenstellung und Auswertung von Tests und Verwaltung von SchülerInnenendaten und Leistungen. Anfangs sollten zumindest alle Lehrer/innen mit der DVD ausgestattet werden, mittelfristig können auch alle Schüler/innen einbezogen werden. Da die Software frei ist, dürfen aber ohnehin jederzeit und für jeden Zweck auch in der Schule Kopien angefertigt werden.

Interessierte Lehrkräfte hätten über das Internet bereits heute Zugang zu diesen Programmen. Die Bereitstellung der Software alleine ist deshalb noch nicht genug, um für mehr Vielfalt in schulischen Softwarelandschaften zu sorgen und möglichst vielen LehrerInnen und SchülerInnen die Chancen Freier Software zu eröffnen. Deswegen sollten begleitende Fortbildungskurse für Lehrer/innen an den beiden Pädagogischen Hochschulen angeboten werden. Dabei soll zwischen den unterschiedlichen Fachbereichen (Software für den Einsatz in Volksschulen, in der Sekundarstufe oder im Informatikunterricht) unterschieden werden. Ziel ist es, diese Kurse über den offiziellen Fortbildungstopf für Lehrer/innen anzubieten, um möglichst viele Lehrkräfte zum Einsatz von Freier Software zu befähigen und zu motivieren.

PROJEKTSKIZZE:

Freie Software für Linzer Schulen

Projektziele

- Unterstützung Linzer Lehrer/innen beim Einsatz von Freier Software im Unterricht einzusetzen
- Schaffung einer größeren Vielfalt in der schulischen Softwarelandschaft in Linz

Projektbestandteile

- Entwicklung eines Fortbildungskurses für interessierte Lehrer/innen an der Pädagogischen Hochschule
- Distribution einer DVD mit Freier Software, abgestimmt auf den Einsatz im Unterricht und zu Hause

Projektzielgruppen

- Interessierte Lehrer/innen verschiedener Schultypen und Unterrichtsgegenstände sowie angehende Lehrer/innen
- Schulleiter/innen

Projektträger

- Pädagogische Hochschule
- Schulamt der Stadt Linz

Dialoggruppen

- Pädagogische Hochschule
- Bezirksschulrat, Landesschulrat
- IT-Verantwortliche und EDV-Lehrer/innen der Linzer Schulen

Zeitraum

Entwicklungszeit für Kurs und DVD ca. 1 Jahr

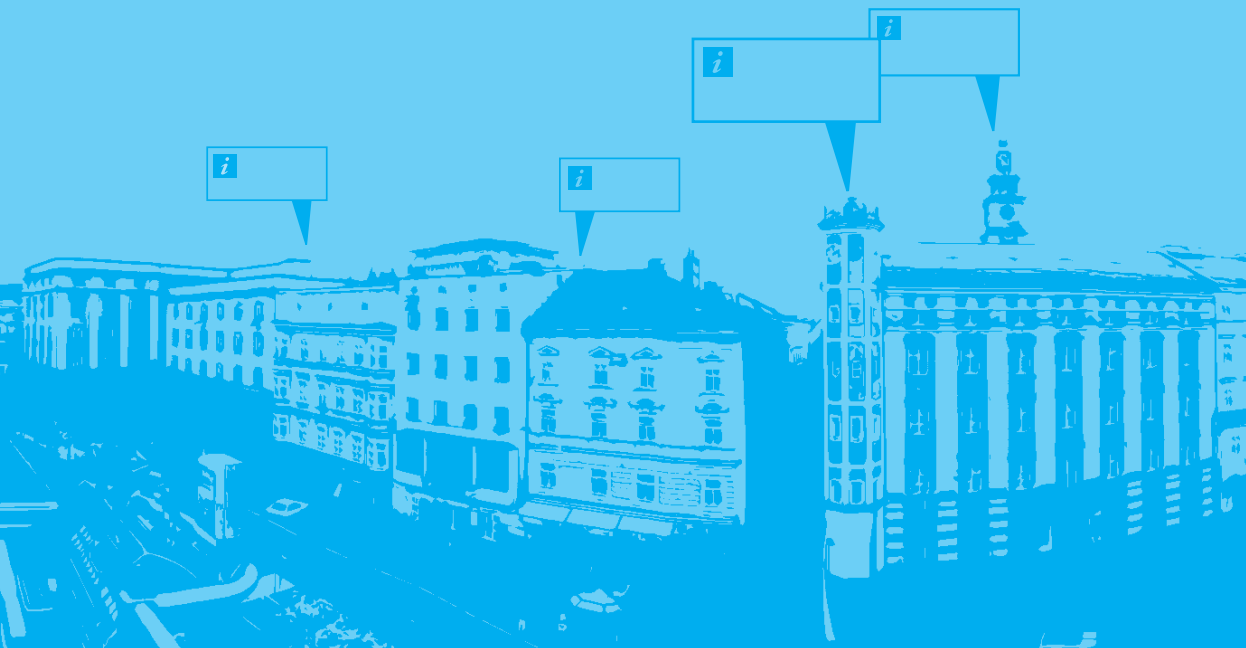
Finanzierungsbedarf


Anlaufkosten: Entwicklung eines Kurs-Konzeptes, Erstellen von Kursunterlagen, Auswahl der Software
Laufende Kosten: Abhalten der Kurse, Vervielfältigung der DVDs



„Stell dir eine Welt vor, in der jeder einzelne Mensch auf dem Planeten freien Zugang zum gesamten menschlichen Wissen hat. Das ist es, was wir tun.“

(Jimmy Wales, Co-Gründer der Online-Enzyklopädie Wikipedia)





ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT DES INTERNETS

Laura Kepplinger und Josef Zebetner

Blogs und Wikis bringen das Internet näher an seinen Ursprung

Die meisten, die dieses Buch lesen, hatten vermutlich einen ähnlichen „Einstieg“ in die Welt des Internets wie viele junge Linzer/innen. Zum Beispiel gibt es jene, die ihren ersten Kontakt mit dem Internet in der Skylounge des Ars Electronica Centers (AEC) hatten. Dort oben saßen in den ersten zwei Jahren nach der Eröffnung fast nur Jugendliche und suchten erstmals Informationen im Netz. Gut, in Wahrheit kamen die meisten, um das Chatten auszuprobieren. Die anderen machten den ersten Kontakt in ihrer Firma oder sogar zu Hause am eigenen Personal Computer (PC). Das Internet wirkte wie ein riesiger Moloch, der aus Porno-Seiten (das meistgesuchte Wort war und ist noch immer Sex), Infos, komischen und gewagten persönlichen Homepages und natürlich Chatrooms bestand. Das war natürlich nicht das World Wide Web, das sich seine Entwickler/innen vorgestellt hatten. Als Idee hatte das Internet viel mehr mit öffentlichem Raum und Meinungsfreiheit als mit Spam, Sex und nervig-aufspringenden Pop-Up-Werbefenstern zu tun.

Das unentdeckte Land

Als das World Wide Web (WWW) Anfang der 90er Jahre in Betrieb ging, hatten seine Erfinder/innen und die ersten PionierInnen etwas ganz anderes vor: Das World Wide Web sollte ein Sammelplatz für Informationen werden. Eine weltweite Plattform für kritischen Austausch und Dialog. Gleichzeitig stießen sie aber auch auf ein Problem. Der digitale Raum war zwar unendlich, für den Großteil der Bevölkerung aber auch unendlich schwer zu handhaben. Nur ein kleiner Teil verwendete das World Wide Web, um Informationen zu suchen oder zur Verfügung zu stellen. Der zweite Ansatz war daher demokratischer. Informationen im World Wide Web sollten nicht nur jedem und jeder zugänglich sein, sondern jeder und jede sollte die Möglichkeit haben, Beiträge auch zu bearbeiten und zu gestalten. Die Kluft zwischen Personen, die Zugang zum Internet haben und jenen, die von ihrer Benutzung ausgeschlossen sind, ist eines der Themen, mit dem sich die Open Source-Bewegung seit ihrer Entstehung beschäftigt. Der Abbau dieser Barrieren kann nicht durch einfachere Bedienungskonzepte passieren, sondern erfordert auch „Empowerment“ – die Selbstermächtigung der Nutzerinnen und Nutzer. Sie sollen das Medium nicht nur benutzen sondern auch selbst gestalten können. Denn prinzipiell ist im Internet jede Information, egal ob sie aus Asien, Europa oder den USA stammt, nur einen Klick weit entfernt.

So klar den VordenkerInnen eines demokratischeren und freieren Internet-Medienzeitalters also die Notwendigkeit einfacheren Zugangs zur aktiven Teilnahme für breite Bevölkerungskreise war, so ratlos waren sie, wenn es um die konkrete Umsetzung dessen ging. Und als manche/r schon das emanzipatorische Potential des Mediums Internet als vergebliche Hoffnung auf dem Friedhof gescheiterter Utopien begraben wollte, bewiesen zwei Anwendungsformen längst bekannter Technologien, dass der Schlüssel tatsächlich in simplen, aber dafür umso sozialeren Anwendungen liegt: Wikis und Blogs. Während es Blogs ermöglichen, die eigene Meinung schnell und unkompliziert im World Wide Web zu veröffentlichen, sind Wikis die Werkzeuge, um Informationen digital zu organisieren oder gemeinsam zu erstellen. Gemeinsam ist Blogs und Wikis, dass erst die dichte Verlinkung und Diskussion der Inhalte in einer räumlich getrennten, aber digital vernetzten Online-Gemeinschaft – der Community – ihre Potentiale zum Leben erweckt.

Blick in die Blogosphäre

JournalistInnen bloggen. DissidentInnen bloggen. China zensiert beide. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel bloggt. Sogar die Gewerkschaft tut es. Der Chefredakteur von ZEIT-Online, Gero von Randow, schreibt denn auch über Blogs: „Diktatoren fürchten sich vor dieser neuen Medienmacht“. Dabei sind „Blogs“ oder „Weblogs“ auf den ersten Blick nur wenig mehr als Websites, auf denen regelmäßig persönlich gefärbte Beiträge der Autorin/des Autors in chronologischer Reihenfolge veröffentlicht werden. Mit minimalem Aufwand können die Texte um Fotos oder Videos, vor allem aber Kommentaren der Besucherinnen und Besucher ergänzt werden. Das Resultat sieht wie eine normale Website aus, auf der die aktuellsten Beiträge immer an oberster Stelle aufscheinen.

Durch die Ausdehnung der „Blogosphäre“ – der Gesamtheit aller miteinander verlinkter Blogs – auf immer mehr Länder und Themenbereiche hat das Internet in den letzten fünf Jahren eine Wandlung zum Massenmedium vollzogen. Allerdings ein Massenmedium neuen Stils: Nicht aus einer zentralen Redaktion per Radio, Fernsehen oder Zeitung für die Masse der MedienkonsumentInnen, sondern ein dezentrales Netzwerk unzähliger Individuen, die erst über ihre wechselseitige Verlinkung mehr und mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen – oder auch nicht. Es gibt weltweit ca. 200 Millionen Weblogs⁵⁶, davon wurden ca. 300 000 in Deutschland gestartet und geschätzte 20.000 davon sind österreichische Blogs.

Bis auf eine Tatsache haben die meisten Blogger/innen nicht viel gemeinsam: Sie schreiben Online-Tagebücher, um gelesen zu werden. Blogs sind keine mit kleinen Metallschlössern geschützte Bücher in Pastellfarben, sondern das genaue Gegenteil. Diese „Tagebücher“ sollen von anderen gelesen und kommentiert werden. Im Optimalfall ge- oder missfällt ein Beitrag einer Person so sehr, dass sie in ihrem eigenen Blog – natürlich per Hyperlink – darauf verweist und zur Diskussion einlädt.

Die Demografie der Blogger/innen ist bei allen Blogging-Services in etwa gleich: Rund 92% der Blogs werden von unter 30-jährigen angelegt, 56% der Blogger/innen sind weiblich.⁵⁷ Im deutschsprachigen Raum haben sich 5.000 Personen an einer Umfrage beteiligt und auch hier zeigt sich: Der/die typische Blogger/in ist nicht männlich. Insgesamt sind die Männer im deutschen Sprachraum aber noch leicht im Vorteil, in der Gruppe der unter 20-jährigen gibt es aber bereits mehr Frauen als Männer.

Trotz - oder gerade wegen - der unglaublichen Menge an tages- oder wochenaktuellen Weblogs betrachten immer noch viele die Blogosphäre als Medienhype, der schon bald wieder vorüber, jedenfalls aber auf Dauer keine ernstzunehmende mediale Rolle spielen wird. Und tausende Blogs über persönliche Befindlichkeiten, das Frühstück und das Wetter scheinen sie in ihrer Skepsis mehr als zu bestätigen.

Worum geht es in Weblogs?

„Was heute in der "Bild"-Zeitung steht, steht morgen überall. Vielleicht sollte man sich also mal genauer anschauen, was sie schreibt. Die kleinen Merkwürdigkeiten und das große Schlimme.“ So beantwortet der bekannteste und meistbesuchte deutschsprachige Blog – BILDblog.de – die selbstgestellte Frage: „Was passiert hier?“. Implizit ist diese Antwort in ihrer Spezifität für alle Blogs gültig: Jede/r Blogger/in sucht sich selbst das Thema, dem man sich ihrer oder seiner Meinung nach annehmen sollte. Konsequenterweise geht es in Weblogs um alles und nichts. Zu versuchen, zu beschreiben, worüber die Leute bloggen, ist wie den Inhalt von Büchern daran festzumachen, dass er eben in Büchern steht. Blogs sind genauso nur das Medium, aber mit zwei entscheidenden Vorteilen. Keiner der Filter, die bei sonstigen Medien wirken, wie zum Beispiel die Entscheidung des/der HerausgeberIn, finanzielle Schwierigkeiten oder von einem Verlag beachtet zu werden, greift bei Blogs. Blogger/innen sind ihre eigenen Korrekturleser/innen, Herausgeber/innen und ProduzentInnen. Der Kontakt zwischen LeserInnen und AutorInnen ist direkter als in Printmedien – eine Antwort, ein Kommentar oder das Kundtun einer anderen Meinung ist immer nur einen Klick weit entfernt.

Während die meisten Weblogs eine Reichweite von vielleicht hundert LeserInnen haben, schaffen es nur wenige, mehrere hundert oder tausend Leser/innen anzuziehen. „Salam Pax“ berichtete 2003 aus dem Irak, als der Krieg begann. Sein Blog „dear Raed“⁵⁸ wurde von bis zu drei Millionen Leuten pro Tag gelesen. Die meisten Blogs werden als öffentliche Tagebücher verwendet. Dazu eignet sich das Medium auch optimal, denn selbst wenn es um persönliche Erfahrungen wie den Alltag in der Schule, Stress mit den Eltern oder Probleme in der Arbeit geht, SympathisantInnen sind nur einen Klick entfernt. Die Geschichte einer Studentin über die Bürokratie der Bibliothek an ihrer Universität mag niemanden interessieren, es sei denn sie ist besonders humorvoll und gut geschrieben. Niemanden bis auf andere StudentInnen, egal wo auf der Welt. Würde die Studentin ihre Geschichte nicht in einem Blog, sondern in einer Zeitschrift auf ihrem Campus veröffentlichen, hätte sie eine geografisch eingeschränkte Zielgruppe. Diese gibt es bei Blogs nicht.

Neben persönlichen Blogs gibt es eine weitere Gruppe, den „Tagebüchern“ zwar zahlenmäßig weit unterlegen, aber dafür umso lauter. Diese Blogger/innen betreiben Journalismus im weitesten Sinne: Sie kritisieren, decken auf und kommentieren. Diese kritisierenden und kommentierenden Blogs werden „Watchblogs“ genannt – Aufpasser-Blogs. Sie schauen der PR-Szene (www.spin-doktor.de), den Massenmedien (www.medienrauschen.de) oder dem freien Markt (blog.zeit.de/herdentrieb/) auf die Finger. Die meisten dieser Blogs werden von ExpertInnen auf ihren Gebieten geschrieben. Robert von Heusinger, Autor des Herdentriebs ist Finanzkorrespondent der deutschen Qualitätszeitung Die ZEIT und schreibt über das lemmingartige Verhalten neoklassischer Wirtschaftstreiber und -forscher. Im Herdentrieb veröffentlicht er Informationen, die er in seinen Artikeln nicht unterbringen konnte. Printjournalismus und Blogs, insbesondere Watchblogs, ergänzen sich gegenseitig, und zwar weil sie – im Unterschied zu herkömmlichen Massenmedien - eine völlig unterschiedliche Herangehensweise an die Veröffentlichung und Auswahl von Informationen haben.

Alte Zwänge, neue Freiheit

Radio, Fernsehen und Printmedien erfüllen in unserer Gesellschaft seit jeher zwei Funktionen. Sie dienen zur Unterhaltung und Information. Medien bieten AkteurInnen der Gesellschaft dabei auch einen öffentlichen Raum für Diskussion und Meinungsäußerung. Die zunehmende Kommerzialisierung der Medien allerdings drängt informative und journalistische Berichterstattung zusehends in den Hintergrund oder führt zu unvermeidlichen Interessenskollisionen. „Infotainment“, eine Mischung aus Information und Entertainment

ist die Norm der zeitgenössischen Berichterstattung, auch abseits von Boulevardblättern. Qualitätszeitungen gleichen sich unter ökonomischem Druck dem Mainstream und damit einer sehr unterhaltungslastigen Art des Journalismus an. Das liegt einerseits an der Erfahrung, dass sich Information und kompliziertere Sachverhalte in unserer Aufmerksamkeitsökonomie nicht mehr oder zumindest schwerer verkaufen lassen, andererseits an der finanziellen Abhängigkeit der Medien selbst. Printmedien finanzieren sich nur noch zu einem Bruchteil durch ihre Verkaufserlöse, sondern vor allem über Inserate oder die Zugehörigkeit zu einem Konzern.

Blogroll: Vorschläge für den Einstieg in die Blogosphäre

- **Bildblog** – www.bildblog.de
Das Team um den Bildblog fühlt der mächtigsten Zeitung Deutschlands auf den Zahn.
- **Netzpolitik.org** – www.netzpolitik.org
Netzpolitik beschäftigt sich mit der Informationsgesellschaft und BürgerInnenrechten im digitalen Zeitalter.
- **Herdentrieb** - <http://blog.zeit.de/herdentrieb/>
Betrachtungen über die freie Marktwirtschaft und die ihr folgende Herde. Von Zeit-Redakteur Robert von Heusinger
- **PressThink** - <http://journalism.nyu.edu/pubzone/weblogs/pressthink/>
Der, anspielend auf George Orwells „Newspeak“ benannte, Blog beobachtet Entwicklungen in der Medienkonzernlandschaft und versucht, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen.
- **Glutter** - <http://glutter.typepad.com/>
Yan Shan-Shackelton bloggt über Politik, Kunst und Zensur in China.
- **Blog** - <http://www.williamgibsonbooks.com/blog/blog.asp>
Urgestalt der Open Source Bewegung und Gründer des Cyberpunk-Genres („Neuromancer“) William Gibson schreibt über Parkplätze, seine Bücher und Politik.

Der Linguist und Medienkritiker Noam Chomsky charakterisierte die Angleichung an eine Norm in seinem „Propagandamodell“. Laut Chomsky gibt es fünf Filter, die eine Meldung durchlaufen muss, um zur Nachricht zu werden.⁵⁹ An erster Stelle stehen die Herausgeber/innen. Konzerne beschränken sich nicht mehr auf eine Sparte von Produkten, sondern sind überall vertreten. Medienkonzerne besitzen zum Beispiel Anteile an Buchverlagen, Filmstudios, Radiostationen und Printmedien. Dadurch ergeben sich für Medien gewisse „Tabuzonen“, über die nicht negativ berichtet werden darf – immerhin gehören sie zur (Konzern-)Familie.

Gleichzeitig muss Information schneller, besser und exklusiver sein, um Auflage zu steigern. Für viele Medien ist es nicht leist- oder machbar für flächendeckende Außenkorrespondenz zu sorgen oder auf allen wichtigen Pressekonferenzen anwesend zu sein. Nachrichtenagenturen wie die Austria Presse Agentur (APA) oder Reuters nutzen dieses Dilemma und selektieren Informationen über Geschehnisse und filtern damit die Recherche von JournalistInnen. Ein anderes Beispiel für vorgefilterte Informationen, die von Medien übernommen werden, ist die Praxis des „embedded journalism“, des „eingebetteten Journalismus“. JournalistInnen begleiteten US-amerikanische Truppen bei ihren Einsätzen im Irak und berichteten „hautnah“ über die Geschehnisse.⁶⁰ Die letzten Filter sind „Anti-Ideologien“ und „Flak“. In jedem Kulturkreis gibt es Ideologien, die nicht toleriert werden und Feindbilder darstellen. Über diese wird entweder gar nicht, oder nur unausgewogen berichtet. Chomsky führt sozialistische bzw. kommunistische Ideologien als Beispiel für die USA an. „Flak“ beschreibt die Intervention von Interessensgruppen, die es durch gesellschaftliche oder finanzielle Macht schaffen, Artikel im letzten Moment zu ihren Gunsten zu beeinflussen oder einfach zu verhindern.

Diese Filter führen zu einem medialen Mainstream in Form von Meinungshomogenität und einseitigen Blattlinien. Blogger/innen stehen nun vor demselben Problem wie traditionelle Medien: Sie müssen sich im Zeitalter der Aufmerksamkeitsökonomie durchsetzen, um gelesen zu werden. Eine Nachricht wird in der Blogosphäre aber auf eine völlig andere Art zur Nachricht als in den Printmedien. Weder die oben beschriebenen Filter, noch die so genannten Nachrichtenfaktoren, wie Aktualität, Betroffenheit oder Zielgruppeninteresse treffen hier zu. Geschrieben wird grundsätzlich über alles, selektiert wird später - und nicht anders herum, wie in den Printmedien. Die Blogger/innen entscheiden durch Verweise, Hyperlinks und Diskussionen in ihren eigenen Blogs, ob ein Thema interessant genug ist. Je mehr also über ein Thema geschrieben wird, je interessanter es gestaltet wird, und je mehr nach anderen Meinungen gefragt wird, desto eher wird es wahrgenommen. Die Algorithmen moderner Suchmaschinen wie Google, die besonders auf die Häufigkeit und Aktualität von Links für die Reihung ihrer Suchergebnisse abstellen, verstärken diesen Effekt noch weiter. Jay Rosen, Professor für Journalismus an der Universität von New York sieht in Blogs die Chance, den „Geist der Demokratie in der Maschine“ am Leben zu erhalten. In seinem Blog PressThink – eine Anlehnung an George Orwells „Neusprech“ - kommentiert er medienpolitische Entwicklungen und setzt sich dafür ein, dass Blogs als Gegenöffentlichkeit wahrgenommen werden.⁶¹

Chomsky hat sein Propagandamodell in den 1980ern entworfen. Seine Beobachtungen treffen heute noch stärker zu als vor zwanzig Jahren zu. So ist es auch wenig verwunderlich, dass Blogs gerade als Folge der medialen Gleichschaltung im „Krieg gegen den Terror“ ihren ersten großen Boom erlebt haben und „Watchblogs“ zu einer der populärsten Blogform wurden. Das Bedürfnis nach öffentlicher Diskussion ist vorhanden und wird von den traditionellen Medien nicht abgedeckt. Blogs füllen ein Lücke, die professioneller Journalismus in jüngerer Zeit eröffnet hat: Die des kritischen Korrektivs.

Mythos oder Meinungsfreiheit?

Die alte Medienlandschaft ist sich deshalb selbst nicht sicher, wie sie mit dem Phänomen umgehen soll. Ist es Journalismus? Eine Nische ohne Qualitätskontrolle? Dürfen sie das überhaupt? Julian Paine, Mitarbeiter der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ sieht Blogs als „die neuen Vorboten freier Meinungsäußerung.“⁶² Blogger/innen seien in Krisengebieten oft die einzig richtigen JournalistInnen, wenn die Mainstream-Medien zensiert werden, meint Paine. Gerade in solchen Ländern zeigen Blogs eine andere journalistische Qualität, nämlich die der Primärrecherche. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ erkennt die Wichtigkeit von Blogs im Kampf für Meinungsfreiheit an und veröffentlichte sogar ein „Handbuch für Cyber-Dissidenten“⁶³. Der Grund für die Entstehung des Handbuchs ist die zunehmende Zensur auch im virtuellen Raum, vor allem dort, wo es keine andere Möglichkeit zu regimiekritischer Berichterstattung gibt. Blogger/innen in China können zum Beispiel vielfach ihre eigenen Blogs nicht sehen, sondern halten sie via Email auf dem neuesten Stand: Denn die meisten Blogservices erlauben es, einen neuen Eintrag per E-Mail zu übermitteln, der dann automatisch auf dem Blog erscheint.

Zensur des World Wide Web passiert dabei meistens in Zusammenarbeit von Regierung und Firmen wie Microsoft oder Google. Liefert eine Bildersuche auf google.com – der US-Version - nach "Tian'anmen" („Platz des Himmlischen Friedens“) Bilder des Massakers, zeigt google.ch – der chinesische Google-Ableger - Tourismusfotos aus einem Hochglanzprospekt. In dieser Umgebung versuchen Regimegegner/innen gehört zu werden - und das gelingt ihnen vielfach nur mittels Blogs. „Wir können in Blogs frei schreiben,“ meint Aras Sigarchi im „Handbuch für Cyber Dissidenten“. Der iranische Journalist konnte in Printmedien nicht frei über die Zustände in seinem Land berichten, der Einfluss der Regierung und von Interessensgruppen sei zu groß. Sigarchi wurde 2005 wegen Dissidenz zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt, er wartet noch auf seine Anhörung.

In Europa müssen Blogger/innen zwar nicht mit Gefängnis, dafür aber mit Schmähungen rechnen. Mal sind sie „[eine] kleine, elitäre Runde mit homöopathischer Größenordnung“.⁶⁴ Dann treiben sie wieder „studentische Späße“, es sind sogar „wirklich studentische Späße“, wie Nicolaus Fest, Chefredakteur der BILD-Sonderausgaben noch einmal bekräftigt. Und: „Die BILD-Zeitung verliert dadurch nicht an Glaubwürdigkeit.“ Wenn man es nicht besser wüsste, würde man meinen, die BILD-Zeitung – Deutschlands größtes und berichtigtes Boulevardblatt - sei nervös. Und zwar so nervös, dass sie ihre Gegner/innen lächerlich zu machen sucht.

Der bereits erwähnte BILDblog.de ist ein Watchblog dessen Betreiber/innen „das Bedürfnis hatten, die kleinen und größeren Ungereimtheiten in der BILD-Zeitung festzuhalten“.⁶⁵ Und das machen sie. Seit mehr als zwei Jahren kommentiert das BILDblog-Team Artikel, Meinungsmache und Enten der BILD-Zeitung. Ihre Funde unterteilen sie in Kategorien wie „Grob Fahrlässiges“, „Unsportliches“ oder „Vermischtes“. Dabei wagen sich die BILDblogger/innen nie auf juristisches Glatteis, sondern bleiben, im Gegensatz zu ihrer Namensgeberin, bei der Wahrheit. Wenn Bild über Susanne Osthoff - jene deutsche Bürgerin, die sich nach ihrer Geiselnahme im Irak und ihrer Freilassung nicht so verhielt, wie es sich die Medien von einer Ex-Geisel wünschen - schreibt, sie sei undankbar, dann korrigiert der BILDblog postwendend: „Mag sein, dass sich Frau Osthoff nach Meinung der nationalen Punktrichter von BILD nicht genug bedankt hat. Aber bedankt hat sie sich. Vor einem Millionenpublikum am 9. Januar 2006 in der ARD-Talkshow „Beckmann“. Sie sagte wörtlich: ‚Ich bin jedem dankbar, der sich für mich engagiert hat und für mich seine Zeit geopfert hat.‘ [...] Das wäre eigentlich auch für Herrn Voigt [zuständiger Redakteur, Anm.] nicht so schwer herauszufinden gewesen. Wenn er es denn gewollt hätte.“⁶⁶

Gemeinsam statt einsam

Die Redaktion des BILDblogs ist nicht allein. Neben einem Kern an Personen, die für den Blog verantwortlich sind, bauen die Betreiber/innen auf ihre Leser/innen. Die Community ist aufgefordert zu kritisieren und den Blog mit „Informationsspenden“ über Falschmeldungen der BILD zu unterstützen. Neben journalistischen Grundsätzen wie Genauigkeit, Unabhängigkeit und Faktentreue, ist die Kommunikation mit LeserInnen und Gleichgesinnten zentral für den BILDblog. Die Zusammenarbeit mit ihrer Community, die neben den LeserInnen auch aus anderen medienkritischen Websites besteht, macht die Berichterstattung dynamischer und aktueller als jede nicht-virtuelle Publikation über die BILD-Zeitung je sein könnte. Durch die Nähe zu ihrem Publikum können journalistische

Blogs Themen besser aufgreifen und von ihrer kritischen LeserInnenschaft profitieren. Fehler werden schneller korrigiert, Übersehenes aufgegriffen und - vielleicht am wichtigsten - die Zusammenarbeit mit der Community bedeutet nicht zuletzt Werbung für den Blog. Das zeigt sich auch deutlich in den deutschen Blogcharts: BILDblog.de hat täglich ca. 40 000 Zugriffe und führt seit 33 Wochen die deutschen Blogcharts an.⁶⁷ Die Popularität von Blogs wird dabei nicht nur in der Anzahl der Zugriffe („Hits“) gemessen, sondern vor allem daran, wie oft ein Blog verlinkt wurde, das heißt, wie oft von einer anderen Website auf ihn verwiesen wurde.

Diese Verweise zwischen den Blogs, die Hyperlinks sind das Geheimnis hinter dem Erfolg von Blogs. Hyperlinks oder Links gibt es natürlich schon so lange wie das World Wide Web, aber erst in Blogs und Wikis entfalten sie ihre revolutionierende Wirkung. Ein Blog alleine ist nicht stark. Ein Blog entfaltet erst seine volle Wirkung, wenn er mit anderen verlinkt ist und gemeinsam in einem RSS-Feed auftaucht – einer Art digitales Blog-Abonnement, das neue Einträge automatisch anzeigt. Ein Blog alleine ist gar nichts, gemeinsam in der Blogosphäre, verknüpft über unzählige Hyperlinks werden Blogs zu dem populären Medium, das sie mittlerweile sind. Informationen und Meinungen werden dabei von Personen ins Netz gestellt, die HTML, Java und andere Programmiersprachen nicht einmal vom Namen her kennen. Die „Digital Gap“ – die Lücke zwischen technisch versierten und technisch uninformierten Internet-Nutzer/innen - ist ein wenig kleiner geworden und das Internet näher an seinen Ursprung geführt worden. Informationen von jedem und jeder für jeden und jede.

Die Macht der Hyperlinks und der möglichst einfache Zugang zu eigenen Beiträgen und Veröffentlichungen ist denn auch die große Stärke von Wikis, die auf den ersten Blick so wenig mit Blogs gemein haben: Denn während der/die Autor/in beim Blog ganz zentral und Selbstdarstellung wesentlicher Teil des Konzepts ist, verschwinden bei Wikis die zahlreichen AutorInnen (fast) völlig. Was von ihnen übrigbleibt, ist der gemeinsam geschaffene Inhalt, ein kollektiv-kooperatives Werk.

Hey, hey Wiki, zieht fest die Segel aa-aan!

Die freie Online-Enzyklopädie Wikipedia, das Online-Wörterbuch Wiktionary und viele andere Wikis erobern zwar erst seit kurzem, dafür umso stürmischer das Internet. Wikis sind dabei keine kleinen Skandinavier mit guten Ideen, dafür aber die wahrscheinlich beste „kleine“ Idee seit es das Internet gibt. Eine kleine Idee, nämlich Webseiten direkt von

Besucherinnen und Besuchern quasi „in Echtzeit“ ändern zu lassen, die die große Vision des Internets, nämlich alle Informationen für alle Menschen frei zugänglich zu machen, der Verwirklichung einen riesigen Schritt näher brachte. Eine Vision, die bereits der Schriftsteller Douglas Adams in seinem Buch „Per Anhalter durch die Galaxis“ formulierte. Dort träumt der Autor von einer Enzyklopädie, die frei ist und das Wissen des Universums enthält. Ein Vorläufer der freien Internet-Enzyklopädie war dann auch eine BBC-Seite, die sich H2G2 (h2g2.com) nennt und „Hitchhiker’s Guide to Galaxy“ abkürzt. Benutzer/innen konnten nach dem Registrieren Beiträge selbst gestalten und online stellen. H2G2 war leider etwas überreguliert – die BBC zensierte viele politische Beiträge und auch Namen wie Osama bin Laden wurden genauso wie Kriegskritik (zum Beispiel am Irak-Krieg) schnell eliminiert. Und während sich der kommerzielle Teil des Internets sehr schnell füllte, dauerte es einige Jahre bis Ward Cunningham, der schon seit Jahren an der Vereinfachung von Internetsprachen arbeitete, sein „WardsWiki“ herausbrachte - sozusagen die Mutter des modernen Wikis. Damit war ein wichtiger Schritt gemacht, in die Richtung, die dem Internet eigentlich von seinen ErfinderInnen vorgesehen war.

Die Bezeichnung Wiki stammt von der Urlaubsinsel Hawaii. Wenn Hawaiianer und Hawaiianerinnen etwas „wikiwiki“ machen, dann machen sie es schnell. Mehr noch als Blogs arbeiten Wikis mit einer Vielzahl an (Wiki-)Links, mit denen man schnell durch die Informationen navigieren kann. Dazu haben Wikis immer eine Bearbeitungsfunktion, mit der Beiträge online schnell und einfach bearbeitet, korrigiert, oder erweitert werden können. Zum Gestalten eines Artikels oder auch nur für einen kleinen Beitrag zu einem bestehenden ist es, dank Wikis, nicht mehr notwendig, einen Volkshochschulkurs für HTML⁶⁸ zu absolvieren oder viel Zeit ins Selbststudium zu investieren. Ein Computer und ein paar Minuten Zeit, um sich mit den Regeln vertraut zu machen, sind für eigene Beiträge in Wikis völlig ausreichend.

Bevor er sein Ur-Wiki veröffentlichte, hatte sich Ward Cunningham schon zehn Jahre lang mit der Entwicklung von „Pattern Languages“ besprochen, die für Wikis essenziell sind. Denn einen Text online lesbar und gegliedert zu ändern, erfordert ein vernünftiges Wissensmanagementsystem im Hintergrund. Am Ende der Entwicklungsarbeit von Ward Cunningham stand eine Mail an einen seiner Freunde, ein Software Designer aus Oregon Namens Steve: „Steve – Ich habe eine neue Datenbank auf meinem Server installiert und bitte dich, mal einen Blick darauf zu werfen. Es bietet die Möglichkeit, ohne HTML-Kenntnisse und ohne Formulare Text zu editieren. Es wäre schön, wenn du mitmachen könntest,.... Die URL <http://c2.com/cgi-bin/wiki>“

Inzwischen gibt es die verschiedensten Typen von Wikisoftware, die wiederum in den verschiedensten Gebieten zum Einsatz kommen. Das bekannteste Wiki-Projekt Wikipedia zum Beispiel verwendet die Freie Software MediaWiki. Andere bekannte Wiki-Engines sind MoinMoin und das UseModWiki. Die Wiki Software kann auch auf einem privaten Server genutzt werden oder auch auf einem Schul- oder Universitätsserver, also überall, wo Wissensmanagement notwendig ist. Der Vorsitzende des deutschen Wikipedia-Trägervereins Wikimedia, Kurt Janssen, nutzt beispielsweise privat gleich zwei Wikis: Ein öffentliches, um für Freunde und Bekannte interessante Neuigkeiten und Links zur Verfügung zu stellen und ein persönliches zur Ordnung der eigenen Daten, Lieblingswebseiten, Termine und Kontakte. Das schnelle und breite Wachstum von Wikis wird auch dadurch erleichtert, dass die große Mehrzahl der Wiki-Programme als Freie oder Open Source Software gratis im Internet erhältlich sind.

Free Wiki!

Mittlerweile können sich die Erfinder des World Wide Web bequem zurücklehnen und die Show genießen. Denn so wie Wikipedia funktioniert, hätte ursprünglich wohl ihr Traum über das Internet ausgesehen. Informationen für alle von allen, und das natürlich auch noch kostenlos. Wikipedia hat das geschafft. Die größte Enzyklopädie der Welt ist nicht mehr um teures Geld in dutzenden Büchern erhältlich, sondern für alle frei online zugänglich. Und alle können daran mitarbeiten. Und während Wikis die technische Voraussetzung für diese neue Informationsfreiheit sind, sichern clevere Lizenzmodelle, dass das Wissen auch noch in Zukunft frei verfügbar sein wird. Richard Stallman, der Pionier der Bewegung für Freie Software,⁶⁹ hatte nämlich neben Lizenzen für Software-Quellcode auch gleich eine Lizenz für die dazugehörigen Software-Handbücher mitentworfen. Beide basieren auf dem Prinzip „Wie du mir, so ich dir!“: Jede/r darf die Inhalte frei verwenden, weitergeben und auch verändern, solange diese Veränderungen wieder zu gleichen Bedingungen frei verfügbar sind. Neben Stallmans GNU Free Documentation License gibt es inzwischen weitere freie Lizenzmodelle, allen voran die vom Stanford-Juristen Lawrence Lessig ausgearbeiteten Creative Commons-Lizenzen⁷⁰, die sich zur Sicherung freier Inhalte in Wikis eignen. Besonders die Creative Commons-Initiative hat sich denn auch bemüht, die Lizenzwahl genauso einfach zu gestalten, wie das Editieren eines Wikis: Auf der Homepage des Projekts hat der/die Benutzer/in die Möglichkeit durch anklicken von Kategorien und Bedürfnissen, eine Lizenz zusammenzustellen, die auf seine/ihre Bedürfnisse abgestimmt ist. Stallman und Lessig arbeiten im Moment gemeinsam daran, ihre beiden Modelle zueinander kompatibel zu machen.

Die Wikipedia hat daneben bereits ausgeklügelte Verfahren für eine systematische Artikelprüfung als Qualitätssicherung entwickelt – denn klarerweise ermöglicht völlige Freiheit auch Vandalismus und Zerstörung. Es gibt beispielsweise eine Beobachtungsliste für kürzlich geänderte Seiten, es gibt „Sysops“ genannte AdministratorInnen, die sich um diesen Status bewerben und von der Community gewählt werden, es gibt die Kategoriensysteme und – wohl am wichtigsten – es gibt eine umfassende Versionsgeschichte, die das schnelle und unkomplizierte Wiederherstellen verunstalteter Artikelversionen ermöglicht. Bei den Kategoriensystemen ist dabei wahrscheinlich der wichtigste Punkt jener der „umstrittenen Neutralität“. Unter dieser Kategorie finden wir zum Beispiel Artikel über „Kreationismus und das intelligente Design“, welches vor allem von den radikal-christlichen Gemeinden in den USA propagiert wird und in Kardinal Schönborn auch einen österreichischen Anhänger hat. Während in der deutschsprachigen Wikipedia der Irak-Krieg-Artikel nicht unter einem Neutralitätsproblem leidet, ist dies in Amerika sehr wohl der Fall. Natürlich sind auch der Nahost-Konflikt, die Balkankriege und die Rolle Serbiens Themen, deren Darstellung auf der – für jeden Artikel verfügbaren – Diskussionsseite heftig umstritten ist. Zwischen den verschiedenen Versionen und Ansichten hat es dann auch schon öfter so genannte „Editier-Kriege“ („Edit-Wars“) gegeben. Dabei laden mindestens zwei ProtagonistInnen ihre jeweilige Version ständig über die des anderen, in der Hoffnung, die anderen zum Aufgeben zu bewegen und die „eigene“ Version zu etablieren. Die Wikipedia-Community versucht so etwas so gut wie möglich zu unterbinden. Die meisten Konflikte entstehen aber, wenn es um Religion und Politik geht. Auf Wikipedia kann man sich aber auch über umstrittene und nicht sehr bekannte Projekte der US-Geheimdienste FBI und CIA informieren, zum Beispiel über MIKULTRA, wo mit dem Einsatz von Drogen Versuchspersonen zu willenlosen Sklaven werden sollten. In den kommerziellen Enzyklopädien steht darüber kein Wort. Diese Liste lässt sich auch noch mit Skandalen und Politprogrammen erweitern, über die man nirgendwo sonst ausführlich lesen kann.

Wikipedia wird damit für kommende Generationen der Inbegriff einer Enzyklopädie sein – etwa so wie es jetzt im deutschsprachigen Raum noch Brockhaus ist. Denn wer wird sich in Zukunft noch 30 dicke Wälzer ins Arbeits- oder Wohnzimmer stellen, wenn ein kurzer Blick ins Internet und ein Abstecher zu Wikipedia ausreichen? Noch dazu, wo die Qualität der Wikipedia laut einer Studie des US-Wissenschaftsmagazins „Nature“ durchaus mit der einer renommierten „Enzyklopädie Britannica“ vergleichbar ist.⁷¹ Und noch dazu, wo die Kosten für einen Brockhaus bei 83 Euro liegen – einen von 30 Bänden der Gesamtausgabe. Mehr als ein bürgerliches Statussymbol wird von den teuren Enzyklopädien wohl nicht übrig bleiben. Ein ziemlicher Erfolg für ein Freiwilligen-Projekt, das nicht

kommerziell orientiert ist und noch dazu zu diesem Zeitpunkt gerade einmal drei Jahre existierte. Wikipedia gibt es mittlerweile in mehr als 100 verschiedenen Sprachen und das Wachstum hat sich in jüngster Zeit noch weiter beschleunigt. Zu den größten zählen, neben der englischen und der deutschen Ausgabe, die japanische, die französische und die polnische Wikipedia. Aber auch kleinere Sprachen wie das Katalanische oder sogar die besonders leicht erlernbare Kunstsprache Esperanto haben bereits eigene Wikipedia-Ausgaben. Das chinesische Wikipedia-Projekt kämpft – genauso wie die Vielzahl an chinesischen BloggerInnen – immer wieder gegen die Zensur und wird dadurch oft zurückgeworfen.

Wiki Wiki Wiki – Projekte, die über Wikipedia hinaus gehen

Wikipedia umfasst mittlerweile eine derartige Menge an Artikeln, dass Google bei fast jeder Suche auch einen Wikipedia-Eintrag als Ergebnis liefert. Das hat natürlich dazu geführt, dass Wikipedia immer mehr auch zur Recherche eingesetzt wird. Ein Referat für die Schule beginnt oft damit, dass sich Schüler/innen zuerst einmal bei Wikipedia schlau machen. Auch bei Arbeiten für die Universität muss Wikipedia regelmäßig für die Abklärung von Begriffen und die ersten Recherche-Schritte herhalten. Durch die Vielzahl der Links, die von Begriff zu Begriff, von Thema zu Thema führen, ermöglicht sie einen ersten Überblick und liefert gleichzeitig weiterführende Literatur zum Thema.

Trotz der ermutigenden Ergebnisse von Vergleichsstudien mit etablierten Enzyklopädien wie der bereits erwähnten „Nature-Studie“, sorgen immer wieder falsche Wikipedia-Einträge für Schalgzeilen und Zweifel an der Verlässlichkeit der Informationen. Immerhin kann jeder und jede dort einen Artikel verfassen, erweitern oder gar von anderen Artikeln eine völlig neue Version schreiben. Dazu hat die IBM Studie „History Flow“ herausgefunden, dass Vandalismus bei großen Artikeln „gewöhnlich extrem schnell repariert wird – so schnell, dass die meisten Nutzer/innen die Fehler nie zu Gesicht bekommen.“ Die Erklärung dafür ist, dass AutorInnen über die Funktion „Artikel beobachten“ sehr komfortabel ein Auge auf „ihre“ Artikel haben können. Auch die renommierte deutsche Wochenzeitung Die ZEIT hat die Verlässlichkeit der Informationen auf Wikipedia geprüft. ExpertInnen vom jeweiligen Fach wurden dazu einzelne Artikel zur Bewertung vorgelegt. Diese stellten der Wikipedia dabei ein extrem gutes Zeugnis aus und reichten Wikipedia noch vor dem Brockhaus.

Rund um das Flaggschiff-Projekt Wikipedia wird die Community rund um Wikipedia-Gründer Jimmy Wales immer erfinderischer. Das Wiki-Prinzip soll auch auf andere Bereiche ausgeweitet werden. Im Rahmen von Wiki-News werden Nachrichten abseits kommerzieller

und nicht-kommerzieller Medien nach dem Wiki-Prinzip erstellt. Quasi das Wiki-Gegenstück zu journalistischen Nachrichten-Blogs: Wieder ist die Community selbst für die Nachrichten verantwortlich, entsprechend dem Wiki-Prinzip steht am Ende aber eine einheitliche Meldung. Der Anspruch ist dabei, so neutral wie möglich zu sein. Eine weitere Idee bei diesem Projekt sind politische Kommentare zu einem Thema, die von den unterschiedlichen Denkrichtungen gemeinsam veröffentlicht werden - alle Artikel zu einem Thema zur selben Zeit. Wiki-Books wiederum soll „Open-Content“-Bücher ermöglichen, um die Kosten für Lehrbücher zu reduzieren. Außerdem werden ältere Bücher, bei denen Urheberrechtsschutz abgelaufen ist, zugänglich gemacht.

Lokale Wiki-Projekte

Nach einem Pilotprojekt in der deutschen Stadt Karlsruhe hat sich im Jahr 2005 auch der Verein „Stadtwiki - Gesellschaft zur Förderung regionalen Freien Wissens“⁷² gegründet und versucht, lokale Anwendungen des Wiki-Konzepts zu fördern. Detailreicher und vollständiger als für eine Enzyklopädie sollen in lokalen Wikis Informationen über die Region gesammelt und einfach – auch mobil – zugänglich gemacht werden. Das Karlsruher Stadtwiki fasst mittlerweile mehr als 8.000 Artikel mit eigenen Portal-Seiten zu Themen wie Geschichte, Tourismus und Informationen für Neubürger/innen.

Schon ein Jahr vor dem Karlsruher Stadtwiki startete in Linz das Projekt „Wikimap“ – eine Verknüpfung von Wikis und einem digitalen Stadtplan von Linz. In der ersten Version konnten Bürger/innen den Stadtplan um Kommentare, Fotos, Audio- und Videodateien erweitern. Mittlerweile lassen sich thematisch sortierte Zusatzinformationen im Rahmen der Wikimap-Linz anzeigen: Die Bandbreite der – natürlich einfach und frei erweiterbaren – Wikimaps reicht von „Wissensraum Stadt“ über „Stadt der Frauen“ bis hin zu „Fabelwesen in Linz“⁷³. Zum Beispiel können Menschen in der Unterkategorie „Stadt der Frauen“ besondere „Frauenorte“ ausmachen, geschichtliche wie auch kulturelle. Mit diesem seit 2005 bestehenden Projekt war Linz auch eine der VorreiterInnen unter den europäischen Städten, die auf ihrer offiziellen Seite ihre offizielle Karte als Wiki Projekt verwirklichte.

Gemeinsam haben die lokalen mit ihren globalen Wiki-Geschwistern, dass sie die Besucher/innen von reinen KonsumentInnen – wie bei herkömmlichen Webseiten – zur aktiven Teilnahme und Mitgestaltung anregen. In diesem Sinne sind sie – wie eben auch Weblogs – Instrumente zur Demokratisierung des Internets. Durch sie erhält jeder und jede die Möglichkeit, Beiträge ins Netz zu stellen. Wikis und Weblogs schaffen eine

Plattform für Öffentlichkeit abseits medialer Konzentration und finanzieller Zwänge. Im Zentrum steht immer eine Community gleichberechtigter Individuen, die im Zusammenwirken – sei es über Verlinkungen oder über gemeinsam verfasste Texte – (viel) mehr als die Summe der einzelnen Beiträge erzielen. Sie sind dabei keine vorübergehenden Erscheinungen sondern drücken das Bedürfnis einer breiten Öffentlichkeit nach freien Informationen und einer freien Meinungsäußerung aus. Sie sind gekommen, um zu bleiben.

7 Dinge über Wikis & Blogs

7 Dinge über Wikis

- 1.) Jeder und Jede kann bei (freien) Wikis mitschreiben,
- 2.) Und das sogar, wenn man keine Ahnung von Programmiersprachen hat,
- 3.) Die Wikipedia-Enzyklopädie ist gratis – und die Inhalte frei verwendbar.
- 4.) Die Software dazu ist gratis – du kannst dir also dein eigenes Wiki basteln
- 5.) Die Informationen auf Wikipedia sind zum überwältigenden Teil korrekt
- 6.) Wikipedia hat, das beweisen Projekte wie Semapedia und Wikimedia-Commons, enormes Potential
- 7.) In Wikis findet man sich schnell zurecht, weil die Hyperlinks einen wie Wegweiser begleiten

7 Dinge über Blogs

- 1.) Es gibt Blogs zu allen erdenklichen Themen.
- 2.) Egal, was es ist, es gibt da draußen immer eine andere Meinung. Und eine andere Meinung zur anderen Meinung.
- 3.) Einen Blog zu erstellen dauert ungefähr drei Minuten.
- 4.) Manche Verhaltenstheorien sind empirisch bewiesen.
- 5.) Im Internet könnte jede/r ein Hund sein.
- 7.) Blogs können die Welt verändern

„Kein Vertrieb,
kein Verkaufspreis,
keine Abhängigkeiten.“



Foto: <http://bc08.vhb.de/psw/iv/fn/ww/2/stn/loadbin/picid/102211/>

Interview: Christoph Schultheis

Bildblog.de verfolgt und widerlegt täglich die Berichterstattung von Deutschlands größter Boulevardzeitung BILD in Form eines vielbesuchten Online-Blogs. Gründer der inzwischen von einem Team aus Redakteurinnen und Redakteuren betriebenen Website ist der Berliner Journalist Christoph Schultheis.

Wie ist BILDblog.de eigentlich entstanden? Die BILD ist ja dank Wallraff, Böll und vielen anderen ein viel bearbeitetes Thema.

Christoph Schultheis: Tatsächlich ist die Kritik an BILD wohl so alt wie die BILD-Zeitung selbst. In den letzten Jahren allerdings bekommt der Widerstand eine andere Qualität: Er ist weniger ideologisch geworden, aber immer mehr Prominente weigern sich, mit BILD zu kooperieren. Prominente, Politiker und Privatpersonen versuchen, zum Teil mit großem Erfolg mit rechtlichen Mitteln gegen BILD vorzugehen. Und als Teil dieses Widerstandes verstehen wir auch BILDblog.de. Wenn der Volksmund sagt „BILD lügt“, zeigt BILDblog wo und wie. Das war auch der ursprüngliche Anlass: Öffentlich machen, wo und wie BILD falsch, fehlerhaft, sinnentstellend oder irreführend berichtet und Persönlichkeitsrechte verletzt.

Hat sich der BILDblog über die Jahre hinweg verändert? In den häufig gestellten Fragen (FAQs) auf BILDblog.de steht, dass es das Wort „Watchblog“ nicht einmal gab, als das Projekt startete.

Christoph Schultheis: In den FAQs steht, wir kannten den Ausdruck nicht, als wir anfangen. Verändert hat sich unsere Arbeit insofern, als wir anfangs davon ausgingen,

dass unsere Arbeit vor allem die Medienbranche interessieren könnte. Stattdessen haben wir offenbar auch sehr viele branchenfremde Leser. Deshalb setzen wir mittlerweile weniger Vorkenntnisse voraus.

Warum haben Sie das Internet als Medium gewählt, und, sagen wir, kein Buch geschrieben?

Christoph Schultheis: Um eine möglichst große Öffentlichkeit zu erreichen, ist nichts naheliegender als das Internet. Auch wegen des geringen finanziellen, technischen und logistischen Aufwands: kein Verlag, keine Druckerei, kein Vertrieb, kein Verkaufspreis und keine Abhängigkeiten...

BILD druckt Falschmeldungen – mehrmals täglich. Glauben Sie, dass man mit Blogs hier Veränderungen erreichen kann?

Christoph Schultheis: BILDblog.de geht es nicht in erster Linie darum, BILD zu verändern bzw. zu verbessern. Dafür ist BILD gefälligst selbst zuständig. Uns geht es darum, die öffentliche Aufmerksamkeit auf den in jeder Hinsicht mangelhaften Journalismus bei BILD zu lenken. Günter Wallraff hat einmal geschrieben: „Gegen BILD hilft vor allem Aufklärung.“ Das sehen wir genauso.

Wie viel tragen die Leserinnen und Leser zum Bildblog bei, gibt es eine aktive Community, die bei der Recherche hilft?

Christoph Schultheis: Ähnlich wie die „Leser-Reporter“, die neuerdings ja auch viele Zeitungen unterstützen sollen, unterstützen auch die BILDblog-Leser unsere Arbeit mit „sachdienlichen Hinweisen“, die sie uns per Mail zukommen lassen. Vieles wäre uns ohne die Hinweise womöglich entgangen – sei es, weil es sich um Fehler oder ähnliches aus BILD-Ausgaben handelt, die uns nicht vorliegen, oder weil sich jemand in einem Thema einfach gut auskennt. Täglich erhalten wir Dutzende solcher Hinweise, denen wir nachgehen und die wir dann gegebenenfalls mit Dank an den Hinweisgeber veröffentlichen. Mittlerweile ist ein großer Teil der BILDblog-Einträge durch Leserhinweise initiiert. Und es gibt unter unseren Lesern auch solche, die sich immer wieder mit Hinweisen an uns wenden.

Gab es seitens des Springer Verlags schon Versuche, Bildblog.de zu klagen? Und wenn ja, wie war das Urteil?

Christoph Schultheis: Nein, solche Versuche gab es nicht. Wir wüssten auch keinen Anlass.

Wie viele Falschmeldungen wurden seit Entstehung des Bildblogs katalogisiert?

Christoph Schultheis: Auf BILDblog.de wurden bislang weit über 1.500 Einträge veröffentlicht – wobei es uns darin nicht ausschließlich um Falschmeldungen in BILD geht.

Es gibt mittlerweile eine große „Blogosphäre“, also eine unglaubliche Menge an Blogs. Wird sich der Trend fortsetzen oder bleiben in ein paar Jahren nur mehr die übrig, die sich einem spezifischen Thema widmen, wie der Bildblog?

Christoph Schultheis: Im Gegenteil: Es wird – auch im „Blog-Entwicklungsland“ Deutschland – voraussichtlich noch viel mehr Blogs geben als heute.

Glauben Sie, dass Sie mit ihrer Arbeit bei den zuständigen BILD-Redakteurinnen und -Redakteuren einen Nachdenkprozess auslösen? Immerhin werden einige, auch wenn sie es verneinen, euren Blog verfolgen?

Christoph Schultheis: Das wäre schön. Wahrscheinlich ist es auch so. Doch selbst wenn, ist es dem Produkt BILD leider nicht besonders anzumerken...

Gibt es auch Rückmeldungen von BILD-Abonnentinnen und -Abonnenten, die kritisieren oder loben, oder welche, die Bild nicht mehr lesen, seit sie den Bildblog entdeckt haben?

Christoph Schultheis: Der überwiegende Teil unserer Leserschaft ist vermutlich nicht BILD-Leser. Aber es gibt auch Emails, in denen uns Leser schreiben, sie sähen BILD nun mit anderen Augen, das heißt weniger als lustige Unterhaltungslektüre. Und es gibt Leser, die uns beispielsweise schreiben, sie würden im Frühstücksraum ihrer Firma, in dem viel BILD gelesen wird, ausgedruckte BILDblog-Einträge auslegen.

Passieren auch euch manchmal Fehler, zum Beispiel, dass eine Geschichte der BILD eigentlich doch stimmt?

Christoph Schultheis: Ja, leider sind uns in den zwei Jahren auch Fehler unterlaufen - ungefähr fünf oder sechs. Wir haben die Einträge daraufhin komplett durchgestrichen und uns in einem Nachtrag bei unseren Lesern für den Fehler entschuldigt.

Nochmal zur Blogosphäre: Auf den Deutschen Blogcharts regieren die sogenannten „Watchblogs“, also Blogs, die gesellschaftliche Veränderungen kritisch beobachten. Ist das Internet eine neue, die neue Plattform für eine kritische Zivilgesellschaft oder was muss sich noch verändern, damit es zu einer wird?

Christoph Schultheis: Das Internet im Allgemeinen ist ein Medium, das sich auf unterschiedlichste Weise nutzen lässt, genau-

so wie der Weblog als Publikations-Tool im speziellen. Mit anderen Worten: Ich kann die Frage leider nicht wirklich beantworten.

„Da hat es klick gemacht
und ich dachte: Geil.“



Interview: Kurt Jansson

Der Berliner Soziologiestudent Kurt Jansson ist seit dessen Gründung im Jahr 2004 erster Vorsitzender des Vereins „Wikimedia Deutschland – Gesellschaft zur Förderung Freien Wissens e.V.“ – der erste lokale Ableger des US-amerikanischen Wikipedia-Betreibers, der Wikimedia Foundation.

Wie hast Du eigentlich begonnen, Dich in der Wikipedia zu engagieren und warum?

Kurt Jansson: Ich bin auf die deutsche Wikipedia gestoßen, kurz nachdem sie im Sommer 2001 gegründet worden ist. Ich habe mich davor schon sehr lange mit Freier Software beschäftigt und bin auch seit 1991 im Internet. Ich fand das von Anfang an super spannend und habe mich in entsprechenden Online-Communities aufgehalten. Aber es gab damals keine, bei der ich total aufgegangen bin. Während des Studiums habe ich mich dann damit beschäftigt, warum Leute Freie Software schreiben. In Mailinglisten lief die Diskussion über die gesellschaftlichen Aspekte dieser Entwicklung rund um die Frage der Übertragbarkeit auf andere Bereiche. Dort wurde dann auch „Nupedia“, das Vorgängerprojekt der Wikipedia angekündigt.

Was ist aus dieser „Nupedia“ geworden?

Kurt Jansson: Die Nupedia war sehr hierarchisch organisiert, mit sehr vielen Zwischenstufen der Prüfung. Das ist natürlich für die Verlässlichkeit eine ganz tolle Sache, hat aber die Menschen unglaublich demotiviert, weil es eine unglaublich lange Zeit gebraucht hat, diese Hierarchien zu durchdringen. Das Projekt ist, kann man sagen, ziemlich gegen die Wand gefahren. Alle hatten zwar das

Gefühl, es braucht eine freie Enzyklopädie im Netz, aber es gab bis dahin kein Projekt, das funktioniert hatte. Dann kam Jimmy Wales auf die Idee, ein Wiki aufzusetzen. Am Anfang noch als Idee mehr für eine „Kladde“, also einen Bereich zum Herumprobieren. Nach einigen Wochen war der Erfolg aber so groß, dass man der Kladde den Namen „Wikipedia“ gegeben hat. Die Nupedia war dann schnell tot.

Wie bist du dann selbst eingestiegen?

Kurt Jansson: Ich habe zum ersten Mal dann auf diesen Link geklickt „Seite bearbeiten“ und stand dann eigentlich mit offenem Mund vor dem Rechner, fragte mich „Wie kann das sein?“. Da hat es Klick gemacht und ich dachte: Geil. (lacht)

Und wie bist du dann in die Wikipedia-Community gekommen, also vom Autor zum Aktivisten geworden?

Kurt Jansson: Als immer mehr Leute auf die Wikipedia aufmerksam geworden sind, habe ich irgendwann angefangen etwas Pressearbeit zu machen. Wir wurden also größer, wir wuchsen. Wir hatten den 10.000sten Artikel, den 50.000sten und ungefähr da war der Punkt, wo sich alles verselbstständigt hat und das Projekt von einem Menschen nicht mehr zu überschauen war. Ich war selber da auch erstaunt. Ich behauptete einmal,

dass ich schon von Anfang an überzeugt gewesen bin, dass es ein Erfolg wird, aber ich hätte nicht gedacht, dass es sich dermaßen verselbständigt. Das ist auch etwas, das mich motiviert.

Wann ist dann die Wikimedia gegründet worden? Was sind ihre Aufgaben?

Kurt Jansson: Am Anfang hat der Jimmy Wales das Projekt aus eigener Tasche bezahlt. Das waren zu Beginn drei Server, das konnte man sozusagen nebenbei finanzieren. Mit dem Wachstum stiegen aber Kosten und Organisationsaufwand und führte damit 2003 zur Gründung der Wikimedia Foundation in den USA. In Deutschland haben wir 2004 den Verein gegründet. Am Anfang haben wir gesagt, wir wollen das Projekt weiterhin ohne Werbung finanzieren. Bislang funktioniert das erstaunlich gut.

Erst später haben wir langsam gemerkt, dass der Verein auch für viele andere Sachen wichtig ist. Vertreter von Organisationen waren froh, endlich einen Ansprechpartner zu haben. Als Firma postet man nicht auf irgendeiner Mailingliste, wo 100 Leute mitlesen.

Wie koordinieren sich diese verschiedenen Projekte? Gibt es eine internationale Plattform, denn es gibt ja in verschiedenen Ländern Wikimedia-Vereine, wenn auch nicht in jedem?

Kurt Jansson: Nicht in jedem, aber es gründen sich immer mehr. In Europa haben wir schon eine ganze Menge.

Gibt es aber eine Art Dachverband?

Kurt Jansson: Es gibt keinen Dachverband. Die Wikimedia Foundation, die Stiftung in den USA ist Betreiberin der Projekte, weiterhin. Die eigenen Länderorganisationen, wir nennen sie „Chapter“, betreiben die jeweiligen Plattformen nicht selbst. Die Aufgabe von den Chapters ist eher lokal. Sie kümmern sich vor allem darum, wo die Online-Community an ihre Grenzen stößt, in der physischen Welt. Zum Beispiel gab es an der Uni Göttingen im Jahr 2006 die erste „Wikipedia Academy“, wo wir versucht haben, neue Autoren zu gewinnen. Ansonsten gibt es vor allem Veranstaltungen für die Community wie die „Wikimania“. Außerdem treffen sich viele Wikipedianer zu lokalen Stammtischen, um Probleme zu besprechen oder einfach nur, um sich kennen zu lernen.

Was wäre, wenn zum Beispiel die Wikipedia oder die Wikimedia in Italien oder irgendeinem anderen Land sagt „Wir führen auf unseren Seiten Werbung ein.“? Dürften die das?

Kurt Jansson: Sie können es gar nicht. Also technisch nicht, weil sie nicht Betreiber sind.

Betreiber ist die Foundation, weltweit, für alle Sprachen. Alles läuft auf den Servern der Foundation. Wir betreiben selbst keinen einzigen Server. Die größte Kontrolle wird trotzdem nicht von den Organisationen ausgeübt, sondern die größte Kontrolle wird von der Community ausgeübt. Wir können nichts machen, womit die Community nicht einverstanden ist. Oder sagen wir, nur sehr begrenzt. Wir sind der Community verpflichtet. Man könnte sogar soweit gehen, zu sagen, wir sind Dienstleister für die Community.

Mit Wikis wird in den verschiedensten Bereichen experimentiert, auch im engeren Umfeld der Wikipedia gibt es neben der Enzyklopädie eine Reihe weiterer Wiki-Projekte. Wo siehst du Potentiale und Einsatzbereiche für Wikis im Allgemeinen und wo sind Wikis eher fehl am Platz?

Kurt Jansson: Wikis funktionieren in den Bereichen nicht, wo Leute nicht bereit sind, vom Autorenprinzip abzurücken. Wikis sind auch schlechte Content-Management-systeme für einfache Firmenwebseiten. Das ist auch nicht die Idee. Die Idee ist, Wikis vor allem für gemeinsames Schreiben von Texten zu benutzen. Da kann man dann schön an Hand der Versionsgeschichte erkennen, wer etwas und was sich am Text verändert hat. Allerdings hat nicht eine einzelne Person die Kontrolle über den Text.

Das letzte Projekt, das wir gemacht haben, ist das Wikiversity-Projekt, eine Plattform für E-Learning-Kurse. Dort wird zur Zeit sogar mit richtigen Forschungsprojekten experimentiert, die dort dokumentiert und gemeinsam betrieben werden. Ich finde das spannend, weiß aber nicht, ob es funktionieren wird. Das gute ist, dass wir ganz viele Freiheiten haben, die Firmen nicht haben. Wir können auch Sachen probieren, und wenn es nicht funktioniert, dann ist es nicht tragisch.

Als Vorsitzender von Wikimedia Deutschland, wo würdest du sagen, sind derzeit die größten Gefahren für die Wikipedia oder für die ganze Wikipedia-Familie?

Kurt Jansson: Es gibt Gefahren rechtlicher Art. Ein spezifisch deutsches Problem sind zum Beispiel Abmahnwellen. In den USA muss zuerst eine Take-Down-Notice an einen Webseitenbetreiber geschickt werden, wenn Rechte verletzt werden und wenn dieser Folge geleistet wird, ist die Sache erledigt. Hier ist gleich die erste Abmahnung kostenpflichtig ist. Das ist zum Beispiel eine Sache, die uns zum Glück jetzt als Organisation nicht bedroht, aber die für viele Leute, die Wikis einsetzen, schnell problematisch werden kann.

Das ist ein exogene Gefahr. Gibt es auch endogene Gefahren, die durch Wachstum

und Weiterentwicklung der Wiki-Projekte entstehen können?

Kurt Jansson: Ich habe da natürlich meine eigene Brille auf, aber ich persönlich bin sehr optimistisch, auch was Fragen der Qualität und der Sicherung des bereits Erreichten angeht. Ich glaube eher, dass die Ansprüche in der Community steigen werden. Wir haben zum Beispiel ein Verfahren, um exzellente Artikel auszuwählen. Einzelne Nutzer können Artikel für das Prädikat „exzellent“ vorschlagen und nach einer öffentlichen Diskussion kann das dann zuerkannt werden. Inzwischen sind Artikel, die vor zwei Jahren diesen Exzellenz-Status bekommen haben, wieder abgewählt worden, weil mittlerweile die Ansprüche gestiegen und diese Artikel nicht mehr als exzellent zu bezeichnen sind.

Gibt es auch noch andere Initiativen die Qualität der Wikipedia zu steigern?

Kurt Jansson: Die deutsche Wikipedia wird die erste mit stabilen oder besser geprüften Versionen sein, wo Autoren die Möglichkeit bekommen, bestimmte Artikelversionen - also nicht einzelne Artikel, wie das bei den exzellenten der Fall ist - zu „flaggen“, also zu kennzeichnen. Damit verbürgen kompetente Autoren, eine Artikelversion ist richtig, die Behauptungen sind korrekt, belegt und der Artikel ist auch einigermaßen vollständig. Die Leser können nachher entscheiden,

möchten sie eine ältere Version ansehen, die von Experten aus der Community geprüft worden ist, oder eine aktuelle Version, die aber möglicherweise von niemandem bisher genauer in Augenschein genommen worden ist. Die kann auch richtig, sogar aktueller sein, aber ist dann eben noch nicht geprüft.

Noch eine Frage zu diesem Wikiversum: Was ist eigentlich, abgesehen von der Wikipedia selbst, dein Lieblingsprojekt?

Kurt Jansson: Das ist natürlich schwierig. Was ich toll finde, ist Wikimedia Commons. Das ist ein Projekt, wo alle anderen Projekte ihre Mediendateien abspeichern können. Bilder, Audiodateien und Filme, die natürlich alle unter freien Lizenzen stehen - zum größten Teil unter Creative Commons-Lizenzen - die dann auch eine Weiternutzung außerhalb der Wikimedia-Projekte erlauben. Dieses Archiv ist mittlerweile riesig geworden und wird zu unserem Stolz mittlerweile auch neben der Wikipedia als Vorzeigeprojekt wahrgenommen.

Kommen wir zu lokal verankerten Wikis. Was sind deine Erfahrungen mit Stadtwikis? Was gibt es da und welche Potentiale haben die?

Kurt Jansson: In der Stadtwiki-Szene bin ich nicht so drin. (lacht) Es gibt einen deutschen Verein für Stadtwikis, der die

Satzung der Wikimedia mehr oder weniger übernommen hat. Wir heißen ja „Wikimedia Deutschland – Gesellschaft zur Förderung freien Wissens e.V.“ und die heißen „Gesellschaft zur Förderung lokalen freien Wissens e.V.“. Ich glaube Stadtwikis können mit Sicherheit funktionieren. Die Informationen, die da drinnen stehen, sind dann natürlich aber ganz andere als die in der Wikipedia. Das Dilemma ist manchmal, dass Leute glauben, dass Wikis nur eine Plattform seien, um Enzyklopädien zu erstellen. Das ist natürlich Unsinn. Eine Enzyklopädie ist fast ein untypisches Wiki-Projekt. Da wird das Wiki-Konzept auch unterschätzt.

Was sind dann deiner Meinung ganz allgemein Chancen und Potentiale für Wiki-Technologie?

Kurt Jansson: Nette Sachen. Ich habe selber zwei Wikis. Ein öffentliches Wiki, wo ich zum Beispiel Weblinks für Freunde speichere.

Warum machst du da dann ein Wiki und keinen Blog?

Kurt Jansson: Meine Sortierung ist nicht zeitlich. In einem Blog rutschen die Sachen irgendwann unten raus und im Wiki weiß ich immer, auf welcher Seite ich etwas gespeichert habe, auch wenn das inzwischen drei Jahre her ist. Da muss ich nichts durch-

suchen, sondern habe das thematisch sortiert. So denke ich auch persönlich eher. Dann habe ich noch ein zweites, passwortgeschütztes Wiki, das ich als Notizblock benutze, einfach, weil das so komfortabel zu bedienen ist.

Aber wo ich glaube, dass wirklich ein großes Potential ist, das in den USA von vielen Firmen bereits erkannt worden ist – aber wie immer noch zwei bis drei Jahre dauern wird, bis es in Deutschland angekommen ist –, sind Wikis im Intranet von Firmen. Ende der 90er haben viele Firmen unglaublich viel Geld in Knowledge-Management-Systeme – und man muss das sagen – versenkt, die dann von den Mitarbeitern nicht angenommen worden sind. Weil sie zu kompliziert sind, weil sie hierarchisch organisiert sind, weil sie ein komplexes Rechte-management haben, wer was wo bearbeiten darf und dabei lustigerweise häufig ohne Versionsgeschichte. Deshalb ist da dann auch diese komplizierte Rechteverwaltung notwendig.

Welche Vorteile bieten Wikis dann im Gegensatz zu diesen herkömmlichen Knowledge-Management-Systemen?

Kurt Jansson: Immer mehr Organisationen erkennen, dass es besser ist, den anderen Weg zu gehen, den Leuten alles zu erlauben und dann aber nachzuvollziehen, wer etwas

gemacht hat. Und die Erkenntnis ist eben die, Firmenangestellte betreiben keinen Vandalismus in Intranet-Wikis, sondern es ist für viele eine sehr motivierende Sache. Man sieht sofort: Es ist gespeichert, andere Leute haben darauf Zugriff. Mitarbeiter fangen dann an, daran zu schreiben, wenn sie selber schon einen Nutzen daraus gezogen haben. Häufig fängt man an mit Mensa-Speiseplänen oder Busfahrplänen vor dem Werkstor und dann wächst so langsam der übrige Content.

PROJEKT: Linz Public Space Server

Öffentlicher Raum liegt seit jeher in der Verantwortung der öffentlichen Hand. So folgt aus den Grundrechten auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht nur das Recht der Menschen, öffentliche Räume zur Verbreitung ihrer Botschaften und Anliegen zu nutzen, es ist auch die Pflicht des Staates, genau das allen zu gleichen Bedingungen zu ermöglichen. Es gibt nun keinen Grund, warum es bei virtuellem öffentlichen Raum anders sein sollte. Dieser ist jedoch bis dato ziemlich rar. Die meisten Plattformen für virtuell-öffentliche Meinungsäußerungen oder virtuelle Versammlungen wie Blogs oder allgemeiner Webspaces werden von Firmen angeboten – mit spezifischen Nutzungsbedingungen. Youtube.com beispielsweise, ein Webangebot, das Platz zum Speichern von Videodateien zur Verfügung stellt, sichert sich über seine Nutzungsbedingungen automatisch das Eigentum an allen gespeicherten Dateien. Dasselbe gilt für diverse Blogging-Services, wie Livejournal oder Vox. Das ist nicht nur für – angehende – Künstler/innen problematisch, sondern für jede Person, die ihre Meinung im Web veröffentlichen möchte. Die Alternative, nämlich privat finanzierter Webspaces, kann im Falle hoher BesucherInnenzahlen schnell sehr teuer und damit sozial exklusiv werden.

Mit der steigenden Bedeutung von Online-Journalismus steht auch die Presseförderung vor neuen Herausforderungen. In der „analogen“ Welt gibt es über den geförderten Postversandtarif von Zeitungen ein – in letzter Zeit stark beschnittenes – Instrument zur Förderung der Medienfreiheit und –vielfalt abseits von willkürlichen und/oder politischen Direktsubventionen. Das Pendant dazu im Internet wäre die Finanzierung virtuell-öffentlicher Räume in Form von Server-Kapazitäten. Mit der Anmeldung eines Hauptwohnsitzes in Linz sollte automatisch das Anrecht auf eine bestimmte Menge an Webspaces am öffentlichen „Linz Public Space Server“ verbunden sein.

Im Rahmen der Kulturhauptstadt 2009 könnte es zusätzlich ein – ähnlich dem Kulturserverservus.at – Projekt geben, das es ermöglicht, für zumindest drei Jahre ab 2008 ohne Kosten Webspaces speziell für Blogging- und Wikisoftware zu beziehen. Mitmachen kann jede/r, egal ob sie/er in Linz lebt oder nicht, die Kulturhauptstadt ist zu einem großen Teil auch ein internationales Projekt. Die einzige Bedingung: Alle Websites sind unter „Linz 2009“ syndikalisiert und werden auf einem zentralen Hub verlinkt.

PROJEKTSKIZZE:

Linz Public Space Server



Projektziele

- Schaffung digital-öffentlicher Räume für alle
- Förderung des Online-Journalismus und anderen Nutzungsformen des Internets

Projektbestandteile

- Einrichtung/Anmietung von Serverkapazitäten
- Möglichkeit der Online-Freischaltung für alle Hauptwohnsitz-Linzer/innen
- Einrichtung eines Sonder-Servers für das Linz2009-Projekt

Projektzielgruppen

Alle Linzerinnen und Linzer

Projektträger

Stadt Linz

Dialoggruppen

- Stadt Linz
- Bürgerinnen und Bürger

Zeitraum

Start noch im Jahr 2007

Finanzierungsbedarf

Kosten für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur sowie die Administration der Webspaces-Zuteilung



PROJEKT: Virtual Space Invaders

Obwohl „Bloggen“ für viele junge Österreicher/innen kein Fremdwort mehr ist, ist es für nicht-BloggerInnen schwierig, sich unter der „Blogosphäre“ – also einer Vielzahl miteinander vernetzter oder gar die Gesamtheit aller Blogs – etwas vorzustellen. Die Blogosphäre sichtbar zu machen und auf diesem Wege etwas von ihrer Faszination zu verbreiten, ist das Ziel dieses Projektes. Dabei ist es auch wichtig, Blogs nicht als bloße, isolierte Websites darzustellen, sondern einerseits die Community, andererseits die „Linksphäre“, also das Netz sichtbar zu machen. Im Kontext der Kulturhauptstadt 2009 ist natürlich jener Teil der Blogosphäre, der sich mit Linz 2009 auseinandersetzt, Kunst und öffentlichen Raum diskutiert, besonders spannend.

„Virtual Space Invaders“ ist ein Projekt des Berliner Netzkunstoffestivals Transmediale angelehnt. Gefragt war, den „realen“ öffentlichen Raum von seinem virtuellen Gegenstück zu informieren und anzuecken. Der Chaos Computer Club (CCC) verwandelte aus diesem Anlass die Fassade des „Haus des Lernens“ in Berlin in eine riesige, blinkende Leinwand, auf der Personen Botschaften in die weite Welt hinaus schicken konnten. Dasselbe soll das Projekt „Virtual Space Invaders“ für Blogs bewirken: Zeigen, dass es sie gibt, und sie in die „reale“ Welt tragen.

Aus diesem Grund sollen an Knotenpunkten der Kulturhauptstadt (Ars Electronica Center, Lentos, Musiktheater) Leinwände aufgestellt werden, auf die Blogs, die sich zum Beispiel über „linz2009:blogs“ syndikalisiert haben, projiziert werden. Wichtig ist dabei, dass es eben nicht nur eine Leinwand mit einem Blog gibt, sondern mehrere davon. Zusätzlich können alle syndikalisierten Blogs zu einem RSS-Feed zusammengefasst werden, so dass das Bloggeschehen um Linz 2009 auch bequem online verfolgt werden kann.

PROJEKTSKIZZE:

Virtual Space Invaders



Projektziele

Die Blogosphäre im realen Raum sichtbar machen

Projektbestandteile

- Leinwände und Beamer für die Projektion von Blogs
- Standorte in der Linzer Innenstadt

Projektzielgruppen

Alle Besucher/innen von Linz im Jahr der Kulturhauptstadt 2009

Projektträger

Linz 2009

Dialoggruppen

- Linz 2009
- Stadt Linz

Zeitraum

Vorbereitung (technisch, redaktionell) ab 2007, Durchführung ab 2008 möglich

Finanzierungsbedarf

Kosten für die technische Infrastruktur und die redaktionelle Betreuung



PROJEKT: Wiki-Graffiti „Semapedia“

Graffiti wird oft mit Schmierereien an Hauswänden und natürlich Zügen gleichgesetzt, ist aber inzwischen auch schon zu einer anerkannten Kunstform geworden. Trotzdem mag es verwunderlich sein, wenn hier zum „Beschmieren“ der Linzer Hauswände aufgerufen wird. Noch dazu wenn es um die Wände von Kulturgütern und Sehenswürdigkeiten wie dem Museum Lentos, dem Stifterhaus, den beiden Rathäusern oder dem Neuen Dom geht. Ja, wir rufen dazu auf, die Häuser mit Graffitys zu versehen - jedoch mit Wiki-Graffiti des Projekts „Semapedia“, das die physische mit der virtuellen Welt verlinkt. Die Erfinder, ein Wiener Student und ein New Yorker Software Architekt, nennen es auch „physische Hyperlinks“. Das Prinzip ist relativ einfach. Der Link zu einem Wikipedia-Artikel wird in Barcodes in Form von schwarz-weiß Grafiken verwandelt. Diese können dann ausgedruckt und auf dem Gegenstand angebracht werden, über den die entsprechende Wikipedia-Seite informiert. Mit Mobiltelefonen und Digicams können diese Wiki-Graffities oder Barcodes dann fotografiert werden und mit Hilfe der freien Software Semacode-Reader automatisch die dazugehörige Wikipedia-Seite mit den Informationen über das Gebäude, die Statue, den Park oder andere reale Objekte aufgerufen werden.

Derzeit gibt es ca. 1000 Codes auf Objekten mit den dazugehörigen Informationen auf Wikipedia, 600 davon alleine in New York. Derzeit wird bei Semapedia vorwiegend auf die Möglichkeiten im Bereich des Tourismus gesetzt. So liegt es auch in Linz nahe, dass sich das Tourismus-Service der Stadt dem Projekt der möglichst vollständigen Erfassung touristisch interessanter Gebäude durch Semapedia-Graffities widmet. Angebracht an einem der beiden Rathäuser würden die dazugehörigen Wikipedia-Seiten Interessierte dann mit Informationen über die Geschichte der Stadt, die EinwohnerInnenzahl, den Bürgermeister oder auch nur Informationen über das Gebäude selbst versorgen. So können sich TouristInnen auch ohne Fremdenführer/in über Linz informieren – gratis und zu jeder Tageszeit. Gleichzeitig könnte die Erfassung der Stadt Linz im Rahmen der Wikipedia bei dieser Gelegenheit vervollständigt werden und gleich eine eigenes Wikipedia-Portal mit Informationen zur oberösterreichischen Landeshauptstadt gefüllt werden.

PROJEKTSKIZZE:

Wiki-Graffiti „Semapedia“



Projektziele

- Erfassung der wesentlichsten Linzer Orte und Gebäude über die Semapedia
- Ausbau bzw. Erstellung der entsprechenden Informationen in der Wikipedia (z.B. im Rahmen der Erstellung einer Portal-Seite für Linz)
- Umsetzung eines sinnvollen und freien touristischen Angebots

Projektbestandteile

Erstellung der Wiki-Graffities und Anbringung derselben

Projektzielgruppen

An Linz interessierte Spaziergänger/innen

Projektträger

Stadt Linz

Dialoggruppen


- Stadt Linz
- Verantwortliche der einzelnen Gebäude

Zeitraum

Start noch im Jahr 2007

Finanzierungsbedarf

Erstellung und Anbringung der Graffities



„Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit.“

(Friedrich Schiller)



FREIE NETZE
FREIES WISSEN



ARS ELECTRONICA ACTIVA = DIE KUNST DES DIGITALEN LEBENS

Miriam Köck und Stefan Augustyn

Potentiale des erweiterten Ars Electronica Centers für die „Digital Community“

Sonntag Abend, am 10. September 2006 im Linzer Donaupark. Wie jedes Jahr verfolgen zehntausende Besucher/innen die Linzer Klangwolke. Das Eröffnungskonzert des Brucknerfestes mit dem Bruckner Orchester Linz, unter der Leitung von Dirigent Dennis Russell Davies, beginnt mit Igor Strawinskys konzertantem Stück für Klavier und Orchester „Petruschka“, das nicht visualisiert wird. Die darauf folgende Visualisierung von Igor Strawinskys „Le Sacre du Printemps“ – in einer Co-Produktion mit dem Ars Electronica Futurelab – geht den Weg der Aufsehen erregenden, pionierhaften Aufführung von Wagners „Rheingold“ im Jahr 2004 weiter. Choreograph Klaus Obermaier inszeniert eine dreidimensionale, interaktive Bilderwelt mit der Tänzerin Julia Mach, die die Zuschauer/innen im Großen Saal des Brucknerhauses und im Donaupark mit 3D-Brillen verfolgen.⁷⁴

Die Geschichte des erweiterten Ars Electronica Centers – des „Future Parks“ auf der Urfahranner Seite der Donau – beginnt fast 30 Jahre davor, als 1979 im Rahmen des damaligen Brucknerfestes die „Ars Electronica“ Premiere feierte. Nicht ohne Stolz in der Stimme verkündete der damalige Linzer Bürgermeister Franz Hillinger: „Erstmals in Europa wird während dieses Symposiums ein Heimcomputer vorgestellt, der auch von Laien als Kunstproduktionsgerät eingesetzt werden kann.“ 1979 ahnen erst wenige, welchen gravierenden Einfluss dieser Heimcomputer und seine Nachfolgemodelle auf unser aller Leben haben würden. Einer, der schon damals die Zeichen der Zeit erkannte und die Auswirkungen voraussah, welche die neuen Technologien in der Zukunft haben würden, ist der 1927 in Wien geborene Herbert W. Franke. Franke – Höhlenforscher, promovierter Physiker, einer der bekanntesten deutschsprachigen Science-Fiction-Autoren und Mitinitiator der Ars Electronica: „Bisher hat der technische Fortschritt in einer recht simplen, unreflektierten Weise Eingang in die Gesellschaft gefunden, die Auseinandersetzung mit bedenklichen Sekundärscheinungen erfolgte erst in der Konfrontation mit den fest etablierten Systemen.“⁷⁵

Kultureller Aufbruch einer Stahlstadt

1979 kämpft Linz noch um seine Positionierung als Stadt der Kultur. Mit Linz verbindet man zu dieser Zeit noch eher die Stahlstadt an der Donau mit der schlechten Luft – erst der heftig umstrittene Bau des Brucknerhauses in den 1970ern und das Brucknerfest lassen die kulturelle Zukunft der Industriestadt erahnen. Als am 18. September 1979 die erste Ars Electronica im Rahmen des internationalen Brucknerfestes mit der ersten Linzer

Klangwolke und der Musik von Bruckners 8. Symphonie eröffnet wird, ist die zukünftige Entwicklung der Ars Electronica noch nicht absehbar. ORF-Landesintendant Hannes Leopoldseder, Elektronikpionier Herbert W. Franke, der Elektronikmusiker Hubert Bognermayr und der Musikproduzent Ulli A. Rützel entwickelten das Konzept für die Ars Electronica als einem mehrtägigen Festival, das sich mit den aufkommenden neuen Medien und Technologien im Spannungsfeld von Kunst, Technologie und Gesellschaft auseinandersetzt. Als Veranstalter treten zu Beginn das Brucknerhaus gemeinsam mit dem Österreichischen Rundfunk (ORF) und dessen Landesstudio Oberösterreich auf.⁷⁶ Die Erwartung der Organisatorinnen und Organisatoren, dass rund 10.000 Menschen dieses neue kulturelle Ereignis im Linzer Donaupark besuchen würden, wurde um das zehnfache übertroffen. Das neue Festivalkonzept, das die Besucher/innen aktiv in das Geschehen einbindet und vor allem einen Zugang außerhalb bisheriger, elitärer Strukturen der österreichischen (Hoch-)Kultur ermöglichte, war ein durchschlagender Erfolg. 1979 war noch nicht sicher, ob die Idee einer eigenen, unverwechselbaren kulturellen Identität für die Stadt Linz durch dieses neue Projekt gestärkt werden könnte. Die Geschichte hat gezeigt, dass es den Verantwortlichen in der Stadt, der Linzer Medienlandschaft und auch den unzähligen Künstlerinnen und Künstlern gelungen ist, Linz ein von Wien und Salzburg völlig unabhängiges, unverwechselbares Gesicht zu geben.

Dieses Profil ist nicht zuletzt auch dem Prix Ars Electronica zu verdanken. Der knapp zehn Jahre später, 1987, ins Leben gerufene internationale Wettbewerb widmet sich ausschließlich digitalen Medien und deren Entwicklungen und Möglichkeiten. 1987 war der Computer längst zu einer wichtigen Inspirationsquelle und einem unersetzbaren Instrument für viele Künstler/innen geworden. In drei Kategorien – Computeranimation, Computermusik und Computergrafik – wurden bereits im ersten Jahr des Wettbewerbs über 700 Arbeiten eingereicht.

Ziel des Prix Ars Electronica war und ist es, neben dem Kunst- und Kulturfestival Ars Electronica eine dauerhaft tragende Verbindung zu Künstlerinnen und Künstlern zu schaffen und dadurch auch am Puls der Zeit zu bleiben. Denn gerade im schnelllebigen Terrain digitaler Medien ist es immer wieder der Prix, der aktuelle Strömungen aufzeigt und das Kommende erahnen lässt.

“And the Prix goes to ...”

Die „Goldenen Nicas“ des Prix Ars Electronica sind in der digitalen Welt ebenso begehrt wie die „Oscars“ in Hollywood und werden ebenso in mehreren Kategorien verliehen.

- Computeranimation / Visual Effects
- Digital Musics
- Interaktive Kunst
- Net Vision
- Digital Communities
- u19 – freestyle computing
- [the next idea] Kunst- und Technologiestipendium

Vor allem die neueren Kategorien wie „u19 – freestyle computing“, „Digital Communities“ und „the next idea“ widmen sich jüngeren Feldern digitaler Innovation. Dass vor allem auch immer wieder sehr junge Menschen kreative und technische Höchstleistungen erbringen, wird seit 1998 mit der Kategorie „u19“ berücksichtigt. Bei diesem Jugendwettbewerb kann alles eingereicht werden, was mit Hilfe des Computers erstellt wurde – und das ohne Einschränkung der Mittel und Methoden – freestyle eben! Die Preise werden von der Jury nach Kriterien wie Kreativität und technische Umsetzung verliehen.

Die Kategorie „Digital Communities“ wurde gemeinsam mit „the next idea“ im Jahr 2004 als neue Rubrik zum 25-jährigen Jubiläum des Ars Electronica Festivals in die Ausschreibung mit aufgenommen. Die Kategorie „Digital Communities“ würdigt dabei das (gesellschafts-) politische Potential digitaler und vernetzter Systeme und spricht ein breites Spektrum von Projekten, Programmen, Initiativen und Phänomenen an, in denen soziale Innovation gewissermaßen in Echtzeit und mit Computerunterstützung stattfindet.⁷⁷

Im ersten Jahr wurden zwei „Goldene Nicas“ verliehen – zum einen an ein Projekt mit dem Namen „The World Starts with Me“, das eine digitale Lernumgebung für junge Menschen in Uganda zu Themen wie sexuelle Gesundheit, AIDS-Prävention oder kreative Fähigkeiten im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologie bildet. Die zweite „Goldene Nica“ wurde einem innovativen und mittlerweile wohl fast jedem/r Internetbenutzer/in bekannten Projekt verliehen – der Wikipedia, einem Internetnachschlagewerk von UserInnen für UserInnen, das nicht nur statisches Wissen druckt und veröffentlicht, sondern auch auf demokratische Art und Weise die Benutzer/innen partizipieren lässt.

Die Ars Electronica bekommt ein festes Zuhause

In den 1990er Jahren ist das Festival mit dem Prix Ars Electronica bereits in Linz etabliert und bringt jedes Jahr aufs neue internationale Aufmerksamkeit. Ziel ist es, Kunst und Wissenschaft auf hohem Niveau begreif- und erlebbar zu machen. Während das Festival vor allem eine experimentelle Spielwiese darstellt, bringt der Prix als größter und wichtigster

Wettbewerb neben dem so wichtigen Verbindungsglied zu den Künstlerinnen und Künstlern vor allem eines: Einen kleinen Blick in die Zukunft. Dabei ist der Prix mit einem Preisgeld von 117.500 Euro jährlich der höchstdotierte Preis für Computerkunst weltweit – sicherlich ein Faktor für die große Zahl an teilnehmenden Kunstschaffenden. Viele der über 30.000 Einreichungen seit dem Bestehen des Preises im Jahr 1987 haben in sehr frühen Stadien aufgezeigt, in welche Richtung sich die digitale Welt entwickeln könnte. Projekte wie das 2004 preisgekrönte Onlinelexikon Wikipedia⁷⁸ zeigen auch, wie schnell sich der Sieger in einer Kategorie des Prix Ars Electronica zu einer weltweit genutzten Selbstverständlichkeit entwickeln und selbst zum Vorbild für zahlreiche Nachahmer werden kann. Die Frage, wie die Ars Electronica neben dieser internationalen Dimension auch für Linz, seine Bürger/innen und vielleicht auch der Linzer Wirtschaft besser nutzbar zu machen sei, gewann mit der internationalen Aufmerksamkeit an Bedeutung. Der Versuch, für breite Bevölkerungsschichten Zugang zu meist noch sehr elitären Technologien zu ermöglichen und gleichzeitig Vermittlungs- und Erklärungsarbeit in Zusammenhang mit neuen Technologien zu leisten, mündet in den 1990ern im Bau des Ars Electronica Centers (AEC). 1996 wird es mitten in Linz als „Museum der Zukunft“ eröffnet. Trotz eines umfassenden Konzeptes, einer großen Machbarkeitsstudie und der Einholung von Expertisen aus der ganzen Welt war damals noch nicht klar, wie die Idee des Ars Electronica Centers tatsächlich funktionieren kann. Es gab auf der einen Seite Hoffnungen und Erwartungen in die neue Technologie, die sich bis heute nicht erfüllt haben, auf der anderen Seite gab es technische Durchbrüche in Bereichen, wo niemand damit gerechnet hätte. Schon eher war klar, was das Ars Electronica Center nicht sein sollte: Ein weiteres Wissenschafts- oder Technikmuseum, wie es in sämtlichen größeren Städten vorhanden ist. Ein Anspruch, dem das AEC im weiteren Verlauf zwar nicht immer, aber doch in größten Teilen – vor allem geschuldet dem jährlichen Festival und dem starken Bezug zur digitalen Kunst – gerecht werden konnte.

Gleichzeitig war aber das AEC auch nie als (reines) Kunstmuseum geplant – eine Tatsache, die auch für Kritik aus der Kunstszene gesorgt hat. Der größtenteils selbstgewählte Auftrag des AECs war vielmehr über breite Bildungsarbeit Zugang zu neuen Medien und Technologien sowohl in einem sehr realen Sinn im Haus selbst als auch in einem weiteren Sinn über den unmittelbaren AEC-Besuch hinaus. Dieser bewusste Bildungsschwerpunkt erklärt auch die starke Ausrichtung des Centers auf Kinder und Jugendliche, die – wenn es nach der Center-Leitung geht – in Zukunft sogar noch ausgebaut werden soll. Neben diesem eher gesellschaftspolitischen Auftrag wuchs aber auch der Druck, Bedürfnisse und Erwartungen der lokalen Wirtschaftstreibenden zu erfüllen. Dass mit fortschreitender digitaler Revolution ein Umbruch fast aller bestehenden Arbeitsstrukturen und Prozesse einhergehen würde,

wurde zu diesem Zeitpunkt immer mehr Menschen bewusst. Das ebenfalls 1996 gegründete Ars Electronica Futurelab wurde als Forschungs- und Entwicklungslabor mit stärkerem Bezug zur Wirtschaft gegründet. Entwicklungen für namhafte Firmen wie die VOEST-Alpine oder Siemens sind genauso Gegenstand der täglichen Arbeit des „Zukunftslabors“, wie dessen ursprüngliche Aufgabe, nämlich Entwicklungen für das Center selbst.

Im Laufe der Zeit kristallisierte sich ein weiterer Schwerpunkt heraus: die Entwicklung interaktiver Installationen mit jeder Art von physikalischem Interface. Schließlich begann das Futurelab, Virtual-Reality-Applikationen und -Installationen auch für externe Auftraggeber zu entwickeln.⁸⁰ In den meisten Fällen kommen die Ideen für Projekte des Futurelabs von Beteiligten der Ars Electronica und werden beim „Pixelspaces Symposium and Exhibition“ während des Festivals präsentiert. „Mosaik“, „Autobahnsimulation“, „Fronius“, „The Explorer“ sind nur einige der Projekte, die vom Futurelab im Laufe seines zehnjährigen Bestehens realisiert wurden – wenn das im konkreten Kontext gerade eben Virtualisierung bedeuten kann.

Die in den jüngeren Futurelab-Projekten feststellbare, stärkere Orientierung hin zu Interaktions- und Gestaltungsmöglichkeiten durch die User/innen (vgl. das Projekt „Gullivers Welt“) folgt eben jenem Trend hin zu digitalen Gemeinschaften („Communities“), dem im Rahmen des Prix durch die Einführung der Kategorie „Digital Communities“ Rechnung getragen wurde.

2009 der Future Park - das zweite gläserne Schiff an der Donau

2009 wird sich das Ars Electronica Center in ein gläsernes Schiff verwandeln und somit den architektonischen Dialog mit dem am gegenüberliegenden Donauufer gelegenen Kunstmuseum Lentos noch stärker aufnehmen. Das SiegerInnenprojekt des ArchitektInnenwettbewerbes setzt durch die Verbindung von Bestand und Neubau in Form einer Stahl- und Glaskonstruktion ein skulpturales Zeichen. Der Erweiterungsbau des Wiener Architekten Andreas Treusch, sieht dabei drei Elemente vor: Einen mehrgeschoßigen Glaskubus mit doppelschaliger Fassade, der an das bestehende Haus anschließt. Die Glasflächen werden teils transparent, teils matt ausgeführt und können im Zwischenbereich beleuchtet werden. Generell kann der Kubus als Projektionsfläche genutzt werden, sozusagen als bespielbare Hülle. Auch eine Bestückung mit LCD-Bildschirmen ist möglich. Im Anschluss an den Kubus folgt ein abgesenkter Bereich mit unterirdischen Ausstellungsflächen, die flexibel unterteilt werden können. Zur benachbarten Kirche hin werden im Medienkunstlabor die bereits erwähnten

Gullivers Welt

Eines der neueren Futurelab-Projekte ist „Gullivers Welt“, das in den Räumen des Ars Electronica Centers gezeigt wird und von den Besucherinnen und Besuchern nicht nur angesehen, sondern auch „bespielt“ werden kann. In sieben Stationen kann von der Landschaft bis hin zu den Details der Charaktere alles selbst bestimmt und so Teile der virtuellen „Gullivers Welt“ gestaltet werden. Die zentrale Herausforderung des Projekts ist die Positionierung eines neuartigen Mediums zwischen Theater, Film und Installation.

Die Stationen im Kurzüberblick:

Der Modelliertisch

Auf dem Modelliertisch kann der/die Besucher/in die Requisite für Gullivers Welt aus Plastilin erschaffen. Das Erschaffene wird von einem digitalen Scanner „gescannt“ und erscheint dann digitalisiert in Gullivers Welt.

Reißbrett

Das Reißbrett dient zur Gestaltung von sogenannten Rotationsobjekten (z.B. Bäume) die auf einem Objektträger gespeichert werden. Aus dem zweidimensionalen Bild wird durch den Computer ein dreidimensionales Bild generiert.

Landschaftsmaler

Auf dem globusförmigen Landschaftsmaler können Benutzer/innen die Landschaft der Welt mitgestalten. Es stehen viele verschiedene Landschafts-Texturen zur Verfügung, die mittels Pinsel auf den Globus übertragen werden. Die gespeicherten Modelle der ersten beiden Stationen können hier geladen und in die Welt integriert werden.

Figurenwerkstatt

In der Figurenwerkstatt werden die eigenen Schauspieler/innen gestaltet und mit Fähigkeiten wie Gehen, Fliegen, und so weiter ausgestattet.

Greenbox

Die Greenbox dient dazu, Besucher/innen abzufilmen, die sich vor grünem Hintergrund bewegen. Die aufgenommenen Bewegungen und Emotionen werden durch eine spezielle Software analysiert.

Virtuelle Expedition

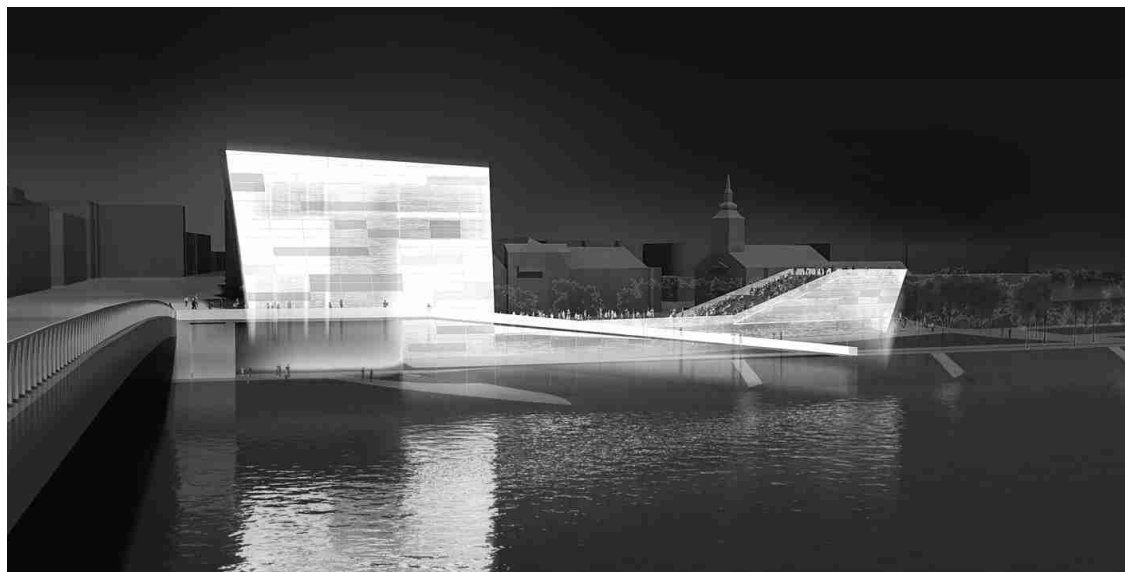
Bei dieser Station können Besucher/innen in einen Avatar – den/die virtuelle/n Stellvertreter/in einer Person in der Virtual Reality – schlüpfen und mittels ausgefeilter Kameratechnik selbst die virtuelle Welt Gullivers erkunden.

Gullivers Welt – Bühne

Die Bühne ist das zentrale Element dieses Projektes. Hier läuft alles zusammen was an den anderen sechs Stationen kreiert wurde. Spielfiguren interagieren miteinander, laufen durch den Wald oder schwimmen durchs Wasser.

Im Rahmen des Projektes Gullivers Welt werden auch Workshops für Kinder und Jugendliche angeboten. Sie können so ihre eigenen Geschichten entwickeln. Sie lernen mit Unterstützung, Charaktere zu erschaffen und ihnen Leben einzuhauchen.

Future Labs untergebracht. Das begehbare „Oberdeck“ bietet zusätzlich Freiflächen für Ausstellungen und Veranstaltungen. Für die Besucher/innen sind Sitzstufen vorgesehen und ein großzügiger Veranstaltungsplatz ist das Kernstück der Anlage und soll sich in die Kulisse aus Donaulandschaft, historischer Bausubstanz und bestehendem AEC gut einfügen.⁸¹



Erweiterung des Hauses = Erweiterung der Perspektiven?

Das Herannahen des Kulturhauptstadtjahres 2009 hat für das Ars Electronica Center den Boden für den großzügigen Erweiterungsbau – von 2.500 auf 6.500 Quadratmeter – bereitet. Derart große öffentliche Investitionen brauchen allerdings eine stärkere Begründung als bloß den Reiz einer neuen, das Stadtbild prägenden Architektur oder schlicht „mehr Platz“. Es stellt sich die Frage nach dem Nutzen des Future Parks – für die Stadt, die Linzer Bevölkerung und sonstige Teile der Ars Electronica Community.

Neben der Schaffung von Raum für Kunst, Kultur und Experimente könnte der Kommune Linz und der weit über Linz hinausreichenden, weltweiten Community weiterer Nutzen aus einem vergrößerten Haus erwachsen. So hat sich die Frage des Zugangs zu neuen Medien und digitaler Technologie als eine der zentralen Fragen für den demokratischen und sozialen Fortschritt einer Gesellschaft mit der technologischen (Weiter-) Entwicklung zwar auf andere Bereiche verschoben – zum Beispiel ist kostenloser Internetzugang keine AEC-Attraktion mehr – aber in keinsten Weise als Problem- und Betätigungsfeld erledigt. So sieht sich in den letzten Jahren auch die rasant wachsende Gruppe der Seniorinnen und Senioren im Internet um – allerdings mit ganz anderen Zielen, Wünschen und Bedürfnissen, als es die bisherige AEC-Hauptzielgruppe der Jugendlichen tut.

1979 wurde mit der Veranstaltung der ersten Linzer Klangwolke eine Möglichkeit geschaffen, Kunst und Kultur ohne Zugangsbeschränkungen zu konsumieren. Viel wichtiger als der Abbau der materiellen Zugangsschranken waren dabei der Abbau der kognitiv-kulturellen Barrieren, die herkömmliche Kulturveranstaltungen zu beinahe hermetisch abgeschlossenem und hochsubventioniertem Vergnügen für die ganz wenigen machen. Für die Pionierleistung der Klangwolke war also das kostenlose Angebot nur die Grundvoraussetzung, die Akzeptanz bei einem breiten Publikum aber das eigentliche Kunststück.

War im Jahre 1979 noch der freie und breite Zugang zur Hochkultur als Zielsetzung auch für die Gründung der Ars Electronica mitentscheidend, so hat sich mit der Einbindung der Universalmaschine Computer in ein weltweites Internet das Thema Zugang zum kulturellen Fokus erweitert: Der Zugang zu Wissen, zu Information, zu Software und Hardware, kurz: Zugang zu den neuen Formen der Kommunikation und deren effektiver Nutzung ist wie von alleine zum Thema auch der Ars Electronica geworden.

Gleichzeitig ist aber – wie bei der Klangwolke der Verzicht auf Eintrittsgelder – auch bei neuen digitalen Informationstechnologien der Zugang erst die Grundvoraussetzung für die eigentlichen „Kunststücke“: Breite Teilhabe und Teilnahme, allgemeine Mitbestimmung und Mitgestaltung. Der Stanford-Professor und Pionier freier Inhalte Lawrence Lessig hat mit seiner Beschreibung des potentiellen Übergangs vom passiven „Read-only“ hin zu einem aktiven „Read/Write“ bereits den Imperativ für eine emanzipierte Nutzung digitaler Informationstechnologien formuliert.

Das Ars Electronica Center in seiner bestehenden Form ist hauptsächlich auf das Konsumieren ausgerichtet und nicht auf das Mitbestimmen und Mitgestalten durch die Besucher/innen – ist also in vielen Bereichen „Read-only“. Projekte wie das „erweiterte Klassenzimmer“, das laut Gerfried Stocker im Future Park Platz finden soll, sind ein Schritt hin zu mehr Mitgestaltung und Mitbestimmung: Nicht Lehrer/innen konfrontieren die Schüler/innen mit Wissen, sondern die Schüler/innen erarbeiten und recherchieren Themen selbst und bereiten sie für andere Schüler/innen auf. Dadurch wird der Stoff im Stile des „learning by doing“ erlernt und zugleich auch in einer Art und Weise aufbereitet, dass andere Schüler/innen ihn leichter erfassen und auf Vorarbeiten aufbauen können.

Wie bereits erwähnt, war eine der Hauptattraktionen des AEC kurz nach seiner Eröffnung der freie Zugang zu Computern mit Anschluss ans Internet. Heute sind Computer- und Internetzugänge leistbarer und durch die relativ weite Verbreitung in der Arbeits-, Bildungs-

und Lebenswelt nichts Ungewöhnliches mehr. Über Projekte wie die Linzer Hotspot-Initiative, die an zahlreichen Stellen im Linzer Stadtgebiet Internet gratis zugänglich macht, sind bis zu einem gewissen Grad der totale Triumph des damaligen AEC-Angebotes. Gleichzeitig ist das ursprüngliche Pionierangebot aber durch seine nahtlose Integration in den öffentlichen Raum selbst völlig sinnlos geworden. Ganz in diesem Sinne müssen neue Projekte zur Vermittlung des Wissens um die Fähigkeiten und Möglichkeiten neuer Medien und Technologien darauf abzielen, der Community letztlich selbst die Werkzeuge in die Hand zu geben und das ursprüngliche Angebot wieder überflüssig zu machen. Ein Ziel, das über Wissens(mit)gestaltung im Sinne einer „Ars Electronica Activa“ sicher besser als durch bloße Wissenskonsumation erreichbar sein wird.

Neues Haus, neue Inhalte?

Das Ars Electronica Center hatte von Anfang an den Auftrag, in dem Spannungsfeld zwischen Kunst, Technologie und Gesellschaft Vermittlungsarbeit zu leisten. Über die Jahre hinweg kristallisierte sich der Bildungsschwerpunkt als der zentrale Auftrag an das AEC heraus. Jede/r, der/die selbst einmal das AEC besucht hat, ist zumindest einer Schulklasse begegnet. Und auch der Future Park soll, wenn es nach Gerfried Stocker und der lokalen Politik geht, diesen Bildungsschwerpunkt beibehalten, ja sogar noch weiter ausbauen. Die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen wird also im neuen Haus noch mehr Bedeutung erhalten als schon bisher.

Als das AEC gegründet wurde, war es vor allem das Klassenzimmer mit seiner modernen Computer-Ausstattung, das viele Schulklassen in das Museum der Zukunft lockte. In Zeiten, in denen die Linzer Schulen in den meisten Fällen selbst über derartiges Equipment verfügen, muss in neuen Dimensionen gedacht werden. Das Team des AEC ist aber auch gefordert, neben Kindern und Jugendlichen, die sich mit neuen Technologien ohnehin leichter auseinandersetzen und anfreunden können, andere Zielgruppen stärker in den Blick zu nehmen. Gute Ansätze wie Internetkurse für SeniorInnen reichen nicht aus, um einem umfassenden bildungs- und gesellschaftspolitischen Anspruch gerecht zu werden.

AEC und Future Park werden auch die inhaltliche Auseinandersetzung, welchen Einfluss neue Technologien auf unsere Gesellschaft haben, intensiver führen müssen als bisher. Diesen Punkt anerkennt auch der aktuelle AEC-Leiter Gerfried Stocker: „Die neuen Herausforderungen für uns, wenn es um den Bildungsauftrag geht, sind nicht mehr nur die Beschäftigung mit Computer und Informationstechnologien, sondern wir müssen uns

auch mit Dingen wie Nanotechnologie, Quantentechnologie, und vor allem Gen- und Biotechnologie auseinandersetzen.“

Eine Neuorientierung steht im Zuge der Erweiterung für das Future Lab an. Das Future hat sich ohnehin schon in den letzten Jahren räumlich und personell stark vergrößert. Mit rund 60 MitarbeiterInnen auf derzeit über 600 Quadratmetern ist das Lab mittlerweile so etwas wie das Flaggschiff der Ars Electronica geworden. Rund zwei Drittel der Installationen im Center sind Eigenproduktionen, die auch in zunehmendem Maße international vermarktet werden. Eine engere Integration des Future Lab im gemeinsamen, neuen Haus hat allerdings nicht nur eine starke symbolische Wirkung, sondern auch den Hintergrund, die Arbeit des Future Labs mehr in die Vermittlungsprogramme des Future Parks einbinden zu können. Geplant ist ein Labor, halb Future Lab - halb Museum, in das Projekte aus dem geschlossenen Future Lab Bereich dann übersiedeln, wenn für die Besucher/innen ein erleb- und begreifbares Ergebnis vorliegt. Pläne, Benutzer/innen und Besucher/innen schon während der Entwurfs- und Erstentwicklungsphasen einzubauen, gibt es bislang jedoch noch keine.

Die Entwicklung der Ars Electronica in den nächsten Jahren - bis zum Kulturhauptstadtjahr und darüber hinaus - ist eine Chance für die Stadt Linz, ihren Ruf in der internationalen Kunst- und Kulturszene weiter auszubauen und auf Jahre hinaus zu gewährleisten. Voraussetzung dafür ist aber, sich gerade nicht auf Erfolgsrezepte der vergangenen Dekade zu verlassen, sondern den neuen Raum auch auf neue Arten zu nutzen, zu bespielen. Technologische Entwicklungen wie ein allgegenwärtiges Internet, immer leistungsfähigere Rechner, immer schnellere Verbindungen und die virtual reality bieten die Möglichkeit, nicht nur ausgestellt zu werden, sondern den Besucher/innen eines „Museums der Zukunft“ auch für eine aktive Beteiligung zur Verfügung gestellt zu werden.

„Mischung aus Best-of und Labor“



Foto: Ars Electronica Center

Interview: Gerfried Stocker

Gerfried Stocker ist Geschäftsführer und künstlerischer Leiter des Ars Electronica Centers in Linz sowie mitverantwortlich für das jährlich stattfindende Ars Electronica Festival. In beiden Bereichen kann er auf seine eigene Erfahrung als Medienkünstler, Musiker und Ingenieur für Nachrichtentechnik und Elektronik zurückgreifen.

Sie sind seit 1995 künstlerischer Leiter der Ars Electronica und Geschäftsführer des Ars Electronica Centers. Welche Visionen, welche Ziele hatten Sie, als sie 1995 Ihre Stelle antraten?

Gerfried Stocker: Ich glaube darauf gibt es zwei Antworten. 1995 hat keiner gewußt, wie die Idee eines Ars Electronica Centers (AEC) tatsächlich funktionieren soll. Es gab ein tolles Konzept und Experten aus der ganzen Welt wurden befragt. Ich kann mich da an Dinge erinnern, die dermaßen Science Fiction waren, dass man nur schmunzeln konnte. Das war damals eine Zeit, wo man Hoffnungen und Erwartungen in die Technologie gesetzt hat, die sich in manchem erfüllt haben, sogar übererfüllt, in manchem aber überhaupt nicht. Die konkreten Vorstellungen von technologischen Entwicklungen waren zum Teil noch sehr nebulös. Dennoch war unser zentrales Ziel die Vermittlung und Erklärung des Ganzen. Es war klar – wenn man sich die Geschichte der Ars Electronica seit 1979 ansieht –, dass wir es mit einer Technologie zu tun haben, die eine massive kulturelle und gesellschaftliche Dimension und Auswirkung hat. Dem auf den Grund zu gehen, es irgendwie so runterzuberechnen, dass es die Leute auf der Straße auch verstehen können. Nicht in dem Sinne, dass man Ihnen Programmieren beibringt oder wie genau ein Computer funktioniert mit seinen Bits und Bytes, son-

dern das Verstehen, was das für ihr Leben bedeutet. Also es gab eine Vision und zum ersten Mal überhaupt weltweit die Möglichkeit so eine Art von Museum bzw. Einrichtung aufzubauen. Das was es bis dorthin gab, waren irgendwelche Science Center oder Technologie Museen wie in Wien oder München. Aber auf der Basis von Computer- und Informationstechnologie hat so was ja keiner vorher gemacht.

Der zentrale Punkt in der Konzeption des Ars Electronica Centers war also vor allem der Aspekt der Vermittlung?

Gerfried Stocker: Das war wirklich der zentrale Angelpunkt bei der Konzeption des AEC. Darum wurde es ja von Anfang an nie als Kunstmuseum geplant. Wir haben jahrelang gebraucht, bis das in der Kunstszene einigermaßen akzeptiert wurde. Wir haben viel harsche Kritik bekommen für unsere Ausstellungen. Vor allem der C.A.V.E. und dessen Verwendung wurden kritisiert. Unser Ansatzpunkt war: Für die Kunst wird – unter Führungszeichen – genug getan. Wir haben ein Festival und wir haben den Wettbewerb „Prix Ars Electronica“, die beide stark auf den Kunstbereich ausgerichtet sind. Wir brauchten da nicht noch ein weiteres draufsetzen, sondern wir mussten und müssen mit dem AEC in den Vermittlungsbereich gehen.

Welchen Schwerpunkt wählt sich hier das AEC?

Gerfried Stocker: Das Center hat eigentlich den Schwerpunkt Bildung. Deswegen auch die stärkere Ausrichtung auf den klassischen Bildungsbereich. Von unseren Internetkursen für Seniorinnen und Senioren bis hin zu einem ganzen Schulprogramm. Im gleichen Ausmaß, indem sich das Future Lab eher für den Wirtschafts- und Erwachsenenbereich etabliert hat, haben wir das Center dann stärker im Bereich der Kids und Jugendlichen entwickelt. Das ist unser Eiertanz, wo wir ständig versuchen, uns mit den 4 Beinen, die wir haben – Festival, Wettbewerb, Center und Future Lab – so aufzustellen, dass wir ein möglichst breites Spektrum haben, lokal und international.

Sie haben soeben in wenigen Worten das Ars Electronica Center und die Future Labs charakterisiert, vielleicht könnten Sie uns kurz die Bedeutung von Festival und Prix aus Ihrer Sicht erläutern?

Gerfried Stocker: Während das Museum mit über 60 Prozent der Besucherinnen und Besucher aus Linz und Oberösterreich einen starken regionalen Bezug hat, sind das Festival und der Prix sehr international ausgerichtet. Mit einem stolzen und selbstbewussten Commitment zu einem bestimmten Niveau und zu einer bestimmten Elite. Es

ist aber dennoch kein Geheimnis, dass wir uns auch mit dem Festival sehr stark bemühen, aus diesen engen Schranken herauszukommen. Deshalb machen wir jedes Jahr ein Spektakel am Hauptplatz und gehen auch bewußt mit weniger komplizierten Projekten hinaus an die Öffentlichkeit. Das gehört einfach zum Grundwesen der Ars Electronica. Der Prix ist der größte und wichtigste Wettbewerb weltweit, das klingt immer so überheblich, aber das ist wirklich so. Der Prix setzt auf Spitzenleistungen. Da werden die weltweit besten Werke aus dem Bereich der Computerkunst prämiert und präsentiert. Das ist quasi Best of.

Das Festival hat dazu immer auch noch einen sehr starken Laborcharakter. Oft liefert man sich einfach neuen Fragen, Experimenten aus. Da machen wir Projekte, bei denen wir im Vorhinein nicht wissen, ob die Künstler bis zum September das wirklich so hinbekommen, wie sie das wollen. Da zeigen wir Arbeiten die „in progress“ sind, da veranstalten wir selbst Workshops. Das ist, glaube ich, eine ganz gute Mischung zwischen „Best of“ und Laborcharakter, zwischen Experiment und etablierter guter Arbeit. Aber von der Zielgruppenausrichtung haben beide diese Internationalität und das Künstlerische, Wissenschaftliche als Schwerpunkt.

Welche Rolle spielte und spielt das kommende Kulturhauptstadtjahr 2009 für die Erweiterung des AEC?

Gerfried Stocker: Die Ars Electronica ist die Topmarke des Linzer Kulturbereichs. Es gibt keine zweite Marke, keinen zweiten Namen, der international eine dermaßen hohe Bekanntheit hat. Da kann der gute Anton Bruckner bei weitem nicht mithalten, obwohl der schon relativ lange im Rennen ist. Im Jahr der europäischen Kulturhauptstadt 2009, auch wenn es Linz anders anlegt als Graz, kommt man nicht umhin und soll eine Kulturhauptstadt einfach auch Schaufenster sein. Da spielt natürlich auch die Ars Electronica eine sehr starke Rolle.

Ist der „future park“ nur ein neues, größeres Gebäude oder wird sich auch inhaltlich etwas ändern?

Gerfried Stocker: Es geht beim „future park“ sehr stark darum, wie auch bisher beim AEC, einen Bildungsauftrag zu erfüllen. Dieser Bildungsauftrag muss sich aber erweitern. Wir haben in sehr vielen Fällen die Erfahrung gemacht, dass es für unser Publikum in letzter Zeit auch immer interessanter geworden ist, mehr hinter die Kulissen unserer tollen Anwendungen und Projekte, die wir zeigen, schauen zu können. Gleichzeitig will ich aber auch mit allen Mitteln verhindern, dass wir ein typisches Science

Center werden, wie es sie überall in Amerika oder auch schon in manchen europäischen Städten gibt. Dort steht dann ein aufgeschnittener Computer und man zeigt den Kindern, wie eine Festplatte oder eine CPU oder ähnliches im Inneren aussieht. Projekte wie zum Beispiel „Gulliver’s Welt“ im ersten Geschoss des AEC, wo die Leute mit einer unheimlichen Motivation dazu gebracht werden, darüber nachzudenken, wie diese ganze Computerwelten überhaupt funktionieren, wo die Kids integriert werden und selbst ihre Geschichten schreiben, sind doch viel spannender. Es geht darum, ihnen zu zeigen, dass es vielleicht viel lustiger und spannender ist, eine eigene Computergeschichte oder ein eigenes Computerspiel zu entwickeln, als nur eines zu kaufen und damit zu spielen. Oder allgemeiner die Idee, den Leuten zu zeigen, dass es viel spannender ist, Produzent und Creator zu sein, statt nur Konsument. Das will ich nicht aufgeben. Unsere Installationen, die sehr attraktiv sind, weil sie durch die Interaktivität einen hohen Entertainmentfaktor erreichen, brauchen aber eine Ergänzung um die technischen Hintergründe. Das braucht einfach Platz.

Bedeutet das, die bereits bestehende Ausrichtung auf junge Leute, Kinder, Jugendliche und Schulen wird noch stärker werden?

Gerfried Stocker: Es wird auf jeden Fall ein Hauptsschwerpunkt sein. Das ist unser Rückgrat. Mittlerweile beinhaltet der Bildungsauftrag nicht mehr nur Computer und Informationstechnologien, sondern Dinge wie Nanotechnologie, Quantentechnologie, vor allem Gen- und Biotechnologie müssen Beachtung finden. Das Erfolgsrezept dafür haben wir noch nicht in der Tasche. Ich glaube aber, dass wir aufgrund unserer Erfahrungen mit multimedialen Vermittlungstechniken durch 10 Jahre Museumsbetrieb sehr gute Voraussetzungen haben. Was bedeutet, dass wir in der Lage sind, diese sehr komplexen und schwierigen Themen auch vermitteln zu können.

Darüber hinaus müssen wir Konzepte entwickeln, die über 2009 hinausgehen. Eventuell die Vergrößerung des Einzugsgebietes des AEC auf ganz Österreich und seiner Nachbarländer, um das AEC auch touristisch besser zu nutzen. Denn die circa 80.000 Besucher, die wir 2006 haben werden, sind das ungefähr erreichbare Maximum in der bestehenden Region.

Gibt es neue Konzepte für Jugendliche und Schüler/innen in Hinblick auf die Erweiterung des AEC?

Gerfried Stocker: Ein ganz wichtiger Aspekt für uns ist das Weiterdenken eines elektronischen Klassenzimmers. Wir wollen neue

Wege ausprobieren. Eine Möglichkeit ist ein Lernstudio, in dem wir das Lernen und Auseinandersetzen mit Themenstellungen in der Form von Webcasting durch die Schülerinnen und Schüler betreiben. Die Jugendlichen erarbeiten und recherchieren dabei Themen und vermitteln ihre Ergebnisse über Internet-TV und Online-Streaming. Die Themen sollen je nach Entwicklung weiter aufbereitet werden und in eine Datenbank einfließen, auf die wiederum andere Jugendliche zugreifen können. Durch diese Kontinuität wird dieses Studio gleichzeitig zu einem Element der Ausstellung.

Es geht immer darum, Impulse zu setzen und etwas prototypisch zu zeigen. Damit zeigt man Interessierten, in welche Richtung es gehen kann, um zu erreichen, dass sie das dann auch umsetzen. Wir wollen mit diesem „Science Newsroom“ – ein Arbeitstitel – das Arbeiten mit dem Wissen zum Kernpunkt des Lernens machen. Die pädagogischen Theorien dazu haben nicht wir entwickelt, die waren schon vorhanden. Darüber hinaus stehen wir im Zuge der Entwicklung in Kontakt mit Lehrerinnen und Lehrern.

Werden diese Theorien gelehrt oder gar gelebt?

Gerfried Stocker: Wir haben den Vorteil, dass wir sie nicht leben müssen. Wir arbeiten nur prototypisch. Die Schulen stehen da

vor einem wesentlich größeren Problem. Ihnen fehlt das Geld für die Infrastruktur und für die technische Betreuung. Es zeichnet ein Museum in unserer Zeit aus, dass es die Möglichkeit hat, etwas prototypisch her- und vorzuzeigen. Ein Ideal zu präsentieren. Üblicherweise tragen wir dazu bei, dass das Hergezeigte mit etwas Verzögerung umgesetzt wird.

Wir haben gehört, dass es im vergrößerten Sky-Loft Zugang zu bestimmten Datenbanken geben soll, zu denen man bisher als Normalbürger/in nicht so leicht Zugang hat. Wie soll das aussehen?

Gerfried Stocker: Es gibt im Grunde genommen wenig Informationen, zu denen man nicht eh irgendwie kommen könnte, wenn man sich gut auskennt. Aber das tun sehr viele Leute nicht, beziehungsweise haben ja viele gar nicht die Zeit, dass sie sich zum „Überdrüber-Googler“ oder Hacker entwickeln, um an Informationen zu kommen.

Die Frage ist, was ein Äquivalent zu einem Kaffeehaus sein kann, wo man vier bis fünf Tageszeitungen, ein paar Wochenmagazine und vielleicht sogar internationale Zeitungen hat. Das ist dieser stehende Mythos vom guten Kaffeehaus. Die Frage ist jetzt, was kann das in unserer Zeit heißen?

Was könnte es heißen?

Gerfried Stocker: Das Äquivalent könnte im AEC der Zugang zu großen, internationalen Datenbanken sein. Wir könnten uns Mitgliedschaften und Abonnements bei größeren Nachrichten-, Wissenschafts- und vielleicht auch irgendwelchen Finanzdatenbanken organisieren und sie dann im Sky-Loft zugänglich machen. Wir werden es wahrscheinlich nicht schaffen, Bloomberg oder ähnliches dort oben frei zugänglich zu machen, aber ich glaube, dass die Idee grundsätzlich schon funktionieren kann. Ob das jetzt die große Nutzenstiftung des neuen „future parks“ ist, glaube ich eher nicht. Das hat mehr mit einem Imagefaktor zu tun.

Eine letzte Frage noch: Wie wird die Ars Electronica 2017 oder 2025 ausschauen? Also in einem sehr viel weiter entfernten Zeitraum.

Gerfried Stocker: Schwer zu sagen. Wir befinden uns im Moment in einer entscheidenden Phase, in der es darum geht, ob die Ars Electronica diesen internationalen Stellenwert langfristig halten kann. Wir hatten diesen riesigen Startvorteil, dass bereits 1979 ein paar Leute in Linz so clever waren, zu erkennen, dass die computertechnische Entwicklung etwas Spannendes wird. Vor allem, dass das etwas mit Kultur und Gesellschaft zu tun hat.

Künstlerinnen und Künstler als Katalysatoren in diesen Entwicklungsprozessen zwischen Technologie und Gesellschaft einzusetzen, ist vielleicht irgendwann gar nicht mehr so notwendig. Ich glaube zwar nicht daran, weil sich neue technologische Felder ergeben werden, aber vielleicht sind es irgendwann einmal nicht technologische Fragen, sondern andere, wo wiederum die Rolle der Künstlerinnen und Künstler wichtig ist. Ich glaube, so lange wir es schaffen, auch all unseren UnterstützerInnen - also der öffentlichen wie der privaten Seite - glaubhaft zu vermitteln, dass der Beitrag der Kunst und der Künstler etwas sein kann, das auch der Gesellschaft einen Nutzen bringt, haben wir einen gesellschaftspolitischen Auftrag.

„Nicht nur ein weiteres Museum“

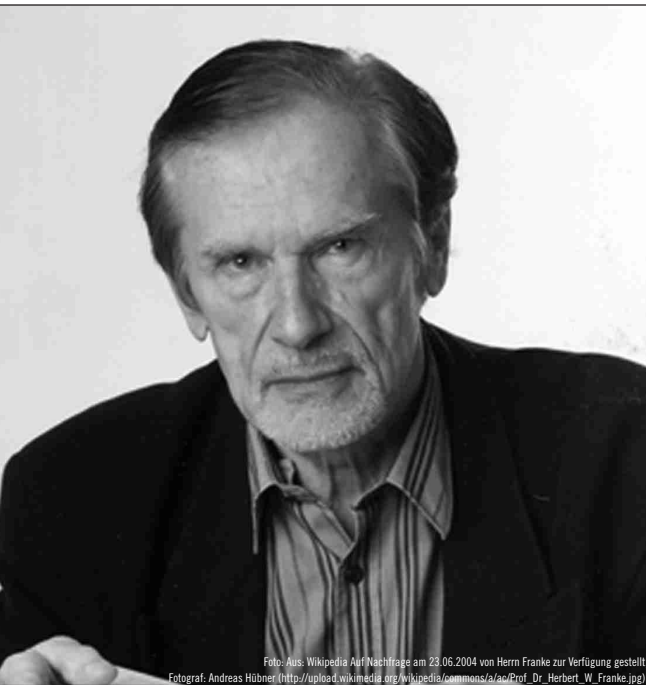


Foto: Aus: Wikipedia Auf Nachfrage am 23.06.2004 von Herrn Franke zur Verfügung gestellt.
Fotograf: Andreas Hübner (http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/2/2a/Prof._Herbert_W._Franke.jpg)

Interview: Herbert W. Franke

Professor Herbert W. Franke ist einer der profiliertesten deutschen Science Fiction Autoren und als Wissenschaftler unter anderem in den Bereichen Zukunftsforschung und Computerkunst tätig. 1979 war er einer der Mitbegründer der Ars Electronica.

Herr Franke, Sie waren 1979 maßgeblich an der Gründung der Ars Electronica als verbindendes Festival von Technologie, Kunst und Gesellschaft in Linz beteiligt. Welche Erinnerungen haben Sie an den 18. September 1979 als in Linz das erste Ars Electronica Festival eröffnet wurde?

Herbert W. Franke: Nach der arbeitsreichen Zeit der Vorbereitungen herrschte bei allen Beteiligten eine einmalige Aufbruchsstimmung, verbunden mit großen Erwartungen, aber auch mit einer gewissen Unsicherheit darüber, wie unsere Initiative aufgenommen würde. Doch im Laufe der Veranstaltung festigte sich der Eindruck eines beachtlichen Erfolgs, der sich in den nächsten Jahren – unter wachsender internationaler Beteiligung – noch steigerte.

Was waren Ihre Visionen bei der Gründung der Ars Electronica und welche Vorstellungen hatten Sie von der weiteren Entwicklung des Festivals?

Herbert W. Franke: Ich war damals schon überzeugt – und bin es heute noch –, dass die Wechselwirkungen zwischen Kunst, Wissenschaft und Technik für alle Beteiligten zu einer wünschenswerten Horizonsweiterung führen, und dass die Anwendung technischer Mittel erhebliche Erweiterungen der Gestaltungs- und Ausdrucksmöglichkeiten mit sich bringt. Die Ars Electronica

sollte zu einem Kommunikationszentrum für alle daran Interessierten werden – und wurde es ja auch.

Was halten Sie von dem im Jahr 1996 gegründeten Ars Electronica Centers in Linz?

Herbert W. Franke: Schon in den ersten Jahren der Ars Electronica erwies es sich als bedauerlich, dass es außerhalb der Festspielaktivitäten keine Ansprechstation für Interessenten aus aller Welt gab. Als wünschenswert erschien es weiter, im Bereich der Medienkunst auch selbst produktiv zu werden. Nachdem die Ars Electronica erst einmal fest mit Linz verbunden war, sollten Einwohner wie auch Besucher auch im übrigen Teil des Jahres Gelegenheit zur Information über den aktuellen Stand der Entwicklungen bekommen. Das Ars Electronica Center ist also nicht nur ein weiteres Museum, sondern hat im Rahmen der Aktivitäten eine bedeutende Aufgabe.

Wie beurteilen Sie die Entwicklung des Prix Ars Electronica in den letzten 10 Jahren? Was halten Sie von der Einführung der Kategorien „Digital Communities“ und „U19 – freestyle computing“

Herbert W. Franke: Da ich mich nach Beendigung meiner Aktivitäten in Linz auf andere Aufgaben konzentrierte, kann ich

kein kompetentes Urteil über die Entwicklungen abgeben. Ich bin der Meinung, dass die Programmgestaltung keinem starren Prinzip folgen, sondern das Interesse des Publikums berücksichtigen soll, und dazu müsste man die Resonanz der Veranstaltungen genau analysieren. In diesem Sinn ist es durchaus legitim, auch Themen aufzugreifen, die die mit ihnen verbundenen Erwartungen vielleicht später nicht erfüllen.

Wie und in wie weit weicht das jetzige „Erscheinungsbild“ der Ars Electronica von Ihren eigenen Vorstellungen ab?

Herbert W. Franke: Die Art, wie sich die Ars Electronica heute präsentiert, hat alle Erwartungen der Anfangszeit weit übertroffen – sie hat eine feste und einmalige Position unter allen vergleichbaren Initiativen erlangt. Im Hinblick auf meine Ausführungen zur vorhergehenden Frage muss das Erscheinungsbild einer solchen Veranstaltung ständig neu definiert werden, wenn sie aktuell und lebendig bleiben soll. Speziell in einer Beziehung – und das ist subjektiv in meiner Herkunft von der Naturwissenschaft begründet – könnte ich mir eine Ergänzung des Programms vorstellen. Es war von Anfang an mein Wunsch, nicht nur die Künstler an die neuen Methoden der digitalen Technik heranzuführen, sondern auch den Wissenschaftlern und Technikern die Kunst näher zu bringen; man

sollte dieser Zielsetzung wieder mehr Beachtung widmen.

Welches Bild haben Sie vor Augen, wenn Sie an die Ars Electronica im Jahr 2027 denken?

Herbert W. Franke: Es ist meine Überzeugung, dass die Möglichkeiten der digitalen Elektronik auch 2027 noch längst nicht ausgeschöpft sein werden, beispielsweise im Zusammenhang mit Fortschritten im Bereich der Neurologie und der Künstlichen Intelligenz. Wenn es erst einmal so weit ist, wird beispielsweise auch die Literatur zum Thema der Ars Electronica werden. Wenn es gelingt, den bisher eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen, ohne den modischen Strömungen allzu viel Raum zuzugestehen, dann könnte die Ars Electronica auch in 20 Jahren noch das Forum sein, das sie heute ist.

PROJEKTE: Gulliver im World Wide Web

Die virtuelle Welt von Gulliver⁹² ist eine der bekanntesten Entwicklungen des Futurelabs. Die Möglichkeiten der aktiven Beteiligung von UserInnen wurden durch Weiterentwicklungen bereits ausgebaut.

Ein weiterer Schritt um dieses Projekt zu attraktivieren und gleichzeitig eine bessere Anbindung des Ars Electronica Centers an die weltweite „Digital Community“ könnte das Öffnen des Projektes in Richtung Internet sein. User/innen könnten nicht nur an dem Projekt teilhaben, indem sie das AEC besuchen und dort die sieben Stationen von „Gullivers Welt“ bedienen. Jede/r könnte von zu Hause aus, über den eigenen PC mit Internetverbindung, die Geschicke Gullivers und seiner GefährtInnen lenken.

Über diesen Weg könnten eigene Welten innerhalb Gullivers Welt entstehen. Gullivers Galaxis ist der Rahmen und jeder kann seine eigene Welt erschaffen, seinen eigenen Planeten mit Landschaft, Wetter, Lebewesen, Bauwerken, usw.

Im täglichen Betrieb des AEC sind Schulklassen und Kindergruppen ein nicht wegzudenkender Bestandteil. Im Zuge dieses Projektes können die Schüler/innen in Form von Projektarbeiten in der Schule oder zu Hause mit dem PC ihre eigene Welten entwickeln, ihre eigenen Spielfiguren erschaffen. Vielleicht die Form ihres Zusammenlebens in Ihrer Welt bestimmen. Eine weitere Möglichkeit ist das Experimentieren mit politischen Systemen. Die von den Jugendlichen kreierten Spielfiguren praktizieren Demokratie oder Ständestaat, vielleicht je nachdem welches Kapitel gerade im Geschichtsunterricht behandelt wird. Eine zusätzliche Entwicklungsmöglichkeit des Projektes ist die Fähigkeit der User/innen, über Ihre Avatare miteinander zu kommunizieren.

Die Kreationen werden über das Internet in Gullivers Galaxis integriert und somit Teil des Ganzen. Ein wesentlicher Effekt ist das „Beobachten“ der anderen Gruppen und das voneinander lernen. Am Ende der Gestaltung der jeweiligen Welt, steht dann natürlich der (gemeinsame) AEC-Besuch, wo die dezentral entworfenen Welten dann „virtuell-real“ erlebt werden können.

PROJEKTSKIZZE:

Guliver im World Wide Web



Projektziele

- Vermittlung von technologischem Wissen.
- Wecken des Kreativ-Potentials von Kindern und Jugendlichen

Projektbestandteile

Öffnen von „Gullivers Welt“ für das Internet durch Schaffung der notwendigen Schnittstellen durch das Future Lab und Entwickeln der notwendigen Webplattform

Projektzielgruppen

- Schulen
- Kindergärten
- Jugendzentren
- computerinteressierte Menschen

Projektträger

AEC und Futurelab gemeinsam mit den Linzer Bildungseinrichtungen

Dialoggruppen

- AEC
- Futurelab
- Schulen

Zeitraum

Entwicklung bis 2008, Start 2009

Finanzierungsbedarf

Erstellung des Webauftrittes und Entwicklung durch das Futurelab



PROJEKTE: Community-Fabber im AEC

So wie der Personal Computer (PC) mit Internetanschluss als Universalmaschine für die Erstellung diversester digitaler Güter – von Texten über Musik bis hin zu Videos gilt – träumen manche Forscher/innen von vergleichbaren Universalmaschinen für die reale Welt. Analog zum PC werden derartige universale Produktionsmaschinen „Personal Fabricator“ oder „Fabber“ genannt. Was sich wie totale Science Fiction anhört, ist in Gestalt von Geräten zum „Rapid Prototyping“ jedoch bereits (teure) Wirklichkeit.

Der gute alte Neun-Nadel-Matrix Drucker bildete – begleitet durch ohrenbetäubenden Lärm – den Anfang dieser Entwicklung. Zum ersten Mal konnte jede/r, der/die einen Computer zu Hause hatte, auch die Texte und einfach gestrickte Grafiken zu Papier bringen. Die Entwicklung dieser Geräte nahm bis heute kein Ende. Noch mehr Pixel, noch brillantere Farben, noch weniger Tintenverbrauch, noch mehr Seiten pro Minute.

Fabber beziehungsweise Geräte für Rapid Prototyping schließen nun an diese Entwicklung an und drucken ebenfalls – nur in 3D. Nicht die Pläne eines zu bauenden Hauses drucken, sondern ein Modell des zu bauenden Hauses „fabbern“. Aufgrund der bislang geringen Anwendungsbereiche und des frühen Entwicklungsstadiums steht diese Technologie (siehe Kasten) allerdings nur hoch technologisierten Forschungseinrichtungen und der Industrie zur Verfügung.

Stichwort: Rapid Prototyping

Es gibt unterschiedliche Techniken des Rapid Prototyping. Eine davon ist die Stereolithografie: Ein lichtaushärtender Kunststoff (Photopolymer), z.B. Epoxidharz, wird von einem Laser in dünnen Schichten (Standardschichtstärke im Bereich 0,05 ... 0,25 mm, bei Mikrosterolithografie auch darunter) ausgehärtet. Die Prozedur geschieht in einem Bad, welches mit den Basismonomeren des lichtempfindlichen (photosensitiven) Kunststoffes gefüllt ist. Nach jedem Schritt wird das Werkstück um den Betrag einer Schichtstärke abgesenkt und der flüssige Kunststoff an der Oberfläche durch einen Wischer gleichmäßig verteilt. Dann fährt ein Laser, der von einem Computer über bewegliche Spiegel gesteuert wird, auf der neuen Schicht über die Flächen, die ausgehärtet werden sollen. Nach dem Aushärten erfolgt der nächste Schritt, sodass nach und nach ein 3D-Modell entsteht.

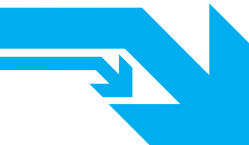
Nach: <http://de.wikipedia.org/wiki/Stereolithographie> [17.10.2006]

Das Ars Electronica Center konnte schon einmal als erster eine hochkomplexe Technologie, die zuvor nur elitären Einrichtungen vorbehalten war, einem breiten Publikum zugänglich machen, indem es einen öffentlichen C.A.V.E. einrichtete. Besucher/innen können in virtuellen Welten spazieren und sich beispielsweise das neue Linzer Musiktheater von innen ansehen, bevor es fertiggestellt ist.

Mit dem Fabber bietet sich für das AEC eine weitere Chance, eine hoch entwickelte Technologie für eine Community nutzbar zu machen. Durch Veröffentlichung der notwendigen Schnittstellen sowie der Entwicklung freier Gestaltungssoftware soll technisch Interessierten und Künstler/innen die Möglichkeit gegeben werden, ihre eigenen, am Computer entworfenen Modelle oder Kunstwerke im AEC-Fabber in 3D „auszudrucken“. Je nach Nachfrage müsste ein geeigneter Modus in Form von Wettbewerben oder Beschränkungen gefunden werden.

PROJEKTSKIZZE:

Community-Fabber im AEC



Projektziele	Nutzbar machen der Fabber-Technologie für die (nicht nur) Linzer Digital Community
Projektbestandteile	Anschaffung eines Fabbers und des Zugangs über das Internet – Betreuung vor Ort und über Internet durch geschultes Personal
Projektzielgruppen	Am Rapid Prototyping für nicht-kommerzielle Zwecke Interessierte auf der ganzen Welt
Projektträger	AEC
Dialoggruppen	- AEC - Futurelab
Zeitraum	Anschaffung und Einrichtung bis Ende 2008
Finanzierungsbedarf	Anschaffungskosten Fabber sowie Entwicklungs- und Betreuungskosten für Aufbau und (Software-)Anbindung einer Community



PROJEKTE: Raum für die Community

Die Erweiterung des Ars Electronica Centers bietet eine gute Möglichkeit, interessierte Teile der lokalen und internationalen Online-Community verstärkt in und rund um das „Museum of the Future“ einzubinden und es damit von einem Haus über digitale Technologien noch stärker zu einem Haus der digitalen Technologie zu machen.

Eine Variante wäre, der Online-Community die Möglichkeit zu geben, in einem Raum (mit der notwendigen technischen Ausrüstung) an der Gestaltung des Stadtbildes der Stadt Linz mitzuwirken. Als Weiterentwicklung von Projekten wie der Linzer Wikimap⁸³ könnten auf einem dreidimensionalen, digitalen Plan der Stadt an einem bestimmten Ort Umgestaltungen vorgenommen werden. Sei es das eigene Haus, in dem man wohnt, die eigene Schule oder vielleicht das Rathaus – Ziel wäre die Schaffung eines virtuellen Möglichkeitsraums für individuelle Stadt(mit)gestaltung.

Die Stadt Linz könnte dieses Projekt ebenfalls als Plattform nutzen. Projekte, die die Stadt Linz plant, wie beispielsweise die Erweiterung des AEC könnten hier bereits in den Stadtplan integriert werden und so der Linzer Bevölkerung veranschaulicht werden.

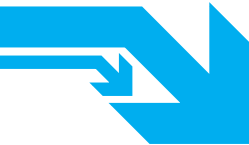
Als Ausbaustufe dieses Projektes könnte in diesen Raum ein C.A.V.E. ähnliches Virtual-Reality-System integriert werden, das den UserInnen das Herumspazieren in ganz Linz ermöglichen würde.

Städtebauliche Projekte könnten, sobald die Pläne dafür fertig sind, virtuell zugänglich gemacht werden und auf diese Art und Weise die oft existierende Skepsis der Bevölkerung gegenüber neuen Projekten abbauen helfen. Denn wie das Beispiel des Kunstmuseums Lentos beweist, wandelt sich Ablehnung oft in begeisterte Zustimmung, kaum dass der hässliche Rohbau hinter einer leuchtenden Fassade verschwunden ist. Vor allem schafft man dadurch aber auch Möglichkeiten für die Bevölkerung, an der Stadtgestaltung mitzuwirken. Die InitiatorInnen dieses Projektes könnten Wettbewerbe veranstalten und die besten Projekte könnten realisiert werden.

Zentral für das Projekt wäre aber eine niederschwellige Möglichkeit der Online-Mitgestaltung zu ermöglichen, deren Ergebnisse dann vor Ort im AEC betrachtet werden können.

PROJEKTSKIZZE:

Raum für die Community



Projektziele

Schaffung eines von der online-Community gestaltbaren Raumes im erweiterten AEC

Projektbestandteile

- Raumreservierung im neuen AEC
- technische Planung des Projektes
- Bewerbung

Projektzielgruppen

Lokale und internationale Interessierte

Projekträger

Stadt Linz und AEC

Dialoggruppen

- Stadtplanung
- AEC
- Future Lab

Zeitraum

Fertigstellung bis Ende 2008, Start 2009

Finanzierungsbedarf

Anschaffung der technischen Infrastruktur, Betreuung des Projekts



„Es gibt keine Kunst, die nichts wiederverwendet.“

(Lawrence Lessig, Gründer von Creative Commons)



FREIE NETZE
FREIES WISSEN



FREIHEIT DER KUNST DURCH FREIE WERKE?

Thomas Gegenhuber und Stefan Bräu

Kunst und Kultur im Zeitalter digitaler Remixes.

Linz. Wir schreiben das Jahr 2009. Die zahlreichen SeniorInnenklubs der Stadt Linz bieten nicht nur kreatives Arbeiten an. Im Rahmen vom Handarbeiten werden die Stickereien der einzelnen Heime eingescannt und über das Internet ausgetauscht. Stickerei-Interessierte aus ganz Europa greifen auf die Seiten der SeniorInnenzentren zu. Die Downloadzahlen können sich sehen lassen.

Nein, das ist keine Satire. Etwas ähnliches hat es in den USA tatsächlich gegeben. Es ist ein Beispiel, das zeigt wie vielfältig die Bereiche für freien Austausch von Ideen sein können, aber auch dafür, wie Interessen von Einzelnen die Kreativität von Vielen hemmen können. Der Autor Janko Röttgers beschreibt den Stickmuster-Fall in seinem Buch "Mix, Burn & R.I.P – das Ende der Musikindustrie" so: Ältere Menschen haben das Netz für sich entdeckt und wurden zu wahren NetzpiratInnen. Die Firma Pegasus Original verkauft Stickmuster, musste allerdings feststellen, dass die Verkäufe zurückgingen. Die SeniorInnen scannten ihre Stickmuster ein und tauschten sie über das Netz aus. Die Firma Pegasus war empört und setzte auf juristische Schritte - mit begrenztem Erfolg. Trotzdem ist eine Diskussion entbrannt: Werden die Künstler/innen, die die Stickmuster entwerfen, gut genug bezahlt? Wieso versucht die Firma nicht, Muster als Download anzubieten?

Dieses Beispiel weist einige Parallelen zur Musik- und Medienindustrie auf. So wurde 1999 die Musiktaschbörse Napster gegründet, die sich zur ersten weltumspannenden Anbieterin von Musik entwickelte. Das zum besten Preis – die MP3s konnten gratis heruntergeladen werden. MP3 ist ein revolutionäres Audioformat, dass die Größe von Musikdateien so weit reduziert, dass sie schnell über das Netz verschickt werden können. Auch die Auswahl an Musik ließ kaum zu wünschen übrig – von bekanntesten Acts bis zu NischeninterpretInnen war alles dabei. Die Musikindustrie schaute dem Treiben nicht lange zu. Napster, wie auch diverse Nachfolgetaschbörsen, wurden mit Klagen eingedeckt. Die dezentrale Peer-to-Peer-Struktur (P2P) der zweiten Generation von Tauschbörsen machte eine juristische Verfolgung aber schwieriger. Denn während Napster auf zentrale Server setzte, basiert P2P auf einer Vielzahl an direkten Rechner-zu-Rechner Verbindungen. Über P2P Netzwerke wie beispielsweise eMule oder Bittorrent werden dabei längst nicht nur Musikdateien heruntergeladen – das Angebot umfasst inzwischen Filme, Textdateien, Videos und Computerprogramme. „P2P bietet Zugriff auf unzählige Musiktitel, die es bei iTunes & Co nie geben wird: Fan-Remixe, rare Bootlegs, Mashups etc.“, erläutert Janko Röttgers einen der Vorzüge dieser halblegalen Online-Tauschbörsen.

Tötet kopieren Musik?

Mit dem Argument „Copy kills music“ setzt sich die Musik- und Medienindustrie als Reaktion auf die neuen Verbreitungsmöglichkeiten im Internet für ein restriktiveres Copyright ein – mit Erfolg. In den letzten Jahren wurde Copyrightgesetz zunehmend den Wünschen der Medienindustrie angepasst. So wurde in Deutschland die Frist, nach der Werke in das Allgemeingut übergehen, von 30 Jahren zur Jahrhundertwende auf 70 Jahre nach dem Tod des/der Künstlers/Künstlerin erhöht. Somit verlängerte sich auch der Verwertungszeitraum, in dem die Musikkonzerne Geld mit den Veröffentlichungen verdienen können. Auch der Druck auf die Downloader/innen wird juristisch und medial erhöht. In Kino und Radiospots wird Filesharing mit Raub gleichgesetzt und mit Horrorstrafen von 5 Jahren Haft gedroht – die natürlich nur für gewerbsmäßige Urheberrechtsverletzungen und keinesfalls für privaten Dateiaustausch verhängt werden kann. Eine Gleichsetzung, die Medientheoretiker/innen wie Röttgers sauer aufstößt: „Urheberrechtsvergehen sind nicht das gleiche wie Diebstahl, da geistige Eigentümer vom Gesetz anders behandelt werden als materielle. Schließlich geht auch ein Stuhl nicht 70 Jahre nach dem Tod seines Fabrikanten in den Allgemeinbesitz über“.

So ist es kein Wunder, dass auch der Widerstand gegen derartige Kampagnen wächst. Gegenstand der Kritik sind dann oft veraltete und ungerechte Verwertungsstrukturen. Die herkömmlichen Verträge im Musikbereich sind meist zum Nachteil der Künstler/innen. In den Verträgen sind die Kosten der Promotion nicht enthalten, der Anteil am Verkaufserlös der CDs ist minimal. Sämtliche Rechte gehen meist direkt in den Besitz des Labels über. Die Vertragsdauer kann bis zu 25 Jahren betragen, ein Recht auf Nachverhandlung der Verträge gibt es nicht. In Europa sind die Verträge zwar künstler/innenfreundlicher als in den USA, im Ergebnis jedoch ähnlich. Selbst etablierte Künstler/innen verdienen mit Plattenverträgen wenig bis gar nichts. Johannes Grenzfurthner von der Wiener Kunstgruppe Monochrom führt Courtney Love als prominentes Beispiel an: „Es gibt einen Text von Courtney Love über Piraten. Sie twisted das und sagt, die eigentlichen Piraten sind die Leute in der Musikindustrie. Klingt zwar etwas nach ‘Ätsch-Selber!’-Retourkutsche, aber ich fand es dann doch interessant, dass Courtney Love so was sagt. Sie verdient aus den Verkäufen der CDs relativ wenig. Sie macht ihr Geld über Livekonzerte und Merchandising.“

Vertreter/innen der Musikindustrie argumentieren im Gegenzug, dass illegaler Download der Förderung von NachwuchskünstlerInnen schade. Janko Röttgers bezweifelt das: „Natürlich wird es auch in Zukunft noch Superstars geben, genau wie es in Zukunft noch

Massenmedien geben wird. Doch die Idee, aus jeder Band Stars mit Millionen von Plattenverkäufen machen zu wollen, die 95 Prozent, für die es dann doch nicht klappt, und die Verträge, die Bands über Jahrzehnte an ihre Plattenfirma zu binden – all das wird zunehmend absurd erscheinen. Und das nicht nur, weil es in Zukunft womöglich keine Plattenverkäufe mehr geben wird.⁸⁴ Ein anderer Kritikpunkt an restriktivem Copyright ist die Einschränkung von kreativem Potential. Lawrence Lessig, Begründer der Creative Commons-Bewegung, formuliert es so: “There is no art, that doesn’t re-use.” (“Es gibt keine Kunst, die nicht wiederverwendet.”)

Ausgangspunkt von Creative Commons⁸⁵ (CC) ist dabei folgender: Wenn jemand eine schöpferische Arbeit leistet, ist diese automatisch vom Copyright geschützt – ob man will oder nicht. Creative Commons-Lizenzen bieten KünstlerInnen die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, welche Rechte anderen KünstlerInnen oder KonsumentInnen zugesprochen werden sollen. Die CC-Lizenzen basieren dabei auf bestehendem Copyright, ohne ihm zu widersprechen und wurden inzwischen auch an österreichisches Recht angepasst. Konkretes Anwendungsgebiet im musikalischen Bereich ist beispielsweise der große Bereich des „Samplings“. Sampling ist die Verwendung eines Teils einer Musikaufnahme, dem “Sample”, in einem neuen musikalischen Kontext – eine Technik, die Stilrichtungen wie Hip-Hop und elektronische Musik erst möglich macht. Auch wenn ein Sample nur wenige Sekunden dauert, sind für diese kurzen Ausschnitt die Rechte abzuklären und anfallende Gebühren zu bezahlen. Selbst wenn Künstler/innen ihre Stücke für Sampling freigeben wollen: Plattenfirmen, die oft die Rechte besitzen, haben hier ein anderes Interesse. Besonders problematisch ist das, wenn mehrere Samples aus verschiedenen Stücken von verschiedenen AutorInnen verwendet werden sollen, die vielleicht alle ihrerseits selbst wieder auf Samples anderer AutorInnen zurückgegriffen haben. Das Abklären der verschiedenen Rechte wird da sehr schnell zu einem Ding der Unmöglichkeit.

Dieses schon bisher bestehende Problem wird im Zuge neuer digitaler Möglichkeiten für Sampling und Remix und darauf aufbauender Musik- und Kunstrichtungen von einem bloßen Ärgernis zu einer echten Barriere für künstlerische Freiheit und Gestaltung. Lawrence Lessig verweist denn auch auf diese neue Remix-Kultur wenn er die Erlaubnis einfordert, Teile anderer Arbeit zu verwenden, um etwas Neues daraus zu kreieren. In einem Video auf creativecommons.org werden die angebotenen Sampling-Licences als Einladung an andere gesehen, mit einem Teil der eigenen Arbeit kreativ tätig zu werden.

Der legale Download

Einen konfliktfreien Weg mit der Musikindustrie geht die Online-Musikplattform Tonspion.de. „Die Plattform durchforstet das Netz nach guter Musik im MP3 Format, kostenlos und legal für alle“, fasst Udo Raaf, der Leiter das Ziel des Musikportals zusammen. Neben dem Verweis auf kostenlos verfügbare Musik bietet Tonspion auch ein kommerzielles Angebot an legalen MP3s, beschränkt sich dabei aber ausschließlich auf kopierschutzfreie Stücke. Dieses Angebot ist nur möglich, da zahlreiche Musiker/innen und Plattenfirmen entdeckt haben, dass verschenkte Songs eine gute Werbung für Platten, vor allem aber Live-Auftritte von MusikerInnen sein können. Der Mehrwert von MP3-Compilations wie Tonspions „Vol.27 – Viva La MP3 Revolution!“ liegt vor allem in der Vorselektierung und Kritik durch eine fachkundige Musikredaktion. Daneben bietet Tonspion einen MP3 Shop und aktuelle Artikel rund um MP3s, UrheberInnenrechte und VerbraucherInnenschutz.

Neben Online-Musikmagazinen hat sich binnen weniger Jahre eine weitere Form virtuellen Musikjournalismus etabliert: Podcasts, Radiosendungen als Download für den mobilen MP3-Player. Der Begriff Podcast ist selbst ein Remix aus dem Namen des mobilen MP3-Players der Firma Apple „iPod“ und dem im englischen Wort „Broadcast“ (Rundfunk). Die Stärke von Podcasts liegt im „on demand“ Konzept: Die User/innen können sie, wann und wo sie wollen anhören und sind nicht an das strikte Programmkorsett eines Senders

Creativ Commons Sampling Licenses

Sampling: Mit dieser Lizenz können Leute einen Teil des Werkes verwenden und verändern - für jeden Zweck außer für Werbung. Kopieren und Verbreiten des aus dem Sampling entstandenen Musikstücks ist verboten.

Sampling Plus: Mit dieser Lizenz können Leute einen Teil der Arbeit verwenden und verändern - für jeden Zweck außer für Werbung. Nicht-kommerzielles Kopieren und Verbreiten (File-Sharing) des aus dem Sample entstandenen Musikstücks ist erlaubt.

Noncommercial Sampling Plus. Mit dieser Lizenz können Leute Teile der Arbeit verwenden und sie (ausschließlich) für nicht-kommerzielle Zwecke nützen. Nicht-kommerzielles Kopieren und Verbreiten (wie File-Sharing) des aus dem Sampling entstandenen Musikstück ist erlaubt.

Die Sampling Licence ist vor allem in Kombination mit dem „ccmixter.org“ interessant. Ccmixer.org sammelt gemeinsam mit dem „thefreesoundprojekt“ Samples, die unter Sampling Licences stehen, macht sie für Künstler/innen frei zugänglich und veranstaltet regelmäßig Remix-Wettbewerbe. Es ist auch nachvollziehbar, wer wen remixed - umso öfter, desto höher schlägt das MusikerInnenherz. Bekannte Bands wie Thievery Cooperation oder die Beastly Boys unterstützen das Projekt – auch indem sie eigene Samples zur Verfügung stellen. Das ambitionierte Ziel ist der Aufbau einer so umfangreichen Sample-Datenbank, dass Künstler/innen auf mühsames Abklären von Rechten verzichten können.

gebunden. Weiters gibt es inzwischen große „Kataloge“ (zum Beispiel www.podcast.de) im Internet, die die Unmenge an Podcasts in Themengebiete einteilen und das Finden von interessierenden Beiträgen erleichtern. Wesentlicher Grund für den Erfolg von Podcasts ist aber die Möglichkeit, sie quasi zu abonnieren. Mithilfe eines RSS-Feeds (RSS = Really Simply Syndication) werden automatisch neue Sendungen auf den PC geladen und auf Wunsch auf den mobilen MP3-Player übertragen.

Aber nicht nur der Bezug, auch die Herstellung von Podcasts ist sehr einfach möglich. Ein Aufnahmegerät – wie zum Beispiel einen Minidisc-Recorder mit USB-Ausgang - und ein Mikrofon reichen. Das aufgenommene Material wird dann mithilfe einer Audiosoftware bearbeitet und geschnitten. Hier können Podcaster/innen, also Podcast ProdzentInnen, auf Freie Software, wie beispielsweise auf das Audio-Schnitt-Programm Audacity,⁸⁶ zurückgreifen. Die sehr einfache und kostengünstige Herstellung sowie die genauso einfache und quasi kostenlose globale Verbreitung eines Mediums wie Radio, macht Podcasts zum Paradebeispiel für die großen Möglichkeiten und Veränderungen der digitalen Revolution. Denn mit seinen Geschwistern, den Videotagebüchern (Videocasts) und Onlinetagebüchern (Blogs), haben Podcasts gemeinsam, dass sie in medialen Bereichen wie Radio, Fernsehen oder Printjournalismus, die bislang einer kleinen und elitären Minderheit vorbehalten waren, breiteste Beteiligung möglich machen.

Dank dieses relativ niederschweligen Zugangs wächst das Angebot der Podcasts auch rasant. Apple-Chef Steve Jobs definiert Podcasts – in Anlehnung an einen Film über einen Piratensender – als „Waynes World of Radio“. Das Angebot reicht von vielen privaten Podcasts, die in der Garage produziert werden, bis zu professionellen Angeboten von Tageszeitungen oder herkömmlichen Radiosendern. Der österreichische Jugendkultursender FM4 stellt – neben dem herkömmlichen Radio-Stream, also der Möglichkeit live über das Internet den Sender zu empfangen – verschiedene Sendungen als Podcast zur Verfügung. Zahlen zur Podcast-Nutzung sind bislang nur aus den USA bekannt, zumindest der Trend dürfte aber auch im deutschen Sprachraum vergleichbar sein. Das Marktforschungsinstitut Nielsen berichtet, dass bislang rund 6,6 Prozent der US-InternetnutzerInnen auf einen Audio-Podcast zurückgegriffen haben. Die Zahlen sind jedoch umstritten, ein halbes Jahr davor sprach ein anderes Marktforschungsinstitut von lediglich einem Prozent.⁸⁷

Indies brauchen Podcasts

Podcasting macht viele bislang „Nur-KonsumentInnen“ zu „Auch-ProduzentInnen“. Das Portal podshow.com wirbt konsequenterweise mit „Most People are DJs“ für eine Show, die nach eigenen Angaben aus „Radio-Frustration“ geboren wurde. Dabei stehen Podcaster/innen vor Problemen, wenn sie in ihren Sendungen kommerzielle Musik verwenden – und sei es nur kleine Schnipsel in kurzen Jingles. Prinzipiell müsste eine Nutzungsbewilligung für die Songs bei einem Label eingeholt und eine Werknutzungsbewilligung von der zentralen Verwertungsgesellschaft (in Österreich AKM, in Deutschland die GEMA) erworben werden. Eine Prozedur, die für eine/n einfache/n Hobby-Podcaster/in viel zu umständlich ist. Die Wahrscheinlichkeit, von der AKM beim Podcast-„Schwarzsenden“ erwischt zu werden, ist zwar relativ gering, doch steigt das Risiko steil mit dem Erfolg der eigenen Sendung an. Um den Konflikt mit dem Urheberrecht aus dem Weg zu gehen, verwenden die meisten Podcaster/innen sogenannte „Podsafes“-Musik, die meist unter einer Creative Commons Lizenz steht. Auch Netlabels wie magnatune.com, die die Songs der KünstlerInnen nur über ihre Homepage vertreiben, bieten diesen Service an. In den FAQs (Frequently Asked Questions, die häufigsten Fragen und Antworten) wird die Frage nach Missbrauch wie folgt beantwortet: „Wer das System ausnützen will, schafft es. Die Zielgruppe von magnatune.com sind User, die ehrlich für die Musik zahlen wollen. Für Alben gibt es eine Preisempfehlung, der/die User/in kann aber so viel zahlen, wie sie will. Der Betrag wird zwischen magnatune.com und dem/der Künstler/in halbe-halbe aufgeteilt.“ Diese Aufteilung ist ein Gegenkonzept zum Entlohnungskonzept der Musikindustrie – bei der selbst für bekannte KünstlerInnen vom CD Verkauf nicht viel übrig bleibt. Er sieht sein Modell als Alternative zu Apples Musicstore (0,99 Euro pro Song) und anderen Online-Angeboten der Musikindustrie und lässt sich gerne mit „Wir sind nicht die Bösen“ zitieren. Daneben bietet die US-Plattform Promonet Podcaster/innen Musik aus dem Katalog von

Was macht einen guten Podcast aus?

Nur weil neue digitale Technik einer breiten Masse das Werkzeug für eigen Radio- oder Videosendungen und ihre Verbreitung in die Hand gibt, wissen diese klarerweise noch nicht automatisch damit umzugehen. Janko Röttgers spart deshalb auch nicht mit Kritik an Themenwahl und Umsetzung, liefert aber auch konkrete Tipps für (angehende) Podcaster/innen: „1. Andere Podcasts hören. 2. Ein gutes Mikrofon kaufen 3. Loslegen!“

Neben einer brauchbaren technischen Ausrüstung, vorbereiteter und klar gesprochener Moderationstexte, und passender Musik gilt es vor allem, sich eine eigen Nische mit echten Mehrwert für die Hörer/innen zu suchen. Ein Podcast sollte lieber kürzer sein, dafür aber regelmäßig erscheinen. Podcasts, die nur alle zwei Monate aktualisiert werden, geraten schnell in Vergessenheit.

Indie-Labels an.⁸⁸ Der/die Podcaster/in muss lediglich auf der Homepage beziehungsweise während den Beiträgen den Ursprung des Liedes ersichtlich machen. Ziel ist auch in diesem Fall, unbekanntem Künstler/innen Öffentlichkeit außerhalb herkömmlicher Formatradios zu verschaffen.

Während die einen mit dem Aufkommen von Podcasts auch eine allgemeine Renaissance des Mediums Radio an sich erwarten, sind andere wie der FM4-Redakteur Martin Piper skeptisch: „Die Vision, alles sofort ‘on demand’ zu bekommen, ist ein bisschen unheimlich.“ Neben vereinzelt Podcasts verlegen sich die bestehenden Radiosender deshalb in der Regel auf Streaming-Angebote, die Radio live über das Internet auf der ganzen Welt empfangbar machen. Sämtliche österreichischen Radioprogramme sind auf diesem Weg im Netz verfügbar, vereinzelt ziehen auch Fernsehsender nach. In Linz bietet der ORF Oberösterreich über LIWEST-Streaming-Server die Landesnachrichtensendung „Oberösterreich heute“ on demand an. Neben diesem Zusatzangebot klassischer Radio- und Fernsehsender gibt es auch reine Webradios, die nur Online abrufbar sind. „Webradios heben sich vom UKW Einheitsbrei beträchtlich ab, weil sie Musiksparten abdecken können, die an terrestrischen Stationen nicht gespielt werden“, so Thomas Zubrunnen vom Schweizer Netzzradio „Lounge Radio“. Der Sender hat 2001 mit 10 ZuhörerInnen angefangen, 2006 besuchen fast 10.000 UserInnen die Website von lounge-radio.com und im Schnitt hören 7.000 Personen fünf bis zehn Minuten pro Tag rein.

Neben diesen Audio- und Video-Streams, die den ganzen Tag Programm liefern, gibt es auch “music or video on demand” Streaming-Angebote. Bei diesen wird die MP3-Datei im Unterschied zu Podcasts nicht auf den Computer kopiert, sondern direkt von der Homepage abgespielt. So bieten Plattenlabels von ihren Alben Streams zum Probehören an. Da es grundsätzlich möglich ist, auch Streams mithilfe von Programmen am Computer zu speichern⁸⁹, sind die meisten Labels aber auf kurze Musikausschnitte umgestiegen. Im Unterschied zu Podcasts ist der Aufwand zum Betrieb von Streaming-Angeboten – egal ob sie live oder wie Podcasts on demand verfügbar sind – aber ein beträchtlicher, der die Gruppe der Anbieter/innen automatisch stark einschränkt.

Genauso wie Podcaster/innen kämpfen aber auch die Betreiber/innen kleinerer Webradios mit den Verwertungsgesellschaften. Die rechtliche Situation ist immer noch ein Graubereich, die Kosten für den Betrieb eines Webradios sind aber inzwischen in die Höhe geschneit. „Wir müssen im Jahr mit 7.500 Euro rechnen, um unser Radio in der Schweiz legal zu betreiben“, erklärt Thomas Zubrunnen. Diese Kosten haben den Boom von Internetradios

mit Vollprogramm gestoppt und einige Opfer gefordert. So beispielsweise das „Department Deluxe Radio“ des Berliner Nu-Jazz und Funk DJs Jan Sigmund, das aufgrund einer Erhöhung der Gebühren in Deutschland eingestellt werden musste. In Österreich lässt sich die Frage nach der Höhe des zu zahlenden Nutzungsentgelts für das Betreiben eines Webradios nicht beantworten, die Tarife müssen individuell mit Austro Mechana⁹⁰ vereinbart werden. Generell hängen die Kosten von der Kommerzialität, der Maximalzahl technisch möglicher Hörer/innen und dem durchschnittlichen Musikanteil des Projekts ab.

Auch wenn viele Künstler/innen Podcasts und Webradios zur Verbreitung ihrer Werke nutzen, zielen sie damit in der Regel auf gesteigerten Verkauf herkömmlicher CDs ab. Eine zunehmende Minderheit versucht aus verschiedensten Gründen auf den „Umweg“ CD zu verzichten und ausschließlich im Internet zu veröffentlichen. Neben herkömmlichen Plattenlabels gründen sich in diesem Zusammenhang Labels, die auf den Online-Vertrieb spezialisierte Labels: Netlabels.

Netlabel - der freie Vertrieb

Rosa L. ist eine junge Drum'n'Bass-Künstlerin. Dieses Musikgenre ist mit 150 bis 190 Beats pro Minute (BPM) nichts für schwache Gemüter. Rosa L. produziert ihre eigenen Tracks, tritt auf Veranstaltungen in der Linzer Stadtwerkstatt und oberösterreichweit auf und mit ihrer Crew ist sie auf dem oberösterreichischen Drum'n'Base-Community-Portal zive.at vertreten. Für einen Release auf Vinyl (Schallplatte) oder auf CD über ein Independentlabel reichte jedoch das Geld nicht aus, da die Einnahmen vom Verkauf sehr wahrscheinlich nicht einmal die Produktionskosten decken würden. Trotz ihrer Liebe zum Vinyl entschied sie sich deshalb für eine Publikation auf einem Netlabel.

Netlabels spezialisieren sich in der Regel auf eine Musikrichtung und bieten einzelne Musikstücke (Tracks) oder mehrere Tracks in Form eines Albums – größtenteils kostenlos – zum Download an. Ein Großteil bewegt sich im weiten Feld elektronischer Musik und hat sich oft aus speziellen Communities heraus mit dem Ziel entwickelt, die eigene Musik bekannter zu machen. Der finanzielle Aufwand für den Aufbau eines Netlabels ist im Vergleich zu einem herkömmlichen Label gering: Kosten für technisches Equipment (Computer und Drucker), Internetzugang, Bewerbung und Veröffentlichungen. Den größten Brocken der laufenden Kosten machen die Aufwände für den notwendigen Webespace aus – ein im Erfolgsfall nicht unerheblicher Betrag.

„Mehr Selbstbeherrschung, bitte!“ lautete denn auch der Subhead zu einem Artikel über Netlabels im renommierten Magazin für elektronische Lebensaspekte, Musik, Medien und Kultur De:Bug. Die Songs von MöchtegernmusikerInnen werden teilweise sofort ins Internet gestellt, frei nach dem Motto: „Es kostet ja (fast) nichts – dann schadet es auch nicht“. Die Anzahl der Netlabels ist so hoch, dass das Angebot für den/die User/in kaum überschaubar ist. Der Musik-Journalist Jochen Kleinherz formulierte es so: „Es mangelt derzeit nicht an Musik im Netz – aber an Musik von Musikern“. Wie schon bei Podcasts und Webradios stellen sich auch bei Netlabels die Probleme der Qualitätskontrolle und der Übersicht. Bei der Musik der herkömmlichen Labels erfüllen Magazine wie The Rolling Stone, Visions oder Musik Express diese Funktion. Im Internet beginnen sich derartige Autoritäten erst langsam herauszubilden. Das deutsche Magazin für Musik- und Netzkultur phlow.net oder igloomag.com im englischsprachigen Raum sind die ersten Beispiele für Reviews von ausschließlich online veröffentlichter Musik. Netaudio-DJs veröffentlichen Mixes von Netlabel Releases, andere Netlabels wie subsource.de konzentrieren sich auf DJ-Sets. Ein weiterer Filter besteht in MP3-Blogs, die Podcasts aus den Katalogen der Netlabels zusammenstellen. Ein Teil der Lösung des Qualitäts- und Ordnungsproblems mit den neuen digitalen Veröffentlichungswegen scheint also in genau diesen digitalen Veröffentlichungswegen selbst zu stecken.

Wer trägt die Kosten?

Schon für größere Schwierigkeiten als die Qualitätssicherung sorgt da schon die dauerhafte Finanzierung sowohl von Netlabels als auch der mit ihrer Hilfe veröffentlichenden KünstlerInnen. Zwar erreichen letztere mit Hilfe der Netlabels ein größeres Publikum, als über einen kleinen Release bei einem konventionellen Label, diese Aufmerksamkeit führt aber nicht automatisch zu kommerzieller Verwertung. Ein Effekt ist aber die mit der steigenden Bekanntheit in der Regel zunehmenden Gelegenheiten für bezahlte Live-Auftritte – eine gerade im unter Netlabels dominierenden elektronischen Bereich eher bescheidene Einnahmequelle. Mehr Hoffnungen setzen Netlabels deshalb in Micropayment-Systeme wie PayPal, die sehr einfach die Überweisung auch kleinster Beträge ermöglichen. Das Netlabel thinner.cc ruft bei Gefallen zu Spenden auf, die per Micropayment direkt an die Künstler/innen gehen. Schließlich kann der/die Künstler/in in Eigenregie eine konventionelle (Klein-)Auflage von CDs auf den Markt bringen, sofern das Netlabel auf eine Gewinnbeteiligung verzichtet. Selbst diese kleine Auflage bringt dem/der Künstler/in in der Regel mehr Einnahmen als eine Vinylauflage.

Für Netlabels selbst haben sich noch keine dominanten Geschäftsmodelle herausgebildet. Die meisten Projekte halten sich mehr schlecht als Recht durch Werbeeinkünfte, den Verkauf von Merchandising Produkten, kostenpflichtige Premiumangebote oder den Verkauf von Netlabel-Sammlungen - das komplette Archiv eines Netlabes auf DVD – sowie Provisionen für die Vermittlung von Auftritten ihrer Künstler/innen über Wasser. Vorschläge zur Erschließung neuer Einnahmequellen tauchen immer wieder auf.

Den in Frankreich andiskutierten Modellen eine “Kulturflatrate” – einem Pauschalvergütungssystem auf Basis einer öffentlichen Abgabe für Internetanschlüsse – stehen die meisten Netlabel-Betreiber/innen hingegen reserviert gegenüber. Auch ExpertInnen wie Janko Röttgers sind mit der Forderung nach Einführung einer Kulturflatrate sehr zurückhaltend: „Ich würde mir statt einer Kulturflatrate eher eine marktwirtschaftliche Lösung wünschen, für die ich im Musikbereich am ehesten eine Chance sehe: Kreative können sich freiwillig dazu entscheiden, ihre Werke zum Tausch im Netz freizugehen – und im Gegenzug z.B. über Provider und Verwertungsgesellschaften Pauschalen dafür einziehen. Diese Idee ist in den USA unter dem Begriff „Voluntary Collectiv Licensing“ bekannt.“

Aber selbst wer sich ohne freiwillige Kollektivlizenz zur Freigabe seiner Werke entschließt, kann mit bestehenden Verwertungsgesellschaften Probleme bekommen. So übertragen AKM-Mitglieder ihre urheberrechtlichen Nutzungsrechte an der öffentlichen Aufführung, der Sendung und der Zurverfügungstellung (“interaktives Anbieten in Netzen”) zur treuhändigen Wahrnehmung. Die AKM besteht dabei auf dem Außschließbarkeitsprinzip und der Verpflichtung, alle Werke bei der AKM anzumelden. Es ist nicht möglich, nur ausgewählte Werke anzumelden und andere beispielsweise per Creative Commons-Lizenz freizugeben. Für Netlabels hat diese Urheberrechtssituation teilweise fatale Konsequenzen. So gibt es immer wieder Fälle, in denen Plattenlabels Songs von Netlabels gestohlen haben. Um die eigenen Werke vor derartigen Übergriffen zu schützen wären Lizenzen a la Creative Commons (CC) notwendig. Diese stehen jedoch in Konflikt mit der AKM. Zwar können auch Urheber/innen, die bereits vor ihrem Beitritt Werke unter die CC-Lizenz gestellt haben, der AKM beitreten. Werke, die sie einmal unter CC-Lizenz gestellt haben, dürfen sie jedoch nicht bei der AKM anmelden. Für die Nutzung dieser Werke gibt es natürlich auch keine Tantiemen von der AKM. Wenn ein Werk erst einmal unter CC-Lizenz gestellt wurde, können die Rechte an dem Werk auch nicht mehr zurückgerufen werden. Künstler/innen müssen sich nun entweder für CC Lizenzen oder die AKM entscheiden.

Dieter Strauch, Mitglied der elektronik/rock/pop Band MERKER.TV, DJ und Filmemacher: „Ohne Plattenverträge geht nichts. Ein kleiner Vertrag bei einem kleinen Label ist ein guter Beginn. Aber du musst gehört und gesehen werden. Und um Geld zu verdienen, ist die AKM ein Muss.“ Eine Mischform würde für die Verwertungsgesellschaften einen administrativen Mehraufwand bedeuten. In Deutschland versucht die CC-Initiative mit dem deutschen AKM-Pendant GEMA Gespräche zu führen, um die Kompatibilität zu verbessern. In Österreich ist über Gespräche in dieser Hinsicht nichts bekannt.

FM4 Soundpark (<http://fm4.orf.at/soundpark>)

Der FM4 Soundpark ist zwar kein Netlabel, arbeitet aber auch nach dem Prinzip: Kostenlose Downloads sind die beste Visitenkarte.

„Der Soundpark ist eine Plattform für österreichische Musik. Jede und jeder, der hierzulande Musik macht, kann ihre oder seine Musik mit Foto und Text vorstellen. Unser Vorteil gegenüber ähnlichen Plattformen: Wir haben einen Radiosender im Hintergrund, der besonders tolle Songs gleich in die Rotation aufnehmen kann.“ so Stefan Trischler von FM4. Er stellt die zahlreichen neuen Bands und Musiker/innen online und sorgt dafür, dass die FM4 Musikredaktion die besten Songs zu hören bekommt. Der Soundpark ist ein international anerkanntes Projekt zur Förderung der Nachwuchsszene. „Die grundlegende Idee ist, gute Musik aus Österreich auf schnellstem Wege vom Proberaum oder Heimstudio ins Radio, auf Bühnen und CDs zu bringen“, fügt Stefan Trischler hinzu. Mit Erfolg, der sich messen lässt. Der FM4 Soundpark registriert täglich ca. 10.000 Pageviews pro Tag, die Anzahl der Bands, die sich im Soundpark präsentieren, liegt beinahe bei 4000. Regelmäßige Soundpark-Compilations inklusive Cover-Artwork sollen hier ordnend wirken. „Die Compilations werden von den UserInnen als Orientierungshilfe geschätzt“, erklärt Stefan Trischler. Auch ein Soundpark Podcast wird angeboten, der bei den iTunes-Downloadcharts in der oberen Liga mitspielt. Besonders gute Lieder finden schließlich sogar Platz auf der FM4 Soundselection und damit einer „echten“ CD. Weiters werden Soundparkkünstler/innen über das Vermitteln von Live-Auftritten unterstützt. Der Sprung vom Soundpark zum Plattenvertrag kann gelingen. „TNT Jackson, Wedekind oder Zeebee hatten es durch das Airplay relativ leicht, eine Plattenfirma zu finden“ nennt Stefan Trischler als Beispiele. Auch erfahrene Musikschaffende publizieren Texte im Soundpark, bei denen sie Neulingen Tipps und Ratschläge beim Musikmachen geben. Ein besonderes Angebot sind die Remix-Contests. Die Berliner Band Virginia Jetzt! stellte von ihrer Single „Bitte bleib nicht, wenn du gehst“ Gesangs- und Drumsuren im Soundpark zur Verfügung. Aus diesem Basismaterial wurden von User/innen neue Tracks erstellt. Als Belohnung erschien der Sieger/innen-Remix auf einer Maxi-CD der Band.

„Die KünstlerInnen geben uns eine nicht-exklusive, sachlich und territorial unbeschränkte Werknutzungsbewilligung. Alle Rechte für die Songs bleiben bei ihnen. Wenn jemand daran interessiert ist, einen Song für Videos oder Musikuntermalung zu verwenden, muss er/sie das direkt mit den KünstlerInnen absprechen.“ erläutert Stefan Trischler die urheberrechtlichen Regelungen. „Wir haben vor dem Start mit der AKM und AustroMechana gesprochen, die unsere Plattform unterstützen. Für im Radio gespielte Songs gibt es hier genauso Geld, wie bei nicht im Soundpark vertretenen MusikerInnen.“

Die Möglichkeiten verändern das Verhalten

Manche trotzen den rechtlichen Fallstricken und publizieren ihre Werke – mit Unterstützung von Künstler/innen-Communities – in Eigenregie. Die Hip-Hop-Künstler/innen Tenderboy und Mieze Medusa sind Mitglieder im Linzer Kunstkollektiv Backlab, das die unterschiedlichsten Stilrichtungen vereint: Musik von Noise bis Hip-Hop, Webdesign, Film, Video, Malerei, Literatur. “Es geht um künstlerische Freiheit. Die Basis von Backlab ist die Freundschaft”, so Tenderboy und Mieze Medusa, “Man tritt als Künstler/in ohne Vorgaben von Backlab auf. Man kann sich aber ans Kollektiv wenden, wenn man etwas braucht. Dadurch ist es ein starkes Netzwerk.” Auf backlab.at/rufzeichen sind auch einige Tracks von Mieze Medusa und Tenderboy als Download zu finden. “Wir machen das, um Leute anzuteasen. Es ist sozusagen eine PR/Werbung, aber auch eine Möglichkeit, um schnell Feedback zu bekommen”. Auch das gemeinsam mit temp-records veranstaltete Temp-Festival setzt auf diese Art der Bewerbung. Im Vorhinein wird eine Temp-Compilation angeboten, auf der die Künstler/innen, die auf dem Festival spielen, vertreten sind. Tenderboy und Mieze Medusa: “2005 wurde die Compilation 20.000 mal heruntergeladen. Also alle drei CDs jeweils 20.000 mal”. Zusätzlich zur Online Version bietet Temp-Records eine streng limitierte Auflage von 100 Exemplaren an – handbeschriftet und nummeriert im dreifach Jewelcase um 12 Euro. Also sehr preiswert. Das Ziel, die Qualität der Off-Szene zu präsentieren, dürfte mit dem gesamten Angebot erreicht werden.

Gleichzeitig erreichen Bands über frei zugängliche Musikangebote auch den Mainstream, das Web schafft sich seine ersten Musiksuperstars. Im weltweit größten Portal für “Social Networks” MySpace pflegen Bands mit Hilfe von Band-Spaces Kontakte zu Fans und bieten Hörproben als Download an. Zum Vorbild für tausende Nachwuchskünstler/innen entwickelte sich der Erfolg der Rockband Artic Monkeys. Das zunächst in MySpace kostenlos veröffentlichte Monkeys-Album verkaufte sich, als die Band einen Plattenvertrag bekam, schneller als je zuvor ein Album in der britischen Popgeschichte. Udo Raaf von der Plattform Tonspion sieht dieses Phänomen nicht nur positiv: „Überzogene Hypes wie sie derzeit um MySpace gemacht werden, halte ich für gefährlich, weil dieser Hype suggeriert, die wären die einzigen, die im Netz etwas reißen würden.“ Auch Dieter Strauch kritisiert: „Alle sind dort. Shy, Velojet aber auch neue Bands wie The Trans Ams, die ihre erste CD herausbringen. Myspace ist überrannt, die meisten Bands werden von ihren Labels angehalten, eine Seite auf diesem Portal einzurichten. Alle laufen in dieses Spinnennetz der guten Verheißung. Der niederschwellige Zugang ist da, der eigentliche Zweck jedoch abhanden bekommen. Wenn alle nur einem nachlaufen, wird es irgendwann uninteressant. Myspace.com monopolisiert anstatt zu demokratisieren.“

Ob sich die freie Musik langfristig durchsetzen kann? „Das hängt davon ab, was man unter durchsetzen versteht. Das Internet besitzt nur wenige Stars – aber das Potential für viele, weltweit in ihrer jeweiligen Nische erfolgreich zu sein.“, meint Janko Röttgers. Während demnach noch unklar ist, ob und in welchem Umfang Musik in Zeiten des Internets frei verfügbar sein wird, scheint eine Änderung der derzeit vorherrschenden Verwertungspraxis sicher zu sein. John Buckman from “Open Source Platten Label” Magnatune ist denn auch zuversichtlich, was neue und freie Musikvertriebskanäle betrifft, schon alleine, weil die Musikindustrie “verhasst” sei und das Geschäft als “schmutzig” gelte.⁹¹ Und so wie mit der neuen Technologie der Schallplatte erst die moderne Musikindustrie entstanden ist, dürfte auch mit der neuen MP3-Technologie ein neues Verwertungsregime bevorstehen. Ob es nachwuchsfreundlicher als das bestehende ist und zu mehr musikalischer Vielfalt führen wird, lässt sich zwar noch nicht abschätzen – ist angesichts des aktuellen Mainstream-Angebots aber gar nicht einmal so unwahrscheinlich.

„Das ist wie beim
Hamburger: am wenigsten
hat davon die Kuh.“



Foto: Monochrom

Interview: Johannes Grenzfurthner

Der Künstler, Autor, Kurator und Regisseur Johannes Grenzfurthner ist Gründer und Mitglied der Kunst- und Theoriegruppe „monochrom“, die besonders im Bereich neue Medien und Urheberrechte aktiv ist. Daneben hat er einen Lehrauftrag an der FH Joanneum im Fachhochschulstudiengang Informationsdesign mit dem Thema „Kunsttheorie und ästhetische Praxis“. Im Themenbereich „Podcasts“ holte Johannes Grenzfurthner sich Unterstützung in Person von Thomas Teichberg von der benachbarten Kunstformation Team Teichberg.

Du bist Gründer der Wiener Künstlergruppe „monochrom“. Was ist monochrom eigentlich genau?

Johannes Grenzfurthner: Monochrom ist eine Kunsttheorie- und Bastelgruppe. Im Kern bestehen wir aus 9 Personen. Wir sind eine politische Gruppe, die in ganz verschiedenen künstlerischen Formen und Medien Statements platzieren möchte. Uns geht es darum, Content zu produzieren und zu spreaden, wenngleich wir uns als Kinder der Postmoderne natürlich bewusst sind, dass das nie wirklich gelingen wird. Aber wir suchen zumindest passende Medien. Einmal ist es ein Kurzfilm, ein anderes Mal ein Artikel, ein Computerspiel oder eine Aktion im öffentlichen Raum. Man hat uns schon als Kontext-Hacker bezeichnet, eine Kategorisierung, die ich nicht von der Bettkante stoßen würde.

Welche Rolle spielt das Internet in eurer Arbeit?

Johannes Grenzfurthner: Ohne elektronische Netzwerke wäre die Gründung von monochrom anders, möglicherweise gar nicht verlaufen. Der Ursprung von monochrom liegt jetzt 13 Jahre zurück, seither entzieht er sich unaufhörlich. Damals wollte ich eine Zeitschrift oder ein Fanzine über Technik, Kunst und kulturelle Auseinandersetzung haben. Was es natürlich so nicht

gab, höchstens im Internet. Ich habe meine Anfrage ins Netz gestellt, und Franky Alblinger hat sich noch am gleichen Tag gemeldet. So waren wir innerhalb eines Tages schon zwei. Heute wäre es ohne Internet schwer, unsere Arbeit zu koordinieren. Wir sind über die westeuropäische Planeten-City verstreut, deshalb verwenden wir Mailinglisten und Wikis um zu kommunizieren.

Wer auf wikipedia.de unter monochrom nachschlägt, findet auch das Schlagwort „Digital Art Community“. Ist monochrom eine Digital Art Community?

Johannes Grenzfurthner: Monochrom stand immer schon zwischen den Konzepten. Wir haben nie rein ausgeprägte bildende – in Deutschland heißt das so! – Kunst, nie reine Medienkunst oder Performance gemacht. Wir wechseln die Medien, weil wir ohnehin nie die mögliche Brillanz und MeisterInnenschaft in einem Medium erreichen würden. Das überlassen wir gerne den SpezialistInnen, die mit der Limitierung und verwalteten Weltsicht, die ihr Job ist, besser klarkommen. Nimm unseren Kurzfilm zum Thema Überwachung, „Im Sommer“, der auf einigen Kurzfilmfestivals lief. Er entspricht filmisch sicher nicht dem Kubrick’schen Reinheitsgebot, aber war in unserem Sinne damals einfach das geeignete Mittel zum gesellschaftsgeschichtlich vorgegebenen Zweck. Und die Aussagenessenz

oder -substanz, wenn ich mich ausnahmsweise mal so ausdrücken darf, tritt ja vor der Kontrastfolie des nicht gänzlich beherrschten Mediums viel klarer raus, als – sagen wir – in einem ultimativen Hollywood-machwerks-Brett zum Thema, wo die Anliegen dann immer zwischen der zu beurteilenden Güteklasse der SchauspielerInnen-performance, dem Feststellen je aktueller Tricktechnik-Geschichtskämme usw. gewissermaßen herumschwimmen. Beim Udo-Proksch-Musical „Udo 77“ haben wir mit dem RabenhofTheater zusammengearbeitet. Dadurch war das erstmal eine extrem professionistische Angelegenheit, die in dem Fall, würde ich sagen, auch gut ausgegangen ist. Andererseits war das aber zeitweise auch äußerst furchtbar. Professionalität ist ein hierarchisches Konzept und ein Militarismus. Und es schleppt einen Rattenschwanz an Ausbeutungsverhältnissen hinter sich her. Und Perfektion bis ins letzte Prozent schafft man sowieso nicht. Heisenbugs gibt's überall.

Aber um auf die Digital Community zurückzukommen: Das Internet ist das perfekte Medium, um schnell zu kommunizieren. Bei vielen Projekten arbeiten wir auch mit Menschen zusammen, die nicht zum monochrom-Kernteam gehören. Wir nennen die dann „SatellitInnen“, denn sie umkreisen unseren Himmelskörper natürlich meist eh schon länger. Daher bietet es sich an, mit ihnen zusammenzuarbeiten oder nicht. Die

Möglichkeiten, im Netz kollaborativ zu arbeiten sind ideal. Das könnte als Digital Art Community bezeichnet werden.

Was unterscheidet euch von der „normalen“ Kunstszene?

Johannes Grenzfurthner: Die Kunstszene ist extrem darauf bedacht, symbolisches Kapital zu binden und in reales Kapital gleichsam umzumünzen. So funktionieren Galerien. So funktionieren Sammlungen. So funktionieren Feuilletons. Ein Beispiel aus den bildenden Künsten: Ein Künstler malt Ölgemälde, und ist dabei bedacht, seinen Marktwert zu erhöhen durch Verknappung. Darauf haben wir zum Beispiel nie Wert gelegt. Wir zerstören unseren Marktwert ständig selbst, indem wir produzieren wie Sau. Und noch dazu mit vielen anderen in Kooperation. Uff!

Sprechen wir mal vom Spannungsfeld „lokal verankert, global agieren“. Könnte man als KünstlerInnen nicht auch ohne lokale Verankerung mithilfe des Internets auskommen?

Johannes Grenzfurthner: Ja könnte man. Es gibt auch KünstlerInnen wie jodi.org, die sich ihre Öffentlichkeit nur im Netz schaffen – und aufgrund der Immaterialität ihrer Arbeit, auch nur im Netz anbieten können. Bei jodi.org habe ich lange ge-

braucht, um herauszufinden, dass sie in den Niederlanden sitzen. Auch egal. Ist ja ein schönes Land. Es gibt Leute, zum Beispiel FotografInnen, die Internetplattformen nutzen, um ihre Arbeiten zu verbreiten. Solche Leute nehmen dann etwa an Photoshop-Contests teil, mit wirklich beeindruckenden Arbeiten. Manchmal ist es einfacher, reine Netzprojekte zu machen. Monochrom wird aber eher als Wiener Kunstgruppe wahrgenommen. Hat wohl damit zu tun, dass wir einfach viele Realraumprojekte hier durchführen, und das ist uns auch sehr wichtig, denn nur im Realraum erfährt man, was einem das Netz bietet.

Welche Erfahrungen habt ihr mit Creative Commons?

Johannes Grenzfurthner: Gute! Wir veröffentlichen die meisten Arbeiten unter Creative Commons. Beim Theaterstück „Warten auf GOTO“, aufgeführt im Volkstheater/Hundsturm und aufgezeichnet vom Wiener Community-Sender Okto TV, und dem Adventure-Game „Sowjet-Untersüßersdorf/Sektor 1“ haben wir noch mal explizit darauf hingewiesen.

Welche Motivation steckt dahinter, Arbeiten mit Creative Commons Lizenz zu veröffentlichen?

Johannes Grenzfurthner: Creative Commons ist nicht die ultimative Lösung, sondern ein Attachment zum Copyright. Es hängt sich an das bestehende Copyright an und versucht es aufzuweichen. Es ändert jedoch nichts am grundsätzlichen Problem des Copyrights. Das steckt so tief in der bürgerlichen Gesellschaft, wie nur irgend geht. Ist vielleicht sogar eines ihrer Quellgebiete. Und lästig! Wenn man jedoch den Leuten das Prinzip von Creative Commons erklärt, fangen sie an, über das Urheberrecht nachzudenken. Und wenn Urheber dergestalt überhaupt mal von „gut“ und „wichtig“ nach „gesellschaftliches Problem“ gewuchtet wird, dann ist schon etwas erreicht. Das kollektive Semi-Bewusstsein ist ja bekanntlich ein Stein, der mit lächerlicher Muskelkraft einen Hang hinauf transportiert werden muss. Ich bin ja Science-Fiction-Fan. Cory Doctorow hat beispielsweise alle seine Bücher als Creative Commons veröffentlicht. Sein Verlag war zwar anfangs dagegen und hatte Angst, aber er hat sich durchgesetzt. Heute sind alle seine Bücher als ASCII-Files im Netz zu finden. Und das war gute Werbung für ihn. Und gibt ihm zugleich die Gewissheit, dass sein Werk auch weiterhin frei zugänglich sein wird, auch wenn der Verlag zum Beispiel Konkurs anmeldet.

Ein Spruch der Musikindustrie ist: Copy kills Music...

Johannes Grenzfurthner: Ja, viele denken sich halt, es helfe den KünstlerInnen, wenn es so etwas wie ein Copyright gibt. Das ist aber zu kurz gedacht. Die Musikindustrie wählt als Beispiel natürlich das schwächste Glied in der Verwertungskette. Sie sagen: „Die Künstler werden ärmer, wenn ihr bösen Konsumenten MP3s über Peer-to-Peer-Netzwerke herunterladet.“ Sie lagert damit ihre Verantwortung aus, denn den betreffenden KünstlerInnen oder – um es auf copyrightistisch zu sagen – den „Urheber“, wird immer noch das kleinste und dürtigste Gewinnkuchenstück zugeschoben, damit sie nicht verhungern müssen. Das ist wie beim Hamburger: Am wenigsten hat davon die Kuh.

Was ist deine Vision – Urheberrecht abschaffen?

Johannes Grenzfurthner: Man kann das Urheberrecht nicht einfach abschaffen, das wäre einer der verheerendsten Dominosteine in der mühsam arrangierten Systemlandschaft. Urheberrecht ist ein fundamentaler Bestandteil des Kapitalismus. Es geht um Geld, und wie mit Reproduktion Geld verdient werden kann. Es ist aber wichtig, strukturelle Kritik zu üben. Creative Commons kann die Situation verbessern, aber

nicht grundlegend umdrehen. Zumal es ja noch noch den Spagat zwischen zwei unterschiedlichen Rechtssystemen bewältigen muss. Im US-Recht kann das so genannte Copyright veräußert werden. Im kontinentalen Rechtssystem ist das nicht möglich, man kann nur Verwertungsrechte definieren.

Habt ihr bei Kooperationen Probleme gehabt, Stücke als Creative Commons zu veröffentlichen?

Johannes Grenzfurthner: Auf unserer Homepage sind alle Stücke Creative Commons. Jedoch nicht alle Stücke sind online, besonders, wo es rechtliche Bedenken gibt. Ein Beispiel: Wir haben für „Udo 77“ mit dem FM 4 Soundpark und dem Rabenhof zusammengearbeitet. Wir haben die Texte geschrieben und im Rahmen eines Contests auf Soundpark Leute gebeten, Lieder daraus zu machen. Hier sind wir dann in einen kleinen ideologischen Konflikt mit der AKM (*der österreichischen Verwertungsgesellschaft für KomponistInnen, AutorInnen und Musikschaffende, Anm.*), dem Rabenhof und den MusikerInnen gekommen. Die Musiker/innen haben gefragt: Was springt für uns dabei raus? Honorar bekommen wir ja keines. Also wollen wir, dass die Lieder bei der AKM gemeldet werden. Wenn es dann im Radio oder im Theater gespielt wird, bekommen wir Tantiemen. Wir selbst haben mit diesem Projekt auch nicht viel verdient. Da geht es schon auch um die

Psychologie der Musiker/innen. Ich bin da nicht ganz schlau geworden.

Bietet ihr die Stücke von „UDO 77“ zum Download auf eurer Homepage an? Wäre das nicht ein Widerspruch zum Ausschließbarkeitsprinzip der AKM?

Johannes Grenzfurthner: Die Lieder, die bei der AKM gemeldet sind, können wir nicht zum Download anbieten. Leider! Die Textrechte liegen zwar bei uns, die Musikrechte aber bei den MusikerInnen.

Sind KünstlerInnen in der Frage von Creative Commons gespalten?

Johannes Grenzfurthner: Ja, sicher. Sie sind ja nicht per se progressiv denkende Menschen. Wir stellen unsere Stücke aber bewusst unter Creative Commons. Medien wie ORF-Futurezone, FM4 und Der Standard berichten darüber. Das ist Werbung für Creative Commons, und ebenso für unsere Produkte.

KünstlerInnen müssen sich auch über Wasser halten. Haben KünstlerInnen ein Problem mit dem Prinzip: Freie Distribution über das Netz – höherer Bekanntheitsgrad = mehr Live-Auftritte?

Johannes Grenzfurthner: Es gibt einen Text von Courtney Love über Piraten. Sie twisted

das und sagt, die eigentlichen Piraten sind die Leute in der Musikindustrie. Klingt zwar etwas nach „Ätsch-Selber!“-Retourkutsche, aber ich fand es dann doch interessant, dass Courtney Love so was sagt. Sie verdient aus den Verkäufen der CDs relativ wenig. Sie macht ihr Geld über Livekonzerte und Merchandising. Ihr ist es egal, ob Leute ihre CD herunterladen. Im Gegenteil! Wenn man den Track downloadet, und ihn leiwand findet, geht man vielleicht auch zum Konzert. Die Prozesse und Kampagnen gegen die User/innen repräsentieren die etwas zu kopfflos geführten Rückzugsgefechte der Musik- und Medienindustrie. Bei denen natürlich – wie bei allen symbolischen Gefechten zur Gesichtswahrung – reale historische Subjekte zumindest symbolisch draufgehen, also zum Beispiel User/innen, deren Realleben ja durch irgendwelche exemplarische Strafaktionen nachhaltig ruiniert wurde, damit die dämliche Musikindustrie nicht ihr dämliches Gesicht verliert oder so tun kann, als hätte sie es nicht verloren. Und das gilt für die gesamte Medienindustrie, die halt ganz typisch patriarchalische Verhaltensweisen ausbildet. Nehmen wir das Video-Portal YouTube. Die Konzerne regen sich auf, dass bei einem Video drei Sekunden einer Talkshow zu sehen sind. Aber wer würde schon für einen dreisekündigen Ausschnitt aus der Letterman-Show zahlen wollen? Im Endeffekt ist es eine Werbung für den Letterman. Ein verschämter Reflex seiner Wichtigkeit aus dem Kulturgesamt. Also was wollen

die? Dass nur noch aus Talkshows gesampelt wird, die Reklame nötiger haben als er. Und: Wollen wir Letterman überhaupt eine Wichtigkeit hinkonstruieren, indem wir ihn sampeln?! Ich würde sagen: Nein! Egal wie wir's machen, ist's falsch.

Wecken Portale wie YouTube ein Kreativitätspotential?

Johannes Grenzfurthner: Auf jeden Fall! Ich rede jetzt aber nur in westlichen Dimensionen. Nicht vom Trikont, die haben grade mal die Möglichkeit von Raubkopien, aber der Zugang zum Computer ist kaum gegeben. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem fast jede/r in der industrialisierten Welt die Möglichkeit hat, an einen Computer ranzukommen. Und damit relativ einfach kreativ-schöpferische Arbeiten herzustellen. Das eröffnet eine potentiell unendliche Kreativitätsblase, die aber aus rechtlichen Gründen oft dann doch nicht so darf, wie sie könnte. Kreative Möglichkeiten und rechtliche Einschränkungen driften immer weiter auseinander. Das ist, wie wenn das erste Auto nicht gebaut werden darf, weil die Firma, der alles Öl auf der Welt zufällig gehört, lieber darin badet, als es auszuschenken. Naja, ein schiefes Bild für eine genauso schiefe Wirklichkeit. Als Beispiel kann hier der Hip-Hop dienen. In den 90er Jahren hat ein Label ein anderes wegen eines Samples verklagt. Das war der Startschuss für

einen gangfight-förmigen Klagekrieg, der sich wiederum als spürbarer kreativer Einbruch im Genre selbst verewigt hat. Und da haben dann alle am selben Stamm gesägt, damit der Ast, auf dem der jeweils andere sitzt, abbricht. Samples nicht länger frei verwenden zu dürfen, hat den Hip-Hop ja wie abgeschnürt. Die ganze Szene hat die Restriktion zu spüren bekommen – das Fehlen von etwas, was zuvor erklärtermaßen Usus, ja genuines Genremerkmal war. Als Science-Fiction-Leser weiß ich sehr gut: 90 Prozent aller kulturellen Erzeugnisse sind zu 100 Prozent Scheiße. Auch auf YouTube. Das wird aber hoffentlich niemanden daran hindern, selber kreativ tätig zu werden. Es geht um den Erhalt von Möglichkeitsraum.

Verfügt monochrom auch bereits über einen eigenen Podcast?

Johannes Grenzfurthner: Noch nicht. Warte einmal – ich hol Dir den Thomas von unserem Nachbarn Team Teichberg. Mit denen wollen wir einen Podcast machen. *(Thomas vom Team Teichberg kommt)*

Woran arbeitet ihr gerade?

Thomas Teichberg: Wir arbeiten an einem Open-Source-Projekt, mit dem wir es erleichtern wollen, den Audio-Content freier Radios auszutauschen. Es gibt große Radios, die massig Content produzieren. Kleine

Radiosender wären froh, wenn sie mehr Content hätten.

Was haltet ihr vom Begriff „Podcast“. Die erste Silbe kommt von Apples iPod. Stört euch das nicht?

Johannes Grenzfurthner: Es denkt fast niemand mehr an den iPod beim Begriff „Podcast“. Das wird genauso ein wertfreier Begriff werden wie „Walkman“.

Wie schätzt ihr die Zukunft von Podcasting in Österreich ein?

Thomas Teichberg: In Österreich hat sich Podcasting noch nicht durchgesetzt. Aber es fängt an zu wachsen. Im Vergleich zu den USA ist die Bedeutung von Podcasts noch relativ gering. Im Musikbereich muss man sich auch die Medienlandschaft in den USA anschauen. Die USA hat ein scheiß Radio – aber auch ein anderes Medienverständnis. Privatrado ist der Backbone. Und Privatrado heißt auch: man macht das Radio privat. In Österreich ist der Backbone staatlich. Ich sehe darin auch den Grund, warum in den USA Blogging eher politisch-journalistisch ist, und bei uns eher tagebuchartig.

Bleiben wir beim Musikbereich. Die Österreichische Radiolandschaft bietet ein relativ breites Angebot. Das FM4-Soundparkprojekt hilft NachwuchskünstlerInnen,

und Podcasts werden auch angeboten. Warum sollte ich dann einen Podcast machen?

Johannes Grenzfurthner: Man hat größere Freiheiten. Beim Soundpark werden die Stücke der Reihe nach reingelassen. Jeden Tag ein paar Lieder, man steht eine Zeit in der Warteschlange. Beim Podcasten kannst du machen, was du willst.

Thomas Teichberg: Podcast ist jetzt auf dem Stadium, wo man früher gesagt hat: Ich mache mir meine eigene Website. Also mit einfachen Bildern, einfachen Schriftarten wie ComicSans, grellen Farben und underconstruction-Männchen. Das hat sich entwickelt. Heute ist die private Nutzung von Webseiten professioneller, es werden Blogs eingebaut. Die „Some kind of cyber existence“ hat sich über 15 Jahre entwickelt. Das gleiche gilt für Podcasts. Das braucht Zeit.

Wie kann man diese oder andere Communities fördern?

Johannes Grenzfurthner: Ich tu mir bei solchen Fragen schwer. Solche Sachen entstehen einfach. Communities leben von der Entfaltung. Manche werden größer, manche machen drei Wochen etwas und brechen wieder zusammen. Ich kann nur raten, sich zu engagieren. Hier, da und am besten auch dort.

„Ich glaube nicht an die
eierlegende Wollmilchsau.“



Interview: Udo Raaf

Udo Raaf hat vor der Gründung der Online-Musikplattform Tonspion.de – dessen Herausgeber und leitender Redakteur er ist - als Musiker in verschiedenen Bands gespielt, als freier Autor über Musik geschrieben, sowie in den TV-Redaktionen der Harald-Schmidt-Show und der Wochenshow (Brainpool) gearbeitet. Tonspion.de war einer der Nominierten für den Grimme Online Award 2005.

Eure Online-Musikplattform nennt sich „Tonspion“. Was spioniert ihr aus und vor allem für wen?

Udo Raaf: Wir durchforschen das Netz nach guter Musik im MP3 Format, kostenlos und legal für alle.

Wie seid ihr auf die Idee gekommen, tonspion.de zu gründen?

Udo Raaf: Ich habe Ende der 90er einfach nach einem Angebot gesucht, dass mir gute MP3s serviert, weil ich es sensationell fand, dass man sich Musik im CD-Format plötzlich direkt auf die Festplatte ziehen kann. Aber die Qualität der Musik war meistens grauenhaft. Die meisten Anbieter haben nur so einen technischen Ansatz gehabt oder nur irgendwelche Amateurbands angeboten. Dann hab ich einfach selbst so eine Seite ins Netz gestellt, am Anfang mit nur 10 MP3 Tipps... inzwischen sind es viele tausend geworden. Und täglich kommen neue dazu.

Reden wir über Zahlen. Wie viele Menschen besuchen eure Seite täglich? Wie viele Nutzer/innen loggen sich täglich bei euch ein?

Udo Raaf: Derzeit besuchen rund 25 000 Musikfans täglich den Tonspion, um sich über neue MP3s oder auch News zum

Thema Musik im Internet zu informieren.

Welchen Vorteil bietet ihr registrierten UserInnen?

Udo Raaf: Registrierte User können ihre eigenen MP3-Tipps im Tonspion veröffentlichen, eigene "MP3 Mixtapes" zusammenstellen und selbstgestaltete CD-Cover ausdrucken. Außerdem können sich Nutzer mit ähnlichem Musikgeschmack suchen und finden und dann austauschen. Allerdings steht das bei uns nicht ganz so im Vordergrund, wie die Musik.

Was bietet tonspion.de noch an?

Udo Raaf: Neben Downloads und News gibt es auch die Möglichkeit, über unseren MP3 Shop komplette Alben zu fairen Preisen zu kaufen. Und zwar ohne Kopierschutz und sonstige Einschränkungen. Und unser Forum freut sich immer über Links zu empfehlenswerten MP3 Downloads, da bekommen wir oft die besten Tipps. Denn bei dem riesigen Angebot im Netz, kann man auch mit einer großen Redaktion nicht immer den Überblick behalten. Deshalb zählen wir da auf die Bereitschaft unserer Nutzer, Information mit anderen zu teilen.

Wie finanziert ihr euch bzw. welches Angebot ist eure Haupteinnahmequelle?

Udo Raaf: Wie alle kostenlosen Angebote müssen wir uns über Werbung finanzieren. Das funktioniert inzwischen ganz gut, weil sich der Markt nach dem großen Dot-com-Crash erholt hat. Auch die Motive sind inzwischen weniger nervig als früher. Inhaltlich sind wir aber vollkommen unabhängig, weil die Vermarktung durch eine Agentur gemacht wird, die sich nicht in unsere redaktionelle Arbeit einmischt. Werbung und Inhalt bleiben also klar getrennt.

In eurem MP3 Shop kostet ein Song 0,89 Cent. Somit billiger als iTunes. Wie groß ist euer Katalog und wie schafft ihr es, so einen günstigen Preis anzubieten?

Udo Raaf: Die Preise variieren, weil jedes Label selbst bestimmt, wieviel die Songs kosten. Komplette Alben sind dabei fast immer viel günstiger als einzelne Songs. Mitunter kostet ein Song so umgerechnet oft nur 50 Cent. Leider ist es schwer, so ein Angebot neben den Riesen iTunes oder Musicload durchzusetzen.

Da wir nur Labels im Angebot haben, die auf Digital Rights Management – also Kopierschutz – verzichten, können wir leider nicht alles anbieten, sondern nur Musik von Independentlabels. Aber die Leute wollen halt doch immer gerne das große komplette Angebot, dazu gehöre ich eigentlich auch. Da ist das letzte Wort aber

auch noch nicht gesprochen. Ich finde noch keinen der Downloadshops ansatzweise befriedigend.

Eine Frage steht oft im Raum: Warum bieten KünstlerInnen gratis MP3s an. Somit bekommen sie weniger Geld, oder?

Udo Raaf: Quatsch, die Behauptung, dass jeder Download auch gekauft worden wäre, ist wohl eher ein Wunschtraum. Man braucht immer kostenlose Angebote, um die Leute überhaupt mit neuen Künstlern vertraut zu machen. Früher hat das das Radio oder das Musikfernsehen erledigt, heute informiert man sich über Musik – vor allem abseits von Mainstream und Charts – am besten im Internet. Wenn man dann zu den Konzerten der Künstler geht oder auch die Alben holt, dann verdienen die Künstler durch kostenlose Downloads am Ende mehr und nicht weniger.

Wie betrachtet euch die große Musikindustrie?

Udo Raaf: Die „große Musikindustrie“ ist zwar ein Lieblingsfeindbild, gibt's aber in Wirklichkeit natürlich so nicht. Es sind ja am Ende alles nur Menschen, die da ihren Job machen. Wir arbeiten hier in Deutschland auch mit einigen Majorlabels sehr gut zusammen, wobei es da aber meistens schon klare Anweisungen „von oben“ – also

meistens aus den USA - gibt, keine kostenlosen Downloads im MP3 Format zu veröffentlichen. Was für Megaserien dann so auch stimmen mag, wird trotzdem immer wieder von den Künstlern selbst durchbrochen. Wir haben auch immer wieder Songs von Madonna oder Robbie Williams und Co. im Angebot. Man kann da also nicht immer verallgemeinern. Inzwischen werden wir aber als eigenständige Stimme im Internet respektiert und werden auch bemustert. Viele Branchen-Insider nutzen den Tonspion auch als Informationsquelle, für viele ist das Thema ja auch noch relativ neu. Dass wir eher mit Indiefirmen zusammenarbeiten, liegt in der Natur der Sache. Charthits zu verschenken macht nun wirklich keinen Sinn. Bei uns geht es immer wieder darum, neue Sachen zu entdecken. Darin liegt auch der Reiz. Hits abnudeln kann jeder.

In Amerika dienen Podcast dazu, Indie-Musik zu promoten. Wie beurteilst du die Entwicklung von Podcasts in Deutschland?

Udo Raaf: Podcasts sind eher ein Nischenphänomen derzeit. Zwar können große Sender ihre Programme nun auch zeit- und ortsunabhängig als Podcast anbieten, doch Geld lässt sich damit momentan nicht verdienen, weil es keine entsprechenden Werbeformen gibt. Insofern sind Podcasts

derzeit eher ein zeitintensives und teures Hobby, wenn man kein öffentlich-rechtlicher Sender ist. Man muss neuen Entwicklungen im Internet einfach auch mal Zeit geben und darf nicht immer gleich von Wundern oder Revolutionen ausgehen. Der Hype ums Podcasting war der Sache leider nicht unbedingt zuträglich. Uns wurden fast täglich Podcasts von Markenartiklern angeboten, die dachten, es sei cool, versteckte Werbung über einen schicken Podcast zu verschicken. Find ich nicht!

Wie steht ihr zum aktuellen Urheberrecht? Würdet ihr euch Veränderungen wünschen? Welche?

Udo Raaf: Das Urheberrecht ist schon eine ganz grundlegende Sache für die Kreativen. Aber im Internet ist es eigentlich in der bisherigen Form nicht mehr durchzusetzen – es wird massenhaft gebrochen, kaum ein kostenloser Download oder Film ist wirklich legal im Netz. Zudem behindert das bisherige Urheberrecht die Kreativität mehr, als dass es sie unterstützt. Deshalb braucht es einen ganz neuen Umgang mit dem Urheberrecht, der auch im Internet sinnvoll ist für alle Beteiligten. Creative Commons sind da zum Beispiel ein Ansatz, allerdings fehlt damit leider noch die Möglichkeit für die Urheber, den gerechten Lohn für ihre Arbeit zu bekommen. Es ist noch ein weiter Weg...

Haben Creative Commons Lizenzen Auswirkungen auf deine Arbeit?

Udo Raaf: Nein, derzeit leider noch nicht, weil sie zu wenig verbreitet sind und auch noch nicht wirklich reif sind, dass sie auch für große Labels attraktiv werden, damit es sich durchsetzen kann. Für uns und alle anderen wird das erst dann interessant, wenn es auch interessante Inhalte, also Musik von vielen guten Künstlern unter solchen Lizenzen gibt. Für kommerzielle Zwecke, also wenn ein Künstler auch von seiner Arbeit leben möchte, sind diese Lizenzen aber nicht wirklich geeignet in der jetzigen Form.

Wie stehst du zu Kultur-Flatrate-Modellen, wie sie in Frankreich von KünstlerInnen-Plattformen gefordert werden?

Udo Raaf: Prinzipiell halte ich das langfristig für die einzige Möglichkeit, wie man das Musikgeschäft im Netz massiv ankurbeln kann und den Musikkäufern durch niedrige Flatrates das Downloaden von Musik – wo auch immer – vereinfacht. Die bisherigen Modelle sind zu kompliziert, zu teuer und zu wenige profitieren davon. Jeder hört Musik und jeder, der Musik liebt oder zumindest respektiert, wird bereit sein, dafür einen gewissen Beitrag zu bezahlen, wenn er dann nicht mehr behelligt wird durch Drohungen oder Kopierschutz-Systeme. Davon bin ich überzeugt.

Aber die Majors sind leider noch nicht bereit dazu, ihr Tonträger-Geschäft aufzugeben. Denn das wäre wohl das Ende der CD. Deshalb wird wohl weiterhin versucht, Downloads möglichst unattraktiv zu machen. Meinem Eindruck nach wird dieses Thema noch nicht einmal ansatzweise ernsthaft diskutiert in der Branche, obwohl es um ihre Zukunft geht. Das hätte aber natürlich drastische Konsequenzen auf das Urheberrecht in seiner jetzigen Form und auch da ist leider kaum Bewegung drin oder die Bereitschaft, überhaupt etwas zu ändern. Die jetzigen Großverdiener werden das zu verhindern wissen und haben – leider – auch die mächtigste Lobby.

In welchem Verhältnis steht ihr zu Netlabels, also Labels, die nur im Internet veröffentlichen? Wieviele habt ihr gelistet? Wie beurteilt ihr deren Potential?

Udo Raaf: Es gibt einige musikalisch herausragende Netlabels, die wir auch bereits im Tonspion vorgestellt haben. Aber das Potenzial würde ich eher vorsichtig bewerten: Wo kein Geschäftsmodell ist, da gibt es auch kein Geschäft. Wir werden von keinem einzigen Netlabel bemustert, es gibt da keinen Ansprechpartner, der versucht, seine Künstler bei uns zu platzieren. Ganz anders verhält sich das bei den „normalen“ Labels, die dafür Leute eingestellt haben und ständig versuchen, neue Künstler bei uns zu platz-

ieren. Die Konkurrenz im Musikmarkt ist riesig. Man kann Musik nicht nur veröffentlichen, sondern muss auch mit der Musik arbeiten, damit sie einen größeren Kreis von Leuten erreichen kann. Ansonsten bleibt man eben unter sich, und das hat ja auch was Schönes, ist aber eben nur ein Hobby. Es bleibt aber die Gefahr, dass die wichtigsten Protagonisten der Szene irgendwann keine Lust mehr haben und halt auch ganz einfach Geld verdienen müssen durch andere Jobs. Jeder muss Miete und Essen zahlen oder irgendwann eine Familie ernähren.

Im Bereich Musik im Internet gibt es immer mehr Vorschlagssysteme (also Programme, die zum Beispiel über Auswertung einer Musikbibliothek dazupassende Titel empfehlen), wie zum Beispiel Pandora.com. Beteiligt ihr euch auch an einem dieser Projekte?

Udo Raaf: Pandora ist eine geniale Plattform, die ich selbst sehr gern benutze. Tonspion hat ein anderes Konzept, das auch funktioniert, ist aber mehr Magazin als Radio. Ich glaube an die Vielstimmigkeit und das Nebeneinander verschiedener Anbieter und nicht an die eierlegende Wollmilchsau. Überzogene Hypes wie sie derzeit um MySpace gemacht werden, halte ich dagegen für gefährlich, weil dieser Hype suggeriert, die wären die einzigen, die im Netz was reißen würden. Das ist aber ein Trugschluss,

nur heiße Luft. Es gibt viel interessantere Anbieter als MySpace. Und es gibt viele davon. Das ist das Gute im Internet. Und um das zu dokumentieren, haben wir nun unsere zweite Website Netselektor.de ins Netz gestellt, mit der wir diesen Anbietern neben dem Mainstream eine Plattform geben wollen. Übrigens nicht nur zum Thema Musik.

Welche Motivation treibt euch jeden Tag an?

Udo Raaf: Die Freiheit, vorstellen zu können, was uns gefällt und dass unser Angebot, so wie es ist, dankbar angenommen wird, ist Motivation genug. Wir haben auch nicht den Anspruch, alles vorzustellen, sondern wirklich nur das, was wir bemerkenswert finden. Denn das ist tatsächlich auch ein Nachteil des Internet: es gibt einfach zu viel von allem. Das gilt vor allem für Musik.

PROJEKT: Linz 2009 Commons

Jänner 2010. Das Kulturhauptstadtjahr ist vorbei. Was bleibt Linz vom Kulturhauptstadtjahr? Zumindest ein digitales Archiv aller kulturellen Ereignisse in Linz. Für alle frei zugänglich und verwertbar, wird das digitale Kulturarchiv zur digitalen Kulturallmende.

Das Kulturhauptstadtjahr ist ein besonderes Ereignis für Linz. Opern, Theater, Konzerte, Installationen im öffentlichen Raum – 2009 wird sich Linz von seiner kulturell vielseitigsten Seite zeigen. So wird es für Gäste, wie für Linzer/innen, unmöglich sein, alle Veranstaltungen zu besuchen. Aus zeitlichen, vielleicht aber auch aus finanziellen Gründen. Interessierte wollen auf Audio-, Video- oder Fotodaten der Veranstaltungen zugreifen? Kein Problem. Linz bietet über eine Homepage ein riesiges Archiv aller im Kulturstadtjahr geschaffenen Werke an. Zum Download. Kostenlos. Nicht nur Linzer/innen würden profitieren. Menschen aus der ganzen Welt bekommen so einen Einblick in die Kulturhauptstadt Linz, Anregungen und Material für weitere Arbeit.

Die Werke werden unter eine Creative Commons Lizenz gestellt. Bei der Wahl der Lizenzen sollten die Künstler/innen die Möglichkeit haben, aus dem Pool der Lizenzen auszuwählen. Jedenfalls aber soll sämtliches, dokumentatives Material rund um die Linz09-Projekte unter möglichst freien Creative Commons-Lizenzen zugänglich gemacht werden: Es ist das ein Bekenntnis der Europäischen Kulturhauptstadt Linz zu einem möglichst frei zugänglichen Gemeingut Kultur.

Sollten die Verhandlungen mit der AKM und den KünstlerInnen zur Veröffentlichung von Werken unter Creative Commons-Lizenzen scheitern, könnte das Archiv zumindest über Streaming-Angebote zugänglich gemacht werden. Streaming ist mit den Richtlinien der AKM absolut vereinbar, der zu zahlende Betrag ist Verhandlungssache.

PROJEKTSKIZZE:

Linz 2009 Commons

Projektziele

Die geschaffenen Werke des Kulturhauptstadtjahrs sollen in einem digitalen Internetarchiv gespeichert und zum kostenlosen Download zur Verfügung stehen

Projektbestandteile

- Ein benutzerInnenfreundliches Internetarchiv.
- Verhandlungen mit KünstlerInnen, ihre Arbeiten unter Creative Commons zu veröffentlichen
- Verhandlungen mit AKM/AUME, um etwaige Lizenzkonflikte zu vermeiden.
- Serverkapazität. Ein frei zugängliches Archiv hat einen hohen Traffic und benötigt große Speicherkapazitäten

Projektzielgruppen

- Besucher/innen der Kulturhauptstadt.
- Linzer/innen
- Kulturinteressierte aus der ganzen Welt, die nicht die Möglichkeit haben, die Kulturhauptstadt zu besuchen

Projektträger

Stadt Linz in Zusammenarbeit mit dem Ars Electronica Center

Dialoggruppen

- Künstler/innen
- Stadt Linz
- Ars Electronica Center
- Kulturhauptstadt 2009

Zeitraum

Vorlaufzeit bis zum Start zu Jahresbeginn 2009 ca. 1 Jahr; danach Dauerbetrieb bzw. laufende Erweiterung

Finanzierungsbedarf

- Aufbau und Wartung der Infrastruktur
- Füllung des Archivs, Koordination mit den KünstlerInnen



PROJEKT: Förderung der Linzer Creative Commons Kultur

Die Creative Commons-Initiative hat 2004 den „Golden Nica Net Vision“-Preis beim Prix Ars Electronica gewonnen. Prämiert wurde dabei ganz klar das kreative Potential der Idee – die Vision eben – denn im Alltag der großen Mehrheit der Kulturschaffenden spielen Creative Commons-Lizenzen immer noch eine untergeordnete Rolle. Höchste Zeit also, Creative Commons als Konzept zur Förderung und Sicherung kultureller Freiheit sichtbar zu machen. Konkret geht es darum, von Seite der Stadt Linz öffentliche (auch: finanzielle) Anreize zu schaffen, Werke verschiedenster Art mit Hilfe von Creative Commons-Lizenzen der „kreativen Allmende“ zugänglich und nutzbar zu machen.

Schon decken die Förderkriterien der Stadt Linz verschiedene Bereiche ab und fordern beispielsweise neben Linz-Bezug, Professionalität und Wirtschaftlichkeit auch Faktoren wie die Sicherstellung der Parität der Fördermittel für Frauen und Männer sowie die Überprüfung von Notwendigkeit, Angemessenheit und Subsidiarität.⁹²

Die Frage der Lizenz, unter der städtisch geförderte Werke letztlich veröffentlicht werden, sollte so schnell wie möglich Teil dieses Förderkriterienkatalogs werden. Insbesondere bei Werken, die zum größten Teil aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, sollte mit der Vergabe der Gelder auch gleichzeitig der Zugriff anderer KünstlerInnen und der nicht-kommerziell interessierten Öffentlichkeit gesichert werden.

So sollte in Hinkunft prinzipiell die Verwendung von Creative Commons-Lizenzen für die Zuerkennung öffentlicher Fördermittel vorgesehen werden – natürlich mit der Möglichkeit aus individuellen Gründen auch davon abzusehen. In Bereichen, wo die Verwendung von Creative Commons-Lizenzen mit finanziellen Einbußen für die Künstler/innen verbunden wäre, sollte je nach Freiheitsgrad der gewählten Lizenzform eine Zusatzförderung für die Wahl freier Lizenzmodelle gewährt werden.

Klarerweise sollte sich diese Förderung freier Lizenzen nicht auf Creative Commons-Lizenzen beschränken, sondern auf sämtliche vergleichbaren Lizenztypen (wie beispielsweise die GNU Free Documentation License) genauso angewendet werden.

PROJEKTSKIZZE:

Förderung der Linzer Creative Commons Kultur



Projektziele

Aufbau und kontinuierliche Vergrößerung einer „kreativen Allmende“ mit frei zugänglichen und frei (weiter-) nutzbaren Werken von Linzer Kunst- und Kulturschaffenden

Projektbestandteile

- Reform bzw. Erweiterung der städtischen Kulturförderkriterien in Zusammenarbeit mit dem Kulturbeirat
- Informationsoffensive zu Creative Commons für Linzer Kulturschaffende

Projektzielgruppen

Potentielle KulturförderungsempfängerInnen in Linz

Projektträger

Stadt Linz

Dialoggruppen

- KünstlerInnen
- Stadt Linz

Zeitraum

Mit Beginn des nächsten Kulturförderzyklus für das Jahr 2008

Finanzierungsbedarf

Zusatzmittel für Sonderförderung von einkommensrelevanten Creative Commons-Lizenzierungen



PROJEKT: Linz Public Culture Server

Der Berliner Open-Source-Vordenker Volker Grassmuck nennt drei grundlegende Bausteine der digitalen Revolution: Die Universalmaschine Computer. Das Internet, das unzählige Computer miteinander verbindet. Und schließlich der Speicher im Netz, der sicherstellt, dass die am Computer geschaffenen und über das Internet ausgetauschten Werke sich nicht einfach verflüchtigen sondern dauerhaft zur Verfügung stehen – die Voraussetzung dafür, auf der Arbeit anderer auf- und weiterzubauen.

Dieser öffentliche Speicherplatz ist auch Grundvoraussetzung für zahlreiche künstlerische Aktivitäten im Netz: Netlabels, Podcaster/innen und Videokünstler/innen brauchen auf Grund der von ihnen angebotenen Daten – speicherfressende Musik- und Videodateien – sogar besonders viel davon. Wobei weniger der Platz als vielmehr der Traffic – das Herunterladen großer Datenmengen – die Kosten schnell in lichte Höhen steigen lassen kann.

Die derzeit im Internet verfügbaren Angebote für billigen oder sogar kostenlosen Speicherplatz sind wiederum mit zahlreichen Nachteilen verbunden: Oft verlieren die Kulturschaffenden dabei Nutzungsrechte, müssen Werbung auf ihren Seiten dulden und haben keinerlei Sicherheit oder Kontrolle darüber, dass ihre Daten (zum Beispiel im Falle des Konkurses des/der Anbieters/Anbieterin) auch morgen noch verfügbar sein werden.

Wie an anderer Stelle in diesem Band bereits für den Bereich kritischer (Internet-) Medienöffentlichkeit gefordert, wäre ein öffentlich gewarteter Public Space Server als Infrastrukturförderung für Linzer Kulturinitiativen eine Möglichkeit, hier mit wenig Aufwand große Möglichkeitsräume zu erschließen.

Während es gerade für im Internet tätige Künstler/innen oder Kulturschaffende prinzipiell gleichgültig ist, wo sie in der realen Welt tätig sind, könnten sie mit dem Angebot eines Linz Open Culture Servers nach Linz geholt oder hier gehalten werden, um die urbane Szene zu beleben.

PROJEKTSKIZZE:

Linz Public Culture Server



Projektziele

- Bereitstellung digital-öffentlicher Räume für Linzer Kulturschaffende
- Förderung der Linzer (Online-) Kulturszene

Projektbestandteile

- Einrichtung/Anmietung von Serverkapazitäten
- Möglichkeit der Freischaltung für Linzer Kulturinitiativen

Projektzielgruppen

Linzer Kunst- und Kulturschaffende

Projekträger

Stadt Linz

Dialoggruppen


- Stadt Linz
- Linzer Kunst- und Kulturschaffende

Zeitraum

Start noch im Jahr 2007

Finanzierungsbedarf

Kosten für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur sowie die Administration der Webspaces-Zuteilung



*“Wenn ich weiter als andere gesehen habe, dann nur deshalb,
weil ich auf den Schultern von Riesen stand.”*

(Isaac Newton, ursprünglich Didacus Stella)





DIGITALE FREIHEIT FÜR FORSCHUNG UND FORSCHER/INNEN

Michaela Mader und Bettina Langeder

Open Access macht wissenschaftliche Publikationen frei verfügbar. Und Wissenschaft besser.

Eine Studentin, die vor 20 Jahren ihre Diplomarbeit an der Linzer Universität geschrieben hat, fand eine sehr überschaubare Infrastruktur vor. Eine Bibliothek mit schon damals nicht sehr aktuellem Bestand und die dazugehörigen Karteikarten. Sie verwendete eine geraume Menge ihrer Zeit darauf, sich einen Überblick über die brauchbare Literatur zu ihrem Thema zu verschaffen. Neben Büchern konnte sie auch die Jahrgänge der einen oder anderen Zeitschrift Stück für Stück durchforsten. Stellte sie auf eine bislang unbekannt Weise fest, dass in anderen Bibliotheken – beispielsweise in Wien oder auch im nahen Ausland – relevante Zeitschriften und Bücher geführt werden, konnte sie sich über Fernleihe eine Kopie gegen Entgelt bestellen. Die Verarbeitung der Literaturquellen und die Erstellung der Arbeit erfolgte dann mittels einer Schreibmaschine – die Auswertung empirischer Forschungsergebnisse und die Einbettung von Grafiken machten größte Mühe. Als Ausgangslage für die wissenschaftliche Arbeit standen ihr weder die globale Fülle an Wissen noch der tatsächliche „State of the Art“ der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung. Ihre Arbeit baute auf Quellen auf, die lokal verfügbar waren, determiniert von der Einkaufspolitik der Linzer Uni-Bibliothek.

Die Fähigkeit, schnell und flexibel auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren, ist aber inzwischen längst nicht nur in der Wirtschaft notwendig, sondern ist auch Alltag und Anforderung moderner Wissenschaft. Der Trend zur Internationalisierung von Forschung und Wissenschaft ermöglicht und verlangt einen zeit- und ortsunabhängigen Zugriff auf wissenschaftliche Forschungsmaterialien und Publikationen. Innerhalb kürzester Zeit werden über das Internet meist mit sehr geringem Aufwand wissenschaftliche Arbeiten einer weltweiten Leser/innenschaft zugänglich gemacht. Dabei ist es nicht notwendig, das Rad neu zu erfinden, sondern vielmehr knüpft die Gewinnung neuer Erkenntnisse an bereits Bestehendes an und entwickelt es weiter. Das Internet eröffnet hierbei ganz neue Wege, die die Forschung zweifellos effizienter und effektiver agieren lässt.

Im Jahr 2006 steht der Diplomandin an der Linzer Universität dementsprechend eine Suchmaschine im Internet zur Verfügung, mit der nicht nur Werke der Linzer Bibliothek sondern aller österreichischen Bibliotheken gefunden werden können. Zusätzlich kann sie mittels CD-ROM und weiterer Suchmaschinen in beinahe allen Zeitschriften dieser Welt suchen und Abstracts – also kurze Inhaltsangaben - dieser Artikel abrufen. Sobald ihr die genaue Quellenangabe bekannt ist, macht sie sich auf die Suche nach der Vollversion des

Artikels. Und obwohl das Internet den Zugang zu wissenschaftlichen Arbeiten einfacher, schneller und damit effizienter macht, fühlt sie sich bei der Frage nach der Vollversion des gewünschten Artikels doch wieder einige Jahre zurückversetzt. Denn wenn diese Zeitschrift nicht in der heimischen Bibliothek geführt wird, bleibt ihr meistens noch die Möglichkeit eine elektronische Version des Artikels gegen (empfindliches) Entgelt zu bestellen oder um den gleichen Preis herunterzuladen. Die Preise für einzelne Ausgaben von Journalen sind dabei –trotz günstiger Online-Vertriebswege sogar steil angestiegen. Warum aber stehen der Studentin die wissenschaftlichen Werke und Forschungsergebnisse nicht online und vor allem unentgeltlich zur Verfügung?

Um darauf eine Antwort zu finden, muss man einen Blick auf die Praxis des wissenschaftlichen Publizierens werfen. Will eine junge Wissenschaftlerin einen Artikel in einer anerkannten Fachzeitschrift veröffentlichen, muss dieser erst einmal einem „Peer Review“ standhalten. Die Überprüfung des Fachbeitrags auf seine wissenschaftliche Qualität und hinsichtlich potenzieller Plagiate wird von gleichgestellten Fachleuten – den sogenannten Peers – geleistet. Etablierte Fachzeitschriften haben einen Pool an renommierten Gutachter/innen, die alle selbst im jeweiligen Fachgebiet wissenschaftlich tätig sind. Kritiker/innen bemängeln an diesem System, dass Gutachter/innen sich regelmäßig gegenseitig begutachten und es so kritische und neue Beiträge schwerer, etablierte Autor/innen umso leichter haben. Da es sich bei den meisten Gutachten um Einzelstückbegutachtungen handelt, ist es beinahe unmöglich, tatsächliche Fälschungen aufzudecken. Durch die Einzelstückbegutachtungen werden vielmehr Redundanzen gefördert und idente Visualisierungen nicht erkannt. Nicht zuletzt durch Plagiatsskandale und innovationsfeindliche Tendenzen ist in jüngerer Zeit das Vertrauen in das Peer-Review-System stark gesunken.

Da Bekanntes meist gefördert und Unbekanntes behindert wird, muss die junge Autorin wohl mit einem bedeutenden und beliebten Thema aufwarten, denn solchen Fragestellungen werden bessere Chancen bei der Begutachtung eingeräumt. Das Gutachter/innensystem entscheidet oft über wissenschaftliche Karrieren, die finanzielle Mittelverteilung und die Auswahl von PreisträgerInnen. Die Intention der AutorInnen liegt meist darin, dass die Publikation an einem möglichst angesehenen Ort veröffentlicht wird, um Forschungsgelder zu sichern. Der Kampf um Forschungsmittel ist für den/die einzelne/n Forscher/in in der Regel gleichbedeutend mit dem Kampf um die Veröffentlichung des eigenen Artikels in der besten Fachzeitschrift.

Kreisläufe der Forschungsfinanzierung

Ein Blick auf die Forschungsfinanzierung in Österreich und den meisten Ländern der Erde zeigt denn auch, dass öffentliche Gelder am Anfang und am Ende des Forschungsprozesses stehen. Die meisten Forscherinnen und Forscher sind als Arbeitnehmer/innen bei staatlichen Institutionen wie beispielsweise Universitäten oder in – meist öffentlich finanzierten – außeruniversitären Forschungszentren angestellt. Auch wenn ihre Gehälter zum größten Teil aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden, sind die Forschungsergebnisse jedoch geistiges Eigentum dieser Personen und werden von ihnen auch in Form von Publikationen verwertet. Erscheint nun die Fachzeitschrift mit dem publizierten Artikel, so werden von den öffentlich finanzierten Bibliotheken der Universitäten und Forschungseinrichtungen die publizierten Forschungsergebnisse quasi „zurückgekauft“. Angesichts dieser paradoxen Situation über den Einsatz öffentlicher Mittel zur Unterstützung von Wissenschaft und Forschung ist die Kernfrage zulässig, wie sie die deutsche Forscherin und Herausgeberin eines sozialwissenschaftlichen Open-Access-Journals, Katja Mruck formuliert. Sie stellt die Frage, „ob wissenschaftliche Informationen und Wissen als in der Regel durch öffentliche Mittel subventionierte Ergebnisse der Wissensproduktion und daher als Gemeinschaftsgut – ähnlich wie Gesetze und Urteile – für alle Interessierten ohne Nutzungsentgelte zugänglich sein sollten.“ Salopp formuliert: Warum zweimal bezahlen? Die Kosten des angesprochenen Review-Prozesses alleine können die teuren Preise gerade der etablierten Wissenschaftsjournale jedenfalls nicht rechtfertigen – sind die Reviewer/innen in der Regel doch ebenfalls öffentlich Bedienstete, die außerdem für ihre ExpertInnengutachten kein Geld bekommen.

Gerade im globalen Maßstab ist die Versorgung mit Informationen asymmetrisch, Wissen ist ungleich verteilt. Die Studentin in Österreich findet wesentlich bessere Voraussetzungen für ihre Diplomarbeit vor, als eine Studentin in Uganda. Die Linzer Universitätsbibliothek kann sich – trotz verminderter Anschaffungsquoten in den letzten Jahren – mehr, teurere und inhaltlich relevantere Zeitschriften leisten als die große Mehrheit der Bibliotheken in Entwicklungs- oder Schwellenländern. Wer Zugang zu modernen Kommunikationstechniken hat, hat bessere soziale, wirtschaftliche und eben auch wissenschaftliche Entwicklungschancen. Der ungleich verteilte Zugang zum Internet und anderen digitalen Informationstechniken, der unter anderem stark von sozialen Faktoren abhängt, zeigt auch im Wissenschaftsbereich seine Auswirkungen. Ärmere Länder müssen Bibliotheken erhalten, deren Finanzierung sie grundlegend überfordert. Und das, obwohl es gerade dank des Internets eigentlich nur noch notwendig wäre, den Internetanschluss zu finanzieren, um Universitäten an den

aktuellsten Forschungsdiskurs anzubinden. Von den weltweit rund 24.000 existierenden wissenschaftlichen Zeitschriften, in denen Forscher/innen ihre Ergebnisse veröffentlichen, können die meisten Bibliotheken nur einen geringen Anteil in ihrem Bestand halten. Durch immer weiter steigende Preise gerade der „wichtigsten“ Zeitschriften ist es aber auch den Bibliotheken und Forschungseinrichtungen in Industrieländern mit vorgegebenen Bibliotheksbudgets unmöglich, die Anzahl der abonnierten Journale und damit die wissenschaftliche Vielfalt auch nur konstant zu halten.

Globale Wissenschaft – globaler Zugang?

Dass im dritten Jahrtausend trotz mächtiger Technologien eine derartige Asymmetrie in der Informationsversorgung besteht und für viele kaum überwindbare Barrieren den Zugang zu Wissen versperren, sorgt allerdings gerade unter den Wissenschaftler/innen selbst für steigenden Unmut. Gerade die paradoxe Entwicklung, dass in den letzten Jahren trotz günstigerer und einfacherer Verbreitungsmöglichkeiten über das Internet, die Anzahl der Journale und ihre Verfügbarkeit in den lokalen Bibliotheken zurückging, ließ eine Reihe an Initiativen entstehen. Im Jahr 2001 bekannten sich mit der Budapest Open Access Initiative⁹³ (BOAI) erstmals offiziell Wissenschaftler/innen zu einem gewagten Ziel. Sie verabschiedeten eine Deklaration zu „Open Access“ („freier Zugang“), die fordert, dass wissenschaftliche Literatur kostenfrei und öffentlich im Internet zugänglich sein sollte. Interessierte sollen die Volltexte lesen, herunterladen, kopieren, verteilen, drucken, in ihnen suchen, auf sie verweisen und sie auch sonst auf jede denkbare legale Weise benutzen können. Dabei sollten die Benutzer/innen mit keinen finanziellen, gesetzlichen oder technischen Barrieren jenseits von denen, die mit dem Internet-Zugang selbst verbunden sind, konfrontiert werden. In allen Fragen des Wiederabdrucks und der Verteilung, und in allen Fragen des Copyrights überhaupt, sollte die einzige Einschränkung darin bestehen, den jeweiligen Autorinnen und Autoren die Kontrolle über ihre Arbeit zu belassen und deren Recht zu sichern, dass ihre Arbeit angemessen anerkannt und zitiert wird. Mit dieser Deklaration war die Open Access-Bewegung geboren, die seither einerseits um den kostenfreien Zugang zu elektronischen Publikationen via Internet und andererseits um die uneingeschränkte Nutzung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse - frei von Lizenzbeschränkungen, die den wissenschaftlichen Austausch auf vielfältige Weise behindern – kämpft.

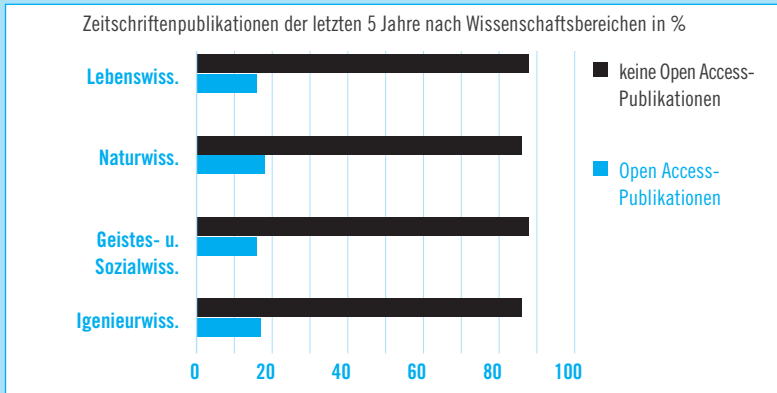
In Übereinstimmung mit den Zielen der BOAI, der ECHO-Charta und der Bethesda-Erklärung (Bethesda Statement on Open Access Publishing) schlossen sich 2003 zahlreiche

deutsche Forscher/innen in einer Berliner Erklärung diesen Forderungen an. Auch ihre Intention ist, das Internet als Instrument für eine globale Basis wissenschaftlicher Kenntnisse und geistiger Reflexion zu nutzen. Daraus leiten die Unterzeichner/innen Maßnahmen ab, die von PolitikerInnen, Forschungsorganisationen, Förderinstitutionen, Bibliotheken, Archiven und Museen umgesetzt werden sollen. Die Inhalte von Open Access Systemen sowie der Zugang und Verwendung publizierter Artikel ist wesentlich weiter gefasst, als es von den Budapester PionierInnen formuliert worden war. Der freie Zugang „solle neben den neuesten Resultaten der Wissenschaft auch dem gesamten „kulturellen Erbe“ gewährt werden. Neben dem Recht des freien Zugangs müsse dazu auch das Recht gehören, fremde Publikationen zur Grundlage weiterer Bearbeitung machen zu dürfen.“⁹⁴

Insgesamt haben schon mehr als 180 etablierte Forschungseinrichtungen und Wissenschaftsorganisationen die Erklärung unterzeichnet⁹⁵ - unter ihnen die Österreichische Rektorenkonferenz sowie der Wissenschaftsfonds FWF. In den drei Jahren seit der Verabschiedung der Berliner Erklärung operieren bereits zahlreiche Fachzeitschriften und Wissenschaftsserver unterschiedlichster Disziplinen auf Basis von Open Access im Internet. Das wichtigste Verzeichnis von Open Access Zeitschriften www.doaj.org wies im August 2006 insgesamt 2.340 zugängliche Journale mit insgesamt 105.494 Fachbeiträgen auf. Dennoch kann noch lange nicht von einem Durchbruch gesprochen werden. Wie man in der Graphik deutlich erkennen kann, wird der Großteil an Fachbeiträgen noch immer auf konventionellem Weg – also als kostenpflichtige Printversion - publiziert. Die geringe Anzahl an Veröffentlichungen in frei zugänglichen Datenbanken und in elektronischen Journalen weist unter anderem ein Gefälle zwischen Naturwissenschaften, mit den meisten Open Access-Publikationen, und den Geisteswissenschaften, mit einem sehr geringen Anteil, auf.

Das britische Verlagshaus BioMedCentral (BMC)⁹⁶ mit etwa 140 E-Journalen zählt zu den größten Anbietern. German Medical Science⁹⁷ und Digital Peer Publishing (DPP) NRW⁹⁸ gehören zu den wichtigsten deutschen Verlagen. Anfangs war es für die einigen wenigen AutorInnen, die ihre Artikel nicht nur auf konventionellem Wege publizieren wollten, kaum möglich, sich gegen „ihre“ Verlage durchzusetzen. Die Verträge mit dem Verlag erlaubten es ihnen schlicht und einfach nicht, den Artikel zumindest zusätzlich online und unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Mittlerweile erlauben aber immer mehr international tätige Verlage die Zweitpublikation der Fachbeiträge in Open Access-Zeitschriften, die Konditionen variieren aber stark von Verlag zu Verlag und von Land zu Land.

Anteil der Veröffentlichungen in Open Access - Zeitschriften



„Grüne“ und „Goldene“ Wege zu Open Access

Um hier einen akzeptablen Weg sowohl für AutorInnen als auch für Verlagshäuser zu finden, schlagen die Open Access Initiativen zwei verschiedene Publikationsarten vor, und zwar eine „grüne“ („Green Road to Open Access“) und eine „goldene“ („Golden Road to Open Access“). Der goldene Weg zeichnet sich dadurch aus, dass die Publikation der Fachbeiträge kostenlos in barrierefreien Onlinezeitschriften erfolgt. Die Auswahl der Artikel für die Fachzeitschrift erfolgt im Wege des klassischen Peer-Review-Verfahrens, bei dem Fachleute die Beiträge und deren Qualität bewerten. Die AutorInnen bzw. die Forschungseinrichtungen zahlen – im Falle der Publikation – die Gebühren für die Durchführung dieses Verfahrens selbst. Diese Gebühren dienen dazu, die Publikationskosten zu decken. Dadurch wird eine entgeltlose Nutzung der Publikation für andere Forscher/innen und sonstige Interessierte sichergestellt. Dem gegenüber steht der grüne Weg, der eine individuelle, dezentrale Zweitveröffentlichung der Dokumente auf geeigneten Online-Plattformen vorsieht. Während also die offizielle Veröffentlichung der Werke in einer Fachzeitschrift erfolgt, werden die Forschungsergebnisse zusätzlich noch von den AutorInnen selbst (zum Beispiel auf Universitätsservern) frei zugänglich gemacht. Der grüne Weg der Publikation gewährleistet, dass jede/r auf die Forschungsergebnisse uneingeschränkt und kostenlos ohne jegliche Zensur durch ein Peer-Review-Verfahren Zugriff hat und die Publikationen ohne Lizenzbeschränkungen genutzt werden dürfen.

Neben all den verschiedenen Verfahren und Ansätzen macht aber gerade das gemeinsame von „grünem“ und „goldenem“ Weg deutlich, worin der Sinn aller Open Access Initiativen und Modellen liegt: Mehr Menschen sollen auf Basis – und das impliziert eben auch wechselseitige Kritik – des bestehenden wissenschaftlichen Wissens neue Erkenntnisse erzielen. Ähnlich wie die Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Lettern zu einer Verbesserung und Beschleunigung menschlicher Wissensakkumulation geführt hat, soll durch Open Access das vergleichbare Potential digitaler Verbreitungsmöglichkeiten genutzt werden.

Diesen Zweck erfüllen Open Access Journale und Archive, indem sie dem eigentlichen Ziel des wissenschaftlichen Publizierens besser als herkömmliche Publikationsformen dienen. Denn der potenzielle Einfluss („Impact“) eines wissenschaftlichen Artikels drückt sich nicht in Honoraren und Verkaufszahlen aus, sondern lässt sich am besten daran festmachen, wie viele andere ForscherInnen ihn rezipieren und zitieren und so die eigene Forschung eben an bestehende Wissensbestände andocken.⁹⁹ Zumindest potentiell schwinden mit dem Internet Zugangsbarrieren, steigen Karriereaussichten auch abseits gelegener Forscher/innen, können künftige Forschungsvorhaben besser positioniert werden und steigt die Forschungsproduktivität, da für mehr Forscher/innen der direkte Anschluss an relevante Forschungsergebnisse uneingeschränkt möglich ist. Einen Beitrag zur Erhöhung der Produktivität könnte auch die Größe und Vielfalt des Netzes leisten, an die Bibliotheken niemals herankommen können.¹⁰⁰ Die größte Barriere zur Nutzung dieser derzeit nur im Konjunktiv bestehenden Potentiale stellt dabei das prä-digitale wissenschaftliche Verlagssystem dar.

Open Access vs. Digital Divide

Neben ungenutzten Möglichkeiten ist ebendieses etablierte Verlagssystem auch ein Faktor, der die ohnehin bestehenden Ungleichheiten im Zugang zu digitalen Wissensressourcen – oft als „Digital Divide“ bezeichnet – noch weiter vertieft. Kein Wunder, dass gerade Forscher/innen in ärmeren Ländern besonders nachdrücklich die (barriere-) freie Publikation von Forschungsergebnissen einfordern. Neben der Verringerung der „digitalen Kluft“ im klassischen Sinne, besitzen Open Access Initiativen auch das Potenzial, das wechselseitige Lernen zwischen „information rich“ und „information poor“ zu fördern.¹⁰¹ Denn sobald eine Publikation weltweit zur Verfügung steht und nicht nur in dem Land, in dem die Zeitschrift erscheint, haben Forscher/innen aus benachteiligten Ländern, die sich keine Publikationen leisten können, Zugriff und damit auch die Möglichkeit der Kritik aus ihrer spezifischen und strukturell unterrepräsentierten Position im Wissenschaftssystem.¹⁰² Dieser

Aspekt gilt besonders stark in den Sozial- und Geisteswissenschaften, die aber gleichzeitig noch die wenigsten frei zugänglichen Open Access-Journale aufweisen.

Daneben bieten Open Access Journale ganz praktische Vorteile gegenüber dem konventionellen Publizieren. Zum einen werden die Wartezeiten zwischen Manuskriptablieferung und Erscheinen der Publikation verkürzt, was besonders AutorInnen von Fachgebieten freut, die sehr schnellebige Themengebiete bearbeiten. Zum anderen wird es einfacher und kostengünstiger, Bilder oder multimediale Materialien in die Publikationen zu integrieren¹⁰³, genauso wie umfangreiche Anhänge. Neben der wissenschaftlichen Publikation an sich – meist in Form eines Artikels – sind auch alle qualitativen wie quantitativen Daten für weiterführende Forschung und wissenschaftliche Qualitäts- und Plagiatskontrolle relevant. Auf jenen Materialien, die sich im Zuge der Arbeit von WissenschaftlerInnen ergeben, wie beispielsweise statistische Reihen oder Forschungs- und Zwischenergebnisse – könnte in digitalen Journalen viel einfacher freier Zugriff gewährt werden. Von Relevanz sind neben den herkömmlichen „Papierergebnissen“ eben zunehmend auch Multimedia-Dateien, Videos und Fotografien. Noch Zukunftsmusik sind Überlegungen, sämtliche Materialien und Daten, die während eines Forschungsprozesses entstehen, in das wissenschaftliche Erbe einzugliedern und auch den zukünftigen ForscherInnen zur Verfügung zu stellen.

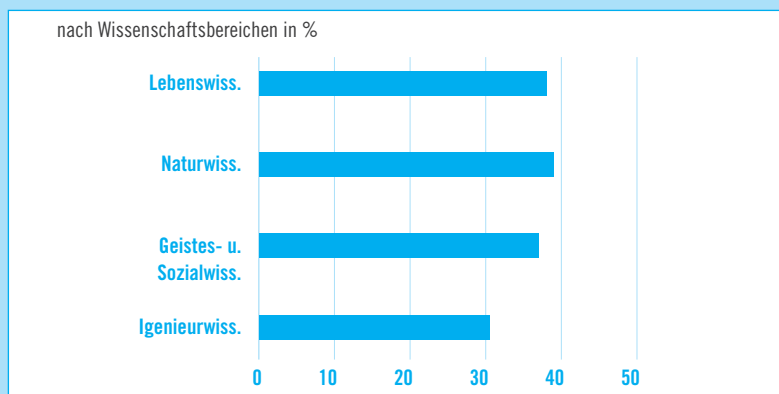
Wer soll das alles bezahlen?

Der Hauptgrund, warum die neuen technischen Möglichkeiten noch nicht einmal im Ansatz ausgeschöpft werden und Open Access-Publikationen immer noch einen sehr geringen Anteil am Gesamtpublikationsvolumen einnehmen, ist mit Sicherheit, dass sich noch kein neuer Finanzierungsstandard etabliert hat. Da Open Access Publikationen schon per Definition den NutzerInnen kostenlos zur Verfügung stehen, entfallen Erlöse beispielsweise durch den Verkauf von Zeitschriften zur Gänze. Und selbst wenn in digitalen Journalen und Archiven die Kosten für Produktion und Vertrieb auf ein Minimum sinken, gilt das natürlich nicht für die anderen Teile des wissenschaftlichen Publikationsprozesses, allen voran die Organisation des Peer-Review-Prozesses und der Betrieb der Infrastruktur. Prognosen privater AnalystInnen haben ergeben, dass internationale Publikationssysteme in etwa vierzig Prozent ihrer Kosten einsparen könnten, wenn sie auf Open Access umstellen würden. Da diese Journale frei zugänglich sind, fallen neben geringerer Herstellungskosten auch keine Entwicklungskosten hinsichtlich Zugangssicherung und BenutzerInnenverwaltung sowie keine administrativen Kosten betreffend Abo- und Lizenzverwaltung an.¹⁰⁴ Aber

selbst wenn die Gesamtkosten bei Open Access Publikationen weitaus geringer sind, als die Kosten im traditionellen wissenschaftlicher Verlagswesen, eine Einnahmequelle, die die Verkaufserlöse von Journalen ersetzt, ist damit aber auch noch nicht gefunden. Eine Frage, die vor allem in einer Übergangsphase zu einem allgemeinen Open Access-System von hoher Relevanz ist: Die Mittel für etablierte und teure Journale müssen weiterhin bezahlt werden, Gelder für neue Open Access-Journale stehen aber noch nicht zur Verfügung.

Unumgänglich scheint die Verwendung öffentlicher Projektfördermittel an Universitäten und Forschungsinstituten zur Finanzierung eines freien Publikationssystems.¹⁰⁵ Schließlich dürfen den Autorinnen und Autoren durch das Open Access Publizieren keine Nachteile erwachsen, wie Klaus Graf, Professor an der Uni Freiburg, beschreibt: „Die Open Access Bewegung möchte keinen Autor um seine Einkünfte bringen. Sie zielt nur auf jenen Teil des Publikationssektors, in dem die Autoren ohne Anspruch auf finanzielle Vergütung agieren.“ Wissenschaftler/innen selbst wissen aber ohnehin noch viel zu wenig über Open Access und die neuen Möglichkeiten von Online-Publikation ihrer Forschungsergebnisse Bescheid. Eine repräsentative Studie der Deutschen Forschungsgemeinschaft¹⁰⁶ hat ergeben, dass nicht einmal einem Viertel der befragten Wissenschaftler/innen Open Access als Publikationsmedium bekannt ist. Die Bedeutung hochschulinterner Informationstätigkeiten über Hintergründe, Ziele und Chancen von Open Access für die Akzeptanz eines freien wissenschaftlichen Publikationswesens ist deshalb auch nicht allzu gering zu schätzen.

Bekanntheit von Open Access als Publikationsmedium



Die Ignoranz unter den WissenschaftlerInnen selbst ist auch deshalb verwunderlich, weil gerade in dem Bereich, der für die Resonanz der eigenen Arbeit zentral ist – der Impact

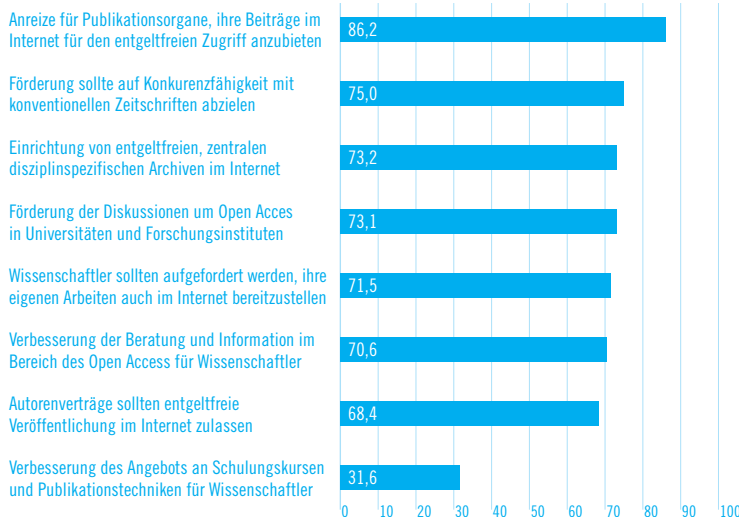
der eigenen Forschung – schneiden Open Access-Publikationen äußerst gut ab. „Wird ein Artikel in einem Open Access Journal veröffentlicht, führt dies dazu, dass dieser Artikel deutlich häufiger gelesen wird“, konzediert Jan Neumann denn auch im Open Source Jahrbuch 2006. Der Hauptgrund für die Skepsis vor allem unter NachwuchswissenschaftlerInnen dürfte daher auch mit befürchteten negativen Konsequenzen für die eigene wissenschaftliche Karriere zusammenhängen: Open Access Veröffentlichungen werden in der internen universitären Leistungsbewertung nur minimal honoriert¹⁰⁷, denn Veröffentlichungen in führenden, etablierten Journalen zählen einfach mehr.

„Der Impact-Faktor von Open Access-Artikeln ist nachgewiesener Maßen sehr hoch, sie erreichen eine größere Reichweite als konventionelle Drucke und gebührenpflichtige Online-Angebote“, weiß Klaus Graf von der Uni Freiburg über die Wirkung von Open Access Publikationen. Der Impact-Faktor einer Fachzeitschrift ist ein Maß dafür, wie oft, statistisch gesehen ein Artikel aus dieser Zeitschrift in anderen Zeitschriften zitiert wird. Je höher der Impact-Faktor, desto angesehenere ist in der Regel auch eine Fachzeitschrift. Dies hat im Gegenzug wieder Rückwirkungen auf die akademische Beurteilung von WissenschaftlerInnen: Wer in Zeitschriften mit höherem Impact-Faktor publiziert, hat bessere Karrierechancen. Das Institute for Scientific Information berechnete erstmals in den 1960er Jahren den Science Citation Index. Gegenwärtig werden mehrere verschiedene Indizes publiziert, die neben dem Peer-Review-Verfahren als Kriterium zur Bewertung von wissenschaftlichen Publikationen herangezogen werden. Auch wenn sämtliche dieser Zitations-Indexe sehr umstritten sind, ist der Nachteil von Open Access Journalen jener, dass sie – nicht zuletzt

Präferierte Maßnahmen zur Unterstützung von Open Access

Frage:
Welche Maßnahmen zur Unterstützung von open Access halten sie für sinnvoll?

Nach Wissenschaftsbereich (in Prozent)



aufgrund ihrer vergleichsweise kurzen Existenz – gar nicht oder nur vereinzelt in diesen Indizes gerankt werden.

Obwohl sie selbst noch immer sehr wenige Artikel tatsächlich in Open Access-Zeitschriften publizieren, befürworten 82 Prozent der befragten Wissenschaftler/innen im Jahr 2005 die Förderung von E-Journalen und erachten es für sinnvoll, wissenschaftliche Arbeiten frei zugänglich auf Open Access-Datenbanken zur Verfügung zu stellen. Unterschiede zwischen den einzelnen Wissenschaftsbereichen spielen hier eine eher untergeordnete Rolle. Der hohe Anteil an Zustimmung bei gleichzeitig geringer Anzahl an Open Access-Veröffentlichungen zeigt, dass sich Open Access ohne institutionelle Förderung nur schwer durchsetzen wird können. Die Studie der Deutschen Forschungsgemeinschaft kam in dieser Hinsicht zum Ergebnis, dass vor allem durch Anreizsysteme bestehende Journale dafür gewonnen werden müssen, ihre Fachbeiträge im Internet entgeltfrei zur Verfügung zu stellen. Eine weitere Unterstützung könnte darin bestehen, zentrale, disziplinspezifische und entgeltfrei zugängliche Archive im Internet einzurichten, in denen entsprechende Arbeiten abgelegt und abgerufen werden können.

Gründe für die anhaltende Skepsis trotz prinzipieller Zustimmung zu Open Access in der Scientific Community sind auch die Furcht vor Plagiaten – eine eher irrationale Angst, sehen doch führende Plagiatsforscher/innen wie der Linzer Professor Gerhard Fröhlich gerade in Open Access einen besseren Schutz vor Plagiaten. Verwunderlich auch, dass 60 Prozent der befragten Wissenschaftler/innen der Meinung sind, dass die Qualität im Open Access Bereich nicht in gleicher Weise sichergestellt ist, wie bei traditionellen Publikationen. Denn die Systeme der Veröffentlichung und die der wissenschaftlichen Qualitätssicherung – zum Beispiel eben Peer Reviews – sind voneinander prinzipiell unabhängig. So gibt es eine Reihe von Vorschlägen für die Umsetzung von (auch: verbesserter) Peer-Review-Systemen für Open-Access-Veröffentlichungen. Eine Möglichkeit wäre beispielsweise ein „Multi-Level Peer Review“, bei dem die Veröffentlichung von der Begutachtung entkoppelt wird. Eine Möglichkeit dafür wäre eine Art „Gütesiegelprinzip“. Dieses Prinzip würde qualitative Kriterien vorschlagen, um einen Mindeststandard abzusichern und hätte den Vorteil, dass Verzerrungen im bestehenden System – Top-Journale sind vor allem auch deshalb Top-Journale, weil sie als solche die meisten Einreichungen bekommen und ihren dominierenden Status so selbst reproduzieren – sich verringern würden.¹⁰⁸

Hürden für freie Forschungspublikationen

Dem tatsächlichen Durchbruch von Open Access stehen demnach noch einige Hürden im Weg. Und auch die gewachsene Struktur der bestehenden Open Access Journale im Netz weist sehr unterschiedliche informationstechnologische Niveaus auf. Viele Journale sind aufgrund von Initiativen einzelner Personen und Institutionen entstanden und entsprechen oft nicht aktuellen Standards in Sachen Benutzer/innenkomfort und Datenverfügbarkeit. Auch urheberrechtliche Unklarheiten müssten beseitigt werden, um die Veröffentlichung von Forschungsarbeiten als Open Access zu erleichtern. Die geltenden urheberrechtlichen Bestimmungen verhindern in manchen Bereichen die Publikation in Open Access Journalen oder Archiven. So verlangen viele Verlage von ihren AutorInnen das ausschließliche Nutzungsrecht und verhindern so, dass wichtige Zeitschriftenbeiträge Eingang in Open Access Archive finden.¹⁰⁹ Gerade junge Forscher/innen, die auf die Veröffentlichung in den Verlagen mehr angewiesen sind als die Verlage auf deren Beiträge, sind hier in einer schlechten Verhandlungsposition.

Eine Gruppe österreichischer Wissenschaftler/innen hat bereits letztes Jahr in einer „Wiener Erklärung“¹¹⁰ Neuregelungen gefordert. Aus Sicht der Verfasser/innen müssen Maßnahmen zur Gewährung des bestmöglichen Zugangs zu Informationen und Wissen ergriffen werden, zu denen sowohl eine Reform des Urheberrechts zwecks Erhaltung der freien Werknutzung für Forschung, Lehre und Bildung als auch der unentgeltliche Zugang zu Ergebnissen staatlich finanzierter Forschung zählt. Hinzu kommt die Forderung nach Informationen für Urheber/innen über alternative rechtliche Regelungssysteme, wie insbesondere Open-Content-Lizenzen.¹¹¹ Schließlich verlangt die Erklärung auch eine Prüfung auf (rechts-)politischer Ebene, ob das Gleichgewicht zwischen UrheberInnen, VerwerterInnen sowie der Allgemeinheit weiterhin unter den neuen digitalen Voraussetzungen in gebotener Weise garantiert ist. Die Wissenschaftler/innen scheuen sich dabei auch nicht, den Staat in die Pflicht zu nehmen. Es sei seine Aufgabe, zu verhindern, dass der fehlende technische und finanzielle Zugang zu Informationen zu einem Verlust von Wissen führt. Bildungsmaßnahmen, Rechtsänderungen und Geld seien dafür erforderlich. Nicht zuletzt müsse der Staat als Vorbild im Umgang mit Informationen dienen. „Er hat daher den Zugang zu öffentlichen Informationen technisch und rechtlich bestmöglich zu erleichtern. Die Schaffung eines durchsetzbaren Rechts der Bürger auf Zugang zu staatlichen Informationen auf der Basis eines österreichischen bzw. EU-weiten Informationsfreiheitsgesetzes nach internationalem Vorbild sowie die wirksame Kontrolle der Gebarung der staatlichen elektronischen Register und Daten, ist zu thematisieren,“ heißt es weiter in der Wiener Erklärung.

Veränderungen im Publikationsprozess bedingen auch Veränderungen der Kultur und der Verhaltensweisen der am Prozess beteiligten Menschen, wie auch die Veränderung von etablierten Rahmenbedingungen. Neben der Tendenz, wissenschaftliche Ergebnisse zum Wohle der Gesamtheit einzusetzen, hat es auch Tendenzen gegeben, andere vom Wissen auszuschließen. Der Open Access Gedanke fordert ein radikales Umdenken in diesem Bereich. Öffentlich zugängliche und entgeltfreie Publikationen, bereitgestellt in Online-Journalen und -Archiven, haben als vorrangiges Ziel die uneingeschränkte Verteilung von Wissen. Das neue System der Publikation hat zur Folge, dass sich Einstellungen und Wertesysteme verändern müssen. Aus makroökonomischer Perspektive ist es noch offen, wie genau Open Access-Bewegungen das wissenschaftliche Publikationswesen verändern werden. Die verstärkte Konkurrenz durch Open Access-Journale wird die Verlage im Idealfall dazu zwingen, die Preise jener Abonnements zu senken, die sie auch künftig auf traditionellem Wege vertreiben werden.

Sicher ist, dass eine Änderung der wissenschaftlichen Publikationskultur Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Open Access-Bewegung ist. Im Erfolgsfall wird dann eine Linzer Studentin im Jahr 2026 alles an Wissen und Informationen für ihre Diplomarbeit im Internet finden – ohne Zugangsbarrieren und unentgeltlich.

„Die Journalbranche hat Gewinnraten wie der Waffen- und Drogenhandel“



Interview: Gerhard Fröhlich

Gerhard Fröhlich ist Professor am Institut für Philosophie und Wissenschaftstheorie der Johannes Kepler Universität Linz sowie Lehrbeauftragter an den Universitäten Hannover, Erlangen-Nürnberg, der Wirtschaftsuniversität Wien und der Donauuniversität Krems. Seine Schwerpunkte in Lehre und Forschung sind Wissenschaftsforschung, Informationswissenschaft sowie Kultur- und Medientheorie. Unter anderem ist er auch als Experte im Bereich der Plagiate in der Wissenschaft und Peer-Review Systemen bekannt.

Wie und wo ist Ihr persönlicher Zugang zur Thematik Open Access im wissenschaftlichen Publikationswesen?

Gerhard Fröhlich: Ich habe durch meine Forschungen herausgefunden, dass die Papierform der Journale und Bücher Betrugs- und Plagiatsaffären begünstigt. Man könnte, wenn man alles digital zugänglich macht, viel leichter mit Plagiatsüberprüfungsprogrammen Fälschungen aufdecken. Zum Teil akzeptieren die Wissenschaftsjournale auch jetzt schon die Publikation nur, wenn man das Rohmaterial irgendwo deponiert, damit andere die Möglichkeit haben, es eventuell auch überprüfen zu können. Durch diese Forschungsergebnisse ist natürlich der Vorwurf, dass Open Access Initiativen, Tür und Tor für Betrugsaffären öffnet, widerlegt.

Open Access Publikationen ermöglichen den Leserinnen und Lesern die Fachbeiträge direkter und öffentlicher zu kritisieren. Sehen Sie darin ein Hindernis?

Gerhard Fröhlich: Es gibt unterschiedliche Ansatzpunkte. Der eine ist die klassische Wissenschaftstheorie. Popper hat beispielsweise gesagt, Wissenschaft definiert sich über Kritik und über gelungene Wissenschaftskommunikation. Kritiker müssen einander zur Kenntnis nehmen. Kritik, Theorienkonkurrenz und Wissenschaftskommunikation sind das A und O der Wis-

senschaft. Es ist kein Beiwerk, sondern tatsächliche Wissenschaft. Wenn wir Kritik verbieten, verlassen wir den Sektor der Wissenschaft. Würde Robinson Crusoe auf einer Insel einsam alles richtig machen, wäre das noch lange keine Wissenschaft.

Warum könnte Robinson Crusoe kein Wissenschaftler sein?

Gerhard Fröhlich: Wissenschaft besteht darin, dass andere uns kritisieren und diskutieren. Wissenschaft ist ein kollektives Unternehmen, wir brauchen intersubjektive Überprüfbarkeit, darum muss man auch zitieren. Öffentlichkeit ist also äußerst wichtig, damit man überhaupt die Wissenschaft als rationales Unternehmen deklarieren kann. Jetzt ist es natürlich so, dass viele Wissenschaftler schon ein wenig Angst haben oder es unangenehm empfinden, kritisiert zu werden und alle möglichen Verteidigungsstrategien aufbauen.

Welche Rolle spielt die öffentliche Forschungsförderung für Open Access-Publikationen?

Gerhard Fröhlich: Die wichtige Grundlagenforschung wird vom Steuerzahler finanziert und da ist es sehr seltsam, wenn die öffentliche Hand etwas fördert, wo auf einmal der Zugriff völlig beschränkt ist. Die Gewinnraten in der Journalbranche sind

horrend. Ich sage immer, man kann nur mit Waffenhandel oder mit legalem und illegalem Drogenhandel genauso viel verdienen. Ansonsten kann ich jedem nur empfehlen: „Investieren sie in Wissenschaftsjournale!“. Es handelt sich hier um logarithmische Gewinnkurven und das halte ich nicht nur für ethisch bedenklich, sondern es hindert ja wirklich das weitere wissenschaftliche Wachstum.

Können Verlage überhaupt mit den sich veränderten Rahmenbedingungen im Publikationswesen umgehen?

Gerhard Fröhlich: Schon bisher haben wissenschaftliche Gesellschaften, Vereine, Gruppen und Einzelpersonen Zeitschriften gegründet, um sich mit ihren neuen Auffassungen durchzusetzen. Nun gibt es auch die Möglichkeit, dass man die Verbreitung über E-Mail-Listen und Preprint-Server macht. Ich glaube, nicht zuletzt aufgrund der Suchmöglichkeiten in Datenbanken und Suchmaschinen, wird sich diese Entwicklung fortsetzen. Nämlich das individualisierte Lesen von jenen Texten, die man benötigt und nicht irgendetwas auf Vorrat – „Just in Time“ sozusagen. Wenn ich mir ansehe, was die Verlage so machen, so imitieren sie schon fast Open Access, nur verlangen sie Geld dafür. Die meisten Großverlage haben ein Konsortium. Diese verkaufen Online 100 bis 200 Zeitungen.

Innerhalb dieses Pools kann man suchen und wird sofort mittels Querverweise auf andere Fachbeiträge anderer Zeitungen in diesem Konsortium verwiesen. Das einzelne Journal ist jetzt schon ziemlich entmachtet oder wertlos. Es gibt Preprint-Server, wo man jene Artikel ansehen kann, die schon von Peers abgesegnet wurden, aber noch nicht gedruckt werden können. Diese Fachbeiträge kann man vorab im Internet ansehen.

Widerspricht sich Online-Publizieren mit dem System der Peer-Reviews, also der (anonymen) Begutachtung durch KollegInnen?

Gerhard Fröhlich: Zwischen Open Access oder Online-Publizieren und Peer-Review besteht in keiner Weise ein Widerspruch. Es gibt eigentlich kein einheitliches Peer-Review-System. Wenn man genau hinsieht, macht jedes Journal, jeder Wissenschaftsförderungsfond oder jede Organisation das System anders. Vor allem in jener Hinsicht, wer ein Peer sein darf. Man kann ohne Probleme Peer-Review und Open Access verbinden. Es gibt auch genug Journale, die das machen. Aber alle großen Affären und Betrugsangelegenheiten sind nicht von Gutachtern aufgedeckt worden, sondern von normalen Lesern.

Steckt das System der Peer-Reviews nicht in einer Krise, vor allem im Hinblick auf die bekannt gewordenen Plagiatsfälle?

Gerhard Fröhlich: Man muss eigentlich schon sagen, dass das Peer-Review-System in der Krise steckt. Der in Südkorea stattgefundene Klonskandal hat weltweit zum Ergebnis gebracht, dass alle Topjournale die den Artikel gedruckt haben, die Verfälschung nicht entdeckt haben. Dazu anmerken muss man aber auch, der Begutachter macht nur Einzelbegutachtung und der Leser hat beispielsweise fünf Aufsätze von einem Autor und kann dadurch sehr gut vergleichen, ob Ergebnisse oder Passagen ident sind.

Wie sehen sie den Bekanntheitsgrad von Open Access-Journalen unter den Wissenschaftlern und Organisationen selbst?

Gerhard Fröhlich: Es ist alles ein Generationenkonflikt. Wir haben zum Beispiel hier im Hause (*der Johannes Kepler Universität Linz, Anm.*) selbst sehr viele Diskussionen über diese Thematik. Aber dieser Konflikt ist eine Sache der Zeit. In 10 bis 20 Jahren sind viele Kritiker in Pension. Natürlich gibt es aber auch ein Gefälle von den Naturwissenschaften zu den Computerwissenschaften hin zu den Geisteswissenschaften.

Sehen Sie noch andere Problemfelder im Bereich Online-Publizieren?

Gerhard Fröhlich: Man muss auch offen sagen, dass es momentan noch Probleme in der elektronischen Archivierung gibt. Wir wissen nicht, wie lange bestimmte Speichermedien halten und im Internet verschwinden alle möglichen Sachen wieder. Man kann sich nicht darauf verlassen, dass es in einem Jahr auch wiederzufinden ist. Hier gibt es einen gewissen Unsicherheitsfaktor, der zu berücksichtigen ist. Aber es sind im Gegenzug auch schon ganze Bibliotheken verbrannt.

Können sie sich vorstellen an der JKU einen Lehrstuhl einzurichten, der sich mit der Thematik Open Access intensiv beschäftigt bzw. ein E-Journal aufbaut?

Gerhard Fröhlich: Ich habe da natürlich nichts dagegen. Ich bin aber ehrlich gesagt ein Gegner von so genannten Einpunktbebewegungen in der Wissenschaft. Eigentlich haben wir den Trend, dass die kommerziellen Fächer wie Soziologie etc. alle aufgelöst werden und es nur mehr Exzellenz-Zentren geben soll, welches sich mit engen Problemstellungen beschäftigen soll. Ich würde vorschlagen, dass die Thematik Open Access sowie ein daran geknüpfter Lehrstuhl in den Kontext Wissenschaftskommunikation gehört sowie zu den Themen Impact-Faktoren, Peer-Review und so weiter.

Wie würden Sie das Institut ausrichten?

Gerhard Fröhlich: Wir müssen uns vorerst auch selber als Wissenschaftler überlegen, was ist die optimale Art und Weise zu publizieren. Wir müssen vorher wertemäßige Vorgaben liefern und entscheiden, ob wir für revolutionäre Wissenschaft sind, d.h. es soll möglichst viel Kritik geben, oder sind wir für Normalwissenschaften. Normalwissenschaften in dem Sinne, dass wir immer nur ein bisschen genauer messen, aber kein Risiko eingehen. Ich bin nicht der Ansicht, dass bei dem vielen Geld, welches weltweit in die Wissenschaft hineingesteckt wird, furchtbar viel herauskommt und es liegt schon zum Teil daran, dass die Leute so furchtsam sind. Es kann natürlich einmal daneben gehen, aber ich finde, wenn jemand etwas probiert hat und es stellt sich heraus, dass es ein Irrtum war, ist das nichts Peinliches. All diese Fragen gehören in dem Kontext eines eigenen Instituts erörtert. Es wäre keinerlei Problem, dass wir in Linz auch ein Institut etablieren, wobei ich sogar soweit gehen würde, dass ein eigenes Institut gar nicht notwendig wäre.

Wo sehen Sie ansonsten die Notwendigkeit?

Gerhard Fröhlich: Es gibt ein großes Problem. Zurzeit leben wir in einem Zeitalter, wo behauptet wird, jede Universität muss

ihr eigenes Profil entwickeln und muss Unternehmen sein. Ich hab das immer ein bisschen absurd gefunden, weil ich meinen Fachkollegen und meinen eigenen Themen hinterher jage und mich mit denen auch verbunden fühle. Aufgrund weltweiter Server kenn ich Leute von Mexiko bis Neuseeland und die sind mir in gewissem Maße näher, als ein Nachbar im Nebenzimmer, der irgendeiner anderen Forschungsrichtung nachgeht. Das heißt, jeder Wissenschaftler ist irgendeiner Worldcommunity verpflichtet oder zumindest einer nationalen Wissenschaftsgesellschaft. Daher gibt es ja überall diese Preprint-Server schon. Es läuft alles fachspezifisch ab.

Wie schätzen Sie die Zukunftsaussichten von Open Access ein?

Gerhard Fröhlich: Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Entwicklung aufzuhalten ist. Ich glaube aber auch nicht, dass diese Entwicklung der Ruin von Verlagen sein wird. Einerseits werden sie sich von ihren Gewinnerwartungen entfernen müssen und zweitens wird es immer wieder neue Verlage geben, die bestimmte Nischen abdecken. Natürlich ist es wichtig, wie die Handlungsweisen der einzelnen Forschungsförderungsgesellschaften aussehen. Würde man die Finanzierungskriterien umstellen, ist es eine Sache von Monaten, dass sich jene Leute, die immer dagegen waren, auf einmal umstellen.

„Politiker müssen sich zu Open Access bekennen“



Foto: Melissa Hagemann, Open Society Institute

Interview: Melissa Hagemann

Melissa Hagemann ist Programmverantwortliche der „Open Initiative“ innerhalb des Informationsprogramms des Open Society Institute (OSI) in Budapest, das seit der „Budapester Erklärung“ im Dezember 2001 an der Open Access Bewegung mitwirkt. Im Rahmen des „Electronic Information for Libraries“-Netzwerk, versucht sie, den Nutzen von Open Access unter den Mitgliedern des Netzwerks in 50 Entwicklungs- und Schwellenländern zu verbreiten.

Wie sind Sie mit dem Thema Open Access erstmals in Berührung gekommen?

Melissa Hagemann: Im Open Society Institute (OSI) habe ich zwei Programme geleitet, die das Ziel hatten, Bibliotheken wissenschaftliche Inhalte zur Verfügung zu stellen. Das erste war das „Regional Library Program“, das ich von unserem Budapester Büro aus von 1995 bis 1997 koordiniert habe. Das zweite war das „Science Journals Donation Program“, das von 1998 bis 2000 lief. Mit beiden Programmen haben wir ausgehend von Problemen in den wissenschaftlichen Kommunikationssystemen als Ganzes versucht, herauszufinden, welche anderen – vor allem nachhaltigen - Modelle entwickelt werden könnten. Darum hat das OSI im Dezember 2001 ein Treffen der führenden Personen, die an alternativen Publikationsmodellen forschten, in Budapest einberufen. Bei diesem Treffen wurde die Budapest Open Access Initiative (BOAI) geboren und dabei die erste Definition von Open Access festgeschrieben.

Wann haben Sie begonnen, die Open Access Bewegung zu unterstützen?

Melissa Hagemann: OSI hat mit dem Treffen 2001 in Budapest begonnen, die entstehende Open Access Bewegung zu unterstützen. Aber lange vor diesem Treffen hat das OSI bereits Peter Suber soweit unter-

stützt, dass er den „Free Online Scholarship Newsletter“ herausgeben konnte, aus dem später die „Open Access News“ wurden - die gegenwärtig beste Quelle für Informationen über die Open Access Bewegung.

Wovon fühlen Sie sich persönlich betroffen? Was muss sich ändern?

Melissa Hagemann: Die wichtigste Veränderung, die stattfinden muss, ist, dass die Forschungsförderungseinrichtungen ihre Forschung als Open Access in Auftrag geben. Der „Wellcome Trust“ - eine gemeinnützige Organisation in Großbritannien, die Forschung finanziert – hat als erste diesen Weg eingeschlagen, Open Access nicht nur zu fördern, sondern auch zu fordern.

Welche Erfahrungen haben Sie während Ihrer Zeit bei der BOAI gemacht? Was war die wichtigste „Lesson learned“?

Melissa Hagemann: Als die Initiative zwei Strategien um OA umzusetzen – die Entwicklung von Archiven (Repositories) und von Open Access Journalen – festgelegt hatte, gab es einen kritischen Erfolgsfaktor. Es war wichtig, dass die beiden Communities, die die jeweilige Strategie unterstützten, zusammenarbeiten. Das war aus meiner Sicht die wichtigste Erkenntnis, die sich in der Budapester Initiative herauskristallisiert hat – die Notwendigkeit für Gruppen, die

auf den ersten Blick widersprüchliche Ansätze verfolgen, weiterhin zusammen zu arbeiten, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen.

Was ist das Open Society Institute? Wie kam es dazu, Open Access zu unterstützen?

Melissa Hagemann: Das OSI ist eine Privatstiftung, die zum Ziel hat, auf Basis öffentlicher Grundsätze demokratische Regierungsführung, Menschenrechte und ökonomische, rechtliche und soziale Reformen voran zu treiben. Auf der lokalen Ebene implementiert OSI eine Reihe von Initiativen um die Regelungen von Recht, Bildung, Gesundheit und unabhängiger Medien zu unterstützen. OSI unterstützt Open Access durch die „Information Program's Open Access“-Initiative, die bislang mehr als 2,4 Millionen Dollar für OA-Projekte zur Verfügung gestellt hat.

Die Budapester Open Access Initiative ist inzwischen eine weltweite Bewegung geworden. Welche Beobachtungen machen Sie in Entwicklungsländern und wie schätzen Sie die dortige Situation ein?

Melissa Hagemann: Viele Ärzte, Wissenschaftler und Akademiker in Entwicklungs- und Schwellenländern sind frustriert, weil sie keinen Zugang zu wichtigen Forschungsergebnissen haben, die sie für ihre Arbeit brau-

chen, die aber nur in teuren Zeitschriften publiziert werden. Open Access kann diesen Menschen in den Entwicklungsländern sowohl dabei helfen, an frei zugängliche Inhalte zu gelangen, als auch dabei, ihre lokal produzierten Inhalte weit zu verbreiten. Das kann durch die Entwicklung von Online-Archiven und die Ermutigung der Autoren in diesen Ländern, ihre Artikel in Open Access Journals zu publizieren, bewältigt werden. Heute sind die meisten lokal produzierten Inhalte entweder gar nicht publiziert oder nicht außerhalb des eigenen Landes. Was bedeutet, dass die wichtige Arbeit, die diese Wissenschaftler produzieren, verloren geht.

Denken Sie, dass mit Hilfe von Open Access auch Plagiate bekämpft werden können?

Melissa Hagemann: Ja, ich denke, dass Open Access dazu beitragen kann, Plagiate zu reduzieren. Es stimmt, dass heute manche Autoren Angst haben, dass durch eine weitere Verbreitung, die Open Access möglich macht, die Zahl der Plagiate steigt. Wenn aber Material online frei zugänglich gemacht wird, ist die Chance, Plagiate zu erkennen und aufzuzeigen wesentlich höher.

Wie kann die Qualität von Online-Publikationen sichergestellt werden, wenn es beispielsweise kein Peer-Review-System gibt?

Melissa Hagemann: Ich möchte eines klarstellen: die Open-Access-Bewegung tritt nicht für die Abschaffung von Peer-Review-Systemen ein. Tatsächlich ist ein Kriterium für die Aufnahme einer Zeitschrift in das „Directory of Open Access Journals“ www.doaj.org, dass diese Qualitätskontrollen in Form von bestätigten Papers durch ein Peer Review System durchlaufen hat.

Angenommen, die Forschungsfinanzierung würde sich ändern. Könnte das die Ausweitung von Open Access fördern?

Melissa Hagemann: Ja, das sehe ich als Schlüssel zur weiteren Entwicklung von Open Access. Wie ich schon vorher erwähnte, ist es essentiell wichtig, dass die Verpflichtung zu Open Access zu einer Voraussetzung für den Genuss von Forschungsförderung wird.

Nur wenige Wissenschaftler/innen kennen Open Access und seine Möglichkeiten. Wie kann der Bekanntheitsgrad von OA erhöht werden? Kennen Sie gegenwärtige Aktivitäten?

Melissa Hagemann: Bedenkt man, dass Open Access erst 2002 überhaupt definiert wurde, hat die Bewegung in kurzer Zeit schon sehr viel erreicht – wenn auch noch viel mehr notwendig ist. OSI und auch andere unterstützen die Bewusstseinsbildung, indem sie Workshops veranstalten und Open

Access auf vielen Konferenzen präsentieren. Es wäre sehr hilfreich, wenn Open Access öfter Thema bei wissenschaftlichen Konferenzen wäre. Dadurch könnten mehr Wissenschaftler und Forscher direkt erreicht werden.

In diesem Band findet sich unter anderem der Vorschlag, an der Linzer Universität einen Stiftungslehrstuhl für Open Access an der Linzer Universität einzurichten. Wie denken Sie über diese Idee? Welche Ziele und Aufgaben sollte Ihrer Meinung nach dieser Lehrstuhl haben?

Melissa Hagemann: Das ist sicher eine spannende Entwicklung und soweit ich weiß, wäre dies der erste Lehrstuhl für Open Access, der jemals etabliert wurde. Es wäre wichtig, wenn der Lehrstuhl als Koordinator innerhalb der Uni fungieren könnte und dabei Open Access bewerben könnte. Im speziellen sollte er mit der Uni-Verwaltung, der Bibliothek und der zentralen Datenverwaltung zusammenarbeiten, um ein institutionelles Online-Archiv zu etablieren und dafür zu sorgen, dass die Forschungsergebnisse der Universität dort abgelegt werden. Der Direktor der „Open Access Repositories“ hat ein Tool entwickelt, das Administratoren dabei helfen soll, ihre Repository-Grundsätze zu formulieren.¹¹²Weiters könnte der Lehrstuhl Diskussionen anregen, wie man Forscher der Universität unterstützen könnte, die

ihre Arbeiten in Open Access Journals publizieren. Zum Beispiel mit einem Pool an finanziellen Mitteln, aus dem heraus die Publikationskosten übernommen werden. Aber ich glaube, die wichtigste Rolle eines solchen Lehrstuhls ist einerseits Open Access gegenüber den Fakultäten und der Verwaltung zu verteidigen und andererseits Unterstützung für Open Access auf der ganzen Universität anzubieten.

Fallen Ihnen sonst noch Dinge ein, die auf (lokal-)politischer Ebene unternommen werden können, um freies wissenschaftliches Wissen zu fördern?

Melissa Hagemann: Es ist wichtig, dass sich Politiker dazu bekennen, Open Access bei allen Forschungen mit öffentlichen Geldern zu unterstützen. Das kann die Entwicklung von Online-Archiven, aber auch die finanzielle Unterstützung von Autoren sein, die in Open Access Journalen publizieren.

Eine Studie der europäischen Kommission zur ökonomischen und technischen Entwicklung des wissenschaftlichen Publikationsmarktes in Europa schloss aus den 174 Kommentaren, die als Antwort in die Studie eingingen, dass die öffentliche Verwaltung einer gründlichen Überarbeitung des wissenschaftlichen Publikationssystems in Europa positiv gegenüber steht. Für das größte Interesse sorgte dabei jener Vorschlag, den

freien Zugang zu den Ergebnissen öffentlich finanzierter Forschung zu garantieren.

PROJEKT: Open Science Stiftungslehrstuhl an der Universität Linz

Ein Merkmal aufgeklärter Wissenschaft war immer auch die kritische Auseinandersetzung mit sich selbst, ihren eigenen Strukturen und Logiken. Mit dem Institut für Philosophie und Wissenschaftstheorie gibt es auch an der Linzer Johannes Kepler Universität eine Einrichtung, die sich vor allem dieser Aufgabe in Forschung und Lehre widmet. Die mit der digitalen Revolution einhergehenden, neuen Möglichkeiten im und für den Bereich der Forschung, lassen eine verstärkte Auseinandersetzung mit diesem Bereich als sinnvoll und notwendig erscheinen.

Gerade auch weil neue Möglichkeiten in weiten Bereichen immer noch ungenutzt bleiben, gilt es die Gründe für diese Trägheit zu ergründen und auf neue Chancen beispielsweise im Bereich freien Publizierens („Open Access“) hinzuweisen. Die Etablierung eines möglichst freien und flächendeckenden Zugangs zu wissenschaftlichen Fachbeiträgen und die praktische Umsetzung der Maxime, dass öffentlich finanzierte Forschungsleistungen ein öffentliches und allgemein zugängliches Gut darstellen sollten, erfordert Anstrengungen in Forschung und Lehre moderner Universitäten.

Die Einrichtung eines „Open Science“-Stiftungslehrstuhls wäre hier eine sinnvolle Verstärkung bereits vorhandener Strukturen an der Johannes Kepler Universität. Er könnte in enger Zusammenarbeit mit dem bestehenden Institut für Philosophie und Wissenschaftstheorie die Möglichkeiten und Barrieren freier Forschungspublikations- und –redaktionssysteme untersuchen und über Einbindung in die Lehre für kritische Reflexion des herrschenden wissenschaftlichen Publikationsregimes über die Disziplinen hinweg sorgen. Zentrale Aufgabe des Instituts sollte auch die Koordination und Betreuung von Open Access-Publikationsvorhaben an der Johannes Kepler Universität und anderen Linzer Universitäten sein.

Als „Geburtshelfer/innen“ für die ersten Jahre müsste wahrscheinlich ein öffentlicher Stifter wie die Stadt Linz oder der Linzer Hochschulfonds fungieren. Der Stiftungslehrstuhl würde als eigenes Institut an der Johannes Kepler Universität verankert sein und sollte nach Ablauf der Stiftungsfinanzierung als reguläres Institut der Universität weitergeführt werden.

PROJEKTSKIZZE:

Open Science Institut an der Universität

Projektziele

- Untersuchung freier Publikations- und Forschungsformen im Kontext bestehender Forschungsstrukturen in Forschung und Lehre
- Sensibilisierung der Linzer Forscher/innen für die Thematik

Projektbestandteile

- Fixierung der finanziellen Mittel durch Fördergeber/innen
- Gespräche mit div. Interessensgruppen und der JKU betreffend der Zielorientierung
- Festlegung der Forschungsziele und der notwendigen Ausrichtungen
- Suche nach einem geeigneten Institutsvorstand und MitarbeiterInnen
- Ständige Evaluierungen von Forschungsergebnissen

Projektzielgruppen

- Forscher/innen an der Universität Linz
- Studierende
- Interessensgruppen, die sich mit der Thematik Open Access auseinandersetzen

Projektträger

- Stiftungskuratorium
- Johannes Kepler Universität Linz

Dialoggruppen

- Johannes Kepler Universität (Rektorat,...)
- Stadt Linz
- Land OÖ
- Hochschulfonds

Zeitraum

Start des Instituts im Wintersemester 2008/2009

Finanzierungsbedarf

Finanzierung von Lehre und Forschung des neuzuschaffenden Instituts



PROJEKT: Linzer Open Access Award

Obwohl die Publikation von Forschungsergebnissen in Open Access Journalen oder Archiven sowohl für die Forschung – durch einfachen Zugang für Wissenschaftler/innen rund um den Globus – als auch für die öffentliche Hand – keine hohen Kosten für den (Rück-) Erwerb von Forschungsergebnissen in teuren Journalen – von Vorteil ist, wird sie bislang nur von einem geringen Teil der Wissenschaftler/innen in Anspruch genommen.

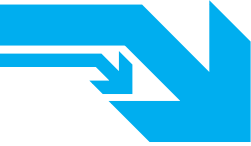
Um dem Thema freies Publizieren unter den Linzer ForscherInnen mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen und gleichzeitig wissenschaftliche Exzellenz zu fördern, sollte von Stadt Linz und Land Oberösterreich jährlich ein „Open Access Award“ ausgeschrieben und mit den Kosten für dreimal je eine einjährige Mitarbeiter/innen-Stelle zur weiteren Forschungsarbeit dotiert werden. Der Award soll in den drei Kategorien Technisch-Naturwissenschaftlich, Sozialwissenschaftlich und Geisteswissenschaftlich vergeben werden.

Für die Zuerkennung der Preise sollen alle wissenschaftlichen Arbeiten in Frage kommen, die von in Oberösterreich tätigen WissenschaftlerInnen im vorhergehenden Jahr in frei zugänglichen Journalen veröffentlicht worden sind und sich um den Award beworben haben. Über die genaue Besetzung eines Vergabekomitees und allfällige weitere Preise sollten sich die zuständigen politischen Stellen verständigen.

Abgesehen davon kann für die Vergabe bestehender Förderpreise die Art der Veröffentlichung zumindest als ein Kriterium in den Beurteilungsprozess einfließen. Durch die jährliche Vergabe des Preises ist auch ein längerfristiger Effekt zu erwarten und ein andauernder Anreiz für freies Publizieren geschaffen. Die eigenen Kategorien für den sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereich versprechen einen besonderen Effekt gerade in Bereichen, wo noch besonders wenig im Sinne von Open Access publiziert wird.

PROJEKTSKIZZE:

Linzer Open Access Award



Projektziele

- Sensibilisierung für Open Access Publikationsmöglichkeiten unter oberösterreichischen WissenschaftlerInnen
- Förderung frei zugänglicher Forschung

Projektbestandteile

- Dotierung des Awards
- Jährliche Vergabe

Projektzielgruppen

Forscher/innen an oberösterreichischen Forschungseinrichtungen

Projektträger

Stadt Linz und Land Oberösterreich als Stifter des Awards

Dialoggruppen

Stadt Linz

Zeitraum

Erstmalige Vergabe des Awards im Jahr 2008, Ausschreibung für das Jahr 2007

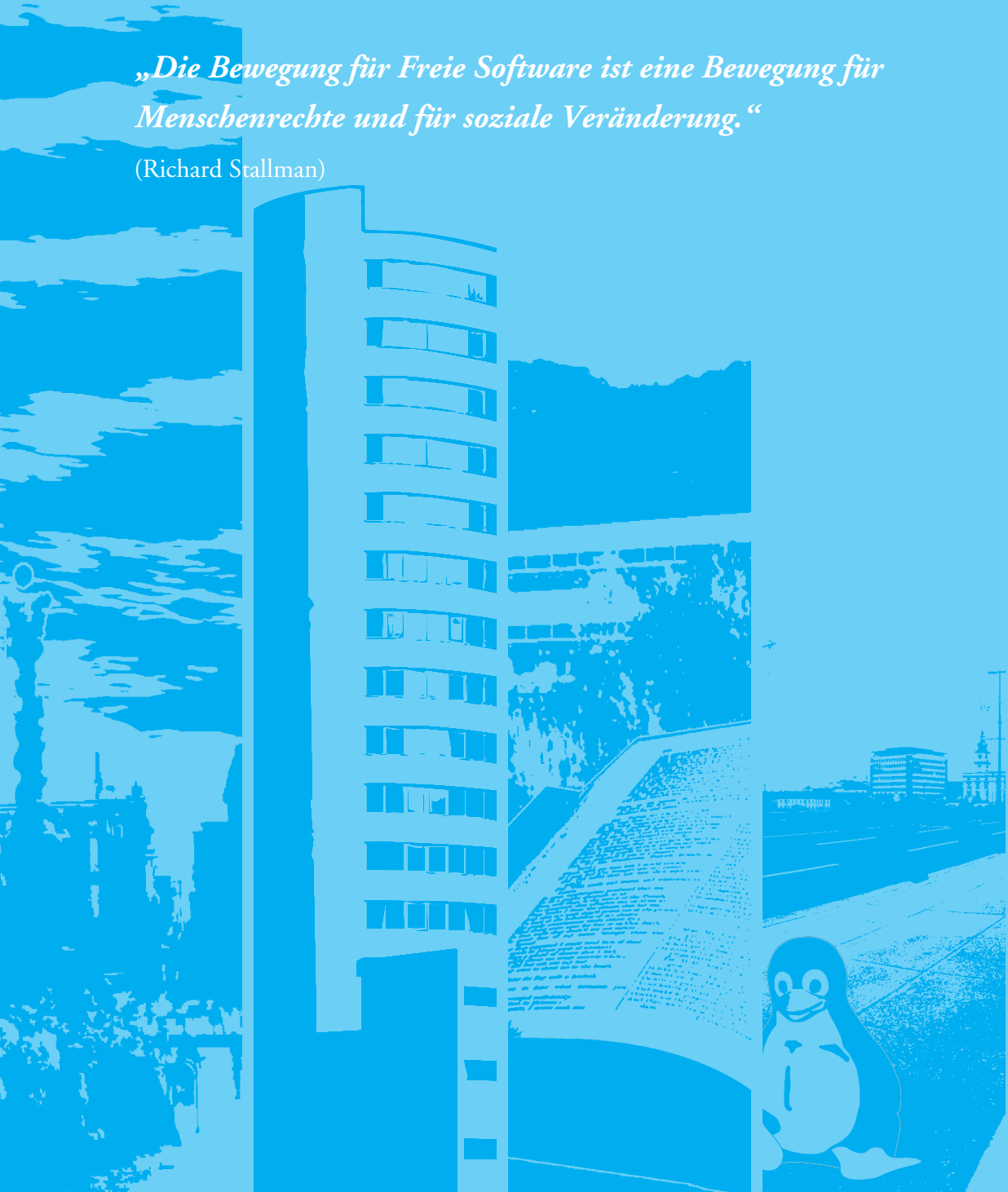
Finanzierungsbedarf

Jährliche Dotierung des Award



„Die Bewegung für Freie Software ist eine Bewegung für Menschenrechte und für soziale Veränderung.“

(Richard Stallman)





DIE VORAUSSETZUNGEN DER FREIHEIT

Christian Forsterleitner und Stefan Pawel

Die Bewegung für freies Wissen und ihre Bedeutung für die Stadt.

Das Internet verändert sich. Bis vor kurzem war es nur ein nützliches Instrument, bei dem die Mehrzahl der Anwender/innen Informationen abriefen, die wenige andere zur Verfügung stellten. Heute wächst von Tag zu Tag die Zahl derer, die selbst aktiv werden. Was Tim O'Reilly mit dem Begriff Web 2.0 benannte, ist für Millionen von Menschen aus ihrem Alltag nicht mehr wegzudenken: Sie schreiben ihre eigenen Blogs, treffen sich in Chatrooms, tauschen Musik, Videos und andere Dateien, veröffentlichen Bücher im Netz, helfen Online-Enzyklopädien zu verbessern, arbeiten gemeinsam an der Verbesserung von Open Source Programmen - kurz: das Internet hat sich vom eher statischen World Wide Web zum dynamischen Web 2.0 entwickelt. In den aktuellen Entwicklungen steckt ein enormes Potential für unsere Gesellschaft. ZEIT-Autor Thomas Groß analysiert die aktuellen Entwicklungen mit den Worten „Die Diskussion um das Internet ist in Wahrheit eine Diskussion um seine sozialen und ökonomischen Folgen. Wie wird die Medienzukunft aussehen? Wer hat Platz darin und wer nicht? Und womit wird noch Geld verdient, wenn das Publikum sich selbst unterhält?“

Wenn die Entwicklungen im „Netz“ so rasant vor sich gehen und weltweit Veränderungen in der Gesellschaft hervorrufen, müssen auch auf lokaler Ebene Antworten gefunden werden – und die richtigen Fragen gestellt werden. Ob die neuen Technologien Fluch oder Segen werden, kann auch in einer Kommune wie der Stadt Linz mitgestaltet werden. Um zu errahnen, wohin die Reise gehen könnte, lohnt oftmals ein Blick dahin zurück, woher man gekommen ist. Die Entwicklung des Internets, der Abkürzung für „interconnected Networks“ - „zusammengeschaltete Netzwerke“, lässt sich, grob eingeteilt, in drei Phasen darstellen.

Phase 1 - Kommunikation

Vor vier Jahrzehnten begann die zivile Nutzung des ursprünglich für militärische Zwecke entwickelten Internets. Was für die unzerstörbare Kommunikation nach einem Atomkrieg gedacht war, hat sich zu einer wichtigen Kommunikationsform entwickelt. 1969 entstand das ARPANET, das die Universitäten und Forschungseinrichtungen vernetzte, um die knappen Rechnerleistungen sinnvoll zu nutzen. Erstmals wurden E-Mails geschrieben und verkürzt damit nicht nur die Übermittlungszeit von Nachrichten, sondern auch die Kosten dafür. Nicht zu vergessen natürlich die wachsenden Möglichkeiten, ganze Datenpakete zu versenden.

Phase 2 – World Wide Web

Den nächsten großen Sprung in der Entwicklung bildet das World Wide Web, das mit dem ersten grafikfähigen Browser namens Mosaic arbeitete. Damit wurde Laien zumindest das Bewegen bzw. „Surfen“ im Internet eröffnet. Homepages zu erstellen und zu gestalten war aber keineswegs selbstverständlich. Nach und nach stellten Unternehmen ihre Angebote ins Internet, Universitäten ihre Lehrpläne und auch immer mehr Privatpersonen ihre Hobbys und Interessen. Trotzdem war die Anzahl derer, die aktiv teilnahmen und nicht nur Informationen konsumierten, genauso gering wie Projekte, die sich die potentielle Vielzahl an Tausenden von BenutzerInnen auch wirklich zu Nutze machten.

Phase 3 – Web 2.0

Durch die rasante Verbreitung von Breitband-Internet verfügen heute - zumindest in den Ballungsräumen der Industriestaaten - immer mehr Menschen über einen schnellen und leistungsfähigen Internetzugang.¹¹⁴ Aber weniger die schnelleren und besseren Verbindungen als vielmehr kreative Softwareinnovationen läuteten eine neue Phase des Internets ein. Im Web 2.0 ist es auch Laien möglich, sehr einfach Texte, Grafiken, Bilder und Videos im WWW zu veröffentlichen. Der von Tim O'Reilly¹¹³ eingeführte Begriff des Web 2.0 beschreibt eine neue interaktive Phase, in der Millionen von NutzerInnen weltweit das Netz mitgestalten – und zwar nicht nur nebeneinander auf eigenen Webseiten, sondern vor allem miteinander vernetzt. Sie bloggen in Online-Tagebüchern, genannt „Weblogs“, tauschen Dateien, Musik und Informationen und kommunizieren direkt per PC über alle Kontinente und Sprachen hinweg.

Web 2.0 – Die Wende im Web

Das Platzen der Börsenblase im Jahr 2001 kann als einer der Wendepunkte vom statischen, klassischen Web-Begriff zum interaktiven Web 2.0 gesehen werden. Nachdem große Teile der alten, eher konservativ angelegten Internetfirmen mit der alten Logik hierarchischer Massenmedien vom Markt verschwunden waren, war Platz für neue Unternehmen und nicht-kommerzielle Initiativen, die ihren NutzerInnen (Raum für) Interaktion anboten.¹¹⁵

Was unterscheidet jetzt aber genau das alte World Wide Web von dem vielfach als Medienhype denunzierten Web 2.0? Der Hauptunterschied besteht darin, dass die Menschen sich von bloßen KonsumentInnen zu InformationslieferantInnen wandeln. „Das Internet

hat sich vom Verbreitungsmedium zum Marktplatz gewandelt, auf dem selbst produzierte Inhalte die Regel sind“ meint Thomas Groß in der ZEIT. In Blogs, Podcasts und Videos stellen Nutzer/innen ihr Wissen und meist ihre sehr privaten Erfahrungen einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung. Das Kennenlernen von anderen UserInnen, das sich Mitteilen und „Fame“ – Reputation - innerhalb einer Community stehen im Vordergrund.¹¹⁶ Ein Computer braucht nicht viel mehr als einen Browser der zahlreiche Funktionen ehemaliger Programme abdeckt. Der Vision des „Webtops“ kommen wir damit wesentlich näher.¹¹⁷ User/innen können mit Google Earth die schönsten Plätze in der Urlaubsregion auswählen, mit Google Maps die Anreise planen und die Urlaubsfotos auf Homepages wie flickr.com verwalten. Die individuellen Erfahrungen aus dem Urlaub und mit dem Hotel werden in eigenen Blogs oder auf speziellen Reise-Seiten, wie zum Beispiel Travel-Wikis, als Feedback für potentielle andere Besucher/innen zur Verfügung gestellt.

Nicht die Information durch eine „übergeordnete“ Firma oder eine/n Serviceanbieter/in ist gefragt, die Menschen im Web haben gelernt, sich selbst zu organisieren und sich gegenseitig Hilfe zu geben. Zahlreiche Foren, Wikis und Blogs bieten Hilfe in fast allen erdenklichen Lebenslagen. Kein Wunder, dass immer mehr auch der Begriff von „sozialer Software“ die Runde macht. Die Interaktion zwischen den UserInnen steht im Vordergrund. Von der Software erwarten sie Interaktivität, das heißt, dass die Software den BenutzerInnen Eingriffs- und Steuerungsmöglichkeiten gibt. Die Auswahl und die Art der Darstellung von Informationen soll dem Vorwissen, den Interessen und Bedürfnissen der Lesenden anpassbar sein bzw. von diesen manipuliert werden können, damit ein individualisiertes Lernen ermöglicht wird.¹¹⁸ Autor Michael Kunze beschreibt das Potential der neuen Internets so: „Endlich lässt das Web die Gestalt eines personalisierten Echtzeit-Multimediums mit Gedächtnis erahnen, jene synergetische Kombination aus Buch, Zeitung, Telefon, Radio und Fernsehen, die uns Visionäre seit Jahren versprechen. So wie diese Medien jeweils für sich genommen den kommunikativen Abstand zwischen Individuen verringert haben, wird das neue Web ihn noch einmal um ein Vielfaches verkürzen – bis zum Peer-to-Peer-Publishing.“¹¹⁹ Die Möglichkeiten des Web 2.0 haben schon jetzt ein gewisse revolutionäre Kraft, die gesellschaftliche Veränderungen bewirken kann. Wie die weiteren Entwicklungen für die nächsten 10 Jahre aussehen, kann momentan nur vermutet werden. Derzeit streiten sich Trendforscher/innen, MedienpionierInnen und Werbeleute, ob die Eroberung des Netzes durch Laien stattfindet oder ob das Internet im „Trash der Massen“ versinken wird.

Software: Freiheit und Kooperativer Wettbewerb

Grundlegend für jede weitere Entwicklung im Internet-Bereich ist Software und wie frei sie zugänglich ist. Trotz (oder gerade wegen) der Bemühungen internationaler Konzerne, ihre Produkte durch Urheberrecht und Patente zu schützen, hat die Open Source Bewegung in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Open Source Software – Ausgangspunkt der vielfältigen Einsatzbereiche des Open Source Prinzips - legt den Quellcode von Programmen offen und ermöglicht damit gemeinsame Weiterentwicklung. Oft fällt der Begriff der Wissens-Allmende mit gemeinsam genutzten Ressourcen.¹²⁰ Dazu zählt man neben Software wie dem Computer-Betriebssystem Linux oder dem freien Internet-Browser Firefox auch Wikis zur gemeinschaftlichen Erstellung freier Inhalte (Open Content). Bei Allmenden im gebräuchlichen Wortsinn („was allen gemein ist“) handelt es sich um ein Kollektiveigentum an natürlichen Ressourcen. Jede/r hat das Recht zur Nutzung. Sie werden bei der Nutzung allerdings verbraucht, z.B. bei der Nutzung einer Weide für Kühe, oder der Überfischung des Meeres, und müssen sich danach (zumindest teilweise) wieder regenerieren. Bei der Form von Allmenden, die auf Informationen als Ressource basieren, kommt die Allmendeproblematik alten Stils nicht zum Tragen: Informationen verlieren nicht an Wert, wenn sie häufiger genutzt werden. Im Gegenteil, oft gewinnen Informationen an Wert (oder Popularität), wenn sie sich mehr und mehr verbreiten. Die Wissensallmende wird daher als Gegenbegriff gegen die irreführende Bezeichnung „geistiges Eigentum“ propagiert.

Grundsätzlich wird bei der Entwicklung von freien Inhalten – sei es nun Open Source Software oder eine freie Enzyklopädie wie Wikipedia – wesentlich modularer und in kleineren Teilen gearbeitet, als bei Projekten, die von Unternehmen entwickelt werden. Dies ist auch logisch, da ja oft viele über die ganze Welt verstreute Personen mitarbeiten. Bei Software, die kommerziell verkauft wird, sollen die KundInnen ein möglichst großes und umfangreiches Paket bekommen, der Wechsel zu einem anderen Produkt soll möglichst erschwert werden. Bei Open Source Projekten besteht eine permanente Konkurrenz zwischen Debugging (Fehlerbehebung) und Design (Entwicklung), was zu einer raschen Weiterentwicklung der Software führt. Die besten Programmierer/innen werden nicht nur die Entwicklung des Produktes auf einer Meta-Ebene vorantreiben, sondern sie werden auch selber programmieren und Fehler beheben, wodurch die Arbeitsleistung der Beteiligten besser genutzt werden kann. Außerdem kann Vorhandenes übernommen oder weiterentwickelt werden, ohne immer wieder bei Null beginnen zu müssen.¹²¹

Oft werden ganz unterschiedliche Programme, Programmteile und Inhalte miteinander verbunden und ergeben etwas völlig Neues. Dabei spricht man vom „mashing“, oder wie man auf gut österreichisch sagen würde „vermanschkern“. Durch Re-Kombination von Bestehendem entsteht Neues, Besseres. Die Idee ist nicht neu, der Spruch „Auf den Schultern von GigantInnen“¹²² ist zum geflügelten Wort in der Web-Community geworden. Dieses Gleichnis bezeichnet die Charakteristik wissenschaftlichen Arbeitens: Die Giganten sind die früheren Wissenschaftler/innen, auf deren Schultern Generationen späterer Wissenschaftler/innen ihre Forschungsarbeiten aufbauen - es soll Bewusstsein für die Vorleistungen anderer schaffen. Die Aussage erinnert daran, dass wissenschaftliche Forschung nie geschichtslos entsteht, sondern immer vor dem Hintergrund des (frei) verfügbaren Wissens. In diesem Prozess wird festgehalten und dokumentiert, welche Idee von welchen „GigantInnen“ stammt und welche neu ist (Ideengeschichte). Dieser Prozess wird auch als Wissenskommunismus der Wissenschaften bezeichnet und dient dazu, die Entstehung von neuem Wissen transparent, nachvollziehbar und kritisierbar zu machen. Gerade wegen dieser Prinzipien eignet sich das Gleichnis so perfekt für die Idee eines offenen und freien Internets.

Mischformen machen die Stärke sämtlicher Open Source Ansätze aus, egal ob im wirtschaftlichen, im sozialen oder im digitalen Bereich. Durch die neuen Formen von Zusammenarbeit, wie bei der Entwicklung von freier Software entsteht dabei so etwas wie „kooperativer Wettbewerb“. In einem dialektischen Miteinander entsteht, beispielhaft gesprochen, aus zwei guten Ideen eine bessere Dritte. Die Entwickler/innen oder AutorInnen stehen einerseits miteinander im Wettbewerb um den besten Algorithmus, die beste Lösung für ein Problem oder den besten Artikel zu einem Thema. Nie in Frage gestellt wird dabei aber das Miteinander, die Kooperation als gemeinsame Basis und Voraussetzung für ein gemeinsames Endprodukt. Durch den freien Zugang haben alle Beteiligten zumindest prinzipiell das gleiche Ausgangsmaterial. Dieser kooperative Wettbewerb hat nicht die zerstörerische Kraft, die sonst im freien Wettbewerb am Markt stattfinden kann, weil nicht versucht wird, die KonkurrentInnen vom Markt zu drängen. Die KonkurrentInnen sind gleichzeitig immer auch Partner/innen, mehr ist immer besser als weniger. Diese Variante birgt auch großes volkswirtschaftliches Potential, weil in Summe von kooperativem Verhalten die ganze Wirtschaft profitiert, wie die Spiel- und Kooperationstheorien zeigen.¹²³ Das Potential ruht in der Innovationsorientierung des kooperativen Wettbewerbs, weil sie eine Form von „kollektiver Innovation“ darstellt, wo viele gemeinsam noch mehr Neues schaffen. Es erhöht sich das Tempo von Innovationen. Und sie ist aus sozialer Sicht überlegen, weil sie Zusammenarbeit fördert, sich gegen einseitiges Gewinnmaximieren auf Kosten anderer richtet, und den gesellschaftlichen Fortschritt unterstützt.

Freier Zugang zu den Netzen

Doch was bringt die beste Technologie, die beste Software, wenn die Mehrheit der Menschen keinen Zugang dazu hat? Obwohl die Internetnutzung in den letzten Jahren rasant gestiegen ist, haben immer noch viele keinen oder nur einem stark begrenzten Zugang zur digitalen Welt. Das liegt zum einen an fehlendem Wissen (das betrifft vor allem die ältere Generation, die nicht mit dem Internet aufgewachsen ist), zum anderen an den technischen Möglichkeiten (besonders am Land sind oft nur langsame Telefonverbindungen statt leistungsfähigen Breitband- oder Funkverbindungen verfügbar). Der wahrscheinlich wichtigste Grund ist aber der Kostenfaktor. Eine schnelle Internetverbindung kostet Geld. Rund 40 Euro pro Monat kostet im Schnitt eine einigermaßen leistungsfähige Netzanbindung und das können und wollen sich viele Menschen nicht leisten. Hier erwachsen Kommunen wie der Stadt Linz in der Abhilfe völlig neue Aufgabenfelder. Die Linzer „Hotspots“, die an öffentlichen Orten wie Bibliotheken oder dem Donaupark, Gratis-Internetzugang per Funk anbieten¹²⁴, sind hier ein Schritt in die richtige Richtung – aber auch noch nicht viel mehr. Wer sich selbst keinen Internetzugang leisten kann, hat meist auch nicht die finanziellen Mittel für moderne Laptops.

Wenn aber der Zugang zum Internet für möglichst alle Menschen Wirklichkeit geworden ist, werden der Nutzen und das soziale Veränderungspotential erst voll zur Geltung kommen. Wie in den Phasen der Entwicklung zu Beginn des Artikels beschrieben, wandelt sich das Nutzungsverhalten. Der Stanford-Professor Lawrence Lessig beschreibt die stattfindenden Veränderungen als Übergang von der „Read-only“ Gesellschaft zur „Read/Write“ Gesellschaft. Die ständig wachsende Anzahl der Mitgestalter/innen der Online-Welt stärkt auch demokratische Strukturen. Wenn viele dazu beitragen, Themen zu diskutieren und ihnen dadurch Wichtigkeit verleihen, beeinflussen sie damit die Entwicklung der Gesellschaft. Politik und Medien können im Idealfall an gewissen Themen nicht vorbei und setzen sie auf die Tagesordnung. In der Theorie nennt man das „Agenda-Setting“ – und zwar „bottom up“, also von der Basis zur Spitze, von den Menschen zu ihren Regierungen, von den KonsumentInnen zu den ProduzentInnen. Solche Entwicklungen führen heute schon dazu, dass bestehende Medien, wie zum Beispiel Tageszeitungen, massiv an Marktmacht verlieren. Sie bedeuten, dass etablierte Massenmedien ein wenig von ihrem Monopol darauf verlieren, zu bestimmen, was eine Meldung wert ist. Diese werden versuchen, die Qualität ihrer Produkte zu steigern und selbst die neuen Technologien zu nutzen, oder versuchen, Zugangsbeschränkungen für freie Anbieter/innen über technische wie rechtliche Wege zu erreichen.

Das Internet ist in diesem Sinne kein klassisches Massenmedium, auch wenn alle miteinander verbunden sind und Zugriff auf jede Information haben. Denn gerade dieser Zustand führt zu einer ungeheuren Vielfalt an Informationen und Meinungen. Eine „Kontrolle“ der Meinung ist nicht in derselben Form möglich, wie es zum Beispiel beim Fernsehen möglich ist, bei dem die wenigen Fernsehanbieter/innen relativ leicht kontrollierbar sind. Das Internet folgt viel mehr einer „Schwarmintelligenz“. Die Masse an Userinnen und Usern bestimmt, welche Nachrichten und Meldungen relevant sind und welche nicht. Wenn genug Menschen auf dieselbe Seite per Hyperlink verweisen, gewinnt diese auf verschiedenstem Weg Besucher/innen und damit an Bedeutung: Einerseits direkt über die einzelnen Links, andererseits aber auch indirekt über die Algorithmen von Suchmaschinen, die bei der Analyse der Relevanz einer Webseite besonders auf die Anzahl der auf sie verweisenden Links hinweisen. Durch gemeinsames und gezieltes Verlinken schaffen es so auch private und soziale Initiativen zu größerer Popularität und Themen abseits des (medialen) Mainstreams auf die Agenda.

Das Zeitalter von Altruismus und Gemeinsinn?

Die große Menge an gemeinschaftlichem und unentgeltlichem Engagement im Internet als Voraussetzung für viele dieser neuen Phänomene sorgt dabei regelmäßig für Verwunderung. Die Frage, warum Menschen freiwillig, unentgeltlich und für das Gemeinwohl Leistungen erbringen, untersuchen Forscher/innen zumindest seit 100 Jahren. Und während die einen den tief innewohnenden Altruismus beschwören, sehen die anderen bloß den „homo oeconomicus“ am Werk, den allein der eigene Nutzen interessiert. Vielleicht ist es auch die Dominanz dieses kurzfristig-nutzenmaximierenden Denkens in den 1990er Jahren, die auf den ersten Blick uneigennütziges Engagement so „unnatürlich“ erscheinen lässt. Gleichzeitig gibt es gerade auch in Österreich eine lange Tradition ehrenamtlichen Engagements – von der freiwilligen Feuerwehr, über die Rettungsorganisationen bis hin zu diversen politischen Tätigkeiten. Die Mitarbeit in freien Online-Projekten wie der Wikipedia ist davon nicht völlig verschieden, sie bietet nur mehr Spielraum, vor allem auch für geistig Tätige. Die traditionelle Hilfe in der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz wird weiter bestehen, aber soziales Engagement für die Allgemeinheit wird auf breiterer Basis möglich, die Universalität von PC und Internet bietet für jede und jeden individuelle Anknüpfungspunkte.

Eine Kommune wie die Stadt Linz hat hier verschiedene Möglichkeiten, dieses Engagement zu unterstützen. Ganz egal, warum jemand mitmacht und sich engagiert, die Stadt sollte

dieses Engagement fördern und durch eigene Initiativen zum Mitmachen anregen. Eine wesentliche Aufgabe des Ars Electronica Centers (AEC) beispielsweise, das bis 2009 nicht nur flächenmäßig sondern auch inhaltlich erweitert werden soll, ist die Ermutigung der Menschen zu Teilnahme und Teilhabe an der Read/Write-Gesellschaft. Das AEC könnte das Symbol für eine Linzer „Community“ im Internet sein und auch einen entsprechenden Raum schaffen, der diesen NutzerInnen zur Verfügung steht und den Einstieg in die vielfältigen Möglichkeiten der neuen, sozialen Softwareangebote ermöglicht.

Tagging: „Soziale Lesezeichen“

So hat sich in den letzten Jahren eine Vielzahl von neuen Varianten der Partizipation im Internet entwickelt. Blogs, Wikis und Tagging sind die bekanntesten davon. Gemeinschaftliches Indexieren (englisch: collaborative tagging oder social tagging)¹²⁵ durch Zusammenführung individuell-thematischer Markierung oder Zuordnung – im Netjargon als „tagging“ bezeichnet – ist ein besonders anschauliches Beispiel für die bereits zitierte „Schwarmintelligenz“ des Web 2.0. Einzelne Benutzer/innen ordnen Inhalten „Tags“ genannte Schlagwörter zu, die über soziale Software auch allen anderen BenutzerInnen weiterhelfen. Bei den „getaggten“ Objekten handelt es sich beispielsweise um Lesezeichen („Bookmarks“), Blogeinträge, Fotos oder Videos. Die Idee ist, dass sich aus den individuellen Beiträgen einer großen Anzahl von NutzerInnen nach einiger Zeit ein von den UserInnen selbst erstelltes, umfassendes Schlagwortsystem ergibt. Für ein bestimmtes Thema ergibt sich dadurch eine Sammlung von Begriffen, die zum Beispiel für Recherchen verwendet werden können. Versehe ich meine Fotos vom letzten Chicago-Urlaub in Flickr mit dem Tag „Chicago“, ermögliche ich es anderen NutzerInnen, die sich für Fotos, die mit Chicago in Verbindung stehen, interessieren, über die Tagsuche auch meine Fotos aus Chicago zu finden.

Auch bei Wikis und Blogs - zwei weiteren Spielformen des Web 2.0 - kontrollieren und disziplinieren sich die AutorInnen selbst. Bei Wikis haben alle Anwender/innen das Ziel, Informationen in einem Themenbereich zu sammeln und zusammenzuführen. Und obwohl in der Regel jede/r die Informationen in einem Wiki ändern kann, sorgen eine genaue Versionsgeschichte und die Wachsamkeit der jeweiligen AutorInnen dafür, dass (seltener) Vandalismus meist binnen kürzester Zeit behoben ist. Anders läuft es in diesem Fall bei Blogs, wo immer nur ein/e Autor/in für seinen/ihreren gesamten Blog verantwortlich ist. „Bloggen“ ist die Kunst, sein Tagebuch so im Internet zu veröffentlichen, dass es auch andere interessiert. Die können dann auf die Einträge antworten, sie kommentieren und

verlinken. Der Versuch, die Spreu vom Weizen zu trennen, läuft hier über das Communitybuilding. Blogger mit verwandten Themen, ähnlichen Interessenslagen oder Bedürfnissen schließen sich zusammen und verlinken ihre Blogs untereinander. Diese Art von Qualitätssicherung erinnert stark an die Anfänge des Internets, in denen die Verlinkung unter den einzelnen Homepages das Wichtigste war und Portalseiten den Weg in das World Wide Web öffneten.

Während Blogs ihre Informationen chronologisch geordnet anbieten und klar ersichtliche AutorInnen haben sind Wikis thematisch strukturiert und ein Text hat viele AutorInnen, die als solche überhaupt nicht in Erscheinung treten. Beiden gemeinsam ist ihre auf Kooperation, Vernetzung und freien Austausch basierende Stärke und beide sind durch die notwendige aktive Beteiligung der Besucher/innen ein Ausdruck der neuen Read/Write-Kultur im Netz. Umstritten ist dabei noch, ob Blogs und Wikis nicht nur zu einem demokratischeren und emanzipierteren Web führen, sondern ebenso auf die gesamte Gesellschaft ausstrahlen (können).

Viel Potential für mehr Demokratie

Zahlreiche Artikel und Bücher beschäftigen sich mit dem Zusammenhang zwischen Demokratie und Internet. Dabei wird immer wieder angeführt, dass repressive Regimes wie China oder Kuba den Zugang zum Internet oder zumindest zu bestimmten Angeboten wie Blogs oder sogar der Wikipedia einschränken. Vielleicht machen gerade diese aufwändigen (auch technologischen) Zensurbestrebungen deutlich, wie sehr das Internet für Redefreiheit, Globalisierung, Zivilgesellschaft und Emanzipation steht oder zumindest stehen könnte. Die Frage, die sich jedoch stellt, lautet: Wie demokratisch ist das Internet selbst und gibt es im Internet überhaupt Demokratie? Im Vergleich zum World Wide Web, bei dem das Publizieren von Informationen technischen SpezialistInnen oder großen Medienkonzernen vorbehalten war, hat die Entwicklung des Web 2.0 zwar jeden Menschen in die Lage versetzt, Informationen im Internet zur Verfügung zu stellen, aber ist das alleine schon eine Demokratisierung? Die Information für sich ist im Internet kaum auffindbar – außer man kennt die genaue Adresse, wo sie zu finden ist. Meist bedarf es Suchmaschinen, um diese Informationen für andere Menschen auffindbar zu machen. Die wohl größte und bekannteste in diesem Bereich ist Google, die mit Hilfe ihres genialen PageRank-Algorithmus die verschiedenen Homepages im Suchergebnis reiht. Dieser Such-Algorithmus hat die Struktur des Internet stark geprägt und die reichhaltige Verlinkung des Netzes noch weiter gefördert. Links sind zu einer Art „Währung“ innerhalb des Netzes geworden und wer

sichtbar und somit auffindbar sein will, muss sich anderen gegenüber öffnen, seinen eigenen Beitrag leisten und zu anderen verlinken.¹²⁶ Das trägt natürlich gleichzeitig wiederum dazu bei, dass Google immer bessere Suchergebnisse liefern kann. Google bündelt hier die Verlinkungen der weltweit verstreuten User/innen zu einer Art „Mega-Schwarm“ und gibt diese Information an andere weiter. Die User/innen müssen für dieses Wissen oder die weitergegebene Information nicht zahlen, sondern Google verkauft über ein ausgeklügeltes Anzeigenkonzept die besten Plätze an zahlungswillige Kundschaften. Das Beinahe-Monopol von Google sowie dessen Mitarbeit bei chinesischen Zensurbestrebungen zeigt aber gleichzeitig, wie problematisch es sein kann, wenn Schlüsseltechnologien wie die Internetsuche nicht frei sind. Erste Versuche von Open Source Suchmaschinen mit freien Suchalgorithmen sind bislang allerdings nicht von Erfolg gekrönt gewesen.

Aber auch in anderen Bereichen gibt es sogenannte Gatekeeper, die Informationen kontrollieren. Wenn Google der Torwächter geistiger Aktivitäten ist, dann sind eBay und Amazon für die materiellen Dinge im Internet zuständig. Auf eBay wird nach Schnäppchen aus der Garage der virtuellen NachbarInnen gesucht. Dabei ist das soziale Prinzip der Bewertung durch die Verkäufer/innen der Grundbaustein, der eBay so erfolgreich gemacht hat. Nur wer viele positive Bewertungen durch seine KundInnen bekommt, wird erfolgreich seine Waren und „Schätze“ verkaufen können. Amazon hat mit einem anderen Feature den Sprung nach ganz oben geschafft. Was in jeder Buchhandlung in Form von Hitlisten zu finden ist, wurde bei Amazon zu einem individuell spezialisierten Service geändert. Amazon bietet seinen KundInnen Informationen, welche Artikel häufig gemeinsam bestellt worden sind. Dadurch wird der eigene Verkauf angekurbelt und die KundInnen fühlen sich gut beraten. Wieder sind es aber erst die gebündelten und ausgewerteten Informationen einer Vielzahl von BenutzerInnen, die gute Empfehlungen möglich machen. Der Inhalt im Netz wird zwar sicher durch immer mehr Menschen gestaltet, aber Beispiele wie Google oder Amazon zeigen, dass die Entscheidung über Relevanz von Informationen nicht immer so „bottom up“ ist wie bei Blogs und Wikis.

Die „dunkle Seite“ des Web

So bezweifeln Kritiker/innen, dass der wachsende Anteil an sozialer Software das Netz auch wirklich „sozialer“ und „kollaborativer“ machen. Sie sehen nur eine scheinbare Demokratisierung des Internets. Die „Architektur der Partizipation“ wie sie O'Reilly¹²⁷ nennt, sei nur eine Vordergründige. Im Hintergrund stünden Megafusionen, wie zum Beispiel der Kauf des Videoportals YouTube durch Google oder des Telefondienstes Skype

durch Ebay, die eine kommerzielle Logik des Web 2.0 offenbaren. Ob kommerzielle Interessen das Web 2.0 dominieren oder ob die Beteiligung der Menschen zu einer Demokratisierung beitragen kann, wird sich erst in den nächsten Jahren herausstellen.¹²⁸ Unumstritten ist aber, dass es wesentlich davon abhängen wird, wie sehr sich freie und offene Standards in den einzelnen Bereichen durchsetzen können.

Andere negative Seiten des Webs, die auch von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen werden, sind schon seit längerem bekannt. Für Bombenbastel-Anleitungen im Internet, rechtsradikale Propaganda, Kinderpornos und ähnliches gilt leider dasselbe Prinzip: Wenn alle Informationen im Web Platz finden, dann auch gesellschaftlich Unerwünschte. Neben diesen Problemen gibt es weitere Bedrohungen der noch jungen digitalen Freiheiten im Internet. Einige Unternehmen planen Beschränkungen des freien Datentransfers mit Hilfe technischer Maßnahmen. Konkret geht es darum, ob Netzbetreiber/innen bestimmte Datenpakete in ihren Netzen „diskriminieren“ und andere „bevorzugen“ dürfen. Bislang ist es auf Ebene der Datenübertragung im Internet völlig gleichgültig, welcher Inhalt – Mails, Dokumente, Videos oder Audio-Dateien – von einem Ort zum anderen weitergeleitet werden. Dank neuer Technologien könnten bald Daten zahlungskräftiger KundInnen priorisiert und lästige oder unprofitable Dienste wie Internet-Telefonie oder Filesharing-Netzwerke nachgereiht werden. Die Auswirkungen für digitale Informationsfreiheit im Allgemeinen und für freie und wenig finanzkräftige Projekte, wie zum Beispiel Wikipedia, im speziellen wären verheerend. Mit ihrer Forderung nach gesetzlichem Verbot derartiger Ungleichbehandlung ist die „Save the Internet“ Koalition allerdings im ersten Anlauf im US-Repräsentantenhaus an der republikanischen Mehrheit gescheitert. Im Unterschied zu Europa ist aber in den USA der Kampf gegen ein Zwei-Klassen-Internet zumindest auf der politischen Tagesordnung.¹²⁹

Die größte Gefahr für das Demokratisierungspotential des Internets sehen auch Forscher wie Benkler¹³⁰ und Lessig¹³¹ nicht in dessen aktueller, kleinteilig-fragmentierter Struktur sondern in grundlegenden Änderungen an der Technik im Hintergrund des World Wide Web. Neben staatlichen Zensurbestrebungen und den Plänen der Betreiber der großen interkontinentalen Leitungsnetze, sind es aber auch weitere Verschärfungen des ohnehin restriktiven Urheberrechts, die eine Bedrohung für die noch jungen Freiheiten im Cyberspace darstellen.

Die Krux mit dem Urheber/innenschutz

Manch rechtliche Frage war vor dem Internetzeitalter einfacher zu entscheiden. Schon davor waren Urheberrechte für künstlerische Werke Gegenstand heftiger Auseinandersetzung – zur Förderung künstlerischen Schaffens ins Leben gerufen, entpuppten sie sich als Verwertungsrechte in der Hand von Konzernen oftmals als Behinderung künstlerischer Kreativität und so manche/r Künstler/in änderte sogar ihren Namen, um dem Plattenkonzern ein Schnippchen zu schlagen. Dabei entsteht urheberrechtlicher Schutz automatisch mit der Erstellung eines Werkes und muss – im Unterschied zu Patenten – nicht erst bei einer Behörde angemeldet werden. Freie, verfügbare Werke wurden also entweder explizit von ihren SchöpferInnen freigegeben oder die gesetzliche Schutzfrist ist inzwischen abgelaufen. Diese Schutzfristen wurden in den letzten Jahren immer weiter ausgedehnt - vorangetrieben wurde diese Entwicklung von großen Konzernen, die ihre monopolisierten Nutzungsrechte an Werken von Künstlern wie Elvis oder den Beatles noch länger abschöpfen wollen. Dabei wird aber oft übersehen, dass der Großteil der Werke gar nicht mehr kommerziell genutzt wird, aber trotzdem von einer Verlängerung der Schutzfristen betroffen ist. Diese Werke wären längst Teil eines öffentlichen Kulturpools und damit eine breite Basis für darauf aufbauende Wieder- oder Weiterverwendung durch aktuelle Künstler/innen.

Auch für Software-Quellcode gilt das Urheberrecht, jedoch manifestierten sich dort als Gegenbewegung die bereits angesprochenen AktivistInnen für Freie und Open Source Software. Mit Hilfe von Copyleft-Lizenzen – als Gegenstück zu Copyright – wurden urheberrechtliche Barrieren für freien Austausch gegen sich selbst gekehrt: Auf Basis des Urheberrechts wird bei Freier Software rechtlich sichergestellt, dass auch Modifikationen und Weiterentwicklungen von Werken weiterhin frei und öffentlich zugänglich sind. Diese Idee haben Leute wie Lawrence Lessig aufgegriffen und auf andere Urheberrechtsbereiche übertragen, um auch Werke wie Bücher, Videos, Bilder und Musik mit Hilfe von Lizenzen dauerhaft freigeben zu können. Die digitale Verbreitung über das Internet wird dabei erleichtert, ohne dass die frei gewählten Rechte der KünstlerInnen verletzt oder eingeschränkt werden.

Im Gegensatz dazu stehen technische Modelle digitaler Rechteverwaltung, die von ihren BefürworterInnen als Digital Rights Management, von ihren GegnerInnen als Digital Restrictions Management bezeichnet und in beiden Fällen mit DRM abgekürzt werden. Digitale Film- oder Tonaufnahmen, aber auch Software oder elektronische Dokumente werden hier mit Hilfe von elektronischen Maßnahmen (z.B. elektronischem Wasserzeichen)

geschützt, um durch technische Überwachung der Nutzer/innen auch in Zeiten des Internets die völlige Kontrolle über die Werksnutzung zu behalten. Ziel dieses Ansatzes ist meist, eine möglichst genaue Abrechnung (Pay per View) bei der Nutzung des Werkes zu ermöglichen. Bedenklich wird dieser digitale Schutz, wie es Volker Grassmuck im Interview in diesem Band anspricht,¹³² wenn er mit Maßnahmen im Hardwarebereich kombiniert wird. Als paradoxe Konsequenz könnten dank DRM trotz der neuen Verbreitungsmöglichkeiten und Freiheitspotentiale des Internets am Ende sogar bisher selbstverständliche Freiheiten wie die Privatkopie für den besten Freund unmöglich gemacht werden.

Musik im Web: Die Enkel von Napster

Als Urknall der modernen Urheberrechtsdiskussion kann ohne Übertreibung der Streit um legale oder illegale Downloads von MP3-Musikdateien aus dem Internet mit Hilfe des Programms Napster Ende der 90er Jahre bezeichnet werden. Dabei haben sich die Untergangsprophetieungen der Unterhaltungsindustrie trotz neuer und immer besserer Programme zum Austausch von Musik- und Videodateien nicht bewahrheitet. Im Gegenteil: Es wurde im DVD-Bereich noch nie soviel Geld verdient wie heute. Aber auch der Musikbereich im Internet entwickelt sich weiter. Längst gibt es verschiedene kommerzielle Download-Plattformen und nicht alle setzen dabei auf strenge DRM-Systeme wie beispielsweise Apple. Dass Radios wie Ö1 oder FM4 auch einen Livestream ins Internet übertragen, ist schon eine Selbstverständlichkeit geworden. Gleichzeitig haben auch Außenseiter/innen eine Chance, sich zu positionieren oder gar völlig neue Modelle für Internetradio wie beispielsweise pandora.com¹³³. Sie bieten freies Web-Radio an, das sich am Geschmack der Benutzer/innen orientiert und über Bewertung der einzelnen Titel durch die Benutzer/innen „lernen“. Während sich pandora bei der Auswahl der Songs auf die professionelle Bewertung durch MusikexpertInnen und daraus generierte Vergleichsalgorithmen verlässt, gibt es andere Radios, die Lieblingslisten oder Musikbibliotheken von ihren HörerInnen auswerten und so gerade die Musik vorschlagen, die zum ermittelten Musikgeschmack passen könnte.

Wissen für alle

Das Internet eröffnet die Möglichkeit, das gemeinsame kulturelle Erbe in einem bislang undenkbar Ausmaß zu sichern, zugänglich und für neue Kreativität nutzbar zu machen. Das betrifft Musik und Kunst genauso wie Literatur – also all das, was die Menschheit in tausenden Jahren an Wissen und kulturellen Schätzen angehäuft hat. Doch Verschärfungen

des Urheberrechts und immer umfangreichere Kopierschutztechnologien stellen sich zunehmend diesem Fortschritt in den Weg. Gleichzeitig sorgen aber auch die „viralen“ Folgen des Copyleft-Prinzips – was einmal freigegeben ist, bleibt frei und alles was darauf aufgebaut wird, ebenso – für eine immer umfangreichere Wissensallmende, die allen Menschen zur Verfügung steht. Wie auch bei anderen kollektiven Gütern (z.B. Umweltschutz) ist der Schutz und die Pflege dieser neuen Allmende eine öffentliche Aufgabe auf den verschiedensten Ebenen.

Denn auch wenn Städte wie Linz keinen großen Einfluss auf Urheberrechtsregimes nehmen können, gibt es genug Möglichkeiten für kommunale Beiträge zum Ausbau der gemeinschaftlich-digitalen Commons. Bereits bestehende Projekte zeigen auch, welche große Vorbildwirkung erste Schritte in Richtung digitaler Freiheit entfalten können. Viel Beachtung finden klarerweise die Verleihung des Prix Ars Electronica an freie Projekte wie die Free Software Foundation oder Wikipedia in der Kategorie „Digital Communities“. Der großzahlige Ausbau öffentlicher Internet-Hotspots, der kostenlosen Internetzugang per Laptop ermöglicht, hat weit über Österreich hinaus für Aufsehen gesorgt. Das Beste an der Linzer Hotspot-Initiative ist, dass viele profitieren aber nur ein minimaler (Kosten-) Aufwand mit ihnen verbunden ist. Auch wenn es in Linz vielleicht manche wundert, aber Linz hat in diesem Bereich eine Vorreiter/innenrolle inne.

Und genau um diese Vorreiter/innenrolle geht es in doppelter Hinsicht. Einerseits kann das, was heute geschaffen wird, in den nächsten Jahren ein echter Standortvorteil für Linz sein. Andererseits gilt es gerade für die Heimatstadt der Ars Electronica zu zeigen, was auf kommunaler Ebene mit neuen Technologien zum Vorteil aller möglich ist. Linz könnte sich als Ziel setzen, der „Leuchtturm digitaler Freiheiten“ Mitteleuropas zu werden.

Die vorangegangenen Beiträge in diesem Band beinhalten auch eine Bestandsaufnahme dessen, was es in Linz bereits gibt. Und zeigen über konkrete Projekte den Weg auf, der beschritten werden könnte. Wenn man die Stadt Linz als Raum für eine offene, soziale und demokratische Gesellschaft begreift, bietet ein reflektierter, auf Zugang und Freiheit orientierter Einsatz neuer Technologien ein breites Feld für positive Weiterentwicklung:

- Für die Menschen die hier leben mehr Lebensqualität, mehr Möglichkeiten, mehr Kombinationen, mehr Chancen.
- Für die Betriebe ein attraktives, anregendes Umfeld, die Chance für Klein- und Mittelbetriebe mit (Nischen-)Produkten einen großen Markt zu bedienen.

- Für die Ausbildung die Möglichkeit, neue Wege zu beschreiten, um Menschen mehr und bessere Bildung zu vermitteln.
- Für Kunst und Kultur über das Projekt „Europäische Kulturhauptstadt 2009“ hinaus nie dagewesene Möglichkeiten, die Menschen zu erreichen, zu ermahnen, zu provozieren, zu faszinieren.

In diesem Sinne ist der Titel dieses Bandes, „Freie Netze. Freies Wissen.“ auch weniger als Beschreibung denn vielmehr als kommunalpolitischer Imperativ zu verstehen. Der Band selbst ist ein Beitrag dazu, ihm nachzukommen.

Die folgende Vision könnte in Linz in wenigen Jahren Realität sein:

Die digitalen Potentiale und das Web sind allgegenwärtig. Wenn man sich in der Stadt bewegt, nutzt man ganz selbstverständlich die neuen Möglichkeiten, weil sie Teil des Lebens geworden sind. Alle Linzer/innen verfügen über einen schnellen, kostenlosen Zugang zum Internet. Sie haben – unabhängig von ihrem Alter – die Chance wahrgenommen, die ihnen geboten wurden und kennen sich im „Netz“ aus. Allen, die sich nicht so gut auskennen, wird schnell, kostengünstig und ganz selbstverständlich geholfen. Die Stadt Linz bietet dazu regelmäßige Kurse in den Einrichtungen der Volkshochschule und Bibliotheken an und die Bürger/innen helfen sich auf Plattformen wie dem Linzer Stadtwiki untereinander. Für den Einstieg in die vernetzte Welt stellen die Stadt Linz und ihre Partner/innen Laptops und DVDs mit Freier Software zur Verfügung. Die meisten bürokratischen Wege können elektronisch und damit viel schneller und effizienter abgewickelt werden. Die Kommunikation zwischen der Kommune und den BürgerInnen erfolgt immer öfter auf elektronischem Weg. Dabei spielt die Kommunikation über die Entwicklung der Stadt eine wichtige Rolle und die Bewohner/innen partizipieren mit ihren Ideen und Vorstellungen. Die Leute setzen sich aktiv mit ihren Möglichkeiten auseinander. Weil sie ihre Ideen einbringen, und diese ernst genommen werden, machen sie Linz zu einer „denkenden Stadt“.

Die Menschen haben neue Formen der Zivilcourage und der Solidarität entwickelt – sie helfen sich gegenseitig auf verschiedene Weise. Mit Informationen, mit Leistungen, sie prangern Unrecht an und schließen sich zusammen. Die Bedeutung von Zeitungen und anderer Medien verändert sich im regional-digitalen Diskurs. Jede und jeder ist ein Teil der Stadtgeschichte. Und sie schreiben diese Stadtgeschichte mit und überlassen es nicht allein den ExpertInnen und HistorikerInnen.

Die Bibliotheken und in ihrem Zentrum der Wissensturm stellen ein umfangreiches Archiv an Freien Inhalten/Open Content zur Verfügung, das für alle zugänglich ist, die Möglichkeit zur Weiterbildung bietet und den kostengünstigen Zugang zu Kultur und Hochkultur ermöglicht. Der offene Zugang zu Werken von anderen KünstlerInnen belebt die Kunstszene in Linz, arrivierte und frische, junge Kunstschaffende arbeiten in enger Symbiose an Kunstprojekten. Die Stadt Linz zieht weitere Kulturschaffende aus ganz Europa an – die digitale Öffnung der Stadt führt zu ihrer realen Öffnung.

Der Geist der Kreativität und der Interaktion führt zu einem kooperativen Wettbewerb und wird zum Standortvorteil für Linz. Im engen Kontakt mit der Universität und den lokalen Unternehmen entwickeln Linzer Programmierer/innen Freie Software für die unterschiedlichsten Anwendungen. Das gesammelte und offen zur Verfügung stehende Know-how zieht weitere Unternehmen an und schafft zahlreiche Arbeitsplätze, nicht nur in der EDV-Branche, sondern auch in verwandten Berufen. Die Stadt Linz unterstützt all diese Initiativen und spornt sie an, weil in Linz verstanden wurde, dass das Web kein entweder/oder, sondern ein sowohl als auch ist. Linz ist der digitale Leuchtturm Mitteleuropas geworden, besonders die Region um Linz profitiert mit von der Entwicklung.

Die Stadt Linz mit all ihren Einrichtungen, wie dem AEC, dem Wissensturm, konnte ihren internationalen Bekanntheitsgrad weiter steigern und gilt weltweit als Ideal einer „digitalen Open Source Kommune“. Linz ist nicht mehr nur als soziale sondern auch als digitale Musterstadt bekannt. Aus diesem „Fame“ ergeben sich zahlreiche Beratungstätigkeiten, bei denen die Erfahrungen aus den Entwicklungen und Projekten der letzten fünf Jahre an andere weitergegeben werden.

Eine logische Folge all dieser Entwicklung ist, dass Linz Tagungsort für digitale Medien ist. Die Konferenzen finden sowohl virtuell als auch real, also auf Linzer Boden, statt. Weil die Menschen trotz und wegen dem Web noch mehr miteinander reden und diskutieren.

Der Weg zu einer Stadt der freien Netze

In den vorangegangenen Kapiteln dieses Buches wurden zahlreiche Projekte formuliert. Ihre Realisierung skizziert den Weg zu einer „Stadt der freien Netze“. Hier eine Auswahl von Projekten mit einer kurzen Beschreibung:

Internet Grundversorgung

Für die Grundversorgung mit Internetdiensten baut die Stadt Linz in Kooperation mit stadteigenen Betrieben ein Linz überspannendes, kostenloses Funknetz für freien Zugang zum Internet auf. Der Zugang zum World Wide Web ist damit keine finanzielle Frage mehr, sondern ein Grundrecht für alle Linzer Bürger/innen und verringert die soziale Dimension der digitalen Spaltung.

Open Content Library Service

Die Linzer Bibliotheken erfassen und strukturieren urheberrechtsfreie literarische, musikalische und visuelle Werke nach bibliothekarischen Kriterien und stellen diese in einer Webothek zur Verfügung. Nicht Hitlisten, sondern assoziative Verknüpfungen stehen im Vordergrund. Auf Wunsch können die freien Inhalte auch „offline“ auf Papier bestellt und ausgeliehen werden.

Open Course Ware

Die Lehrenden der Johannes Kepler Universität stellen ihre Kursunterlagen online zur Verfügung. Damit stellen sie sich dem internationalen Wettbewerb und profitieren vom international vernetzten Wissen anderer ProfessorInnen. Ähnliche Projekte werden an Weiterbildungseinrichtungen für Erwachsene und in den Schulen umgesetzt. Die Trainer/innen, Lehrer/innen und ProfessorInnen tauschen ihre Bildungsunterlagen miteinander aus und profitieren vom Wissen der anderen. Sie können sich inspirieren lassen und arbeiten gemeinsam an der Verbesserung der Unterrichtsmaterialien und –methoden.

Freedom Toaster / Linz09-Linux-Live-DVD

Freie Software steht nicht nur als Download zur Verfügung, sondern kann in Bibliotheken und anderen öffentlichen Plätzen von PC's auf DVD gebrannt werden. Ergänzend dazu

bietet die Stadt Linz eine gratis DVD mit einem Linux-Live-System und freien Programmen an.

Plattformunabhängigkeit, offene Schnittstellen, Standards und vielseitige Dateiformate sind die Grundprinzipien bei der Anschaffung neuer Software und werden bei allen öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt. Die Linzer Schulen sind mit Freier Software ausgestattet, die eine Vielzahl an pädagogischen Programmen bietet und die den Kindern kostenlos für zu Hause zur Verfügung steht. Die Kinder – die User/innen von morgen – erlernen den Umgang mit der Technologie und nicht nur den Umgang mit einzelnen Produkten wie Microsoft.

Syndikatisierung der Linz09-Blogosphäre

Auszüge aus der zusammengeschlossenen Blog-Szene „linz2009:blogs“ werden auf großen Leinwänden an den Knotenpunkten der Kulturhauptstadt visualisiert und vermitteln damit einen Eindruck der vielfältigen Szene. Das Web wird damit in die reale Welt getragen.

Einrichtung eines Linz-Public-Space-Server

Als Ergänzung zu kommerziellen Serverangeboten stellt die Stadt Linz ihren Bürgerinnen und Bürgern auch digitalen, öffentlichen Raum zur Verfügung: Bürger/in der Stadt Linz zu sein, geht einher mit dem Recht auf Webspaces und dessen Nutzung für private Zwecke.

AEC Community Nutzung

Die Linzer/innen selbst greifen als Städteplaner/innen im Internet in die zukünftige Gestaltung der Stadt ein. Über eine dreidimensionale Wikimap können Gebäude oder ganze Straßenzüge verändert und umgestaltet werden.

Webprototyping

Nach dem C.A.V.E behält das AEC mit einem dreidimensionalen Drucker weiter seine Rolle als Museum der Zukunft. Die neueste Technologie wird SchülerInnen für den Unterricht, ArchitekturstudentInnen für Projekte und KünstlerInnen zur Verfügung gestellt.

Linz 09 creative commons

Unter einer Creative Commons Lizenz stehen sämtliche Dokumente, Audio-, Video- und Fotofiles auf der linz09 Homepage zur Verfügung. Damit ist es allen Menschen möglich, am Kulturangebot teilzunehmen und auf den Leistungen der Künstler/innen aufzubauen.

Studiengang „Web-Wissenschaft“ an der JKU

Ein eigenes Institut an der JKU beschäftigt sich mit der Zukunft des Webs auf einer sozialen, gesellschaftlichen, rechtlichen und technischen Ebene. Dabei werden Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft beleuchtet. Im Studienzweig Web-Wissenschaften bekommen die Studierenden eine umfassende, interdisziplinäre Ausbildung und lernen Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Fachbereichen kennen.

Die Priorität, welche Projekte als erstes umgesetzt werden, hängt letztlich von der Kooperationsbereitschaft der benötigten Partner/innen ab. Natürlich sind für die Realisierung finanzielle Mittel notwendig. Die Erfahrung zeigt aber, dass interessante Neuerungen oft erstaunlich günstig realisiert werden können, wenn man auf bestehendem Wissen und Strukturen aufbaut – die es in Linz zweifelsfrei gibt. Sowohl das Know-how einzelner AkteurInnen als auch das in den Institutionen schlummernde Wissen kann gemeinsam geweckt und zusammengefügt werden. Ganz getreu einem der Leitsätze dieser neuen sozialen Bewegung rund um das Internet: Auf den Schultern von GigantInnen.

„Die Abrechnung mit dem 20. Jahrhundert“



Foto: <http://www.wizards-of-os.org/presse/pressebilder.html>

Interview: Volker Grassmuck

Volker Grassmuck ist Soziologe und Medienforscher am Helmholtz-Zentrum für Kulturtechnik der Humboldt-Universität zu Berlin. Neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit ist er Projektleiter des Urheberrechts-Informationsportals „iRights.info“ und der internationalen Konferenzreihe „Wizards of OS“, die sich mit den verschiedensten Bereichen freier Inhalte – von Software über Kunst und Kultur bis hin zu Gesellschaftspolitik – beschäftigt.

Freie Software, A2K – Access to Knowledge, Open Access, Free Culture und viele andere soziale Bewegungen rund um das Internet werden oft in einem Atemzug genannt, sind auch alle auf der von Ihnen organisierten Konferenz „Wizards of OS“ vertreten. Was ist eigentlich der gemeinsame Nenner dieser verschiedenen Bereiche?

Volker Grassmuck: Was sie zunächst einmal eint, sind die gemeinsamen Möglichkeitsbedingungen von Wissensfreiheit. Die sind gegeben durch die digitale Revolution mit den beiden Elementen Produktions- und Distributionsmittel informationeller Güter, also PC und Internet. Beides ist wichtig: Der Möglichkeit digitaler Verbreitung über das Internet geht ja die Möglichkeit der Produktion informationeller Güter jerglicher Art voraus. Beides alleine reicht aber nicht. Wir hatten eine Phase in den 80ern, wo PCs in den Haushalten verfügbar waren, aber das Netz noch nicht so richtig. Erst mit dem Internet wurde der Boom ausgelöst, der dann die Kooperation und Austauschprozesse wie bei Freier Software und in der Wikipedia erst möglich gemacht hat. Das Internet alleine wäre, jetzt natürlich hypothetisch gedacht, eher etwas geworden wie der Amateurfunk. Ein Medium ohne Speicher und ohne Verarbeitungsmöglichkeit von Information. Tatsächlich ist das Internet sowohl Übertragungs- wie Speichermedium.

Welche Rolle hat dabei eigentlich Freie Software gespielt?

Volker Grassmuck: Freie Software war die Vorreiterin, die Eisbrecherin. Dabei war der Beginn völlig unplausibel: Zu einem Zeitpunkt, wo Software bereits zu einem eigenständigen Produkt geworden ist, zurückzugehen zu einer Phase, wo freier Austausch gang und gäbe war. Bei Radio und anderen Medien gab es eine Frühphase, wo noch unklar war, was dieses Medium eigentlich bedeutet. Es wird viel ausprobiert, letztlich entscheidet die Gesellschaft, was es bedeutet. So hat es in der Computergeschichte anfangs auch ausgesehen. Erstmals gibt es Großrechner und die Vorstellung, man bräuchte nur zwei Computer für die ganze USA, einen an der Westküste und einen an der Ostküste. Software war damals nur Dreingabe zur Hardware und der Austausch der Nutzer untereinander ist noch aktiv gefördert worden. Dann kam die Phase, wo sich ein Markt ausdifferenziert hat und mit Microsoft und anderen eigenständigen Softwarefirmen losgelöst von Hardware-Herstellern entstanden sind. Ende der Geschichte, sollte man meinen. Doch dann haben Leute den praktischen Sinn gesehen, weiterhin dieses Wissen über Software miteinander auszutauschen. Also weder Revoluzzer, die eine neue Gesellschaft bauen wollen, noch Gegner von irgendwas. Im Unterschied zur Anti-AKW-Bewegung gibt es nicht den Bauzaun, an dem gerüttelt wird.

Können Sie ein Beispiel für den praktischen Sinn von Freier Software nennen?

Volker Grassmuck: Richard Stallman erzählt immer wieder diese Ursprungsgeschichte vom Drucker am Netz, dem er eine Anzeigefunktion über den Papiervorrat hinzufügen wollte, damit man nicht immer erst ins Nachbargebäude rennen musste, um dann festzustellen, dass der Druckauftrag noch nicht ausgefüllt worden ist, weil das Papierfach leer war. Der Druckerhersteller hat ihm aber einen Blick in den Software-Quellcode verweigert, was bis dahin selbstverständlich gewesen war. Genauso wie ein Atomphysiker mit Kollegen seine Forschungsergebnisse austauscht, weil dadurch sein Wissen bereichert und der gemeinsame Pool an Wissen vorangetrieben wird. Genau in dieser wissenschaftlich-technischen Tradition haben die Programmierer das anfangs eben auch gemacht. Im Zuge der Gründung von Softwareunternehmen aus der Uni heraus haben beispielsweise am MIT die Programmierer auch am Biertisch nicht mehr miteinander über das gesprochen, was sie eigentlich beschäftigt, nämlich programmieren. In dieser aufkommenden Stimmung hat Richard Stallman dann gegen eines dieser Unternehmen alleine anprogrammiert. Also das, was ein ganzes Team gemacht hat, hat er frei nachentwickelt und dann dem Konkurrenten zur Verfügung gestellt, um den freien Austausch zu fördern. Das ist eine

verrückte Geschichte, vor allem, dass dieser Mensch dann die Notwendigkeit gesehen hat, das auf eine solide vertragliche Basis zu stellen und die GNU General Public License verfasst hat. Weil Freiheit eben nicht einfach nur heißt „Ich lege das offen. Macht damit, was ihr wollt!“, sondern, dass Freiheit Mechanismen braucht, um sich wehren zu können gegen Missbrauch.

Wie sieht Missbrauch der Freiheit aus oder wie könnte er aussehen?

Volker Grassmuck: Missbrauch bei immateriellen, nicht-erschöpflichen Gütern ist natürlich nicht die Übernutzung wie beim klassischen Allmende-Problem, aber es gibt auch eine knappe Ressource: Die Motivation von Leuten, weiterhin zu solchen freien Projekten Beiträge zu leisten. Wenn die sehen, dass der gemeinsame Pool immer wieder abgeschöpft wird und separat weiterentwickelt wird, ohne dass diese Weiterentwicklungen in den gemeinsamen Pool zurückfließen, dann werden die sagen „Warum soll ich denen zuarbeiten und die verdienen das Geld damit und wir haben nichts davon?“ Das verhindert die GPL.

Einzelne Bereiche wie Freie Software bezeichnen sich selbst als „soziale Bewegung“. Würden Sie sagen, dass das auch für die Gesamtheit gilt? Gibt es eine – wie auch immer zu bezeichnende – digitale, soziale

Bewegung wie beispielsweise die frühe Ökologiebewegung eine war?

Volker Grassmuck: Die Analogie zur Ökologiebewegung ist in der Tat die beste, die ich kenne und ich kann sie nur unterstützen. Die Idee, dass wir uns alle in einer gemeinsamen Wissensumwelt bewegen und dass hier verschiedene Interessen, aber auch verschiedene Gefahrenpotentiale zusammenkommen. Da gibt es Leute, die spezialisieren sich eher auf die Luft, Leute, die sich eher für das Wasser interessieren oder für alternative Energiekonzepte. Aber wenn Not am Mann ist, wenn es irgendwo richtig zu knallen droht, dann schließen sich alle zusammen, auch wenn das jetzt nicht ihr Spezialgebiet ist. Aktuelles Beispiel: Softwarepatente.

Das waren natürlich nicht nur Programmierer bei dieser Bewegung gegen Einführung von Softwarepatenten in Europa, sondern auch viele andere, die das Gefahrenpotential erkannt haben. Benutzer von Software, die verstehen, dass die Freiheit Freier Software nicht bedeuten muss, dass sie selber die Software modifizieren. Aber die Tatsache, dass andere das können oder dass sie andere damit beauftragen können, bedeutet auch für diese Nutzer Freiheit.

Einen wirklich griffigen Namen haben wir noch nicht gefunden?

Volker Grassmuck: „Digitaler Umweltschutz“ hat schon was, aber es ist trotzdem noch erklärungsbedürftig.

Welche (politische) Organisationsform und damit verbunden auch Artikulationsform erscheint Ihnen für diese Bewegung angemessen? Insbesondere auch im Verhältnis zu herkömmlichen Parteien – Stichwort: Piratenparteien.

Volker Grassmuck: Netzwerke. Ein zentrales Thema ist ja auch die Abrechnung mit dem 20. Jahrhundert: Die Massengesellschaft, Massenfabrikation, Massenkonsum, Massentourismus und eben auch Massenparteien, Massendemokratie und natürlich auch Formen von Massenkollektivismus. Jetzt geht es darum, der „kollektiven Intelligenz“ eine „konnektive Intelligenz“ entgegenzustellen. Bei Massenstrukturen des 20. Jahrhunderts, entscheidet der oder die Einzelne letztlich nur als agglomerierte Summe wie bei einer Wahl. Bei der konnektiven Intelligenz ist jeder einzelne Knoten fraktal das Ganze. Nicht in der Auflösung, in jedem Detail wie der nächste oder der übernächste Knoten, aber das, was sich aus der Vernetzung solcher Knoten ergibt, ist eben ein komplexeres Bild, und einzelne Stimmen können hier sehr viel mehr bewegen. Es gibt die bekannten Verstärkereffekte, dass Leute auf ihren privaten Blogs etwas sagen, das wird von anderen Blogs über-

nommen oder es wird darauf gelinkt, irgendwann entdeckt das die Presse und es wird Mainstream – wobei die Frage, was dann der Mainstream hier ist, sich auch noch einmal anders stellt. Denn natürlich haben auch die Massenmedien des 20. Jahrhunderts heutzutage ihre Bedeutung verloren.

Piratenparteien sind dann eher ein Irrweg oder Teil dieses Netzwerks?

Volker Grassmuck: Ein Teil des Netzwerks. Ich glaube auch nicht, dass es so gedacht ist, wie eine Massenpartei des 20. Jahrhunderts. Schon alleine, dass hier ein Einzelthema zum Ausgangspunkt einer Parteiengründung gemacht wird, macht es, glaube ich, ziemlich deutlich. Es ist eine Form, die man benutzt, eine Möglichkeit, Leute einzubeziehen, zu mobilisieren und eine Botschaft rüberzubringen. Es wird definitiv nicht die Avantgarde der gesamten Bewegung werden, die das bündelt, was sich in diesem Netzwerk artikuliert, und dann den Präsidenten stellt.

Wer ist dann die Avantgarde der Bewegung?

Volker Grassmuck: Das sind die einzelnen Knoten. Ich glaube nicht, dass man sagen kann, hier ist eine Gruppe, die in der Gesamtbewegung allen anderen voraus ist und die Zeichen setzt. Natürlich gibt es einzelne, die hervortreten, wie Richard Stallman oder

andere im Bereich Technik. Shawn Fanning hat mit Napster beispielsweise eine neue Netzarchitektur erfunden, die dazu führt, dass Leute auf eine andere Weise miteinander in Informationsbeziehung gesetzt werden. Oder Ward Cunningham mit WikiWiki. Vor zwanzig Jahren war Virtual Reality die Zukunft: 3D mit Datenbrille und –handschuh. Dass Text auf frei schreibbaren Webseiten eine viel größere Bedeutung bekommen würde, hätte sich damals niemand vorstellen können. Das sind so geniale Einfälle zum rechten Zeitpunkt am rechten Ort. Das wird aufgegriffen und kann sich verstärken, ohne dass Leute dann tatsächlich zu Führern werden. Richard Stallman ist so ein Zwischending, der natürlich noch etwas von einer Führerfigur hat und das auch inszeniert. Auf der Wizards of OS 1999 hat er am Schluss den St. iGNUtius gemacht, mit der Magnetplatte aus einem Großrechner als Heiligenschein, dem Notebook als der Bibel unter dem Arm, einer Kutte umgeworfen und gesagt „Ich verkünde euch die Freiheit! Ihr sollt kein anderes Betriebssystem auf eurem Laptop haben neben meinem!“ Das war natürlich als Spaß für die Geeks (Computerfreaks, Anm.) gedacht und ich glaube nicht, dass irgendjemand das missverstanden hat, dass er sich tatsächlich selber in der Rolle des Propheten sieht. Aber er spielt auf jedem Fall mit den starren Strukturen des 20. Jahrhunderts. Ich glaube, das wird immer weniger werden.

Aber was es weiterhin geben wird, sind Leute, die gute Ideen zum richtigen Zeitpunkt haben. Diese Art von Avantgarde wird es mit Sicherheit weiter geben.

Wenn das Netzwerk die Organisationsform dieser Bewegung ist, wie soll diese Vernetzung am besten funktionieren?

Volker Grassmuck: Über soziale Software. Also, Voraussetzung ist der eigene PC oder Zugang dazu. In der dritten Welt ist Zugang zu Hardware natürlich noch einmal ein anderes Thema. Zugang zum Internet. Das sind die Voraussetzungen. Dann Speicherplatz im Internet. Das ist jetzt nicht wirklich das Problem, aber es ist ein konstitutives Element. Und das kann durchaus problematisch werden, wenn zum Beispiel MySpace aufgekauft wird und man nicht weiß, was mit den Sachen passiert, die dort von ganz vielen abgelegt worden sind. Gegenmodell dazu wäre Archive.org, wo der Gründer Brewster Kahle in der Integrität seiner Person dafür gerade steht, dass das weiter zur Verfügung stehen wird. Das ermöglicht dann die vernetzte Organisation und auch die muss wieder nicht komplex sein: E-Mail, Mailinglisten für Gruppenkommunikation, Wikis für gemeinsames Editieren, Blogs für ein gemeinsames Kommentieren und für Nachrichten, Kryptografie, damit nur die mitlesen, die mitlesen sollen. Das lässt sich dann zu Kooperations- oder Kampagnenumgebungen zusammenstellen.

Was sind ihrer Meinung nach die größten Gefahren und Potentiale über die verschiedenen Bereiche hinweg? Was steht auf der (politischen) Agenda ganz oben?

Volker Grassmuck: Da die offene Architektur der Universalmaschine Computer Grundvoraussetzung für alles ist, entstehen Gefahren durch Eingriffe in diese Architektur. Der Hauptbereich hier sind Digital Restrictions Management (DRM) und Trusted Computing, die im Interesse von Rechteinhabern dazu dienen sollen, aus dieser Universalmaschine eine Kontrollmaschine zu machen. Die zweite Gefahr ist eine Veränderung des Internets. Heute ist es ein „dummes“ Transportnetz für beliebige Inhalte mit Intelligenz an den Endpunkten. In dem Augenblick, wo diese Netzneutralität durch Bevorzugung von zahlungskräftigen Kunden oder Zensur autoritärer Regime wie Iran, China oder Nordrhein-Westfalen (lacht) gefährdet wird, ist die Informationsfreiheit bedroht.

Das waren jetzt die größten Bedrohungen. Wie sieht es mit Potentialen und Chancen aus? Wo sollte die Reise hingehen?

Volker Grassmuck: Das große Versprechen ist Zugang zu Wissen für alle. Nun kann man sagen, Leute in Entwicklungsländern werden von Informationen nicht satt, die brauchen erstmal Nahrung, sauberes Wasser,

Medikamente. Das ist alles viel wichtiger. Aber Information hilft tatsächlich Leben retten. Frauen, die über Kleinkindpflege informiert sind, reduzieren die Kindersterblichkeit deutlich gegenüber Frauen, die diese Informationen nicht haben. Leute können Informationen über die Agrar- oder Handwerksprodukte abfragen, die sie herstellen und besser auf den Markt reagieren. Sie können ihre Produkte aber auch direkt im Internet anbieten. Eine Näherin im Nordosten Brasiliens, einer der ärmsten Regionen, ist nicht mehr darauf angewiesen, dass Zwischenhändler ihre Jacken zum lokalen Preis aufkaufen, um sie dann in Europa für das zifache zu verkaufen. Sie kann über das Internet ihre Arbeiten direkt den Kunden in Europa anbieten. Mit einem Mal steht diese Frau in einem abgelegenen Weltteil im Zentrum eines weltweiten Distributionsnetzes. Information kann Leben retten, das Leben lebenswerter machen. Und Bildung ist natürlich ein Wert an sich. Kultur ist ein Gutteil Befriedigung in sich, im Sinne des Musikmachens um des Musikmachens willen. Die breite Teilhabe an Kultur jeglicher Art ist ein großes Versprechen, aber eigentlich sind wir da schon mittendrin.

Das ist dann aber doch anders als bei der Ökologiebewegung?

Volker Grassmuck: Das ist richtig: Ja, es ist eine soziale Bewegung, aber auf eine

andere Weise, als diese Anti-Bewegungen der 60er, 70er, 80er Jahre des 20. Jahrhunderts, wo ein Problem, eine Bedrohung, ein Gegner, der Klassenfeind die Dinge waren, an denen man sich abgearbeitet hat. Von den vorher geschilderten Bedrohungen der Grundlagen dieser Freiheit einmal abgesehen, wo wieder alle zusammenkommen und es zu einer ganz klassischen sozialen Bewegung mit Lobbying, Parteigründung und Kampagnen wird. Wenn man das Internet und diese freie Kultur in Ruhe lassen würde, wenn es nicht immer wieder Neider oder Ewiggestrige gäbe, die mit den Geschäftsmodellen des 20. Jahrhunderts ins 21. Jahrhundert gehen wollen, dann würde sich die freie Kultur einfach weiterentwickeln. Wohin? Völlig unklar. Klar ist nur: Wir sind noch in den ersten Anfängen.

Einer der größten Diskussionspunkte in den verschiedenen Communities ist immer wieder das derzeitige Urheberrechtsregime. Wo sehen Sie in diesem Bereich Handlungsbedarf?

Volker Grassmuck: Zunächst einmal sind freie Kultur und Urheberrecht kein Widerspruch. Ein Hauptproblem ist aber die rechtliche Absicherung für technische Schutzmaßnahmen, wobei ein technologischer Trend der Rechteinhaber gesetzgeberisch unterstützt wird. In den 80er Jahren ist in den USA dieses magische Denken

entstanden: Die Wunde, die das Schwert schlug, kann nur vom selben Schwert – also Technologie – wieder geheilt werden. In den USA sind die Rechteinhaber mit einem Umgehungsschutz für DRM nicht durchgekommen. Dann sind sie nach Genf zur WIPO (UNO Weltorganisation für Geistiges Eigentum) gegangen und haben das mit dem WIPO Copyright Treaty von 1996 auf der weltweiten Ebene durchgesetzt. Das hat jedenfalls schon eine Menge Schaden angerichtet. DRM gefährdet Datenschutz, Technologieentwicklung, Sicherheitsforschung und die Wahrnehmung von urheberrechtlichen Bürgerrechten. Dass der Gesetzgeber hier nicht etwa die Bürger vor solcher Technologie schützt, sondern umgekehrt, ist eines der großen Konfliktfelder im Urheberrecht. In jedem Fall ist es wichtig, hier weiter im politischen Raum zu argumentieren.

Das Internet ist ein weltweites Netzwerk. Viele dieser Fragen und Bewegungen sind daher fast schon selbstverständlich international. Mit einem Spruch der Globalisierungsbewegung gesprochen: „Global denken“ ist sehr weit verbreitet, aber wie sieht es mit dem lokalen Handeln aus? Was ist auf lokaler Ebene möglich?

Volker Grassmuck: Lokal leben wir. Unsere Körper sind lokal, unser physikalisches Interface zum globalen Netz ist lokal. Das heißt für Kommunalpolitik beispielsweise,

Zugangsmöglichkeiten zu Rechnern und zum Internet zu unterstützen, zum Beispiel über öffentliche Terminals und freie Funknetze. Das ist eine wichtige kommunale Aufgabe. Auch wenn wir heute über die Welt jetten können, letztendlich ist man immer an einem Ort. Was Lebensqualität ausmacht, ist einfach lokal. Die Dichte des Informationsaustausches ist auf lokaler Ebene natürlich auch eine ganz andere. Wir können per E-Mail über die ganze Welt kommunizieren und dennoch hat ein lokales Zusammentreffen von Menschen – und deshalb macht man Konferenzen wie die Wizards of OS – eine andere Qualität.

Jetzt gibt es auch Vorwürfe an diese Bewegung, interessanterweise aus zwei verschiedenen Seiten. Der eine ist der Vorwurf des „Wissenskommunismus“ bzw. dem Kommunismus das Wort zu reden. Der andere Vorwurf wäre, die Propagierung des totalen Wettbewerbs mit Selbstausbeutung der beteiligten Individuen.

Volker Grassmuck: Der Kommunismus gehört auch in die massengesellschaftlichen Strukturen des 20. Jahrhunderts und deshalb ist das allenfalls metaphorisch zu verstehen. Wissenskommunismus schränkt das außerdem noch einmal ein, aber der Sache nach ist das natürlich völlig richtig. Informationen sind öffentliche Güter. Das ist nichts Revolutionäres, sondern das sagen die Ökonomen.

In dem Augenblick, wo Information veröffentlicht ist, ist sie frei. Diese Qualität ist solange nicht voll zum Tragen gekommen, wie Information noch an physikalische Träger gebunden war. Mit der Digitalisierung und dem Internet ist dieser Mangel aufgehoben und veröffentlichte Information für alle zugänglich und gehört allen.

Und die andere Seite der Vorwürfe? Der totale Wettbewerb? Die Leute bekommen kein Geld für ihre Arbeit? Luxus und gleichzeitig Selbstaussbeutung, weil nur in reichen Ländern die Menschen überhaupt die Zeit für das Erstellen freier Güter haben?

Volker Grassmuck: In jedem Fall machen die Menschen freie Güter wie Software oder Kunst einmal für sich selbst. Aber natürlich müssen die Menschen in der Situation sein, wo sie das überhaupt tun können. Sie müssen also in der Tat den freien Raum und die freie Zeit haben. Wenn jemand wie in Indien 16 Stunden am Tag Lohn programmiert, dann wird er nicht nach Hause kommen und noch mal 16 Stunden Freie Software programmieren. Ich will aber nicht sagen „Luxus“. Alle, die Informationen produzieren, können die im Prinzip auch mit anderen teilen. Das ist zwar eine kleine zusätzliche Anstrengung, aber wenn man als Lehrer ohnehin etwas für eine Schulklasse vorbereitet, dann ist es kein Problem, diese

Information so aufzubereiten, dass sie 100.000 anderen Lehrern und Schülern auch zur Verfügung steht. Der Lehrer wird dafür bezahlt, solche Sachen zu machen, aber nicht im Stücklohn. Das heißt, wenn er das für alle macht, verdient er nicht weniger. Insofern ist das eine etwas andere Situation als die der Auftragsprogrammierer in Indien. Ideal wäre es natürlich, wenn die Auftragsprogrammierer in Indien bezahlt würden, Freie Software zu programmieren. Das hätte auch Vorteile für ihre Auftraggeber: Wenn sie in der Umgebung von Freier Software operieren, dann können sie auf einen viel größeren Pool von Lösungen zurückgreifen und ihre Arbeit besser und effizienter machen, als wenn sie das Rad immer neu erfinden müssten. Dadurch geht die Arbeit schneller von der Hand, die Qualität ist besser.

Und wie sieht es allgemein mit der Bezahlung aus?

Volker Grassmuck: Noch einmal zurück zum Kommunismus: Eine Definition läuft ja über Eigentum an Produktions- und Distributionsmitteln. Mit PC und Internet für alle kann jede nach ihren Fähigkeiten und Neigungen zum Wohl aller beitragen. Dann bleibt natürlich die Frage, wie allen nach ihren Bedürfnissen gegeben wird. Da gibt es eine Reihe von Ansätzen, unter anderem Pauschalvergütungsmodelle. Die wer-

den gerne als kommunistisch diffamiert, sind aber in Wahrheit auch Marktmodelle. Wessen Werke häufiger heruntergeladen werden, wessen Videos häufiger angesehen werden als andere, kriegt dadurch auch mehr Zahlungen. Daneben ist natürlich auch das gerade in Konjunktur befindliche Modell des garantierten Grundeinkommens ein Denkansatz, der eine Menge Sinn macht. Das wird auch mit großer Wahrscheinlichkeit auf der Tagesordnung der nächsten Wizards of OS stehen.

Last but definitely not least: Thema Frauen. Warum sind es vor allem im Bereich Freier Software so wenige, nämlich noch weniger als im Bereich herkömmlicher Softwareerzeugung? Wie lässt sich das ändern?

Volker Grassmuck: Natürlich reicht es nicht, Probleme zu benennen. Zunächst mal geht es um Freie Software. In den meisten anderen Bereichen der Bewegung rund um freie Kultur sind Frauen nicht unterrepräsentiert. Es hat also etwas zu tun mit Technik und mit der Sozialisierung im Hinblick darauf. 2001 hat Rishab Ghosh in einer Untersuchung herausgefunden, dass in herkömmlichen Informatikbereichen 28 Prozent Frauen sind und in der freien Software nur 1,5 Prozent. Das ist natürlich ein dramatischer Unterschied. Wobei man einschränken muss, dass sich diese 1,5 Prozent

auf Freie Softwareprojekte beziehen – Firmen, die Freie Software produzieren, sind dabei herausgerechnet. Was immer wieder als Ursache genannt wird, ist ein rüder Umgangston auf den Mailinglisten. Ein Sichbeweisen-müssen und mit Ellenbogen Argumentieren. Männer engagieren sich in der freien Software, weil sie freiheitliches Denken schätzen, sich selber befreit wähnen von allen möglichen Zwängen, sehr individualistisch, sehr auf Selbstverwirklichung hin orientiert sind. Die können sich dann letztendlich gar nicht vorstellen, dass sie durch ihr Verhalten Frauen keinen Raum geben. Die Vorschläge zur Behebung der Situation in der aktuellen EU-Studie von Bernhard Krieger und anderen sind teilweise sehr traditionell, wie beispielsweise Ausschreibungen mit Bonus für Firmen mit aktiver Frauenförderung. Die Projektleiter sollen angehalten werden, auf sexistisches Verhalten in Projektkommunikation zu achten. Das ist sicherlich gut gemeint, wie viel es tatsächlich dann nützt, müssen wir sehen. Ein interessanter Vorschlag sind auch gemeinsame Projekte mit Ländern, wo dieser Link zwischen Technologie und Männlichkeit nicht so stark existiert, wie beispielsweise Malaysia.

PROJEKT: Institut und Studium der „Webwissenschaften“ an der Universität Linz

Der allgegenwärtige Einsatz von Computern und Internet wird heute, analog zur industriellen, als „digitale Revolution“ bezeichnet. Die Möglichkeit, Inhalte verschiedenster Art – Informationen, Musik, Bilder etc. – quasi kostenlos zu vervielfältigen und weltweit anzubieten, ist in ihren Konsequenzen und Potentialen nur in Ansätzen erahnbar. Die Beeinflussung des menschlichen Lebens ist dabei total: Beruf und Freizeit, Politik und Unterhaltung, Kunst und Kultur – alles wird von neuen digitalen Chancen und Gefahren beeinflusst und verändert. Doch oft fehlt der Blick für das große Ganze, das Verstehen „wie das Web tickt“. Doch ein solches, besseres Verstehen ist notwendig, wenn man die enormen sozialen, politischen und gesellschaftlichen Implikationen mitsteuern und mitgestalten will.

In einem Artikel im renommierten Wissenschaftsmagazin „Science“ erschien im August 2006 ein Plädoyer vom Begründer des World Wide Web, Tim Berners-Lee, und anderen für die Einführung eines Studiums der Webwissenschaften.¹³⁵ Sie argumentieren dort, das Internet habe enorme Fortschritte und Veränderungen für unsere Gesellschaft gebracht und müsse daher systematisch untersucht und weiterentwickelt werden. Der Beitrag fordert die Untersuchung von sozialen und rechtlichen Zusammenhängen sowie der technischen Weiterentwicklung in einem fächerübergreifenden Studium.

Warum neues Forschungsgebiet und Studium?

Ein spannender Vorschlag für einen interdisziplinären Forschungsbereich, den es in der geforderten Form noch nirgends auf der Welt gibt. Zwar beschäftigen sich die meisten Universitäten in ihren Teilbereichen mit Aspekten des Internets, ein integrativer, ganzheitlicher Ansatz existiert aber noch nicht. Dabei würde es durchaus Sinn machen, ein derart komplexes Thema nicht nur in seinen Puzzleteilen zu untersuchen, sondern die Stücke systematisch zusammensetzen. Das Web ist schließlich auch eine Einheit. Eine Einheit, die mehr ist als die Summe der einzelnen Teile.

Für Forscher/innen in aller Welt ist es inzwischen selbstverständlich, über das Internet nicht nur Informationen auszutauschen, sondern auch mit KollegInnen zu kommunizieren, Forschungsinhalte zu diskutieren und gemeinsam Projekte zu bearbeiten. Durch die

zunehmende Globalisierung hat interdisziplinäre Forschung, also fächerübergreifendes Zusammenarbeiten mehrerer Disziplinen, an Bedeutung gewonnen. Strukturiertes und miteinander vernetztes Arbeiten kann gerade im Bereich des Internet zu einem besseren Verständnis und einer rascheren Weiterentwicklung führen. Gleichzeitig lassen sich viele neue Fragen nur ungenügend in den Einzelwissenschaften beantworten und verlangen geradezu interdisziplinäre Herangehensweisen. Die Idee, ein Institut der Webwissenschaften mit dazugehörigem Studium zu kreieren, greift sowohl die erweiterten Möglichkeiten als auch den gestiegenen Bedarf an interdisziplinärer Forschung konstruktiv auf.

Warum Linz als Forschungsstandort für Webwissenschaften?

Ein derartiger Studiengang wäre im Moment zumindest europaweit einzigartig und könnte unter den guten Voraussetzungen der Johannes Kepler Universität auch den Universitätsstandort Linz aufwerten. In Linz gibt es bereits die wichtigsten Fachbereiche und Institute, die für ein Studium der Webwissenschaften zentral sind. Denn Institute und Lehrangebote der bestehenden Studienrichtungen Wirtschaftswissenschaften, Philosophie, Informatik, Mathematik, Statistik, Soziologie, Jus und Wirtschaftsinformatik liefern die prinzipiellen Voraussetzungen für ein Studium Webwissenschaften. Ein eigenes, fakultätsübergreifendes Institut für Webwissenschaften hätte dann die wichtige, wie herausfordernde Aufgabe der Integration in ein einheitliches Studium.

Das Studium selbst sollte seinen Schwerpunkt in den sozialwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen des Internets auf Basis technologischen Grundverständnisses haben. Die Umsetzung des im Bakkalaureat erworbenen Wissens soll dann je nach Interesse und Bereich in verschiedenen – technisch, wirtschaftlich oder soziologisch orientierten – Masterprogrammen weiterentwickelt, spezifiziert und angewendet werden.

Die Aufgaben für die Lehre

Das Lehrprogramm des Studiengangs „Webwissenschaft“ sollte die wesentlichen Elemente aus den oben genannten Studienrichtungen beinhalten, diese verknüpfen sowie in einzelnen Bereichen Vertiefungen anbieten. Zu Beginn wird das Kennenlernen und Verstehen verschiedenster Computernutzungsmöglichkeiten, Programmiersprachen und Algorithmen notwendig sein. Auch die Kenntnis der rechtlichen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten im Umgang mit neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sind wichtig. Erst wenn diese verstanden werden, können auch Analysen der Auswirkungen neuer

Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Gesellschaft sowie deren soziale und politische Implikationen betrachtet werden. Darauf aufbauend können spezielle Bereiche untersucht werden, wie z.B. die wirtschaftlichen Besonderheiten internetbasierter Teilbereiche der Ökonomie (Stichwort: „New Economy“), die Analyse von Informations- und Kommunikationssystemen, die Einsatzbereiche und die Übertragbarkeit digitaler Entwicklungs- und Informationssysteme auf andere Bereiche und die Veränderungen sowohl technischer Natur als auch im menschlichen Nutzungsverhalten zu beobachten und zu interpretieren.

PROJEKTSKIZZE:

Webwissenschaften an der Uni Linz



Projektziele

Ein neues Institut „Webwissenschaften“ mit Studienzweig als interdisziplinären Forschungsgegenstand soll an der Uni Linz entstehen

Projektbestandteile

Vorschläge zur Implementierung und Curriculum

Projektzielgruppen

- Potentielle Studierende der Uni Linz
- Lehrende an der Uni Linz

Projektträger

Johannes Kepler Universität Linz

Dialoggruppen

- Bundesministerium
- Uni Linz
- Stadt Linz
- Land Oberösterreich

Zeitraum

Entwicklung 2006 bis 2007, Einführung 2008

Finanzierungsbedarf



Lehrstühle und –aufträge an der Universität Linz

Das Curriculum

Die Einheit von Forschung und Lehre ist ein wichtiger Grundsatz unserer Universitäten. Um diesem gerecht zu werden und nicht nur die Aufgaben der Forschung zu betonen, soll diese Skizze eines Curriculums als Ausgangspunkt für eine Diskussion rund um die Einführung der neuen Studienrichtung dienen können. Selbstverständlich kann dieser Vorschlag für ein Bakkalaureats- und Masterstudium nicht jeden Aspekt eines Studiums im Detail beinhalten. Die genauen Stundenzahlen, die Inhalte der Lehrveranstaltungen, deren Bezeichnungen und fachliche Zugehörigkeiten und vieles mehr müssen von den einzelnen ExpertInnen miteinander diskutiert werden. Dieser Vorschlag kann also bestenfalls Ausgangspunkt für diese Diskussion bilden.

Bakkalaureatsstudium Webwissenschaften

Dauer: 3 Jahre / 6 Semester. Im Bakkalaureatsstudium sind folgende Pflichtfächer zu absolvieren:

Bakkalaureatsstudium

1. Allgemeine Webwissenschaften	SSSt [ECTS]
1.1. Grundzüge der Allgemeinen Webwissenschaften	4 SSSt [6]
1.2. Technische Grundlagen der Webwissenschaften	2 SSSt [3]
1.3. Mathematik und Statistik	4 SSSt [8]
1.4. Interdisziplinäres Forschen in den Webwissenschaften	4 SSSt [8]
1.5. Internetökonomie	4 SSSt [8]
1.6. Wissenschaftliches Arbeiten: Schreibwerkstatt	4 SSSt [8]
1.7. Informations- und Kommunikationssysteme	2 SSSt [3]
1.8. Innovations- und Technologiemanagement (Wissensmanagement)	1 SSSt [2]
1.9. Erstellung semantischer Datenmodelle	2 SSSt [4]
2. Praktische Informatik	
2.1. Algorithmen	2 SSSt [3]
2.2. Betriebssysteme und Datenbanken	4 SSSt [8]
2.3. Programmiersprachen (z.B. PHP, ASP.NET, Javascript, Java)	4 SSSt [8]

3. Recht: Urheberrecht, Lizenzen

- | | | |
|------|---|-----------|
| 3.1. | Grundzüge des Rechts | 2 SSt [3] |
| 3.2. | Urheberrecht national und international | 4 SSt [8] |
| 3.3. | Open Source / Creative Commons IK | 4 SSt [8] |

4. Wirtschaftswissenschaften

- | | | |
|------|-------------------------------------|-----------|
| 4.1. | Individuum, Gruppe und Organisation | 2 SSt [3] |
| 4.2. | Einführung in die Mikroökonomie | 4 SSt [8] |
| 4.3. | Einführung in die Makroökonomie | 2 SSt [4] |

5. Einführung in die Informationstechnologie

- | | | |
|------|---|-----------|
| 5.1. | Einführung in die Informationstechnologie | 1 SSt [2] |
| 5.2. | Einführung in die Informationstechnologie (Praktikum) | 2 SSt [4] |

6. Englisch speziell für Webwissenschaften 4 SSt [6]

7. Soziologie und Philosophie

- | | | |
|------|---|-----------|
| 7.1. | Gesellschaftliche, soziale und ethische Implikationen (Philosophie des Web) | 2SSt [3] |
| 7.2. | Einführung in die empirische Sozialforschung | 4 SSt [8] |

8. Vertiefungsfach

- | | | |
|------|--|--|
| 8.1. | Vertiefung Soziologie:
Empirische Sozialforschung im Internet
Evolutionäre Entwicklung und Pfadabhängigkeiten
Current Issues soziologischer Forschung zum Internet | 3 Module à 4 SSt [36] |
| 8.2. | Vertiefung Urheberrecht:
Rechtliche Rahmenbedingungen von Internet-Handel und E-Commerce
Rechtliche Fragen verschiedener Lizenzmodelle | |
| 8.3. | Internationales Privat- und Handelsrecht
Vertiefung Struktur des Web
Netzwerktheorie: Standards und Algorithmen
Evolutionäre Entwicklung und Pfadabhängigkeiten
Zugänge- und Beschränkungen im Web | 3 Module à 4 SSt [36]
3 Module à 4 SSt [36] |

9. Freie Wahlfächer 9 SSt [18]

Gesamtstundenanzahl 89 SSt [180]

Masterstudiengänge Webwissenschaften

Dauer 2 – 3 Semester

Masterstudium: Vertiefung E-Economy

1.	Informationstechnologien: Grundlagen des E-Business	4 SSt [8 ECTS]
2.	E-Business: Projektmanagement	4 SSt [8 ECTS]
3.	Knowledge Management	4 SSt [8 ECTS]
4.	E-Marketing	4 SSt [8 ECTS]
5.	Venture Capital Finanzierung und Corporate Governance	4 SSt [8 ECTS]
6.	Network Economics (1 UK BWL, 1 UK VWL)	4 SSt [8 ECTS]
7.	Seminar 1: Aktuelle Fragen	4 SSt [8 ECTS]
8.	Seminar 2: Aktuelle Anwendungen	4 SSt [8 ECTS]
9.	Wahlfach 1	4 SSt [8 ECTS]
10.	Wahlfach 2	4 SSt [8 ECTS]
11.	Freie Wahlfächer	5 SSt [10 ECTS]
	Gesamtstundenanzahl	45 SSt [90 ECTS]

Masterstudium: Vertiefung Soziologie des Web

1.	Politik und Internet: Regulierung des Netzes und seiner Inhalte, E-Government und E-Partizipation	4 SSt [8 ECTS]
2.	Theorien computervermittelter Kommunikation	4 SSt [8 ECTS]
3.	Zum Verhältnis von Internet-Technologie und -Nutzung	4 SSt [8 ECTS]
4.	Empirische Befunde zur Soziologie des Web	4 SSt [8 ECTS]
5.	Veränderungen in der Bürokratie	4 SSt [8 ECTS]
6.	Makrosoziologie des Internet - Befunde und methodologische Herausforderungen	4 SSt [8 ECTS]
7.	Seminar 1: Aktuelle Fragen	4 SSt [8 ECTS]
8.	Seminar 2: Aktuelle Anwendungen	4 SSt [8 ECTS]
9.	Wahlfach 1	4 SSt [8 ECTS]
10.	Wahlfach 2	4 SSt [8 ECTS]
11.	Freie Wahlfächer	5 SSt [10 ECTS]
	Gesamtstundenanzahl	45 SSt [90 ECTS]

Masterstudium: Vertiefung Internettechnik

1.	Wissenskommunikation und Visualisierung in wissensbasierten Projekten	4 SSt [8 ECTS]
2.	Datenmodellierung, Algorithmen, Datenstruktur	4 SSt [8 ECTS]
3.	Web-Programmierung (z.B. ASP.NET, AJAX, Flash, Flex)	4 SSt ([8 ECTS]
4.	Webdesign (XHTML,CSS), Usability	4 SSt ([8 ECTS]
5.	Social Software, Tools of Collaboration, Web 2.0	4 SSt [8 ECTS]
6.	Information Engineering, Software Engineering	4 SSt [8 ECTS]
7.	Seminar 1: Aktuelle Fragen	4 SSt [8 ECTS]
8.	Seminar 2: Aktuelle Anwendungen	4 SSt [8 ECTS]
9.	Wahlfach 1	4 SSt [8 ECTS]
10.	Wahlfach 2	4 SSt [8 ECTS]
11.	Freie Wahlfächer	5 SSt [10 ECTS]
	Gesamtstundenanzahl	45 SSt [90 ECTS]





ANHANG:
TEAM
GLOSSAR
ANMERKUNGEN

Folgende Menschen haben als Autorinnen und Autoren bzw. als Grafiker an der Entstehung dieses Bandes mitgewirkt.

Augustyn@liwest.at

Stefan Augustyn (30) studiert Rechtswissenschaften an der Universität Linz und arbeitet im Bereich Veranstaltungsmanagement.

Stefan.Braeu@reflex.at

Stefan Bräu (25) studiert Sozialwirtschaft an der Universität Linz und ist Vorsitzender des Linzer Jugendkulturvereins JUMP (Jugendzentrum, Magazin & Podcast).

Leonhard.Dobusch@reflex.at

Leonhard Dobusch (26) ist studierter Jurist und Betriebswirt und promoviert derzeit im Graduiertenkolleg „Pfade organisatorischer Prozesse“ an der Freien Universität Berlin.

Markus.Eidenberger@spoe.at

Markus Eidenberger (30) ist studierter Betriebswirt und arbeitet im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und politische Kommunikation.

Christian.Forsterleitner@linzpartei.at

Christian Forsterleitner (29) ist studierter Betriebswirt und Mitglied des Linzer Gemeinderats.

Thomas.Gegenhuber@reflex.at

Thomas Gegenhuber (22) studiert an der Linzer Universität Sozialwirtschaft und ist Mitglied des Linzer Jugendbeirats.

Manu.Hiesmair@reflex.at

Manu Hiesmair (24) studiert Sozialwirtschaft an der Universität Linz und arbeitet gerade an ihrer Diplomarbeit zum Thema „Digital Divide“.

Barbara.Hofmann@reflex.at

Barbara Hofmann (24) studiert Rechtswissenschaften an der Universität Linz.

Jakob.Huber@reflex.at

Jakob Huber (23) studiert Wirtschaftswissenschaften und Statistik an der Universität Linz und ist Mitglied des Linzer Jugendbeirates.

Rebecca.Kampl@reflex.at

Rebecca Kampl (22) studiert Sozialwirtschaft an der Universität Linz und ist dort auch Referentin für Frauen und Genderangelegenheiten der HochschülerInnenschaft.

Miriam.Koeck@ooe.gv.at

Miriam Köck (29) ist studierte Juristin, Mitglied im Linzer Gemeinderat und derzeit von ihrer Stelle im Sozialressort des Landes Oberösterreich karenziert.

Bettina.Langeder@mag.linz.at

Bettina Langeder (28) ist studierte Betriebswirtin und Assistentin der Linzer Vizebürgermeisterin Ingrid Holzhammer.

Michaela.Mader@de.ibm.com

Michaela Mader (30) ist studierte Betriebswirtin und arbeitet im Bereich IT-Beratung in Stuttgart.

Laura.Kepplinger@reflex.at

Laura Kepplinger (22) studiert Soziologie an der Universität Linz und ist auch Mitglied der entsprechenden Studienvertretung.

Andreas.Ortner@ooe.gv.at

Andreas Ortner (29) ist studierter Jurist und arbeitet im Bereich Presse und Öffentlichkeitsarbeit.

Stefan.Pawel@spoe.at

Stefan Pawel (29) studiert Wirtschaftswissenschaften an der Universität Linz und arbeitet im Bereich Online-Marketing.

Gerhard.Schmadlbauer@reflex.at

Gerhard Schmadlbauer (25) studiert Wirtschaftswissenschaften an der Universität Linz und arbeitet als freiberuflicher Grafiker.

Josef.Zehetner@reflex.at

Josef Zehetner (24) studiert Soziologie an der Universität Linz und ist Mitglied des Linzer Gemeinderates.

Statt eines Glossars:

Digitale Freiheit von A bis Z

Für die Erstellung des (Nicht-)Glossars wurde mehrfach auf die Beschreibungen der jeweiligen Begriffe und Themen in der freien Online-Enzyklopädie Wikipedia zurückgegriffen.

A2K – Access to Knowledge: Mit dem Kürzel A2K werden verschiedenste soziale Bewegungen, Gruppen und Individuen zusammengefasst, die den freien Zugang zu verschiedensten Arten von Wissen mit grundsätzlichen Prinzipien von Gerechtigkeit, Freiheit und wirtschaftlicher Entwicklung verknüpfen.

Allmende (engl.: Commons) ist ursprünglich die von allen EinwohnerInnen gemeinsam genutzte „Dorfweide“, bezeichnet aber auch allgemein eine derartige Form von Eigentum. Die in der Wirtschaftswissenschaft thematisierte „Tragödie der Allmende“ durch Übernutzung ist schon in der Realwirtschaft umstritten, im Bereich digitaler Güter aber obsolet, weshalb der Begriff im übertragenen Sinne im Bereich freien Wissens („**Wissensallmende**“) und freier digitaler Güter (vgl. die Sammlung freier Inhalte „Wikimedia Commons“) sehr positiv besetzt ist. Er steht für den Gesamtbestand des ständig wachsenden Pools an frei verfügbaren Inhalten im Internet.

Anonymiser: Programme, die es BenutzerInnen gestattet, anonym im Internet zu posten, ihre Beiträge können nicht zurückverfolgt werden.

Ars Electronica: Die Ars Electronica wurde am 18. September 1979 im Rahmen des internationalen Brucknerfestes als verbindendes Festival von Technologie, Kunst und Gesellschaft gemeinsam mit der ersten Linzer Klangwolke und der Musik von Bruckners achter Symphonie eröffnet. Inzwischen wurde es um den international höchstdotierten

Wettbewerb für digitale Kunst, den **Prix Ars Electronica** mit der Verleihung der „Goldenen Nica“ sowie ein eigenes Haus, das **Ars Electronica Center** (AEC), ergänzt.

Blog (auch: Weblog): Eine Website, auf der Benutzer/innen persönlich gefärbte Beiträge veröffentlichen. Die neueste Nachricht erscheint immer zuoberst. Blogs verweisen mit einer Liste von Links (ihrer **Blogroll**) auf andere Blogs und bilden so eine gemeinsame **Blogosphäre** – die Gesamtheit aller miteinander vernetzter Blogs.

Bookmarks (engl. für Lesezeichen) sind Online-Lesezeichen, die schnellen und einfachen Zugriff auf (meist: häufig genutzte) Webseiten ermöglichen.

Breitband bzw. Breitband-Internetzugang bezeichnet eine Verbindung zum Internet mit einer relativ hohen Datenübertragungsrate, die auch Anwendungen wie Internet-Telefonie und Video-**Streaming** ermöglicht.

Commons: siehe **Allmende**.

Community: Als Community bezeichnen sich im Internet Gruppen von Personen, die gemeinsames Wissen entwickeln, Erfahrungen teilen und dabei eine eigene Identität aufbauen. Im Bereich Freier Software oder freier Inhalte kann mit der Community eine konkrete Gruppe rund um ein Projekt (z.B. die **Wikipedia**-Community) oder die abstrakte Community all derjenigen gemeint sein, die zu freien Projekten beitragen.

Copyleft: Vom Gründer der Free Software Foundation Richard **Stallman** entwickeltes Konzept, durch Lizenzen die dauerhafte Freiheit von Inhalten nach dem „Wie du mir, so ich dir“-Prinzip sicherzustellen. Bekannteste Anwendungen sind die **GNU**-Lizenzen (General Public License für Software, GNU Free Documentation License für Texte) und **Creative Commons**-Lizenzen mit „Share Alike“-Bedingung (dt.: „Weitergabe unter gleichen Bedingungen“).

Copyright: siehe **Urheberrecht**.

Creative Commons: Creative Commons ist eine gemeinnützige Gesellschaft, die im **Internet** verschiedene Standard-Lizenzverträge veröffentlicht, mit denen AutorInnen an

ihren Werken, (Texte, Bilder, Musik etc.) der Öffentlichkeit Nutzungsrechte einräumen können. Die Lizenzen sind nicht auf einen einzelnen Werkstyp zugeschnitten und bieten eine starke Abstufung der Freiheitsgrade: von Lizenzen, die sich kaum vom völligen Vorbehalt der Rechte unterscheiden, bis hin zu Lizenzen, bei denen auf das **Copyright** ganz verzichtet wird.

Digital Community bezeichnet die Gesamtheit aller Menschen, die (potentiell) über das Internet miteinander verbunden und somit „online“ sind. Daneben trägt eine Kategorie des **Prix Ars Electronica** den Titel „Digital Communities“ und zeichnet innovative digitale Community-Projekte aus. Zu den PreisträgerInnen gehörten beispielsweise die freie Online-Enzyklopädie **Wikipedia** sowie die Free Software Foundation (FSF).

Digital Divide (auch: Digitale Spaltung, Digitale Kluft) bezeichnet das Phänomen, dass bestimmte Teile der Gesellschaft aus verschiedenen (strukturellen) Gründen ungleichen Zugang zu neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie deren Nutzung haben.

Digital Rights Management bzw. Digital Restrictions Management (DRM; engl. für „Digitales Rechtemanagement“): DRM-Systeme versuchen mittels technischer Verfahren die Urheber- und Vermarktungsrechte an digitalen Werken zu schützen. Gemeinsam mit entsprechender Hardware ermöglichen manche DRM-Systeme eine lückenlose Überwachung des Mediennutzungsverhaltens der Anwender/innen. Weil dadurch die Rechte und Möglichkeiten der Nutzer/innen (wie z.B. die **Privatkopie**) sehr stark eingeschränkt werden können, sprechen Kritiker/innen meist an statt von Digital Rights Management von Digital Restrictions Management.

Freie Inhalte: Die oft auch als mit dem englischen Begriff Open Content bezeichneten Freien Inhalte bezeichnen frei zugängliche und frei weiterverwendbare Werke, deren dauerhafte Freiheit in der Regel über Lizenzen (z.B. von **Creative Commons**) rechtlich abgesichert ist. Freie Inhalte stellen damit eine Gegenposition zu Werken auf, bei denen der Schutz des geistigen Eigentums, insbesondere das **Urheberrecht**, der Verbreitung des Werks enge Grenzen auferlegt.

Freie Software ist Software, deren Lizenz es ausdrücklich erlaubt, sie für jeden Zweck

zu benutzen, sie zu studieren, zu verändern und in ursprünglicher oder geänderter Form weiter zu verbreiten – was eine kommerzielle Verwertung explizit einschließt, solange die Freiheiten nicht beschnitten werden. Freie Software ist nicht Freeware, die bloß gratis ist, aber keinen Zugang zum Quelltext bietet und wird oft auch von **Open Source Software** abgegrenzt, die auch freie Lizenzen ohne **Copyleft** umfasst.

GNU: GNU ist ein rekursives (also sich selbst inkludierendes) Akronym und bedeutet „GNU’s Not Unix“, das von Richard **Stallman** als Bezeichnung für sein freies Softwareprojekt gewählt wurde, das zwar als Software wie **Unix** arbeitet, aber eben – da mit **Copyleft** ausgestattet – nicht **Unix** ist.

Hacker/in: Ein/e Hacker/in ist ein/e Computerbenutzer/in, der/die sich mit dem Erstellen und Verändern von Computersoftware oder -hardware beschäftigt und dabei ein überdurchschnittliches Fachwissen aufweist.

Hotspot (auch: WLAN-Hotspot) bezeichnet eine Sendestation, die in ihrem näheren Umkreis Computern den kabellosen Zugang zum Internet per **Wireless LAN** ermöglicht. Neben kostenpflichtigen Hotspots betreiben viele Cafés und öffentliche Einrichtungen auch kostenlose Hotspots.

Hyperlink: siehe **Link**.

Internet (Kurzwort für „Interconnected Networks“; engl. für „zusammengeschaltete Netzwerke“) bezeichnet die weltweite Vernetzung von Computern und Computernetzwerken, die so miteinander kommunizieren können, d.h. Daten verschiedenster Art austauschen.

Link (engl. für „Verbindung“): Ein Link oder Hyperlink ist die Verbindung zweier Webseiten und eines der Grundelemente des World Wide Webs. Moderne Suchmaschinen schließen von der Anzahl der auf eine Seite verweisenden Links auf die Bedeutung dieser Seite.

Linux (auch GNU/Linux) ist ein freies und plattformunabhängiges Betriebssystem für Computer, das **Unix** ähnlich ist. Erstmals eingesetzt wurde Linux 1991 nach der

Veröffentlichung durch den Gründer Linus Torvalds. Das Symbol für Linux ist ein Pinguin mit dem Namen **Tux** (engl. Kurzwort für Tuxedo, also Frack, und gleichzeitig die Abkürzung für „Torvald’s Unix“)

Mashup bezeichnet die Erstellung neuer Webinhalte durch die nahtlose (Re-)Kombination bereits bestehender Webinhalte und -angebote. So stammt der Begriff auch aus der Welt der Musik und bedeutet dort im Englischen soviel wie Remix. In den deutschen Sprachraum wurde der Begriff rund um das Schlagwort **Web 2.0** importiert, da Mashups als ein wesentliches Beispiel für das Neue an Web 2.0 angeführt werden.

Mesh-WLAN: Durch die Verbindung („Vermaschung“) mehrerer unabhängiger **WLAN-Knoten** oder **Hotspots** kann ein viel größeres, Mesh-WLAN genanntes, Netzwerk entstehen.

Netzneutralität / Net Neutrality: Die Frage der Neutralität des Internets stellt sich, weil es neue Technologien den NetzbetreiberInnen möglich machen, bestimmte Datenpakete (z.B. zahlungskräftiger Unternehmen) zu priorisieren und andere nachrangig zu behandeln. Manche sehen dadurch die Freiheit des Internets bedroht und fordern ein Verbot dieser Verfahren.

Newsfeeds (z.B. RSS-Feed) bezeichnet Techniken, die es NutzerInnen ermöglichen, die Inhalte einer Webseite – oder Teile davon – zu abonnieren oder in andere Webseiten zu integrieren. Insbesondere **Blogs** oder **Podcasts** mit (un)regelmäßig erscheinenden Beiträgen eignen sich für diese Technologie.

Open Access (engl. für freien, kostenlosen Zugang) bezeichnet das Ziel einer Bewegung zahlreicher Forscher/innen und Forschungseinrichtungen, wissenschaftliche Literatur und Materialien im Internet frei (kostenlos und ohne Lizenzbeschränkungen) zugänglich zu machen. Prinzipiell werden zwei Formen von Open Access-Publikationen unterschieden: Die freie Veröffentlichung zusätzlich zur herkömmlichen Publikation (zum Beispiel in einem Online-Archiv der Universität) oder gleich die Veröffentlichung in einem freien Journal. Einen Überblick über die freien Open Access Journale liefert das Directory of Open Access Journals unter <http://www.doaj.org>

Open Content: siehe **Freie Inhalte**.

Open Courseware (OCW; engl. für „Offene Kursunterlagen“) bezeichnet frei und kostenlos zugängliche Unterlagen im Rahmen eines institutionellen Rahmens. Sie sollen Studierenden und AutodidaktenInnen als Lernunterlage und anderen Lehrkräften als Anregung und Unterstützung dienen. Universitäten und andere Bildungseinrichtungen mit derartigen Angeboten haben sich im Open Courseware Consortium zusammengeschlossen.

Open Source: Ursprünglich nur für den Bereich von **Open Source Software** verwendet, findet das Prinzip des offenen Zugangs zu Inhalten inzwischen auch in anderen Bereichen Anwendung, wie **Open Content** (z.B. **Wikipedia**) oder **Open Courseware**.

Open Source Software bezeichnet Software, die es ermöglicht, Einblick in den Quelltext eines Programms sowie die Erlaubnis zu haben, diesen Quellcode auch beliebig weiterzugeben oder zu verändern. Die Definition der Open Source Initiative (www.opensource.org) ist dabei etwas weiter als jene der Free Software Foundation (www.fsf.org) für Freie Software.

Peer-to-Peer (P2P): (engl. peer für „Gleichgestellte/r“, „Ebenbürtige/r“ oder „Altersgenosse/-in“) und Rechner-Rechner-Verbindung sind synonyme Bezeichnungen für eine Kommunikation unter Gleichen, hier bezogen auf ein Netzwerk von Computern, das ohne zentralen Server auskommt, der die Kommunikation der einzelnen Computer unter- und miteinander koordiniert.

Podcast: Podcasting bezeichnet das Produzieren und Anbieten von Mediendateien (Audio oder Video) über das Internet. Die Bezeichnung setzt sich aus den beiden Wörtern iPod und Broadcasting (engl. für „Rundfunk“) zusammen. Ein einzelner Podcast ist somit eine Serie von Medienbeiträgen (Episoden), die meistens per **Newsfeed** automatisch bezogen (also quasi „abonniert“) werden können. Man kann Podcasts als Radio- oder Fernsehsendungen auffassen, die nicht mehr zu einer bestimmten Zeit konsumiert werden müssen.

Post, posten (engl. für „ankleben“): Ein Textbeitrag eines/einer Besuchers/Besucherin auf einer Website, in einem Online-Forum oder einem Homepage-Gästebuch, bzw. bezeichnet „Posten“ das Verfassen solcher Beiträge.

Privatkopie bezeichnet die (in der Regel rechtmäßige) Kopie eines urheberrecht geschützten Werkes für die nichtgewerblich und nichtöffentliche Nutzung durch den/die Besitzer/in

des Originals oder durch dessen/deren Freundeskreis. Neue **Digital Rights Management (DRM)** Systeme und gesetzliche Bestimmungen, die deren Umgehung verbieten, schränken oft das bislang selbstverständliche Recht auf die Privatkopie ein.

Prix Ars Electronica: siehe **Ars Electronica**.

Proprietär ist alljene unfreie Software, die durch herkömmliche Softwarelizenzen Vervielfältigung, Weitergabe und Veränderung verbietet und ohne (Zugang zum) Quelltext vertrieben wird.

Provider: Firma, die gegen Entgelt einzelnen den Zugang zum Internet ermöglicht.

Raubkopie ist ein irreführender Begriff der insbesondere von **Rechteverwertern** eingesetzt wird, um (auch: nur scheinbar) rechtswidrige Kopien von urheberrechtlich geschützten Inhalten zu bezeichnen. Irreführend schon deshalb, weil Raub das Vergehen der Urheberrechtsverletzung in die Nähe eines Verbrechens rückt, was aber nur in großen, gewerbsmäßigem Maßstab der Fall ist und weil oft auch die legale **Privatkopie** fälschlicherweise als Raubkopie diffamiert wird.

Read/Write-Gesellschaft: Der **Creative Commons**-Gründer und Stanford-Professor Lawrence Lessig bezeichnet eine Gesellschaft, in der die Mehrheit nicht nur vorgefertigte Inhalte konsumiert, sondern sich auch selbst zu größten Teilen an der Erstellung dieser Inhalte aktiv beteiligt als Read/Write-Gesellschaft. Read/Write steht dabei im Gegensatz zu der rein passiv-konsumptiven Read-Only-Kultur der Massenmedien des 20. Jahrhunderts.

RechteverwerterInnen sind Organisationen, die sich die aus dem **Urheberrecht** ergebenden Rechte zusichern lassen, um wiederum Unter-Rechte (Lizenzen) zu erzeugen und diese weiter zu verkaufen oder selbst zu verwerten. Dies kann z. B. die Herstellung von Kopien oder anderen Reproduktionen eines Werkes und deren Verkauf sein.

RSS-Feed: siehe **Newsfeed**.

Semapedia: Projekt, das die digitale mit der realen Welt durch einen Code verknüpft. Dieser Code wird auf realen Objekten angebracht, kann einfach (zum Beispiel per Handy-

Kamera) digitalisiert werden und führt dann automatisch zu der das Objekt beschreibenden Seite der Online-Enzyklopädie **Wikipedia**.

Soziale Software (auch: Social Software) hat sich um 2002 in Zusammenhang mit neuen Anwendungen wie **Wikis** und **Blogs** etabliert; der Begriff kann aber auch bereits vorher existierende Dienste umfassen. Den Systemen ist gemein, dass sie Aufbau und Pflege sozialer Netzwerke und von **Communities** unterstützen und weitgehend mittels Selbstorganisation funktionieren.

Soundpark: Internet-Plattform des österreichischen Radiosenders FM4, auf der Nachwuchsmusiker ihr Material kostenlos im Netz veröffentlichen können. Eine wöchentliche Sendung stellt Neuigkeiten sowie die Musiker/innen vor.

Stallman, Richard: Pionier digitaler Freiheiten im Allgemeinen und **Freier Software** im speziellen. Präsident der Free Software Foundation, Erfinder des **Copyleft**-Prinzips und Gründer des **GNU**-Projekts. Ein Interview mit ihm findet sich in Kapitel 4 in diesem Band.

Streaming (Media) ist der Oberbegriff für Streaming Audio und Streaming Video und bezeichnet aus einem Computernetzwerk empfangene und gleichzeitig wiedergegebene Audio- und Videodaten. Den Vorgang der Übertragung selbst nennt man Streaming. Oft finden sich auch die Bezeichnungen Web-TV bzw. Web-Radio für entsprechende Angebote.

Tagging: Gemeinschaftliches Indexieren (englisch: „collaborative tagging“ oder „social tagging“) ist eine Form der Indexierung, bei der Deskriptoren (tags) durch eine größere Gruppe und mit Hilfe verschiedener Arten von **Sozialer Software** zugeordnet werden. Die Indexierer/innen kommen dabei (spontan) in offenen Gemeinschaften zusammen, ohne dass vorher detaillierte Indexierungsregeln festgelegt worden wären. Bei den indexierten Objekten handelt es sich beispielsweise um **Bookmarks** („Social Bookmarks“), **Blog**-Einträge oder Fotos. Die durch gemeinschaftliches Indexieren erstellten Sammlungen von Tags werden auch **Folksonomies** bezeichnet.

Tux: siehe **Linux**.

Unix: Ein ursprünglich für Großrechner vor allem an Universitäten entwickeltes Betriebssystem, das in verschiedenen freien und nicht-freien („proprietären“) Versionen existiert.

Urheberrecht: Das Urheberrecht bezeichnet das ausschließliche Recht des/der Urhebers/Urheberin an seinem/ihrem Werk. Diese Rechte können allerdings (zu allergrößten Teilen) an **Verwertungsgesellschaften** und/oder **RechteverwerterInnen** übertragen oder (z.B. mit **Creative Commons**-Lizenzen) dazu eingesetzt werden, die dauerhaft freie Zugänglich- und Verwertbarkeit sicherzustellen.

Verwertungsgesellschaften sind private Einrichtungen, denen zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben in vielen Ländern eine gesetzliche Monopolstellung zugewiesen wurde. Ihr Charakter liegt zwischen der quasi-gewerkschaftlichen Funktion einer Solidargemeinschaft der Urheber/innen gegenüber den wirtschaftlich stärkeren RechteverwerterInnen und einer quasi-amtlichen Funktion, die Einhaltung der Meldepflicht von Vervielfältigungsstücken, öffentlichen Aufführungen und – mit dem neuen Medium Radio auch Sendungen zu kontrollieren.

Web 2.0 ist ein Oberbegriff für die Beschreibung einer Reihe neuer interaktiver Techniken und Dienste des **Internets** – speziell des **WWW** – und einer geänderten Wahrnehmung des Internets. Der Begriff wurde ursprünglich durch den O'Reilly-Verlag für die gleichnamige Konferenzreihe geschaffen. Die Änderungen beziehen sich vor allem auf die verstärkte Einbindung der Nutzer/innen in die Erstellung der Inhalte, die (freie) Re-Kombination bestehender Inhalte (z.B. für **Mashups**) und generell das Aufkommen von „**sozialer Software**“.

Weblog: siehe **Blog**.

Weltfrieden: Weltfrieden bezeichnet den Zustand weltweiten Friedens, also das Ende aller Feindseligkeiten und aller Kriege. Er beinhaltet das Ideal von Freiheit, Frieden und Glück für alle Menschen und Nationen.

Wikis (hawaiianisch für „schnell“) ermöglichen die einfache Veränderung einer Webseite in Echtzeit, d.h. die Änderungen sind sofort wieder online sichtbar. Das größte Wiki der Welt ist die freie Online-Enzyklopädie **Wikipedia**, die von Tausenden von Laien und ExpertInnen in zahlreichen Sprachen das Wissen der Welt sammelt.

Wikimaps: Im Internet zugängliche Landkarten oder Stadtpläne, die von allen BenutzerInnen frei nach dem **Wiki**-Prinzip mit ortsbezogenen Informationen ergänzt werden können.

Wikipedia: siehe **Wikis**.

WiMax: Eine Weiterentwicklung der **WLAN**-Technologie für höhere Datenübertragungsraten und größere Übertragungsreichweite.

Wireless LAN (auch: WLAN) bezeichnet den Übertragungsstandard für kabellose, lokale Netzwerke zwischen Computern zum Austausch von Daten aller Art (LAN steht für „Local Area Network“). Die Daten werden dabei per Funk in einem freien Frequenzband entweder direkt zwischen zwei Computern mit WLAN-Modulen („WLAN-Knoten“) gesendet oder der Computer stellt über einen **Hotspot** Kontakt mit dem Internet her und kann so mit anderen Rechnern kommunizieren. Die Reichweite beträgt ohne spezielle Antennen zwischen 30 und 100 Metern.

Wissensallmende: siehe **Allmende**.

World Wide Web (auch: WWW, Web): Das World Wide Web wird häufig mit dem **Internet** gleichgesetzt, ist aber nur die häufigste Nutzungsform des Internets. Im Wesentlichen umfasst es die Möglichkeit, Daten verschiedenster Art per PC am Bildschirm zu betrachten, die untereinander über **Links** verbunden sind.

Anmerkungen

Anmerkungen zu Kapitel 0:

¹ Vgl. zum Beispiel <http://www.heise.de/ct/hintergrund/meldung/68064> [25.10.2006]

Anmerkungen zu Kapitel 1:

² http://www.linz.at/Verwaltung/verwaltung_15727.asp [20.11.2006] zeigt die e-government Angebote der Stadt Linz

³ Vgl. http://www.gfk.at/de/download/PRESS/GfK_Online_Monitor_1_Qu_06.pdf [20.11.2006]

⁴ Vgl. <http://www.ntia.doc.gov/ntiahome/fallingthru.html>

⁵ Vgl. http://mediaresearch.orf.at/c_internet/console/console.htm?y=5&z=1 [Abruf und Stand vom 20.10.2006]

⁶ Daten der Erhebungen aus den Jahren 1997, 2000 und 2006 (persönlich von Integral angefordert); Zahlen beziehen sich auf Österreicher/innen über 14 Jahren.

⁷ Adaptiert nach <http://www.oeaw.ac.at/ita/ebene5/GAdigitaldivide.pdf> [26.10.2006]

⁸ Medosch, A. (2003): Freie Netze - Geschichte, Politik und Kultur offener WLAN-Netze. Das Buch ist vollständig unter ftp://ftp.heise.de/pub/tp/buch_11.pdf [20.22.2006] als Download verfügbar.

⁹ Vgl. http://freifunk.net/downloads/050406_ffn_present_v10_jpn.pdf [24.10.2006], S. 17

¹⁰ Vgl. <http://www.heise.de/mobil/artikel/68923> [25.10.2006] für die technischen Hintergründe für Mesh-WLAN.

¹¹ Vgl. <http://www.telepolis.de/r4/artikel/22/22454/1.html> [25.10.2006]

¹² "Typically, the people who need internet access the least are the ones who use municipal Wi-Fi the most.", vgl. http://www.theregister.co.uk/2006/04/08/google_sf_muni_wifi/ [25.10.2006]

¹³ Vgl. <http://www.telepolis.de/r4/artikel/22/22454/1.html>" [25.10.2006]

¹⁴ Vgl. <http://www.heise.de/mobil/artikel/55325/0> [25.10.2006]

¹⁵ Vgl. <http://www.heise.de/newsticker/meldung/51802> [25.10.2006]

¹⁶ Vgl. das Projekt "Wiki-Graffiti 'Semapedia'" im fünften Kapitel dieses Bandes bzw. die Webseite <http://www.semapedia.org>" [25.10.2006]

¹⁷ Vgl. <http://www.hotspotlinz.at> [25.10.2006]

¹⁸ Vgl. <http://www.olsr.org> [06.11.2006]

Anmerkungen zu Kapitel 2:

¹⁹ Vgl. Euler, E. (2006): Creative Commons: Mehr Innovation durch die Öffnung des Urheberrechts?, In: Drosou, O./Krempf, S./Poltermann, A. (2006): Die wunderbare Wissensvermehrung. Wie Open Innovation unsere Welt revolutioniert. Heise Verlag, ab S. 152

²⁰ "US-Musikmarkt schlägt sich besser als erwartet" In: <http://www.welt.de/data/2004/01/05/219055.html> [20.11.2006]

²¹ "Internet Archive", vgl. <http://www.archive.org>

²² "Our music saved through illegal taping", In:

- http://copyright.corante.com/archives/2005/06/30/home_taping_saves_shared_culture.php#36673 [15.11.2006]
- ²³ Vgl. O'Reilly, T. (2005): "Search And Rescue" In: The New York Times, <http://www.nytimes.com/2005/09/28/opinion/28oreilly.html?ex=1162530000&en=5de6b7cc4fd1494d&ei=5070> [10.10.2006](Kostenlose Registrierung notwendig; der Text findet sich aber auch unter http://www.radar.oreilly.com/archives/2005/09/ny_times_op_ed_on_authors_guil.html [22.11.2006]), (eigene Übersetzung)
- ²⁴ Vgl. Lessig, L. (2004): Free Culture. How big media use technology and the law to lock down culture and control creativity. New York (Penguin), S. 213 – 247; unter Creative Commons-Lizenz frei verfügbar unter <http://www.free-culture.cc>
- ²⁵ Vgl. Lessig (2004); S. 255 (eigene Übersetzung).
- ²⁶ Vgl. "Creative Commons", <http://www.creativecommons.org>
- ²⁷ Vgl. <http://www.gnu.org/philosophy/free-sw.html> [23.11.2006]
- ²⁸ Vgl. <http://www.gnu.org/licenses/> [23.11.2006]
- ²⁹ Vgl. Röttgers, Janko (2004): Freie Bücher – CreativeCommons-Lizenzen in der Praxis. In: Telepolis, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/17/17672/1.html> [20.11.2006]
- ³⁰ Eldred kämpfte gemeinsam mit Lessig vor dem Obersten Gerichtshof der USA gegen die pauschale Verlängerung von Copyrights, Anm.
- ³¹ Damit können Suchmaschinen gezielt frei lizenzierte Inhalte finden, Anm.
- ³² Recording Industry Association of America, eine der mächtigsten Lobbying-Organisationen im Kampf gegen "Piraterie" im Internet und für strengeres Urheberrecht

Anmerkungen zu Kapitel 3:

- ³³ Vgl. <http://ocw.mit.edu> [15.11.2006]
- ³⁴ Vgl. <http://www.ocwconsortium.org/> [15.11.2006]
- ³⁵ Vgl. <http://elearning.jku.at/mbk> [15.11.2006]
- ³⁶ Vgl. <http://ocw.mit.edu/OcwWeb/HowTo/index.htm> [15.11.2006]

Anmerkungen zu Kapitel 4:

- ³⁷ Freie Software ist nach der Definition der Free Software Foundation (<http://www.fsf.org>) immer auch Open Source Software. Umgekehrt muss das nicht gelten und hängt wesentlich davon ab, welcher Software-Lizenz das Programm unterliegt.
- ³⁸ Nach: Möller, E. (2005): Die heimliche Medienrevolution – Wie Weblogs, Wikis und Freie Software die Welt verändern. Heise Verlag, S. 63 f.
- ³⁹ BSD steht für "Berkley Software Distribution"
- ⁴⁰ Der zu komplizierte Code wurde von der Community vereinfacht und aufgeteilt und vier Jahre später unter den Namen "Firefox" (Browser), "Thunderbird" (Mail-Programm) und "Sunbird" (Kalendersoftware) veröffentlicht und weiterentwickelt.
- ⁴¹ Die Chemikerin versucht in ihrem Brotberuf für das Foresight-Institut Medien und Politik-Verantwortlichen über Nanotechnologie und ihre Langzeitfolgen aufzuklären. Ihr Ziel ist ein Technologieeinsatz zum Wohle der Umwelt und der Menschen.

- ⁴² <http://www.gnu.org/philosophy/free-software-for-freedom.html> [20.11.2006]
- ⁴³ Raymond, E. (1999): Die Kathedrale und der Basar. Nach: <http://gnuwin.epfl.ch/articles/de/Kathedrale/> [26.08.2006]
- ⁴⁴ Mehr über den Spruch, der auch Googles Wissenschaftssuchmaschine Google Scholar (<http://scholar.google.com>) ziert: http://en.wikipedia.org/wiki/Stand_on_the_shoulders_of_giants [16.08.2006]
- ⁴⁵ Studien weisen darauf hin, dass die Fehlerhäufigkeit beispielsweise bei Linux geringer ist als bei Windows, vgl. Online-Standard unter: <http://derstandard.at/?url=?id=1891556>.
- ⁴⁶ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 01.02.2005, <http://www.sueddeutsche.de/kultur/artikel/75/47028/index.html> [22.11.2006]
- ⁴⁷ Vgl. <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/wos/6437/1.html> [18.07.2006]
- ⁴⁸ Das gilt sowohl für das Datenübertragungsprotokoll TCP/IP als auch für die Seitenbeschreibungssprache HTML.
- ⁴⁹ Berger, J. (1997): Die Redmond-Strategie: Schlüssel für Microsofts Erfolg. In: c't-Magazin 14/97, S. 88
- ⁵⁰ Free/Libre/Open Source Software Policy Support
- ⁵¹ Vgl. <http://www.gnome.org/projects/wsop> [20.11.2006]
- ⁵² Vgl. <http://da.wikipedia.org/wiki/100-dollar-laptop> bzw. <http://laptop.org/> [15.11.2006]
- ⁵³ Interoperable Delivery of Pan-European eGovernment Services to Public Administrations, Business and Citizens
- ⁵⁴ Vgl. <http://www.skolelinux.no> [22.11.2006]
- ⁵⁵ Der Name und die Idee des "Freedom Toaster"-Projekts gehen auf Shuttleworth-Stiftung des Ubuntu-Gründers und Millionärs Marc Shuttleworth zurück, der zahlreiche Freedom Toaster in Südafrika finanziert.

Anmerkungen zu Kapitel 5:

- ⁵⁶ Vgl. <http://www.blogherald.com/2006/02/02/the-blog-herald-blog-count-february-2006-200-million-blogs-in-existence/> [11.10.2006]
- ⁵⁷ Vgl. <http://perseus.com/blogsurvey/thebloggingiceberg.html> [11.10.2006]
- ⁵⁸ Vgl. http://dear_raed.blogspot.com/ [11.10.2006]
- ⁵⁹ Vgl. Chomsky, N. (1994): Manufacturing Consent, Vintage, S. 2
- ⁶⁰ Vgl. <http://www.heise.de/newsticker/meldung/3557> [11.10.2006]
- ⁶¹ Vgl. http://journalism.nyu.edu/pubzone/weblogs/pressthink/2003/08/18/introduction_ghost.html [11.10.2006]
- ⁶² Vgl. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21015/1.html> [11.10.2006]
- ⁶³ Vgl. http://www.rsf.org/rubrique.php3?id_rubrique=542 [18.08.2006]
- ⁶⁴ Vgl. <http://www.bildblog.de/faq.html> [18.08.06]
- ⁶⁵ Vgl. <http://www.bildblog.de/faq.html> [11.10.2006]
- ⁶⁶ Vgl. <http://www.bildblog.de/?p=1359> [18.08.06]
- ⁶⁷ Vgl. <http://www.deutscheblogcharts.de> [18.08.06]
- ⁶⁸ HTML ist die Seitenbeschreibungssprache des World Wide Webs und steht für Hyper Text Markup Language“
- ⁶⁹ siehe auch das Interview mit Richard Stallman in Kapitel 4 in diesem Band.
- ⁷⁰ Vgl. <http://creativecommons.org> [12.10.2006]
- ⁷¹ "Internet encyclopaedias go head to head" In: Nature 438 (7070) S. 900-901; <http://dx.doi.org/10.1038/438900a> [12.10.2006]

⁷² Vgl. <http://www.stadtwiki.net/> [15.11.2006]

⁷³ Vgl. <http://wikimap.hotspotlinz.at/de/index.php> [15.11.2006]

Anmerkungen zu Kapitel 6:

⁷⁴ Vgl. <http://www.klangwolke.at> [15.11.2006], Klassische Linzer Klangwolke 2006

⁷⁵ Franke, H.W. (1979), In: Linzer Veranstaltungsgesellschaft (Hrsg.): Ars Electronica 1979 im Rahmen des internationalen Brucknerfestes 79 Linz, S. 9

⁷⁶ Vgl. <http://www.aec.at> [15.11.2006], Ars Electronica Archiv – Die Archive

⁷⁷ Vgl. <http://www.aec.at> [15.11.2006], Ars Electronica Archiv – Die Archive

⁷⁸ Vgl. <http://www.wikipedia.org>

⁷⁹ Vgl. http://www.aec.at/de/futurelab/projects_sub.asp?iProjectID=12273

⁸⁰ Vgl. <http://www.aec.at/de/futurelab>

⁸¹ Vgl. <http://www.linz.at>, Aktuell, News vom 24.März 2006 [15.11.2006]

⁸² für eine nähere Projektbeschreibung siehe den Textkasten in diesem Kapitel

⁸³ Vgl. <http://wikimap.hotspotlinz.at/de/index.php> [17.10.2006]

Anmerkungen zu Kapitel 7:

⁸⁴ Röttgers, J. (2003): Mix, Burn & R.I.P – Das Ende der Musikindustrie. Heise Verlag, S. 122

⁸⁵ Vgl. <http://www.creativecommons.org/> [21.11.2006]

⁸⁶ Vgl. <http://www.audacity.de/> [21.11.2006]

⁸⁷ Vgl. <http://www.netzwelt.de/news/74373-blogs-und-podcasts-populaerer-denn.html>

⁸⁸ Vgl. <http://promonet.iodalliance.com> [21.11.2006]

⁸⁹ Dabei gibt es verschiedene Technologien - ein häufig verwendetes ist das Open Source Programm "Streamripper" (<http://streamripper.sourceforge.net/>).

⁹⁰ Vgl. <http://www.aume.at> [22.11.2006]

⁹¹ Vgl. <http://www.heise.de/newsticker/meldung/78229> [21.11.2006]

⁹² Vgl. http://www.linz.at/Kultur/kultur_10924.asp [21.11.2006]

Anmerkungen zu Kapitel 8:

⁹³ Vgl. <http://www.soros.org/openaccess/read.shtml> [18.10.2006]

⁹⁴ Open Source Jahrbuch 2006 – Artikel von Lambert Heller, S. 354; Online abrufbar unter: http://www.opensourcejahrbuch.de/2006/abstracts/kapitel_07/osjb2006-07-03-heller.html [18.10.2006]

⁹⁵ Vgl. <http://oa.mpg.de/openaccess-berlin/signatories.html> [18.10.2006]

^{95a} Vgl. <http://www.cms.hu-berlin.de/ueberblick/veranstaltungen/kolloquium/jahreskolloquium06/ebel.pdf> [22.11.2006]

⁹⁶ Vgl. <http://www.biomedcentral.com> [18.10.2006]

⁹⁷ Vgl. <http://www.egms.de/de> [18.10.2006]

- ⁹⁸ Vgl. <http://www.risk-insurance.de> [18.10.2006]
- ⁹⁹ Mruck, K./Gradmann, S./Mey, G. (2004): Open Access: Wissenschaft als Öffentliches Gut. Verfügbar über: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-04/2-04mrucketal-d.htm> [18.10.2006], Abs. 12
- ¹⁰⁰ Open Source Jahrbuch 2006 – Artikel von Mathias Liebig, online abrufbar unter: <http://www.opensourcejahrbuch.de/2006/einleitungen.html#liebig>
- ¹⁰¹ Mruck, K./Gradmann, S./Mey, G. (2004): Open Access: Wissenschaft als Öffentliches Gut. Verfügbar über: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-04/2-04mrucketal-d.htm> [18.10.2006]
- ¹⁰² Graf, K. (2004): Wissenschaftliches E-Publizieren mit “Open-Access“-Initiativen und Widerstände. In: Historical Social Research, Vol. 29, No. 1, S. 64-75
- ¹⁰³ Ebd.
- ¹⁰⁴ Open Source Jahrbuch 2006 – Artikel von Jan Neumann, S. 323; online abrufbar unter: http://www.opensourcejahrbuch.de/2006/abstracts/kapitel_07/osjb2006-07-01-neumann.html [18.10.2006]
- ¹⁰⁵ Sietmann, R. (2006): Open Access: Auf dem Weg zu einem neuen Publikationsmodell für die Wissenschaft, <http://www.heise.de/newsticker/meldung/71547> [27.7.2006]
- ¹⁰⁶ Vgl. <http://www.dfg.de> [18.10.2006]
- ^{106a} Vgl. <http://www.cms.hu-berlin.de/ueberblick/veranstaltungen/kolloquium/jahreskolloquium06/ebel.pdf> [22.11.2006]
- ¹⁰⁷ Mruck, K./Gradmann, S./Mey, G. (2004): Open Access: Wissenschaft als Öffentliches Gut. Verfügbar über: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-04/2-04mrucketal-d.htm>, Abs. 24
- ^{107a} Vgl. http://www.dfg.de/dfg_im_profil/zahlen_und_fakten/statistisches_berichtswesen/ib/download/ib01_2005.pdf [22.11.2006]
- ¹⁰⁸ Vgl. <http://www.dini.de/dini/zertifikat/zertifiziert.php> [18.10.2006]
- ¹⁰⁹ Mruck, K./Gradmann, S./Mey, G. (2004): Open Access: Wissenschaft als Öffentliches Gut. Verfügbar über: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-04/2-04mrucketal-d.htm>, Abs. 24
- ¹¹⁰ Vgl. <http://www.chaoscontrol.at/2005/we.htm> [18.10.2006]
- ¹¹¹ Vgl. <http://creativecommons.org> [18.10.2006]
- ¹¹² Vgl. <http://www.opendoar.org/tools/en/policies.php> [04.11.2006]

Anmerkungen zu Kapitel 9:

- ¹¹³ O'Reilly T. (2005): What is Web 2.0, <http://www.oreillynet.com/pub/a/oreilly/tim/news/2005/09/30/what-is-web-20.html> [22.10.2006]
- ¹¹⁴ Spectra – Umfrage zur Internetnutzung für Österreich, September 2006
- ¹¹⁵ O'Reilly T. (2005): What is Web 2.0, <http://www.oreillynet.com/pub/a/oreilly/tim/news/2005/09/30/what-is-web-20.html> [22.10.2006]
- ¹¹⁶ Groß, T. (2006): Per Anhalter durchs Pluriversum, <http://www.zeit.de/2006/38/Popkomm> [18.09.2006]
- ¹¹⁷ Sixtus, M. (2006): Das Netz erfindet sich neu. In: c't 5/2006, S. 144
- ¹¹⁸ Wikipedia, <http://de.wikipedia.org/wiki/Interaktivität> (25.09.2006)
- ¹¹⁹ Kunze, M. (2006): Verflochtenes Leben. In: c't 1/2006, S. 174
- ¹²⁰ Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Allmende> [23.09.2006]
- ¹²¹ Hackl, F. (2006): Unterlagen zur Lehrveranstaltung „New Economy“ im Sommersemester 2006 an der Johannes Kepler Universität Linz

- ¹²² Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Auf_den_Schultern_von_Giganten [10.11.2006]
- ¹²³ Z.B. Axelrod, R. (2000): Die Evolution der Kooperation. Oldenbourg Verlag
- ¹²⁴ Vgl. <http://www.linz.at/hotspot> [29.08.2006].
- ¹²⁵ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinschaftliches_Indexieren
- ¹²⁶ Kunze, M. (2006): Verflochtenes Leben. In: c't 1/2006, S. 174
- ¹²⁷ O'Reilly T. (2004): The Architecture of Participation, http://www.oreillynet.com/pub/a/oreilly/tim/articles/architecture_of_participation.html [19.09.2006]
- ¹²⁸ Vgl. <http://www.computerwelt.at/detailArticle.asp?a=98104&n=2> [19.09.2006]
- ¹²⁹ Dobusch, L. (2006): Netzneutralität vs. Zwei-Klassen-Internet. In: PROGRESS, Ausgabe 06/2006
- ¹³⁰ Benkler, Y. (2006): The Wealth of Networks: How Social Production Transforms Markets and Freedom. Yale University Press.
- ¹³¹ Lessig, L. (2004): Free Culture. Penguin.
- ¹³² Vgl. das Interview mit Volker Grassmuck in diesem Band.
- ¹³³ Vgl. <http://www.pandora.com> [26.08.2006]
- ¹³⁴ http://flosspols.org/deliverables/FLOSSPOLS-D16-Gender_Integrated_Report_of_Findings.pdf [22.11.2006]
- ¹³⁵ Berners-Lee, T./Hall, W./Hendler, J./Shadbolt, N./Weitzner, D.J. (2006): Creating a Science of the Web. In: Science, Vol 313, vom 11. August 2006

